Die Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1870

von Wilhelm Stolze

Verlag von R. Oldenbourg, München u. Berlin

HG
S87689

Die Gründung des Deutschen Reiches

im Jahre 1870

Von

Wilhelm Stolze

H 55806
6.1.47

München und Berlin
Druck und Verlag von R. Oldenbourg
1912

Digitized by the Internet Archive
in 2009 with funding from
Ontario Council of University Libraries

http://www.archive.org/details/diegrndungdesd00stol

Meinen Schwiegereltern

in herzlicher Verehrung und Dankbarkeit

zugeeignet.

Vorwort.

Heutzutage ein Buch über die Reichsgründung ſchreiben bedeutet einen Verzicht auf die Geſchichtſchreibung in höherem Sinne. Denn noch ſtehen wir dem Ereignis zu nah, um die Kräfte, die dabei tätig waren, ſämtlich in ihrer Weſensart zu begreifen und verſtändlich zu machen. Wir können viele von ihnen nur als dynamiſche betrachten, die greifbare Wirkungen ausübten, die kraftvoll genug waren, um ſich durchzuſetzen, oder nicht mehr über die Kraft dazu verfügten. Was ihnen ihr Sinn gab, die Weltanſchauungen, die ſie vertraten, laſſen ſich bisher höchſtens nur in einzelnen Perſönlichkeiten faſſen, und auch in dieſen nur ſo weit, als ſie ſich in ihrer politiſchen Betätigung enthüllten.

Gleichwohl dürfte ein Buch dieſes Inhalts doch den Anſpruch auf Berechtigung erheben. Auch nach den mancherlei Arbeiten darüber, die die letzten Jahre uns brachten. Denn ihnen gegenüber galt es nicht nur, die Darſtellung an dieſem oder jenem Punkte zu berichtigen oder neues Erkenntnismaterial zu verwerten, wie z. B. den Plan, den Bismark verfolgte, bereits im Frühjahr 1870 ein deutſches Kaiſertum zu begründen[1]).

[1]) Die Erinnerungen des engliſchen Diplomaten Sir Robert Morier, die über den Kaiſerplan einige neue Nachrichten enthalten, gingen mir für mein Kapitel darüber leider zu ſpät zu. Das Kapitel war bereits gedruckt. Ich gehe in einem Anhang darauf ein.

Vielmehr galt es überhaupt erſt einmal dieſes, das größte Ereignis in der deutſchen Geſchichte der letzten Dezennien als ein Produkt des Kompromiſſes der mannigfachſten politiſchen Anſchauungen zu faſſen und in den Einzelheiten feſtzuſtellen und damit herauszuarbeiten, daß nicht nur der kleinliche Kampf der Höfe um ihre Stellung der Geſchichte der Reichsgründung ihren Charakter gab.

Wie mir ſcheint, herrſchte bisher in der Literatur darüber nur allzu ſtark die Auffaſſung vor, daß dies und nichts anderes dem Deutſchen Reich ſeine Form verſchaffte. Wir waren, wenn ich es auf die Gefahr eines Mißverſtändniſſes hin ſagen darf, nur zu ſehr in der kleindeutſchen Anſchauung von dieſen Dingen verſtrickt, die uns als die einzig berechtigte erſchien, um uns anders zu erklären, warum ſich der Traum unſerer Vorfahren ſo und nicht anders erfüllte.

Die Reichsgründung als ein Widerſpiel der verſchiedenartigſten Weltanſchauungen betrachtet, lenkt unſern Blick über die kleindeutſchen Kreiſe und über die Höfe hinaus nicht nur auf die Trümmer der ſogenannten großdeutſchen Partei — dieſe Partei beſtand nach 1866 nur noch in Trümmern —, ſondern auch auf das weite Feld der europäiſchen Politik. Denn nicht auf dem Boden des Kleindeutſchtums beſaßen die Gegenſätze die Kraft, um gegeneinander anzuſtreben — von 1866 bis 1870 jedenfalls nicht —, ſondern nur auf dem Boden des größeren Deutſchtums innerhalb und außerhalb des heutigen Reiches. Wie ſie die europäiſche Politik benutzten und wie wieder dieſe ſie benutzte, das aufhellen heißt auch zugleich die Geſchichte der Reichsgründung verdeutlichen.

Wie geſagt kann die Aufgabe des Hiſtorikers heute in nichts anderem beſtehen, als nur erſt einmal auf dieſe Tatſachen hinzuweiſen und den Umriß der Gegen-

sätze anzudeuten. Möchte das Buch gleichwohl bereits damit einigen Nutzen stiften, insofern es zur Verständigung beiträgt, und möchte es ihm gelungen sein, von der Fülle des Lebens Zeugnis zu geben, die damals vielleicht noch mehr wie heute die Signatur deutschen Daseins bildete. —

Es wäre mir nicht möglich gewesen, in der östlichsten Residenzstadt des Reiches eine Arbeit von diesem Umfang auszuführen, wenn mir nicht mancherlei Förderung auch aus dem „Reiche" zuteil geworden wäre. Der Dank des Lesers gebührt daher abgesehen von der preußischen Bibliotheksverwaltung, die die Benutzung aller irgendwo in preußischen königlichen Bibliotheken vorhandenen Werke durch Einrichtung des Leihverkehrs ermöglichte, neben anderen Herren namentlich Seiner Exzellenz dem Präsidenten der Kgl. Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Herrn Geheimrat v. Heigel, und den Herren Dr. Karl Alexander v. Müller in München und Dr. Paul Wentzcke in Straßburg i. E. Schließlich habe ich noch dankbar der freundlichen Fürsorge der beiden Direktoren der Bibliotheken in Königsberg, der Herren Dr. Schultze und Dr. Seraphim zu gedenken, die sich meiner Bücherwünsche immer mit Interesse und Wohlwollen annahmen, und der liebenswürdigen Hilfe beim Korrekturenlesen seitens meines Kollegen Herrn Dr. Vageler.

Königsberg i. P.,
18. März 1912.

Der Verfasser.

Inhalt.

	Seite
Vorwort	V—VII
Einleitung: Deutſchland und Europa, Regierungen und Parteien 1866—1870	1—31
Kapitel I: Der Kaiſerplan im Frühjahr 1870	32—66
Kapitel II: Die Verhandlungen über die Reichsgründung im Gegenſatz zu Frankreich	67—162
Kapitel III: Die Einigung Deutſchlands im Gegenſatz zu Europa	163—262
Kapitel IV: Die Errichtung des Kaiſertums. Die Stellung der Parteien zur Reichsgründung	263—295
Nachtrag. Zu Kapitel I, über den Kaiſerplan Bismarcks	296—298
Regiſter	299—308

Einleitung.

Deutschland und Europa, Regierungen und Parteien 1866—1870.

Durch den Krieg von 1866 war die deutsche Frage entschieden. Bis dahin hatte man noch im Zweifel sein können, wie sich Österreich zu der kleindeutschen Lösung der Frage stellen, ob die Lösung auf friedlich-schiedlichem oder auf kriegerischem Wege erfolgen werde. Jetzt hatte das Schicksal sein Urteil gesprochen: der Nimbus, mit dem so viele Österreichs Macht umgeben sahen, er war dahin; niemand, dem Deutschlands Größe und Macht am Herzen lag, konnte dafür fortan von Wien Beistand erwarten. Im Auslande ferner hatte Deutschland bisher als das Aschenbrödel gegolten. Nach 1866 dagegen erfreute sich der deutsche Name in Europa wie in der Welt eines Ansehens, wie es nur unvermutete und nach Ursache und Wirkung unberechenbare Großtaten zu verschaffen vermögen. Endlich nahm der Deutsche die Stellung ein, die seinen Leistungen auf geistigem Gebiet entsprach. Jetzt kannte man seine Kraft. Solange wenigstens der Mann im Mittelpunkte des deutschen politischen Lebens stand, der sie zu so wunderbaren Äußerungen erweckt hatte, war nicht zu befürchten, daß seine Rechte irgendwo geschmälert wurden. Sein Handel, seine Industrie durften sich, zumal in der Blütezeit des Manchestertums, goldene Berge von der Zukunft versprechen.

Doch — konnte und durfte man zufrieden sein? Aussprechen, daß mit 1866 noch längst nicht alle nationalen Hoffnungen erfüllt waren, hieße Eulen nach Athen tragen. Noch war ja die deutsche Uneinigkeit nicht beseitigt, noch hatten die Fremden, die Neider Gelegenheit, den Haken einzuschlagen, um, was deutsch war, zu trennen. Wer Deutschlands Größe wollte, der sah gewiß mit Ingrimm auf die Mainlinie: war das ein mächtiges Volk, das sich einer Weltmission rühmte, das nicht einmal die Kraft in sich hatte, seine politische Einheit herzustellen? Aber auf der anderen Seite hat der Geschichtsschreiber mit Nachdruck hervorzuheben, daß weite und einflußreiche Kreise jene Frage bejahten. Zumal nachdem die Schutz- und Trutzverträge des Norddeutschen Bundes mit den Südstaaten bekannt geworden und durch die Erneuerung der Zollvereinsverträge am 8. Juli 1867 das materielle Gedeihen Deutschlands sichergestellt war, ließ sich der Zustand Deutschlands, wie er 1866 geworden war, rechtfertigen. Blicken wir zunächst einmal nach dem Norden! Wir wissen noch heute nicht mit Bestimmtheit zu sagen, ob nicht sogar Bismarck selbst nach dem 14. Juni 1866 an der Mainlinie hat Halt machen wollen. Gewiß nicht für immer! Aber empfahlen sie nicht gewichtige Gründe auch rein deutscher Politik? Mochten sie immerhin die argwöhnischen Deutschen als Folge französischen Druckes betrachten — das hatte sogar sein Gutes und im letzten Grunde hatten sie damit recht —; für sie ließ sich doch wohl schon vom Standpunkt des Jahres 1866 so mancherlei anführen. Für sie sprach, daß sich der Einigung derer, die sich soeben mit den Waffen in der Hand auf blutiger Walstatt bekämpften, die größten Schwierigkeiten entgegentürmten, für sie sprach fernerhin die Überlegung, daß der Prozeß der Verschmelzung der neuen Provinzen mit dem alten Preußen nur dann ungestört vor sich gehen konnte, wenn

die nächsten Jahre nicht noch mit der großen Aufgabe einer umfassenden deutschen Politik belastet waren. Und ließ sich nicht von der Isolierung der süddeutschen Staaten ein heilsamer Einfluß auf ihre politische Haltung, auf die Erziehung der Süddeutschen zu politischem Verständnis erwarten? Doch abgesehen von solchen hochpolitischen Erwägungen! Wir wollen gar nicht einmal jener aufreizenden und unstaatsmännischen Äußerungen preußischen Selbstbewußtseins gedenken, nach denen man von süddeutscher Zuchtlosigkeit nichts wissen wollte, Äußerungen eines Rühr-mich-nicht-an, einer Exklusivität und Indolenz, die jedem Kampfe aus dem Wege gehen möchte und deshalb keine Beachtung verdient. Aber auch von einem höheren Gesichtspunkt aus ließ sich ein Stehenbleiben rechtfertigen. Wenn noch 1866 die Preußen wußten, weshalb sie in den Kampf zogen, nach 1866 war ihr Vaterland saturiert; was ihm noch an militärisch brauchbaren Grenzen abging, das hatte ihm die „unauflösbare ewige" Verbindung mit den norddeutschen Staaten verschafft. Der Norddeutsche Bund war aufs trefflichste gegen jeden Angriff gesichert, und nach Aufgaben, wert der Anstrengung, brauchte man wahrlich nicht Ausschau zu halten. Wozu sollte man sich also nach einer Vereinigung mit dem Süden sehnen, die das toujours en vedette gewissermaßen verewigte? Denn mit Süddeutschland erhielt man offene Grenzen gegen Frankreich wie gegen Österreich, gegen die beiden Mächte also, die man nach den voraufgegangenen Ereignissen als die Gegner Preußens und Norddeutschlands betrachten mußte. Blicken wir weiter nach Süddeutschland, so hieße es die Vergangenheit der Staaten übersehen, hieße es vergessen, daß Philosophie und Literatur hier die wesentlichsten Bildner politischen Verständnisses gewesen waren[1]),

[1]) Vgl. dazu die Ausführungen in dem ersten Buch von Friedrich Meineckes „Weltbürgertum und Nationalstaat". Studien

wenn man annehmen wollte, daß in weiteren Massen ein politischer Ehrgeiz großen Stils zu Hause war. Man war hier in dem „dritten Deutschland", das sich gern als das „eigentliche", das „reine" Deutschland fühlte, der Gefahr bewußt geworden, die von dem napoleonischen Frankreich her der Nation in ihrem geistigen und materiellen Besitze drohte, und von jenem oberbayerischen Bauern, der beim Baumfällen mit den Worten: „der Napoleon wenn's wär", zu besonders wuchtigem Schlage ausholte[1]), bis hinauf zu dem württembergischen Kriegsminister von Miller, der von einem Angriffskrieg des dritten Deutschland nach Frankreich hinein zu sprechen wagte[2]), war man gleich festen Willens, dem entgegenzutreten[3]). Darum war man sehr erfreut, sich Preußen durch die Schutz- und Trutzverträge bei Erfüllung dieser nationalen Pflicht verbunden zu wissen. Aber damit war auch jeder höhere Ehrgeiz befriedigt. Nun gesichert, entsann man sich wieder jener Traditionen, die das letzte Jahrhundert großgezogen hatte. Und stellte nicht die Kultivierung des reinen Deutschtums, die man als die eigentliche Aufgabe der süddeutschen Mittelstaaten betrachtete, stellte sie nicht eine Aufgabe dar, die — so schien es — jetzt gerade einen besonders aktuellen Wert besaß? Ich denke, wir Norddeutschen tun den Großdeutschen jener Zeit

---

zur Genesis des deutschen Nationalstaates. 2. Aufl. München und Berlin 1911.

[1]) Julius Froebel, Ein Lebenslauf, Bd. II, Stuttgart 1891, S. 49.

[2]) A. L. Reyscher, Erinnerungen aus alter und neuer Zeit (1802 bis 1880), Freiburg und Tübingen 1884, S. 272. Ähnliche Gedanken hegte damals der Badenser Freiherr Franz v. Roggenbach (s. Karl Samwer, Zur Erinnerung an Franz v. Roggenbach, Wiesbaden 1909, S. 29).

[3]) Rheinbündlerische Neigungen sind nur bei dem Großherzogtum Hessen mit Sicherheit festzustellen. Vgl. La vie militaire du général Ducrot d'après sa correspondance (1839—1871), Tome II, Paris 1895, p. 283—287.

unrecht, wenn wir ihnen im großen und ganzen das Bestreben nachsagen, Österreich wieder zu einem Gliede Deutschlands zu machen[1]). So schmerzlich sie auch den Habsburgerstaat vermißten und so besorgt sie in seine Zukunft sahen, nicht nur für Männer wie Fröbel und Schäffle hatte der deutsche Krieg das entscheidende Wort gesprochen. Der Auflösungs-, der Zersetzungsprozeß dieser Partei, ein hochinteressantes Phänomen, ist noch zu schildern. Aber das Eine sehen wir doch aus den Erinnerungen ihrer Anhänger und aus den Zeitungen jener Jahre schon jetzt ganz deutlich, daß sie nach den Enttäuschungen, die ihnen der Kaiserstaat bereitet hatte, sich ohne Hintergedanken fest auf den Boden des Prager Friedens stellten, nach dem Österreich aus Deutschland ausgeschieden war. Sogar ein Edmund Jörg, das Haupt der bayerischen Ultramontanen, äußerte seine Bereitwilligkeit, die preußische Führung in Deutschland anzuerkennen[2]). Wenn sie dennoch an Österreich dachten

---

[1]) Sehr richtig bemerkte schon ein Mann wie Adolph Fischhof in seinem Werke: Österreich und die Bürgschaften seines Bestandes, Wien 1869, S. 21, daß die Sympathien der Süddeutschen — er meint eben die großdeutschen Demokraten — nicht sowohl dem Staate Österreich als vielmehr nur den Deutsch-Österreichern galten: „Das süddeutsche Volk wünscht die Deutsch-Österreicher neben sich in einem deutschen Parlamente zu sehen, um durch sie verstärkt ein größeres Gewicht in die Wagschale der Entscheidung zu legen." Aber, fährt er S. 22 fort, wenn die Süddeutschen, die Regierungen sowohl wie die Volkspartei vor die Alternative gestellt würden, entweder dem Norddeutschen Bunde beizutreten, oder einen Bundesvertrag mit Österreich abzuschließen, so würden sie sich, wenn auch schweren Herzens, für die Trennung von Österreich entschließen. Damit stimmt z. B. Schäffles Verhalten überein.

[2]) Vgl. seine Reden in der zweiten bayerischen Kammer am 8. und 10. Februar 1870, die seiner Fraktionsgenossen Dr. Huttler am 3. und Dr. Westermayer am 4. Februar. Übrigens betonte schon Theodor Bitterauf, Bayern als Königreich, München 1906, S. 142, daß den Großdeutschen ganz verschieden gerichtete Männer an-

und immer wieder von ihm sprachen, so hatte das andere Gründe. Es geschah einmal aus der Sorge der Liebe heraus, daß sich der Nachbarstaat in dem Stadium der Auflösung befände. Kein Mensch jener Jahre wußte, was aus Österreich werden würde[1]), und nur allzu verbreitet war gerade nach dem Ausgleich mit Ungarn die Überzeugung, daß die Entstehung eines Deutschen Reiches für Zisleithanien die Zerstörung bedeute. Wie die Slaven, die so fleißig nach Moskau und Petersburg pilgerten, den Anschluß an Rußland suchen würden, so

gehörten. „Zu der deutschen Frage nahmen sie 1870 keine grundsätzliche Stellung ein." (S. 160.)

[1]) Sogar ein Julius Andrassy nicht, wie aus Wertheimers Andrassy-Biographie hervorgeht. Man muß bis in seine letzten Konsequenzen überdenken, daß dieser große ungarische Staatsmann bis 1871 bei sich darüber ganz im unklaren war, was von Bismarck zu halten sei, wie er zu der Frage des Bestandes von Österreich innerlich wirklich stehe. Erst dann wird man auch die Haltung der Süddeutschen besser begreifen, für die der Fortbestand Österreichs ja ein ganz anderes Interesse bot wie für die Norddeutschen. — Über die Stellung der Bayern zu dieser Frage unterrichten zuweilen die Kammerverhandlungen Januar und Februar 1870. Vgl. z. B. die Äußerungen Sepps („Das Staatsarchiv", Sammlung der offiziellen Aktenstücke usw., XVIII. Bd., 1870, Hamburg 1870, S. 239) und Huttlers (ebenda S. 408). Vgl. ferner die Äußerung Sepps zu Bismarck Anfang 1870 (mitgeteilt aus Sepps Broschüre ‚Deutschland einst und jetzt, (München 1896) von Georg Küntzel, Bismarck und Bayern in der Zeit der Reichsgründung (Frankfurter historische Forschungen Heft 2). Fraukfurt a. M. 1910. S. 28, Anm. 1): „Österreich wird verschlungen, seitdem es 1866 vom Reich getrennt keinen Rückhalt mehr an uns Deutschen hat", es werde bald nötig werden, den Deutschen zur Rettung des deutschen Elementes mit den Waffen gegen die Czechen und Magyaren zu Hilfe zu kommen. — Über die Stellung der Württemberger gibt blitzartig der Ausspruch Mittnachts zu Suckow (auf der Reise nach Versailles) Kunde: „Jetzt ists klar, daß wir uns mit Preußen zurechtfinden müssen, und Österreich auseinandergeht mit Annexierung seiner deutschen Provinzen durch Preußen" (Rückschau des . . . Kriegsministers Albert von Suckow. Herausg. von Wilh. Busch. Tübingen 1909. S. 174).

würden die Deutschen wie von einem Magnet von dem mächtigen Nachbarreiche angezogen werden. Das war die eine Meinung. Eine andere ging dahin, daß in dem Nachbarstaate fortan die Slaven die Führung erhalten würden. Was 1871 und dann wieder unter Taaffe eintrat, das empfand die Welt von damals bereits als dumpfe Ahnung. Sollte man die Stammesgenossen jenseits der Grenze nun ganz allein lassen und sich um ihr Schicksal nicht weiter kümmern? Oder sollte man ihnen nicht vielmehr das Bewußtsein der nationalen Einheit stärken und die Bande der Kultur um so enger knüpfen? Staatlicher Sinn war unter den Großdeutschen nie in starkem Maße vertreten; darin zeigte sich die Herkunft dieses Gedankens aus der Romantik. Für die (deutsche) Verfassungspartei in Österreich, die den zentralistischen Einheitsstaat erhalten wollte — sie stand von 1866 bis 1870 noch ungeschwächt da —, ward eben das das Verderben, daß sie allzu hochmütig deutsche Kultur propagierte und darüber den österreichischen Staatsgedanken vergaß, der sich dann im Gegensatz zu ihr mit Hilfe der Slawen und Ungarn durchsetzte. Doch ganz gleich, wie man in dem „eigentlichen" Deutschland zu dem österreichischen Problem stand, — wenn man hier nach 1866 schon um seiner selbst willen der alten Neigung zur Bildung und Betonung der Kulturnation folgte, die Lage der Deutschen in Österreich mußte diese Neigung notwendig verstärken. Aus diesen Gesichtspunkten heraus ist die Stellungnahme der Süddeutschen nach dem Prager Frieden zu verstehen. Zudem waren sie noch in den Begriffen vom Polizeistaat befangen. Niemals war ein solcher ungefährlicher, als wenn er klein und ganz auf sich selbst angewiesen war: also warum sollte man sich nicht mit dem zufrieden geben, was das Jahr 1866 geschaffen hatte? Ein nationaler Stolz konnte auch dabei bestehen; jede Seite der Allgemeinen Zeitung beweist das. Wer sich

in die Gedankenwelt jener Männer vertieft, die des kleindeutschen Programmes Erfüllung ablehnten aus Sorge um den Bestand des Deutschtums in Europa, der wird sich des Fortschritts freuen, den der Staatsgedanke in den letzten 40 Jahren in Deutschland machte, aber er wird zugleich auch das Bedauern nicht unterdrücken, daß dieser Staatsgedanke die Menschen so vielfach ausschließlich gefangen nahm und sie die Menschheitsideale vergessen ließ, die einst mit allen politischen Idealen Deutschlands verbunden erschienen.

Was bestehen will, muß sich bewähren und muß wachsen, oder es geht unter. Wenn es bei 1866 nicht blieb, so ist das auch den Antrieben derer zu danken, die auf das kleindeutsche Programm eingeschworen waren und immer wieder den Versuch machten, es zu erfüllen; doch das größere Verdienst daran gebührt den Gegnern der Lösung von 1866. Das übersieht man oft, und doch gehört es zum Verständnis der Geschichte der Reichsgründung, daß man sich darüber ganz klar ist.

1866 gab es in Deutschland nicht einen Besiegten, sondern zwei. Der zweite waren die großen Parteien, die sich bereits vor 1866 bemüht hatten, die Geschehnisse nach ihrem Sinne zu lenken, und die 1866 zu einer gewissen Ohnmacht verurteilt hatte, die ultramontane und die demokratische. In betreff der ultramontanen Partei bedarf es zunächst nur weniger Worte. Wenn wir bisher auch nur einmal vor dem deutschen Kriege etwas von ultramontaner Arbeit zu bemerken glauben[1]), allein ihre Haltung danach könnte uns über ihre Stellungnahme belehren. Daß Österreich, das Österreich des

[1]) Gelegentlich des Fürstenkongresses von 1863. Vgl. Julius Fröbel II, S. 236 ff. Für die Vorgeschichte von 1866 macht Ernst Freiherr v. Plener (Erinnerungen, Bd. I, Stuttgart und Leipzig 1911, S. 80) im Gegensatz zu Friedjung vielmehr den ultramontanen Biegeleben als irgendwen sonst verantwortlich.

Konkordates von 1856 aus Deutschland ausgeschieden war, blieb für sie der Stein des Ärgernisses, den es zu beseitigen galt. Ihrem Ziel nach standen sie daher einzelnen Großdeutschen nahe, sofern diese für die Restituierung Österreichs in Deutschland eintraten. Immerhin wird man doch beide Parteien scharf auseinander halten müssen; selbst in der societas leonina, die wir beide in Bayern um 1870 eingegangen sehen, wahrten sich die Großdeutschen, wie aus den Zeitungen zu erkennen ist, ihr eigenes Selbst[1]). Die Demokraten anderseits hatten sich die Gestaltung der deutschen Dinge sehr viel anders gedacht. Nicht nur die „deutsche Fortschrittspartei" in Preußen, um von der eigentlichen Demokratie dortselbst, den Männern um Waldeck und Sonnemann oder den Sozialisten um Bebel und Schweitzer ganz zu schweigen, auch die süddeutschen Demokraten in Bayern und namentlich in Württemberg, und diese erst recht, hatten bei der Neugestaltung Deutschlands nach der Mitwirkung der Volksvertretung, eines gemeinsamen deutschen Parlaments verlangt. Nicht von Regierung zu Regierung sollte diese Frage entschieden werden, auch von der nachträglichen Einholung der Zustimmung der Einzellandtage versprachen sie sich nichts. In sehr richtigem Machtinstinkt forderten sie, daß jeder Vereinbarung in der deutschen Frage die Berufung des Parlaments voranginge, die Feststellung der Freiheiten und ihrer Garantien, wie man sie vorbildlich in der Reichsverfassung von 1849 ausgedrückt fand[2]); denn noch vermißte man sie

[1]) Vgl. dazu auch Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst (Stuttgart und Leipzig 1907), Bd. I, S. 368, 430.

[2]) Sogar bei einem Manne wie dem Freiherrn v. Roggenbach galten alle Verträge, auf denen der Zustand Deutschlands nach 1815 beruhte, als Verträge der Willkür, die die Regierungen (sämtliche) mit Hilfe des Auslandes festgestellt hatten (s. Karl Samwer, Zur Erinnerung usw., S. 13 u. 14).

allüberall, selbst in jedem Einzelstaat, wenn auch nicht überall in demselben Maße. In Preußen hatten sich die Dinge nach 1866 ja nun zuungunsten dieser Partei verschoben. Nach dem Indemnitätsgesuch der Regierung, nach der Bildung der nationalliberalen Partei war für sie die Aussicht auf einen Erfolg in der nächsten Zeit so gut wie verschwunden. Nach ihrem Programm sollte Deutschland gewissermaßen zu einem Großpreußen umgestaltet werden: wie viele wollten nach 1866 davon noch etwas wissen! Liberal aber waren die Nationalliberalen auch, und viele unter ihnen gaben an Liberalismus niemandem nach; nur meinten sie, im Vertrauen auf das allgemeine Wahlrecht, die Zeit für die Durchdringung des Staates mit dem Liberalismus ruhig abwarten zu können; war erst die deutsche Frage gelöst, dann mußte sie kommen. So ordneten sie unter Bennigsens Führung in kluger Opportunitätspolitik dem großen Ziele der kleindeutschen Politik, das sie jeden Augenblick im Auge behielten, die Durchsetzung der liberalen Forderungen unter; wenn sie auch auf ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, auf das Budgetrecht der Parlamente wieder und wieder drängten, sie ließen es darüber doch nicht zu einem neuen Konflikt mit der Regierung kommen; denn in der deutschen Frage genoß sie ihr Vertrauen. Bis zu einer neuen Phase in der deutschen Politik mindestens also waren die Liberalen der radikaleren Richtung zur Ohnmacht verurteilt. Etwas anders lagen die Dinge in Süddeutschland. Zwar war für die Demokraten auch hier mit 1866 eine Verschlechterung der Lage eingetreten. Nach der Konstituierung des Norddeutschen Bundes ließ sich kaum mehr eine Lösung der deutschen Frage in ihrem Sinne erwarten: denn allzu mächtig war jenes Gefüge, um sich unter den Willen der süddeutschen Minderheit zu beugen. Dafür rückte die Gefahr der „Verpreußung“ herauf: das Schlagwort der Ver-

preußung Süddeutschlands bezeichnete weniger einen Akt der Selbstbesinnung, als einen Akt der Verteidigung gegen eine Art Fatum, das man abwehren wollte und doch nicht abwehren konnte. Je weniger man dazu die Kräfte fühlte, um so mehr war von Verpreußung die Rede. Es sprach sich darin nicht immer die Abneigung gegen die Preußen als solche aus, oft vielmehr nur die gegen die jetzt heraufziehende Lösung der deutschen Frage. Aber wenn auch wenig Hoffnung bestand, ganz war es mit der Aussicht, das demokratische Programm auszuführen, doch noch nicht vorbei. Denn konnte es in Süddeutschland eine günstigere Lage geben? Abgesehen von jenen Kulturidealen, die doch nur kleinere Kreise zu Adepten hatten, nirgendswo für diese zum erstenmal in der Geschichte ganz auf sich selbst gestellten Staaten ein Ziel, das lockte und die Menschen begeisterte; denn bei jeder Lösung der deutschen Frage: immer hieß es etwas von seinem Selbst aufgeben und aufgeben zugunsten einer Macht, der man sich nicht unterwerfen mochte. Dagegen nun diese Partei! Sie wies nicht allein auf ein würdiges Ziel hin, sie versprach daneben, ganz gleich, ob sie jenes erreichte, gleichsam im Fluge noch eine Reihe anderer Positionen zu nehmen, um die der Liberalismus schon lange kämpfte; denn sie mußte sie besitzen, wollte sie zu ihrem Ziele gelangen; die politische Freiheit winkte also, wenn man sich ihr anschloß und sie unterstützte. In Bayern war für die Demokraten neben den Ultramontanen und den regierungsfreundlichen Liberalen kein Platz. Wer in Baden zu dieser Richtung neigte, hatte sich immer gegenwärtig zu halten, daß von einer Spaltung des Liberalismus der Ultramontanismus den Nutzen zog, und war um deswillen schon zu einer Opportunitätspolitik geneigt[1]). Aber in Württemberg, dem

[1]) Man denke an die Beilegung des Offenburger Streites; die Literatur dazu S. 14 Anm. 2.

Lande der proteſtantiſchen Stifter, der Spekulation und, mit Rümelin zu reden, des „potenzierten Deutſchtums“, konnte ſie auf die größten Maſſen rechnen, und hier ſetzte denn auch die Agitation ein. Wie in Bayern die „Patrioten“, die Ultramontanen, die die Großdeutſchen in ihre Gefolgſchaft zwangen, ſo riß in Württemberg die demokratiſche „Volkspartei“ zwiſchen 1867 und 1870 die Macht an ſich. Auch ſie zählte eine Menge Mitläufer; was früher der großdeutſchen Partei angehörte, trat teilweiſe in ſie über; die Grenzlinien zwiſchen Großdeutſchen und Demokraten ließen ſich hier nie feſt ziehen. Doch ihre Stoßkraft war zweifellos und war nicht ſo leicht zu erſchüttern.

1866 und 1867 verhielten ſich die Gegner des Werkes von 1866 ruhig; aber 1868 ſetzte der Sturm ein. 1867 hatte der Norddeutſche Bund ſeine Verfaſſung erhalten. Selbſt die Nationalliberalen waren damit nicht zufrieden; bei den Gegnern nun gar kam Preußen danach erſt recht in den Ruf eines eigenwilligen Militärſtaats, der alle Macht an ſich riß und mit ſeiner Machtpolitik jede Selbſtändigkeit bedrohte. Die Art und Weiſe ferner, in der der reformierte Zollverein ins Leben trat, hatte in Süddeutſchland eher verletzt als ſympathiſch berührt. 1868 fanden die Wahlen zum Zollparlament ſtatt. Die ſüddeutſchen Regierungen ſahen davon ab, irgendwie Einfluß auf ſie auszuüben. Selbſt da, wo ſie dieſe Zurückhaltung fallen ließen, bei den Landtagswahlen, erſchienen die Gegner Preußens in bedenklicher Stärke; bei den Zollparlamentswahlen nun gar erzielten ſie ein Reſultat, wie man es für die Einheitsbewegung nach 1866 unerwünſchter gewiß nicht erwarten konnte. In der ſüddeutſchen Fraktion, die ſich die Abwehr der Verpreußung im Zollparlament von 1868 zur Aufgabe ſetzte und in einer die Verſtändigung erſchwerenden ja geradezu verhindernden Weiſe dieſe Aufgabe durch-

führte[1]), — in dieser Fraktion waren alle 17 Vertreter Württembergs, die Mehrzahl der Bayern und von den 24 Badenser Abgeordneten 6 vereinigt. Von einem Fortschritt der Einigungsbewegung konnte danach natürlich keine Rede sein: man vermied es schließlich, weiter über nationale Dinge zu sprechen und beschränkte sich auf die sachlichen Erörterungen. Nun kam ja allerdings der Ausbau des Zollvereins trotzdem zustande, über allen Widerstreit siegten die praktischen Bedürfnisse. Aber soviel auch damit für die Aneinandergewöhnung von Norddeutschen und Süddeutschen gewonnen war, ein rechtes Eheverhältnis war darum mit nichten hergestellt. Ein so rabiates aber ehrliches Mitglied jener Fraktion wie Schäffle, der sich infolge der Verhandlungen des Zollparlaments zu einer halb widerwilligen Anerkennung des preußischen und norddeutschen Wesens genötigt sah[2]), entwickelte für Süddeutschland gleichwohl ein Programm, wonach Süddeutschland gerade im Gegensatz zum Norden vorgehen müsse; es gelte, der wahren Freiheit eine Stätte in Deutschland zu bereiten. Aus der Gestaltung der Dinge nach 1866 holte er die Rechtfertigung. Noch wisse man nicht, ob sich nicht Preußen, den alten langgehegten Wünschen der Süddeutschen entsprechend, zu einer Dezentralisation seiner Verwaltung entschließen werde, — die Diskussion über die Verwaltungsorganisation der annektierten Provinzen, die Pläne Bismarcks hinsichtlich einer neuen Kreisordnung gaben dem Glauben daran freie Bahn. Bismarck selbst sei kein Bureaukrat — die Anerkennung Bismarcks, die sich im Laufe seines Lebens bei Schäffle trotz aller Widerwärtigkeiten, die er von

[1]) Vgl. dazu neben den Darstellungen in den größeren Werken die triumphierenden Äußerungen eines Mitgliedes dieser Fraktion (Schäffle) in „Die erste Session des deutschen Zollparlaments", (Deutsche Vierteljahrschrift, 31. Jahrg., Heft 2) S. 273 u. passim.

[2]) In dem angeführten Bericht.

ihm erfuhr, bis zu unverhohlener, wenn auch männlicher Bewunderung steigerte, war für diesen Mann vielleicht das wichtigste Ergebnis der Zollparlamentssession von 1868; um so mehr sei es Pflicht der Süddeutschen, darauf zu dringen, daß Süddeutschland diese Aufgabe erfülle: „eine die Bismarcksche Auffassung verstärkende ständige Opposition der Süddeutschen wäre ein für ganz Deutschland wohltätiges Ferment[1])." Doch nicht der Schwabe, der Württemberger allein sprach so. Bei ihm sprach noch die Rücksicht auf Österreich mit; er wünschte sich Österreich schon damals föderalistisch gestaltet, so wie er selbst es 1871 zu gestalten versuchte; zwischen ihm und dem zentralistischen Norden sollte das freiheitlich verfaßte Süddeutschland vermitteln. Auch in dem am stärksten kleindeutsch gesinnten Baden, in der von jeder großdeutschen Regung weit entfernten liberalen Partei dachte man ähnlich. Wie aus dem sog. Offenburger Streit im Winter 1868/69 erhellt, wollten weite Kreise in ihr so wenig etwas von preußischer Art und von preußischem Regimente wissen, daß sie sich darob sogar spaltete, wenn auch nur für Monate[2]).

Was die süddeutschen Regierungen 1868 und 1869 veranlaßte, ihren Staat in prononciert liberalem Sinne auszubauen, können wir bisher aus den Quellen noch nicht restlos erkennen. Daß der friedliche Wettstreit mit Frankreich dabei eine Rolle spielte, wo sich Napoleon nach den bösen Erfahrungen von 1866 und 1867 an die Liberalen wandte, daß das Beispiel Österreichs von Einfluß war, das sich aus den Armen der Kirche löste

[1]) A. a. O. S. 279.

[2]) Zu den Darstellungen in v. Weech, Baden in den Jahren 1852 bis 1877, Festschrift (Karlsruhe 1877), S. 43 ff. und in Baumgarten-Jolly, Staatsminister Jolly (Tübingen 1897), S. 131 bis 146, vgl. noch J. C. Bluntschli, Denkwürdiges aus meinem Leben, 3. Teil, (Nördlingen 1884) S. 239 ff.

und schleunigst für die Volksschule sorgte, das alles wird einem Zweifel nicht unterliegen. Anders jedoch dürfte es um die Vermutung stehen, daß dabei auch das Verhältnis zu Preußen stark in Betracht gezogen wurde. An nichts nahm damals der Süddeutsche mehr Anstoß, als an der Führung des Kultusministeriums in Preußen. Dem Ministerium Adelheid traute man die schwärzesten Pläne zu, ein Liebäugeln mit dem Ultramontanismus, das man nie verzieh, am wenigsten aber in der Zeit zwischen Syllabus und Unfehlbarkeitserklärung. Mochte sich Bismarck 1866 auch eine Menge Vertrauen erworben haben, daß er diesen Mann oder, wie man lieber sagte, den Mann dieser Frau nicht abschüttelte, sondern neben sich duldete, das war geeignet, einen Keim des Mißtrauens zurückzulassen, der sich gefährlich entwickeln konnte. Ob Bismarck der Junker war, der keine selbständige Regung in den wichtigsten Lebensbeziehungen der Menschheit duldete, ob er an der Bevormundung in der Kirche festhielt, das waren Lebensfragen nicht allein für die protestantische Kirche Deutschlands, sondern für Deutschland ganz im allgemeinen: daran konnte man am besten erkennen, wes Geistes Kind der Kanzler des Norddeutschen Bundes war. Bismarck mochte wohl damals die aufgeregte Welt mit der Aufrollung des Problems Staat und Kirche nicht noch mehr erschüttern; wenn er auch die katholische Abteilung im Kultusministerium bestehen und Mühler frei schalten ließ, so beweist doch seine Stellungnahme gegenüber der Hohenloheschen Anregung in betreff des Konzils, daß er schon damals Gewehr bei Fuß stand. Die Süddeutschen hatten freiere Hand. Lag es da nicht nahe für jene Regierungen, die allezeit eifersüchtig über ihren Rechten wachten, und denen ihre Kammern, nicht weniger antipreußisch, dabei sorgfältig auf die Finger paßten, auch ihrerseits gerade im Gegensatz gegen jenes preußische Regiment rasch

vorzugehen[1])? Wie auch immer die Frage zu beantworten ist, das ist gewiß, daß alle die liberalen Maßnahmen jener Jahre niemand stärker befürwortete als die liberalen Gegner des Werkes von 1866, und daß sie auch keinem sonst in höherem Maße zugute kamen. Weder Schäffle noch die Offenburger in Baden standen in vertrautem Verhältnis zu ihrer Regierung; die Offenburger veranlaßte zu ihrer Haltung im Gegenteil gerade die Tatsache, daß sie bei der Neubildung des Ministeriums nach dem Tode Mathys übergangen waren. Man wird also nicht sagen können, daß die Maßnahmen der Regierung von hier aus angeregt wurden. Wenn sie dennoch ganz in deren Sinne ausfielen, so ist das ein deutlicher Beleg dafür, daß sich Volk und Regierung in der Abneigung gegen das nordische Regiment begegneten: allem Unitarischen und erst recht der Verschmelzung mit dem Norden, so wie er war, grundsätzlich abgeneigt, bemühte man sich eher, die Unterschiede zu verschärfen als sie zu mildern[2]).

Der einzelnen Tatsachen der liberalen Ära von 1868/69 brauchen wir nur mit kurzen Worten zu gedenken.

---

[1]) Daß solche Gedanken in der süddeutschen Luft lagen, dafür ist Roggenbach ein klassischer Zeuge. Nach Samwer S. 32 war er der Meinung, daß man die eigene Entwicklung nicht um der preußischen willen aufhalten dürfe. Er wünschte nähere Beziehungen — es handelt sich um das Jahr 1860 — zum Nationalverein, aber nicht darum, weil er dessen Werben für den Anschluß Deutschlands an Preußen billigte; nein, augenscheinlich wollte er dem Nationalverein eine veränderte Richtung geben: statt des Anschlusses an Preußen sei vielmehr der Anschluß Preußens an die liberalen Institutionen des übrigen Deutschland (1860!) zu erstreben.

[2]) Fr. Meinecke, Weltbürgertum S. 477, bemerkte, daß „der unparlamentarische Konstitutionalismus der süddeutschen Staaten (bis 1866) nicht auf der eigenen Kraft der Regierungen beruhte, sondern nur möglich war durch den Rückhalt des reaktionären Bundestages". Nachdem dieser Rückhalt fortgefallen war, galt es einen anderen zu suchen.

Bayern kann dabei außer Betracht bleiben. Hohenlohe drang, als er die Schule zu entklerikalisieren und der Staatsaufsicht zu unterstellen versuchte, nicht durch. Der Ultramontanismus im Bunde mit den Mitgliedern der alten Geschlechter triumphierte. Gerade dieser Versuch, den auch jedes andere nicht ausgesprochen reaktionäre Ministerium nach 1866 hätte wagen müssen, sollte den Anlaß zum Sturze des Ministeriums geben. — In Württemberg und in Baden besaßen die Abgeordnetenkammern noch nicht die volle Selbständigkeit, ihnen stand weder die Präsidentenwahl zu, noch auch das Recht, die Tagesordnung zu bestimmen; in der Gesetzgebung hatten sie nicht die Initiative. Bei den Wahlen zur Kammer ferner entschied über die Teilnahme nicht die Tatsache, daß jemand Staatsbürger war, sondern daß er das Ortsbürgerrecht besaß. Alle diese bureaukratischen Beschränkungen fielen jetzt: die Regierungen, die württembergische zuerst, verzichteten darauf, das politische Leben weiter zu regeln. In den Wahlgesetzen, die das allgemeine und direkte Wahlrecht proklamierten, ward die geheime Abstimmung eingeführt. Die Presse erhielt freiere Bewegung. Gleichzeitig ward die Stellung zum Ultramontanismus wesentlich verändert. Man hat wohl Württemberg den Vorwurf gemacht, daß es sich an dem Kampfe gegen den Ultramontanismus damals nicht tatkräftig genug beteiligte. Richtig ist, daß das Königreich nicht denselben Weg wie andere einschlug; doch wird man nicht behaupten können, daß es sich darum nicht ebenso rüstete. Denn gewiß läßt sich nicht anders als aus diesen Zeitumständen erklären, daß es 1868 jene Trennung von Staat und Kirche vornahm, die im Gebiete des protestantischen Summepiskopats in der Konstituierung einer Landessynode beschlossen ist. Baden anderseits entwickelte sich nun vollends zu jenem liberalen Musterländle, als das es lange Zeit in der Literatur

gefeiert wurde. Dem Schulaufsichtsgesetz von 1865, der fakultativen Simultanschule von 1868 folgte 1869 die obligatorische Zivilehe, die Einrichtung der staatlichen Standesämter. Da das Ministerium Jolly im übrigen der ganzen Entwicklung seit 1860 gemäß die Frontstellung gegenüber der römischen Kirche bewahrte, so war seitdem gewissermaßen das ganze Land zum Kampfe aufmarschiert. In Baden ging man dann noch einen Schritt weiter: nicht genug, daß bereits 1868 ein Gesetz die Ministerverantwortlichkeit ausgesprochen hatte, man steigerte jetzt zugleich mit einer Revision der Gemeindeordnung im Sinne einer erweiterten Teilnahme der Gesamtheit der Bürger an der Gemeindeverwaltung und ihrer größeren Selbständigkeit gegenüber dem Staate die Macht der Volksvertretung noch dadurch, daß man die Mandatsdauer von 8 auf 4 Jahre herabsetzte und zugleich für alle 2 Jahre eine Erneuerung der Hälfte der Mandate in Aussicht nahm. Wenn auch im Zweikammersystem dafür gesorgt ist, daß die Bäume der Wähler nicht in den Himmel wachsen, dem Volke in seinen breitesten Schichten war damit ein unerhörter Einfluß auf die Regierung eingeräumt, ein Einfluß, dem diese sich um so weniger leicht entziehen konnte, da für sie kein Rückzug auf eine höhere Gewalt mehr möglich war.

In Baden war die Gefahr für das Werk von 1866 so sehr groß nicht. In diesem Lande, das sich schmal und lang hingestreckt am Oberrhein in der nächsten Nachbarschaft Frankreichs befand und dem Angriff der Franzosen zu allererst ausgesetzt sah[1]), hatte schon vor

[1]) Gegenüber einer Tradition, die allzuoft gedankenlos nachgesprochen wird, als ob den Badensern in bezug auf nationale Haltung ein besonderes Verdienst vor anderen Süddeutschen zukomme, sei auf diese Tatsache nachdrücklich hingewiesen. Vgl. auch den Aufsatz von Paul Wentzcke, Zur Entstehungsgeschichte des Reichslandes Elsaß-Lothringen (Süddeutsche Monatsschrift, 8. Jahrg. 1911) S. 612.

1866 die kleindeutsche Politik die Mehrzahl der Politiker für sich. Nach dem Debacle Österreichs nun gar gab es gegen Frankreich für Baden keinen anderen Schutz als Preußen. Die Rücksicht auf Preußen beherrschte demgemäß die badische Politik trotz aller ihrer Abwege, trotz aller ihrer Verbeugungen vor der süddeutschen Abneigung gegen den norddeutschen Staat. Wenn Baden zum liberalen Musterländle wurde, dann konnte man also eher auf eine Vermehrung des preußischen Einflusses im Süden rechnen, — wobei allerdings in Betracht zu ziehen war, daß, mit Bismarck zu reden, die Badener mehr Offiziere stellten als Gemeine[1]). Anders stand es um Württemberg und in Bayern. In Württemberg sahen sich die Demokraten nach 1869 wenn auch nicht am Ziel ihrer Wünsche, so doch in einer Position, von der aus sie hoffen durften, mit leichter Mühe das Ziel zu erreichen. In Bayern war die Regierung gewiß nicht kleindeutsch ohne Vorbehalt; auch Hohenlohe wollte nicht mit beiden Füßen auf einmal in den kleindeutschen Staat hinein. Aber gleichwohl ward er jetzt aufs äußerste befehdet: daß er das Ziel überhaupt nur aufzustellen wagte, ward ihm plötzlich vorgeworfen. Seine Schulpolitik, seine Stellungnahme gegenüber dem Konzil hatte seine Gegner, die Ultramontanen und die Großdeutschen, nur noch fester zusammengeschmiedet. Zweimal maßen sich 1869 die Parteien. Das Ministerium löste sofort die Kammer auf, als die Ultramontanen ihren Willen dem Hause aufnötigen wollten. Aber bei dem zweiten Wahlgange kehrten sie nicht geschwächt, sondern noch gestärkt zurück; von 154 Abgeordneten zählten sie jetzt 80, also 6 mehr als die vereinigte Linke.

[1]) So Bismarck zu Hohenlohe, 23. Juni 1869 (dessen Denkwürdigkeiten I, S. 378). Siehe auch seine Bemerkungen in der Rede im Reichstag des Norddeutschen Bundes gelegentlich des Antrages Lasker am 24. Februar 1870.

Danach war es klar, daß sich auch hier für das Werk von 1866 die schwersten Erschütterungen vorbereiteten[1]): hat doch an Demagogie die ultramontane Partei im 19. Jahrhundert jede andere Partei weit übertroffen! Würden die Regierungen den Sturm überstehen, oder was würde werden? Es waren bange Fragen, die die deutschen Regierungen um die Jahreswende 1870 bewegten. Noch waren überall die Männer am Ruder, die am Werke von 1866 mitgearbeitet hatten; würden sie sich halten können, und wer würde sie ersetzen? Aus den Aufzeichnungen Hohenlohes aus dem Herbst und dem Winter 1869 erkennt man, wie pessimistisch dieser Mann die Lage auffaßte. Kein Zweifel: dem Werke von 1866 nahten Stunden schwerer Gefahr. —

Unterdessen hatten die Dinge in Europa seit 1866 ein ganz verändertes Gesicht erhalten, derart, daß sich die Gegner Preußens wohl ermutigt fühlen konnten, noch weiter vorzugehen.

Wer vom Standpunkt 1870 aus bisher das Österreich nach 1866 betrachtete, der schenkte seine Aufmerksamkeit gewöhnlich vornehmlich oder ausschließlich jenen Plänen, die zwischen den Höfen von Wien, Paris und Rom seit 1867 diskutiert wurden und die Gegenwirkung gegen die Einigung des europäischen Zentrums oder die Rache für Sadowa zum Gegenstande hatten. Weit weniger wurde bemerkt, daß, wenn sich Österreich unter Beusts Leitung nach 1866 in ausgesprochen liberalem Sinne ausgestaltete, auch dies in bewußtem Gegensatz gegen Preußen geschah. Der vielgewandte Kanzler, der in sächsischem Dienst nur extrem konservativen Interessen gedient hatte, meinte allen Ernstes, aus dem

[1]) Zumal auf dem Programm der Regierung noch das direkte Wahlrecht stand! Vgl die Thronrede König Ludwigs vom 17. Januar 1870.

alten Horte der konservativen Idee in der romanisch-germanischen Welt in einer kurzen Spanne Zeit nicht gerade das Vorland des Liberalismus zu bilden — soweit verstieg sich auch dieser aristokratische Menschenverächter nicht; wohl aber hoffte er, mit seinen Maßnahmen die Welt des Liberalismus für sein Österreich zu gewinnen und damit im Bunde dem alten preußischen Gegner das Paroli zu bieten. Wer in Salzburg 1867 das Programm aufstellte, daß Österreich sich zu einem aufrichtig konstitutionellen System bekehren solle, ist, soviel wir sehen, noch nicht erwiesen; doch ließ uns Beust — in seinen Erinnerungen — daran keinen Zweifel, daß das Programm in der Richtung seiner Gedanken lag, und daß er es wünschte, eben zu jenem Zwecke[1]). Wenn er damit nicht sein Ziel erreichte — was in Süddeutschland geschah, kann man sehr wohl als Antwort auf diese Beustsche Aktion auffassen —, so lag das weniger an der Kürze der Zeit, die bis 1870 verstrich, als an dem allgemeinen Mißtrauen, mit dem man ihm begegnete; nicht einmal in dem Bürgerministerium, das er schuf, erwarb er sich ergebene Anhänger[2]). Beust war als Protestant gewiß kein Anhänger eines Konkordats mit der römischen Kirche; auch jeder andere österreichische Minister hätte nach den Erfahrungen, die der Staat 1866 mit der Geistlichkeit gemacht hatte — sie versagte ihm in seiner Bedrängnis die tatkräftige Unterstützung —, auf einen Bruch mit dem Konkordat hinarbeiten müssen; darum sollte man es kaum glauben, daß Beust es wesentlich nur deshalb löste, weil er es als einen Hebel der preußischen Politik betrachtete, um die großdeutsche Partei zu schwächen und zu sprengen. Doch sagt er es

[1]) Vgl. dazu F. F. Graf v. Beust, Aus Dreiviertel-Jahrhunderten Bd. II (1887), S. 134.

[2]) Vgl. dazu die Denkwürdigkeiten Leopold v. Hasners, Stuttgart 1892, S. 88.

ſelbſt[1]), und dieſe Motivierung entſpricht auch ſeinem Verhalten im Jahre 1869, als Hohenlohe ſein Rundſchreiben in Sachen der bevorſtehenden Infallibilitätserklärung erließ. Und ſchließlich noch die Begründung des öſterreichiſchen Rotbuchs! Die diplomatiſchen Aktionen werden in den Feſtlandſtaaten der Mitwelt wohl immer ein Geheimnis bleiben; trotzdem ließ ſich Beuſt gleich anderen Staatsmännern vor ihm auf jenes betrügeriſche Mittel der diplomatiſchen Bücher ein. Beuſt und ebenſo die anderen öſterreichiſchen Staatsmänner ſchätzten das politiſche Verſtändnis der deutſchen Mittelſtaaten nie hoch ein; kaum daß dieſe erfuhren, was ſie betraf und ihre Lebensintereſſen berührte; über die Abwandlungen der europäiſchen Politik waren ſie auf den Unterricht aus den Zeitungen angewieſen. Auf dieſe Staaten war das Rotbuch berechnet — gerade die rote Farbe glaubte Beuſt wählen zu müſſen; mit ſeiner Hilfe konnte er den Anſchein erwecken, als ob er im Vergleich mit dem Gegner das offenere Spiel ſpiele, und damit konnte er bei Anwendung ſeiner noch in den Erinnerungen ſo meiſterhaft verwandten Siebmethode als der Retter Europas vor dem umſichgreifenden preußiſchen Syſtem paradieren.

Wenn ſich Öſterreich zur Verbindung mit dem Liberalismus entſchloß, konnte Frankreich nicht zurückbleiben. Die Jahre 1866 bis 1870 bezeichnen bekanntlich in der franzöſiſchen Geſchichte den Zerfall des alten Napoleoniſchen Syſtems, das ſich auf die Kirche und auf die breiten Schichten der friedſ- und ordnungsliebenden Bourgeoiſie ſtützte. Wenn Napoleon mit dem Dämon Bismarck anbinden wollte, dann mußte er ſchon allen jenen Elementen Zugeſtändniſſe machen, die er bis dahin gefeſſelt hielt; nur dann ließ ſich der Nielſche Heeres-

[1]) Beuſt a. a. O., S. 149.

reorganisationsplan durchführen, den seine Armee so nötig hatte, — auch dann nur in jener Beschränkung, die den ganzen Plan in seinen Grundzügen verfälschte, und mit der Napoleon doch nicht ein dem preußischen gleichwertiges Instrument der Macht erhielt[1]). Preßfreiheit und Versammlungsrecht, Ministerverantwortlichkeit und Initiative der Kammer bei der Gesetzgebung, sowie das Recht der Deputierten, die Minister zu interpellieren, das war, was Napoleon seinen Gegnern einräumte. Es waren Marksteine auf dem Wege zur Demokratisierung der französischen Gesellschaft, die Marksteine auf dem Wege zur Beseitigung der Napoleonischen Herrschaft werden konnten.

Es bedarf nur einer kurzen Erinnerung, daß sich damals auch in England unter der Herrschaft Gladstones eine neue Zeit anbahnte, die sich in der Gegnerschaft gegen die Zeit der Toryherrschaft, auch gegen die Zeit Palmerstons wußte. Das Interesse des Volkes, durch die Wahlreform von 1867 neu angeregt, gehörte ganz den inneren Fragen, so sehr, daß man die Fragen der auswärtigen Politik geradezu vernachlässigte. Kurz und gut, wohin wir auch schauen, überall sehen wir den Liberalismus im Triumphe voranschreiten.

Doch nicht das war es, was in Süddeutschland Mut zu weiterem machen konnte. So sehr man sich dieser Tatsachen freute, man konnte sich dadurch wohl zu eigenen Anstrengungen nach derselben Richtung ermuntert

---

[1]) Dazu vgl. neuerdings v. Pfaff, Marschall Canrobert, Erinnerungen eines Jahrhunderts, Berlin 1912, S. 141 ff. Man ersieht aus den Mitteilungen Canroberts, daß der kranke Kaiser selbst seinem Kriegsminister Niel nicht die Überzeugung von der Notwendigkeit ähnlicher Formationen usw. wie Preußen sie besaß, beibringen konnte. Als er in Leboeuf sodann einen Kriegsminister erhielt, der sich ihm unterordnete, sorgten dessen Kollegen resp. die Kammer dafür, daß an der Armee eher Ersparnisse gemacht wurden.

fühlen und fühlte sich dazu ermuntert; aber allzu deutlich war doch, woher dieser Liberalismus stammte. Mochte auch Ollivier, der Ministerpräsident im Empire libéral, sein ehrlicher Anhänger sein, und wir haben keinen Grund, seinen Ausführungen in dem bändereichen Werke des Empire libéral nicht zu trauen, ganz gewiß waren die Väter des Fortschritts nicht ebenso ehrlich. Der Liberalismus wollte den Frieden; im Frieden, im friedlichen Wettbewerb der Völker sollte Europa voranschreiten; dieser Liberalismus brachte ihn nicht. Aber gleichwohl schienen 1870 die Friedensaussichten außerordentlich gestiegen; die Süddeutschen, ihrerseits ehrliche Leute, konnten Miene machen, Garantien für den Frieden zu schaffen. Woher kam das?

All die Jahre von 1866 bis 1870 hatte Europa in der Sorge vor einem neuen Kriege gelebt. Frankreichs Unmut über die preußischen Siege trat überall zutage, nicht nur gelegentlich der Luxemburger oder der Nordschleswigschen Frage oder der Frage der belgischen Bahnen. Dennoch war es nicht zum Kriege gekommen. Die französische Armee hatte sich von der mexikanischen Expedition noch nicht erholt, die Reorganisation Niels und Leboeufs hatte sie noch nicht verjüngt. Österreich, dessen intime Beziehungen zu Napoleon man mehr ahnte als kannte, war militärisch und finanziell noch lange nicht imstande, die Waffen wieder zu erheben. Aber vor allem das freundschaftliche Verhältnis zwischen Preußen und Rußland, das Preußen deckte, war nicht zu erschüttern gewesen. Wie klug hatte man nicht 1868 gelegentlich des kretischen Aufstandes operiert, um sie zu trennen! Rußland hatte das brennende Interesse, die Scharte von 1856 auszuwetzen, seine alte Stellung im europäischen Oriente wieder zu erringen, und sein Vertreter, der General Ignatiew, hatte sich soweit vorgewagt, den Griechen die Hoffnung auf Kreta zu stärken: wenn

da Napoleon oder Österreich, hinter dem der hier allmächtige Napoleon stand, die Türkei aufstachelte gegen die Griechen, dann mußte doch wohl ein Krieg entstehen, in dem Rußland zu den Waffen griff. Würde Preußen, würde Bismarck nicht solchem Krieg entgegenwirken müssen und damit Rußland sich entfremden? Die Rechnung war ohne Bismarck aufgestellt, der in seiner Politik dank seiner größeren Voraussicht über ungeahnte Mittel verfügte. Lieber tat Rußland einen Schritt zurück, indem es die Griechen für die nächste Zukunft ihrer Hoffnungen auf Kreta beraubte, als daß es zugunsten Napoleons und Österreichs eine solche Gefährdung des ganzen politischen Systems in Europa gestattete[1]). Nach diesem Schlag schien für die Revanchepolitik jede Aussicht geschwunden[2]). Napoleon war ganz verzweifelt. Wie er sich nun im Innern der Führung Emile Olliviers überließ, so schlug er auch nach außen neue Bahnen ein. Das Jahr 1869 erlebte den alle Welt überraschenden französischen Botschafterwechsel in St. Petersburg. Mit dem Grafen Fleury, dem Genossen von Salzburg, dem vertrauten Freunde des Kaisers, betrat ein Mann das Parkett der Petersburger Gesellschaft, der, wenn einer fähig war, eine Verständigung zwischen Paris und Petersburg herbeizuführen. War die Trennung

---

[1]) Vgl. dazu die konfidentielle Note, die (Julius v. Eckard) in seinem Buche „Von Nikolaus I. zu Alexander III." (St. Petersburger Beiträge zur neuesten russischen Geschichte), Leipzig 1881, S. 248 ff. mitteilte, ferner „Aus dem Leben Theodor v. Bernhardis", 8. Teil, Leipzig 1901, S. 397.

[2]) Als ein Nachgrollen des abziehenden Gewitters hat man jene Preßkampagne zwischen Beust und Bismarck aus dem Januar 1869 anzusehen, die damals allgemeines Aufsehen erregte und als bedeutsamste Frucht die Absage Andrassys an einen österreichischen Revanchekrieg zeitigte. Vgl. dazu jetzt Eduard v. Wertheimer, Graf Julius Andrassy, sein Leben und seine Zeit, I. Bd., Stuttgart 1910, S. 473, 476, 479.

Rußlands und Preußens auf dem anderen Wege nicht gelungen, so ward jetzt ein neuer versucht: mochte er auch noch so unsicher erscheinen, nur der Feigling gibt sich selbst auf.

Niemand versteht die Zeit, der achtlos an ihren Ansichten von den Rassen und ihrem Kampfe vorübergeht. Über alle jene Doktrinen, die die französische Revolution geboren oder vielmehr propagiert hatte, siegte der Nationalismus, der folgerichtig zur Rassentheorie führte[1]). Napoleon beherrschte die Germanophobie, die Germanen, vor allem die Österreicher die Slawophobie: wenn niemand ahnte, was aus Österreich werden würde, so war doch nur zuvielen gewiß, daß es, soweit es sich nicht dem Deutschen Reiche anschlösse, unrettbar den Slawen, d. h. Rußland verfallen sei; selbst der Optimismus Andrassys ließ sich zuweilen von diesem Gedanken ankränkeln. Österreich hatte nach 1867 all sein Vertrauen auf Napoleon gesetzt. Kaum ein wenig gestärkt und jedenfalls keiner größeren Aktion fähig, hatte es sich in die Orientpolitik gestürzt, Unfrieden säend und Komplikationen provozierend; denn hier, im Orient, herrschte Frankreich unumschränkt. Unter den vielen halbwahren und falschen Bemerkungen Beusts ist es einmal eine richtige, die er am 25. August 1869

[1]) Selbst Bismarck war nicht frei von einer Neigung zur Rassentheorie. Als Keudell, zurückgekehrt von der Eröffnung des Suezkanals, im Dezember 1869 von Unterhaltungen mit Franzosen berichtete, die unter vier Augen sämtlich die Meinung geäußert hätten, ein Krieg zwischen Preußen und Frankreich sei unvermeidlich, gab Bismarck der so oft vertretenen Auffassung erneuten Ausdruck, daß er die Herbeiführung eines Krieges selbst zu dem Zwecke, die Lage zu klären, für verwerflich halte. „Niemand könne die Verantwortung für den Ausbruch eines Kampfes übernehmen, der vielleicht nur der erste einer Reihe von Rassenkriegen sein würde." (Robert v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, Berlin und Stuttgart 1902, S. 419. Vgl. auch S. 441.)

Hohenlohe gegenüber machte[1]), daß Österreich schon um des Orients willen von Frankreich gar nicht loskönne, daß schon diese Beziehungen zum Orient es nötigten zu der Politik gegenüber Deutschland, gegenüber Preußen, die es verfolgte; Frankreich wolle nicht die Überschreitung der Mainlinie, und Österreich müsse sich fügen; denn es sei doch sehr die Frage, ob gegenüber Rußland eine österreichisch-preußische Allianz einen Ersatz für die freundschaftlichen Gesinnungen Frankreichs darstelle. Eine Politik voll Selbstvertrauen war das nicht. Aber wo war der, der zu einer solchen damals in Österreich den Mut hatte? Es war schon viel, daß sich der eine, Beust, mit der Tapferkeit des Rachedürstigen zu der Idee eines österreichischen Gesamtstaates bekannte und daraufhin seine Politik einrichtete. Dieser Mut ist sein Verdienst an der österreichischen Geschichte. Es war nicht die Sache an sich, die Erkenntnis von der Mission Österreichs im Orient, die ihn hier eingreifen hieß. Auch davon wußten damals die wenigsten. Hasner, der österreichische Ministerpräsident im Jahre 1870, behauptete noch in seinen Denkwürdigkeiten[2]) den Standpunkt, daß Österreich nie und nimmer eine mit Rußland konkurrierende Orientpolitik beginnen durfte; „zu sehen, daß Rußland nicht übermächtig werde, war eine Sache Europas; wir ... konnten diese Aufgabe nicht auf uns nehmen." Aber wenn Beust sich einmal nach dieser Seite wandte, so erblickte er auch hier die starke französische Macht. Überall traf er auf sie: was lag näher, als ihr sich zu verschreiben? Die Sendung General Fleurys nach Petersburg bedeutete nun für diese Beziehungen eine bedenkliche Wendung: notwendigerweise mußten sie sich lockern, und das Ende war, daß Österreich isoliert

[1]) Hohenlohe I, S. 392. Vgl. dazu auch seine Äußerungen zu Andrassy 1874 (Beust II, S. 336).

[2]) S. 115.

daſtand. Ob Beuſt davon den vollen Eindruck hatte, iſt nicht ganz ſicher. Auch Napoleon ſcheint darüber nicht ganz im klaren geweſen zu ſein; oder hielt er noch immer den öſterreichiſchen Staat für einen Leichnam, mit dem man nach Belieben verfahren dürfe? Jedenfalls fängt ja mit dem Herbſte 1869 eine neue Phaſe in den Bündnisverhandlungen mit Öſterreich und Italien an[1]). Aber wenn nicht die Regierungen, ſo hatten die Völker von dem Umſchwung die ſtärkſte Empfindung. Niemals ſah es trüber in Öſterreich aus als 1870. Dem Reichsrat blieben nicht nur die Tſchechen fern, auch alle andern ſlawiſchen Stämme weigerten ſich, jetzt dort zu erſcheinen. Die Verfaſſungspartei zur Seite geſchoben, denn ſie machte mit ihrem Zentralismus und ihrer Betonung der deutſchen Präponderanz im Staate die anderen Völker nur kopfſcheu; die Föderaliſten im Anmarſch; aber auch ſie ohne Ausſicht auf Erfolg; denn die nationalen Aſpirationen der Slawen wurden durch ſie nicht befriedigt. Kaum fanden ſich noch Miniſter, um den Staat zu leiten; man erzählte ſich damals in Wien jene Anekdote von dem Komfortabel, den Potocki, der Miniſterpräſident nach Hasners Sturz, heranwinkt und dann, als das keinen Erfolg hat, anruft; aber auch dann kommt er nicht: „Um ka Gſchloß", ſo ruft er zurück, „ich mag ka Miniſter werden[2])." Auf der anderen Seite ſchoſſen die ſlawiſchen Pflänzlein üppig ins Kraut. Damals veröffentlichte der bekannte ruſſiſche General und panſlawiſtiſche Publiziſt Fadějev ſeine Schrift über die Truppenmacht Rußlands, in der er auf die Hilfstruppen Rußlands in Öſterreich hinwies und die ruſſiſche Pro-

[1]) Siehe darüber jetzt die Studie von Wilhelm Alter in der Deutſchen Rundſchau 1910. Im Herbſt begann Beuſt die Verhandlungen mit Italien, um über den Zweibund zum Dreibund zu gelangen.

[2]) Briefwechſel zwiſchen Anaſtaſius Grün und Ludwig Auguſt Frankl (1845 bis 1876), Berlin 1897, S. 296.

paganda bloßlegte. Joseph Alexander Freiherr v. Helfert erwiderte ihm[1]); aber wenn auch Helfert sich aus der österreichischen Geschichte den Mut holte, für Österreich noch an eine Mission zu glauben, und in diesem Sinne seine Leser zu der Überzeugung von einer selbständigen Politik des Donaustaates zu bekehren versuchte, er brachte seinen Landsleuten dabei noch neue Momente der russisch-panslawistischen Propaganda in ihrem Vaterlande zum Bewußtsein und trug damit eher zur Entmutigung als zu etwas anderem bei[2]). Weiter erlaubte sich damals Katkows Moskauer Zeitung nie erhörte Angriffe auf den Donaustaat, und die ganze Meute der panslawistischen Blätter stürzte ihm eifrigst nach[3]); allerdings lenkte ja Katkow trotz alles seines Einflusses noch nicht die Geschicke Rußlands; aber die franzosenfreundliche Pose, in der sich der Fürst-Staatskanzler Gortschakow gefiel, schien nur allzugut zu seinen Ausführungen und Befehlen zu stimmen. Nun machte zwar damals Julian Klaczko sein Lebensschifflein an dem österreichischen Strande fest; Beust holte sich den Freund Czartoryskis, den Mitarbeiter an der Revue des deux mondes, in das Ministerium des Äußern; und noch andere Zeichen sprachen dafür, daß sich der Reichskanzler für den Fall wachsender Intimität zwischen Frankreich und Rußland die Aufrollung der polnischen Frage vorbehielt[4]). Aber hatte Österreich die Kraft, diese

[1]) Seine Broschüre „Rußland und Österreich" erschien 1870.

[2]) A. a. O. S. 11. Vgl. dazu auch Albert Eduard Schäffle, Aus meinem Leben, Bd. I, Berlin 1904, S. 194.

[3]) Darüber wie über die russische Presse 1870 überhaupt, unterrichtet in dankenswertester Weise (Julius v. Eckard), Berlin und St. Petersburg, Preußische Beiträge zur Geschichte der russisch-deutschen Beziehungen, Leipzig 1880, S. 118 ff.

[4]) Andrassy arbeitete in diesem Falle mit Beust zusammen. Zu Klaczko und dem Eindruck, den seine Berufung in Berlin machte, vgl. jetzt am bequemsten Moritz Busch, Tagebuchblätter, 1. Bd.,

Politik durchzuführen, selbst wenn, was unzweifelhaft war, Ungarn seine ganze Kraft daransetzte? Würde Rußland warten, bis sich Österreich soweit gekräftigt hatte? Und blieb für die nächste Zukunft das Ergebnis der Fleurysschen Sendung nicht doch, daß Österreich verlassener war wie je? Wer der Rassentheorie ergeben war — und der deutsche Liberalismus, der aus den Tagen der Romantik nicht seine schlechtesten Kräfte zog, war in diesem Falle —, der hatte allen Grund, die Zukunft des Deutschtums in Österreich so schwarz als möglich anzuschauen.

Das war die Sachlage im Beginn des Jahres 1870. Noch waren nicht alle Zeichen so deutlich, wie einige Monate später, aber wer den Blick dafür hatte, der sah sie voraus. Nie schien der Frieden gesicherter, trotz aller unzweifelhaft vorhandenen Spannungen. Und ließen sich diese nicht vielleicht auch auflösen? Ich betone wiederholt: von staatlichem Sinn, zu dem sich der alte Liberalismus seitdem bekehrte, war bei diesem damals noch so gut wie keine Rede; soweit ihn nicht revolutionäre, antigouvernementale Ideen beherrschten, folgte er nationalistischen. Der Staat Österreich war für ihn kein Problem; der war dem Untergang verfallen. Was ihn beschäftigte, war die Erhaltung des Deutschtums gegenüber dem Slawentum, gegenüber aller Welt. Es steckte in ihm noch ganz der Stolz des klassischen Zeitalters unserer Literatur, der sich seiner Weltherrschaft bewußt war. Diese Aufgaben waren nicht mit dem Schwerte zu lösen; das Schwert war ihr ärgster Feind; der Frieden gehörte dazu, der eine Durchdringung der Welt mit den Erzeugnissen der Geisteskultur ermöglichte. Ließen sich für ihn nun nicht noch weitere Garantien schaffen?

Graf Bismarck und seine Leute während des Krieges mit Frankreich 1870 bis 1871 bis zur Beschießung von Paris, Leipzig 1899, S. 17 (Eintrag vom 25. März 1870).

Jenen Spannungen war ihre Schärfe genommen, sobald der Ruf ertönte: Die Waffen nieder. So schmeichelte sich wenigstens der stolze deutsche Liberalismus, der aller Welt eine gleiche Siegeszuversicht zutraute. An Bismarck war ihm nichts so sehr verhaßt, als daß er zu einer Blut- und Eisenpolitik gegriffen hatte. Weder die Erfahrungen von 1866, noch der persönliche Eindruck von diesem Manne erschütterten die Überzeugung von der Schädlichkeit des Militarismus, den auszubreiten er augenscheinlich bestrebt war. Es war ein Stück antibismarckscher, antipreußischer Politik, ja ihr Kernstück, wenn man sich nach all den Erfolgen in den Jahren zuvor entschloß, nun gegen diesen Militarismus und seine Anhänger vorzugehen. Der Versuch mußte gemacht werden; das war der deutsche Liberalismus sich schuldig. Ein Nebenerfolg winkte dabei, er war vielen das wichtigste Stück: nach dem Sturze des Militarismus war die Einigung Deutschlands in ihre Hand gelegt, dann konnten sie auf das Programm zurückgreifen, das Bismarck mit so unwiderstehlicher Kraft zur Seite geschoben hatte.

Kapitel I.

Der Kaiserplan im Frühjahr 1870.

Das Jahr 1870 zeitigte eine Reihe von Abrüstungsvorschlägen. Das Ministerium Ollivier sah sich gemüßigt, durch England bei dem Norddeutschen Bunde einen dahin zielenden Antrag zu stellen; und weiter hatte die sächsische erste Kammer über einen Abrüstungsantrag zu beraten[1]). Beide Anträge waren diktiert von einer gewissen Gereiztheit gegen Preußen, und beide Anträge waren Pronunziamentos des Liberalismus. Denn auch in Sachsen hatte Preußen seine Gegner, Männer, weniger erzürnt über die unmittelbaren als die mittelbaren Folgen des Ereignisses von 1866, über alle die Änderungen, die an den sächsischen Einrichtungen der Eintritt in den Norddeutschen Bund erforderlich gemacht hatte: sie verlangten jetzt die Abrüstung, um ihrer Industrie und ihrer Landwirtschaft zumal nicht zuviel Kräfte zu entziehen. Was das Ministerium Ollivier zu seinem Schritte bewog, war durchsichtig genug: wenn Ollivier das Programm des Empire libéral durchführen wollte, dann brauchte er eine Garantie für den Frieden. Die gereizte Stimmung zwischen Frankreich und Preußen gab auch er gelegentlich zu. Der Antrag Daru bezeichnete von französischer Seite

[1]) Schultheß, Europäischer Geschichtskalender, 11. Jahrg. 1870, Nördlingen 1871, S. 37 u. 38. Ein weiterer Abrüstungsantrag ward von Sepp in der bayerischen Kammer in Aussicht gestellt (Staatsarchiv, XVIII. Bd., S. 243).

ein Bekenntnis zur Friedfertigkeit, wie Ollivier deren mehrere von sich gab[1]), wobei nur die Frage ist, ob Ollivier-Daru mehr die liberalen Doktrinäre waren, die sich um die Kenntnis fremdartiger Zustände nicht allzuviel bemühen zu müssen glaubten, oder ob ihr Antrag zugleich ein Akt der Perfidie war, um den Gegner ins Unrecht zu setzen. Sie begründeten ihn dem englischen Minister gegenüber damit, daß Bismarck, falls er ihn ablehnte, die Meinung seines ganzen Landes gegen sich aufwiegeln werde; „wie würde seine Lage sein, wenn wir ihm den einzigen Vorwand wegnähmen, hinter den er sich (d. h. die Rüstung Preußens) verschanzen kann, nämlich die Bewaffnung Frankreichs?" Beide Anträge fielen. Die sächsische Regierung brachte der Kammer in Erinnerung, daß der Antrag sich gegen die Verfassung richte; ganz gleich, wie man innerlich zu der Frage stände, die Annahme des Antrags würde also einen Akt der Feindseligkeit gegen Preußen bedeuten. Und Lord Clarendon bekam von Bismarck zu hören, was der Liberalismus von Europa in seiner Sorge vor dem Cäsarismus sich nur ungern sagen ließ, daß das Land der allgemeinen Wehrpflicht nicht abrüsten könne, ohne die sittlichen Grundlagen seines Staatswesens aufzugeben: das militärische System sei nicht allein tief mit den Traditionen des Landes verwachsen, es sei auch ganz normal. Im übrigen könne er seinem Könige diesen Antrag überhaupt nicht mitteilen: der würde in dem Schritte Englands sicherlich den Beweis einer Änderung in den Gesinnungen Englands gegen Preußen erblicken.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß Europa an den Frieden dachte und keinen Krieg wünschte, so war er mit dem durch England vermittelten französischen Vorschlag gegeben. Doch Europa hatte bei Bismarck nichts

[1]) Vgl. S. 23 Anm.

vermocht. Mußte man das übrigens dem Kanzler des Norddeutschen Bundes verargen? Selbst die Süddeutschen waren sich vielfach darüber nicht im klaren, ob der Frieden wirklich so fest begründet sei, wie es die französischen Minister behaupteten. Doch wohl um ihn ihrerseits noch zu bekräftigen, ließen in jenen Tagen (es handelt sich um den Anfang Februar 1870) auch ultramontane Abgeordnete in der bayerischen Kammer die kräftigsten Worte gegen jede Verletzung der deutschen Grenzen fallen. Die Forschung übersieht das vielfach; die Franzosen erhielten damals den unzweideutigen Wink, daß sie bei einem Angriffskrieg die deutschen Ultramontanen sich genau so gut gegenüber erblicken würden wie alle andern. Nach jener Absage Bismarcks lag den Süddeutschen die Pflicht ob, für den Frieden Europas zu sorgen: konnte oder wollte Bismarck keine Friedensgarantien im Sinne des europäischen Liberalismus geben, so konnten sie es. Es war die günstigste Situation, die Rechnung mit Bismarck ins reine zu bringen und damit die deutsche Entwicklung in ein anderes Fahrwasser zu leiten.

Seit dem 17. Januar tagte der bayerische Landtag, der erste nach jenen Wahlen, die den Gegnern des Werkes von 1866 einen so erheblichen Machtzuwachs beschert hatten. Er war mit einer Thronrede eröffnet, die die Gegensätze zu verwischen suchte, jedenfalls sich um eine klare Stellungnahme mit dem Hinweis auf das Staatsinteresse herumdrückte. Auf diese Thronrede beschloß man, mit einer Adresse zu antworten: was zu erwarten oder zu befürchten war, bei der Adreßdebatte, die sich infolge des diplomatisch-jesuitischen Tricks Jörgs, des Referenten für den Entwurf der Majorität[1]), erheblich

[1]) Jörg begründete den Entwurf der Majorität, der ein energisches Mißtrauensvotum gegen Hohenlohe darstellte, nicht sofort, sondern erst nach mehreren Tagen.

in die Länge zog, ergab sich die reichlichste Gelegenheit, gegen das Werk von 1866 vorzugehen, und sie ward auch reichlichst benutzt. Es wird erlaubt sein, bei dieser Debatte ein wenig zu verweilen. Einmal kamen die Beweggründe der Opposition hierbei recht deutlich zum Ausdruck, und sodann wurden Wünsche in bezug auf die Einigung Deutschlands geäußert, deren Kenntnis das Verständnis der Reichsgründung vielleicht erleichtert.

Die Debatte hatte ein Mißtrauensvotum gegen Hohenlohe in erster Linie zur Absicht. Man wollte auf seiten der Opposition diesen Mann oder vielmehr sein ganzes Ministerium stürzen; denn seine Gedanken gingen viel zu sehr oder viel zu ausschließlich in der Richtung auf den Anschluß an den Norden, wie er sich ausgestaltet hatte.

Man konnte Hohenlohe vielerlei vorwerfen. Auf ultramontaner Seite war das vor allem der Versuch, in Schule und Politik den Einfluß der Kirche zu brechen. Es konnte daher niemanden wundernehmen, daß in der Debatte strengkatholische Strömungen zum Ausdruck kamen. Man sprach von dem Präfekten in Rom, den man dem Präfekten an der Spree bei weitem vorzöge; man sprach sich gegen jeden Versuch aus, staatlicherseits in die Beratungen des Konzils einzugreifen, und verwahrte sich gegen Hohenlohes Haltung gegenüber dem Konzil. Es lag in der Natur der Dinge, daß sich dem fortschreitenden Liberalismus ein seiner selbst bewußt gewordener Katholizismus entgegenstemmte; der revolutionäre Individualismus, der außer sich keine Objekte kannte, weckte im 19. Jahrhundert überhaupt die Konfessionen zum Selbstbewußtsein und damit zu neuer Wirksamkeit. Diesem bayerischen Landtage sichert sein Gedächtnis vielleicht am ehesten eben diese Gegenstellung einer großen Partei gegen den modernen Staat, die noch vor den entscheidenden Beschlüssen des vati-

kaniſchen Konzils erfolgte, und die weiter erfolgte im Lande Döllingers! Doch dieſe Strömungen gaben der Debatte nicht ihren weſentlichſten Inhalt und waren nicht das im Augenblick Bedeutſamſte[1]). Viel wichtiger war den Abgeordneten, dem verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik die Kluft zu zeigen, die ſeine Anſchauungen von dem Verhältnis zum Norden von den ihren trennten.

Man hat von dieſem Landtag wohl geſagt und glaubte ſeine Bedeutung damit zu erſchöpfen, der Partikularismus ſei hier üppig ins Kraut geſchoſſen. Es iſt richtig — und für alle Folgezeit iſt es wichtig, das im Auge zu behalten —, daß die Reden auf eine Stärkung des bayeriſchen Partikularismus hinausliefen. Und was aus ihnen herausklang, war oft genug die Sorge vor der in der Thronrede geleugneten Gefahr der Minderung der Selbſtändigkeit Bayerns. Aber bei alledem iſt nicht zu verkennen, daß die Betonung der bayeriſchen Selbſtgenügſamkeit ein Notbehelf war; man fühlte ſich in einer Notlage, aus der man keinen anderen Ausweg wußte. Die wenigſten meinten im Ernſt, daß Bayern ſich iſolieren könne; und kein Einſichtiger leugnete, daß im Fall einer Einigung Geſamtdeutſchlands auch Bayern eine Einbuße an der Selbſtändigkeit erleiden müſſe, die es beſaß. Der Wahrſpruch der bayeriſchen Könige, man wolle Deutſcher ſein, aber auch Bayer bleiben, an den in der Debatte häufig erinnert wurde, enthielt ein deutſches Programm, allerdings kein unitariſches, als das man das Programm des deutſchen Nordens ſich zu betrachten gewöhnt hatte, ſondern ein föderaliſtiſches; ſchon damals ſprach ein Redner, es war der alte Profeſſor Edel, davon, daß man,

[1]) Es mag nebenbei bemerkt werden, daß der bayeriſche Ultramontanismus damals weder an dem Öſterreich Beuſts noch an dem Frankreich Olliviers irgendwelchen Halt hatte. Schon um deswillen war er minder bedeutungsvoll.

wenn der Norden seine Verfassung nicht aufgebe, einen weiteren neben einem engeren Bunde begründen könne[1]). Also nicht ein exklusiver bajuvarischer Stolz sprach in erster Linie aus den vielen Reden, die sich mit der deutschen Frage beschäftigten; das war vielmehr etwas anderes.

Der Nordbund bot mancherlei Angriffspunkte. Ein Redner der Patrioten, Dr. Karl Barth, beklagte die Unverantwortlichkeit der Minister, die Beschränkung des Budgetrechts. Ein anderer, ebenfalls ein Patriot, der bekannte Professor Dr. Sepp, beklagte die Annektionen; Hannover — von den andern war nicht die Rede — müsse erst wieder ein selbständiges Staatswesen werden. Wieder ein anderer wollte in kein Haus eintreten, das mit Bruderblut gebaut sei, Preußen trage die Schuld an dem Kriege von 1866, niemand sonst. Mehrere erinnerten an die höheren finanziellen Lasten, die der Anschluß an den Nordbund im Gefolge hatte; das bayerische Finanzsystem vertrage sich nicht mit dem des Nordens. Selbst wer Hohenlohe beisprang, wie einer der Führer der Liberalen, Dr. Marquard Barth, mochte von dem Nordbund wie er war nichts wissen[2]); der Nordbund müsse erst eine solche Organisation erhalten, daß Bayern mit Anstand, mit Aufrechterhaltung seiner berechtigten Selbstständigkeit und mit Wahrung der Würde und Rechte der Krone eintreten könne; wie er sich diese Verfassungsänderung denke, erläuterte er sodann; und in ähnlichem Sinne äußerte sich Edel, der einer vertragsmäßigen

[1]) Ich bemerke gleich hier ein für allemal, daß ich die Verhandlungen des Landtags nach den eingehenden und zuverlässigen Berichten der Allgemeinen Zeitung zitiere, die das Wesentlichste zwar nicht wörtlich aber sinngemäß und oft glücklicher in der Fassung als die Protokolle wiedergeben. Die Protokolle sind im XVIII. Bande des Staatsarchivs, doch mit Auswahl, abgedruckt (S. 231 bis 475).

[2]) Auch Barth hatte sich seit 1868 gewandelt. Vgl. seine uns von Bluntschli III, S. 212 mitgeteilten Äußerungen.

Einigung mit dem Norden beredte Worte lieh. Doch alle diese Ausstellungen am Norddeutschen Bunde trafen nicht in den Kern der Sache; man machte sie mehr, um sich in die bereits vorhandene Antipathie noch mehr hineinzureden, oder um sie vielseitiger zu begründen, als weil sie so besonders wichtig dünkten. Was dagegen in den Kern der Sache traf, das waren die Ausstellungen an dem militärischen Zuschnitt des Nordbundes; hierin stimmten alle überein. Nicht alle bezeichneten das System als Cäsarismus; im Gegenteil war so blöde nur der einzige Vertreter der reinen Demokratie im Landtage, Dr. Kolb. Aber alle hatten die Überzeugung, daß es sich mit der Freiheit nicht vertrüge. 1871 sollte das System nach dem Antrag der Nationalliberalen im verfassunggebenden Reichstag eine Änderung in liberalem Sinne erfahren; die Bayern wollten das gar nicht erst abwarten; nach der Konfliktszeit und nach 1866 meinte man zu wissen, daß „der Graf von Varzin" Garantien der Freiheit auch dann noch nicht geben werde; wozu also warten, wo die Zeit drängte, und wo man selbst eventuell bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Dinge im Norden ausüben konnte? Daß jeder Schritt weiter nach links im Norden begeisterten Widerhall finden werde, das kam nicht nur einmal zum Ausdruck.

Die Absage an den Militarismus war aber nur die eine, die negative Seite; man hatte auch positive Forderungen. „Ja," meinte Sepp am 29. Januar, „wenn sich der König von Preußen als deutscher Kaiser gerierte, dann wollte die patriotische Partei mit der Fortschrittspartei gehen"; doch dazu, so fuhr er fort, gehöre eine deutsche Nationalversammlung; „wenn man uns eine neue Nationalversammlung in Frankfurt eröffnete, dann wären wir versöhnt, dann glaubten wir an ein Deutschland; so wie die Dinge jetzt liegen, nicht." Und ähnlich sprachen auch andere Patrioten.

So wollte Dr. Huttler den Frühling Deutschlands für gekommen erachten, „wenn der König von Preußen statt des schwarz-weißen das schwarz-rot-goldene Banner aufpflanzt und in Frankfurt ein deutsches Parlament beruft", und Dr. Kurz faßte das Ziel der ganzen deutschen Entwicklung in die Schlagworte zusammen: Einigung aller Stämme gegen den äußeren Feind und Schutz der freiheitlichen Entwicklung im Innern. Eben diese alten liberalen Forderungen waren es, jetzt bezeichnenderweise von den Ultramontanen und den Großdeutschen vor sich hergetragen, die weit mehr als partikularistische Selbstgenügsamkeit den positiven Inhalt der Debatte bildeten. Das war nicht Sache der Taktik, ein Hilfsmittel etwa gegen Hohenlohe, der sich solche Forderungen natürlich nie zu eigen machen konnte; daß es mehr war, geht allein aus der Tatsache schon zur Genüge hervor, daß bei der Gründung der Zentrumsfraktion im neuen Deutschen Reich die Freiheit der Kirche den Kernpunkt des Programms bildete. Die katholische Partei wie die Großdeutschen, beide gleich demokratisch organisiert, hatten gleich den württembergischen Demokraten von der Erfüllung dieser Forderung eine Zukunft in ihrem Sinne zu erwarten.

Wollte man zum Ziel gelangen, so war das zunächst Wichtigste, daß Hohenlohe fiel. Diesen Wunsch sah die Opposition alsbald erfüllt. Zwar nahm König Ludwig die Demission Hohenlohes nicht an, die mit dem Mißtrauensvotum der Kammer begründet war; aber einige Wochen später gab er ihm doch die Entlassung, wobei allerdings fraglich ist, ob nicht die Ereignisse seitdem ihm eine Entscheidung im Sinne der Kammer nahelegten[1]). Übrigens hatte die Opposition keinen Anlaß zu lautem Triumphe: Graf Bray, den König Ludwig zum Nach-

[1]) Darüber weiter unten S. 62.

folger Hohenlohes bestimmte, gehörte nicht zu den Vertrauensmännern der Patrioten, wenigstens figuriert sein Name nicht auf der Liste von patriotischen Ministerkandidaten, die die Augsburger Abendzeitung einmal aufstellte[1]). Und sodann ward nicht das ganze Ministerium neu gebildet; außer Hohenlohe blieben sämtliche Minister im Amte. Besagte das bei der Verfassung des bayerischen Ministeriums auch nicht allzuviel — es gab noch kein solidarisches Gesamtministerium, sondern nur einzelne Departementschefs, und der König trug eifrige Sorge, daß jeder bei seinem Leisten blieb[2]) —, so hieß es doch, daß sich auch fernerhin Einflüsse auf den König geltend machten, die jedenfalls nicht patriotisch orientiert waren[3]). — Der Sturz Hohenlohes war nur das nächste Ziel. Darüber hinaus war schon in der Adreßdebatte als weiterer Wunsch der Opposition die Umbildung des militärischen Systems verlautbart. Geradezu formuliert von Dr. Kolb, dem einzigen Demokraten im Landtag,

[1]) Vgl. Allgemeine Zeitung 1870, S. 359. Als Ministerkandidaten waren genannt: Freiherr v. Gasser, Freiherr v. Schrenck, Präsident Freiherr v. Lerchenfeld in Bayreuth, Freiherr v. Lobkowitz, Freiherr v. Brück, Dr. v. Weis und General v. Walther. Vgl. dazu übrigens Jörgs Äußerung zu Absatz 5 bis 7 des Adreßentwurfs am 10. Februar (S. 647). — Auf Brays Stellung zu den Patrioten resp. auf die Auffassung, die darüber in Berlin herrschte, wirft das von M. Busch, Tagebuchblätter I, S. 19 unterm 25. März 1870 reproduzierte Schriftstück ein bemerkenswertes Licht, das Abeken Busch im Auftrage Bismarcks zur Beachtung überreichte.

[2]) Vgl. Hohenlohe I, S. 381. Auch S. 406.

[3]) Man könnte dieser Bemerkung entgegenhalten, daß Jörg als Sprecher der Mehrheit am 12. Februar ausdrücklich erklärte, für die übrigen Minister ein Mißtrauensvotum n i c h t zu beabsichtigen. Damit war jedoch nicht gesagt, daß sich die Angriffe nicht ursprünglich auf die Gesamtheit der Minister bezogen. Der ehemalige Minister Hörmann fühlte sich veranlaßt, seine Wahlkreiseinteilung energisch zu verteidigen, der Minister v. Lutz die Justizpflege. Allmählich hatte sich eben bei der Opposition die Empfindung verstärkt, daß die Trauben für sie zu hoch hingen.

erschien er andeutungsweise doch auch schon sonst. Als sich nun am 7. März Hohenlohes Schicksal entschieden hatte, konzentrierte sich sofort die ganze Aktion der Opposition auf diese Frage.

Die Umbildung des bayerischen Heeres in ein Milizheer — das war das Ziel, das sich auch die Nichtdemokraten aneigneten —, diese Umbildung war nun im Vergleich mit dem Sturze Hohenlohes noch in weit höherem Maße geeignet, das Wasser auf die Mühlen der Opposition zu leiten. Abstriche am Militäretat waren immer populär; sogar die regierungsfreundlichen Liberalen mußten wohl oder übel solchen Abstrichen zustimmen, allerdings nicht so ausgedehnten, wie sie die Opposition wünschte. Aber niemals waren sie populärer, als da es hieß, sie vorzunehmen an einem System, das man nur ungern angenommen hatte, und das, wie man sich jetzt einredete, überflüssig war: denn wo in aller Welt gab es den Feind, von dem Gefahr drohte? Mit ihren Forderungen konnten die Patrioten also auf weitestgehende Unterstützung rechnen, zumal wenn sie sich zu Modifikationen nach der einen oder andern Seite bereit zeigten, zu Modifikationen, wie der, daß ein Kern eines disziplinierten Heeres erhalten bleiben könne, und wenn sie betonten, daß ihnen nichts ferner liege, als bestehende Verträge zu brechen. In der Konsequenz ihrer Anträge lag unzweifelhaft, daß der Schutz- und Trutzvertrag mit dem Norden für diesen wertlos wurde; das war auch ebenso unzweifelhaft ihre Absicht; sie wollten wie im Kriege so bei der Entscheidung über Krieg und Frieden den Einfluß des populären Elements bzw. Süddeutschlands stärken. Aber schrieb denn der Schutz- und Trutzvertrag ein bestimmtes militärisches System vor? Der Wortlaut verpflichtete zu nichts anderem als zur Bereitstellung der vollen Kriegsmacht im Falle des Krieges und zur Unterstellung der bayerischen Truppen unter den

Oberbefehl des Königs von Preußen. Gewiß hatte Hohenlohe 1867 ganz im Geiste dieses Bündnisses gehandelt, als er die Organisation der süddeutschen Truppen nach preußischem Muster durchsetzte. Doch das war Hohenlohe gewesen; niemand war genötigt, ihm darin zu folgen, und was er getan, konnte auch wieder rückgängig gemacht werden. Ich wiederhole: an dem wesentlichen Inhalt des Schutz- und Trutzbündnisses wollten auch die Ultramontanen nicht rütteln. Jörg verteidigte während der Adreßdebatte die Mehrheit sehr energisch gegen die Verdächtigung, daß der Satz in dem Mehrheitsentwurfe: nie wird eine Lockung zum Vertragsbruch bei unserm Volke Eingang finden, nicht ehrlich gemeint sei; seine Partei wolle, so sagte er, nie wieder die Schmach erleben, daß Bayern im Bunde mit dem Ausland gegen deutsche Brüder kämpfe. Als die Patrioten dann aus der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung erfuhren, daß das Wort: „erfahrungsgemäß" seien die Verträge mit dem Norddeutschen Bunde deutungsfähig, als eine Einleitung zur Kündigung der Verträge oder mindestens ihrer Nichteinhaltung verstanden wurde, strichen sie das Wort, das in dem Zusammenhang allerdings jenem Verdachte Raum gewährte. Aber dabei wollten sie sich den Einfluß verschaffen, den sie schon lange wünschten: in der Debatte über den Militäretat, die die Tage vom 13. bis 15. Juli füllte, begründeten sie sachlich ihre Wünsche damit, daß sie einem Angriffskrieg vorbauen wollten, zu dem das norddeutsche System verführe. Was die Patrioten damals begannen, war etwas Neues und für die Freunde der 1866 begonnenen Lösung Hochbedenkliches; wir dürfen uns daher nicht wundern, daß sie nicht nur auf den nachhaltigsten Widerstand trafen, sondern daß ihrem Beginnen auch Beweggründe untergelegt wurden, die nicht da waren, und deren Wiederholung noch heute das Bild jener Ereignisse verfälscht.

Bis es im bayerischen Landtage zur entscheidenden Debatte über diese Fragen kam, verging ein Vierteljahr; die Debatte traf dann gerade in die Zeit, da infolge der spanischen Thronkandidatur ein Konflikt zwischen Frankreich und Preußen in bedrohliche Nähe gerückt war, und verlor infolgedessen ihr Gewicht; die Voraussetzungen zu dem Schritt waren für die meisten verschwunden. Unterdessen waren die Gegner des Werkes von 1866 an anderer Stelle nicht müßig gewesen. In den Tagen nach dem Sturze Hohenlohes, als die Patrioten sich von Kolb fortreißen ließen, schienen sie in Württemberg die Frucht der wüstesten Agitation einheimsen zu können, die das Land in der neueren Zeit erlebte. Der Kampfplatz war derselbe, hier wie dort; es wird daher erlaubt sein, auf diese übrigens schon häufiger dargestellten Dinge nur mit einigen Worten einzugehen.

In Württemberg gab es kein Ministerium, das in einem ähnlich prononcierten Sinn wie in Bayern Stellung zu den brennenden Fragen der Zeit genommen hatte. Der Freiherr v. Varnbüler, kein Politiker großen Schlages wie Hohenlohe, sondern ein Mann, dem man die Eierschalen des mittelstaatlichen Verwaltungsbeamten auch noch als Minister des Äußern anmerkte[1]), hatte im Gegenteil mehr als einmal mit Bismarck die Waffen gekreuzt. Es war noch unvergessen, daß der Mann des vae victis am schnellsten den Weg zu Preußen gefunden hatte; seiner geschmeidigen Versatilität, die sich nur um den Augenblick bekümmerte, durfte man schon zutrauen, daß sie bei einem Druck von unten wieder andere Wege einschlagen werde. So setzten denn hier die Gegner Preußens, allen voran die Demokraten, in deren Hand die

[1]) Über Varnbüler unterrichten am besten die Notizen, die Adolf Kohut, Otto v. Bismarck in seinen Beziehungen zu Württemberg und zu württembergischen Staatsmännern, Blaubeuren 1909, S. 19 zusammenstellte.

Wahlen die Entscheidung über die Geschicke des Landes gelegt zu haben schienen, sogleich bei dem Militärsystem ein: ihr Ziel unterschied sich in nichts von dem der Bayern. Aber in dem protestantischen Württemberg ging man doch anders vor als in dem katholischen Bayern: die Landesvertretung erschien allein nicht wuchtig genug; man wollte noch nachdrücklicher auftreten und entschloß sich daher, dem demokratischen Ideal entsprechend, zur Sammlung von Unterschriften unter eine Adresse, die sich in schärfster Weise gegen das herrschende System und für ein Milizsystem nach Schweizer Muster aussprach. Der Erfolg war über Erwarten. Noch besonders dadurch kopfscheu gemacht, daß die Regierung ein Defizit und demgemäß den Antrag auf Erhöhung der Steuern ankündigte, gaben 141 000 Mann ihre Unterschrift, etwa $^3/_4$ von den Wählern, die sich zu jener Zeit an den Wahlen beteiligten[1]). Durch diese gedeckt, oder besser gestützt, richteten dann am 11. März 45 Abgeordnete einen entsprechenden Antrag an die Regierung. Das Ministerium Varnbüler fühlte sich auch zunächst in die Enge getrieben; es wußte sich nicht anders zu helfen, als daß es, am 20. März, um seine Entlassung nachsuchte. Doch Varnbüler war nicht nur der Mann der populären Strömung, er hatte noch einen zweiten Halt, das war Nikolaus' I. stolze Tochter, die Königin Olga, die ihn weit mehr wie ihr Gemahl, der König, in seiner auf die unbeschränkte Selbständigkeit Württembergs gerichteten Politik unterstützte[2]); der Zarentochter aber waren die Strömungen, die jetzt das Land zerwühlten, aufs äußerste unangenehm. So kam

[1]) Nach A. Rapp, Die Württemberger und die nationale Frage 1863 bis 1871 (Darstellungen aus der Württembergischen Geschichte, hrsg. von der Württ. Kommission für Landesgeschichte, Band IV), Stuttgart 1910, S. 341.

[2]) Vgl. dazu Froebel II, S. 434.

es[1]), daß die Opposition nicht nur nicht triumphierte, sondern eher eine Niederlage erlitt. Aus dem Ministerium traten jetzt die weniger entschiedenen Elemente aus, der Kriegsminister Freiherr v. Wagner, die Minister des Innern und des Kultus, letzterer ein Anhänger der großdeutschen Richtung[2]); an ihre Stelle traten zwei Männer, die den Kampf mit dem Landtage nicht scheuten, der energische Staatsrat v. Scheurlen und der Generalmajor v. Suckow, der um einen Grad entschiedenere Gehilfe des bisherigen Kriegsministers[3]) und ein überzeugter „Preuße", eine Eigenschaft, die, wenn auch nicht in dem Gesamtministerium[4]), so doch in dem Kriegsministerium von durchschlagendem Werte war. Das „Ministerium der Energie" aber machte wohl einen Abstrich an dem Militäretat, so wie ihn die Lage der Finanzen gebot, und zog den Hauptfinanzetat zurück, was die Vertagung des Land-

[1]) Gewiß ist dabei nicht außer acht zu lassen, was hier ohne Interesse, daß die Vorgänge in Bayern, das Verhalten König Ludwigs König Karl den Rücken steiften.

[2]) Nach Rapp, S. 346.

[3]) Auf den Unterschied zwischen Wagner und Suckow weist mit Nachdruck Freiherr v. Mittnacht, Rückblicke, 4. Aufl., Stuttgart und Berlin 1909, S. 19—20 hin.

[4]) Von dem württembergischen Ministerium gilt dasselbe, was S. 40 von dem bayerischen gesagt ist. Das Ministerium, der Ministerrat stand in bezug auf die Gesamtpolitik an Einfluß wohl hinter der Gesamtheit der Staatsräte, dem Geheimen Rat, zurück. Vgl. Mittnacht S. 52. — Daß Suckow, entgegen der Anschauung, die namentlich Wilhelm Busch, Die Kämpfe um Reichsverfassung und Kaisertum 1870 bis 1871, Tübingen 1906 und in der Ausgabe von A. v. Suckows Rückschau (Tübingen 1909) vertrat, auf die Politik Württembergs geringen Einfluß ausübte, geht aus Mittnachts Rückblicken S. 38 und passim hervor. So wichtig und bedeutsam namentlich für die Folgezeit unzweifelhaft war, daß ein Mann wie Suckow dem Ministerium angehörte, so scheint mir doch, daß er, selbstbewußt wie er war (Eugen Schneider in den Württembergischen Vierteljahrsheften für Landesgeschichte 1911, S. 141), seinen Anteil an den Ereignissen erheblich überschätzte.

tags nach sich zog, im übrigen aber nahm es den Kampf gegen die Demokraten und Großdeutschen in der Presse und in den Oberämtern auf und hielt an der Organisation des Heeres unverbrüchlich fest. Damit war wenigstens Zeit gewonnen, und das hieß in diesem Falle schon viel; ob der Erfolg die Anstrengungen des Ministeriums lohnen würde, das allerdings stand dahin.

So war es im März 1870 um die Dinge in Süddeutschland bestellt. Der populäre Ansturm, so stark wie noch nie und beim Angriff auf Positionen, die für die Aufrechterhaltung des Werkes von 1866 von grundlegender Bedeutung waren. Sonst herrschte der Friede, und nie durfte man mehr auf seine Dauer rechnen: denn in Frankreich regierte ein Ministerium, das sich nicht nur liberal und national gab, sondern auch den Fortschritten der anderen Völker nach dieser Richtung nichts in den Weg stellen zu wollen erklärte. Wenn Bismarcks stolzes Wort von dem Appell an die Furcht, der in deutschen Herzen keinen Widerhall fände, innerlich berechtigt war, dann war also jetzt die Zeit da, norddeutscherseits mindestens den Versuch zu einem Fortschritt in dem Einigungswerk zu machen. Den Artikel IV des Prager Friedens brauchte man jetzt nicht mehr so sehr auf seine Bestimmungen über die internationale Freiheit der Südstaaten hin zu beachten, man durfte jetzt vielmehr ein wenig unbesorgter an die weitere Bestimmung in ihm denken, wonach die nationale Verbindung zwischen Nord und Süd frei nach gemeinsamem Ermessen geregelt werden könnte. Nur mit einem Versuche derart war im übrigen Aussicht vorhanden, jenem Angriff zu begegnen. Als einen solchen Versuch haben wir den Kaiserplan Bismarcks anzusehen, den Plan, König Wilhelm die Kaiserkrone zu verschaffen. Es war eine Aktion, von der wir erst in jüngster Zeit etwas erfuhren: denn sie blieb ohne sichtbaren Erfolg

und mußte nach den großen Ereignissen, die ihr folgten, der Vergessenheit anheimfallen. Gerade für den März kennen wir von ihr nun einige deutlichere Spuren. Sie interessiert uns nicht nur für sich selbst; wir werden sehen, daß die Zukunft an sie an mehr als einer Stelle anknüpfte.

Ich stelle im folgenden zunächst zusammen, was wir aus der Literatur über diesen Kaiserplan wissen, wobei ich dankbar der Förderung gedenke, die die Forschung von Ruville und Küntzel erfuhr[1]). Es wird sich empfehlen, dabei chronologisch vorzugehen.

Frankreich wachte mit den Augen des Argus darüber, daß der Prager Friede nicht verletzt und zwischen dem Norden und Süden Deutschlands keine näheren Beziehungen hergestellt wurden. Eben den Franzosen, zeitgenössischen Politikern wie Historikern, verdanken wir bisher die ausführlichste und in sich geschlossenste Kunde darüber; da, wie sich zeigen wird, ihre Angaben zumeist auch durch andere Quellen bestätigt werden, und was sie über diese hinaus haben, die innere Wahrscheinlichkeit für sich hat, so dürfen wir sie in erster Linie berücksichtigen.

In jenen Jahren besaß Frankreich in Hamburg einen Ministre plénipotentiaire, der die deutschen Verhältnisse ausgezeichnet übersah und zu seinem Berufe die Überzeugung von der Gefahr mitbrachte, die für sein Vaterland ein weiteres Erstarken der Mitte Europas heraufführte. G. Rothan war es denn auch, und nicht Benedetti, der französische Gesandte in Preußen, der viel zu stark unter dem Einfluß Bismarcks stand, um unbefangen zu schauen, der über diesen Kaiserplan nach Paris berichtete. In seinen Souvenirs diplomatiques,

[1]) Albert v. Ruville, Bayern und die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, 2. Aufl., Berlin 1909 und Georg Küntzel, Bismarck und Bayern in der Zeit der Reichsgründung (Frankfurter historische Forschungen, Heft 2), Frankfurt a. M. 1910.

deſſen zweiter Teil der Geſchichte Deutſchlands und Italiens in den Jahren 1870/71 gewidmet iſt[1]), und in denen er einzelne Berichte, die er nach Paris abſtattete, mitteilt, heißt es nun darüber (p. 365), daß König Wilhelm die Kaiſerkrone heiß begehrte (convoitait ardemment), aber daß er internationale Komplikationen befürchtete. Gleichwohl habe Bismarck ſich dieſes Gedankens bemächtigt, dabei aber die Taktik verfolgt, die Verhandlungen darüber ohne Wiſſen des Königs (à son insu) zu führen; es war dieſelbe Taktik, die wir von ihm gelegentlich der Hohenzollernkandidatur in Spanien kennen. Rothan nennt als Zeitpunkt, in dem Bismarck nach ſeiner Vermutung (bien)[2]) mit der Ausführung des Planes anfing, den Dezember 1869: die ſtationäre Politik in Deutſchland habe ihm nicht behagt, die europäiſche Lage ſei günſtig geweſen; von Rußland und Öſterreich war nichts zu befürchten, und Frankreich ſah er abſorbiert durch ſeine innere Kriſis[3]). Über die Aktion Bismarcks in den erſten Monaten enthalten die Souvenirs diplomatiques von 1870 keine Angaben; Rothan veröffentlichte dort eben nicht alle ſeine Berichte, ſondern nur einzelne; vielleicht oder wahrſcheinlich entzog ſich übrigens die Aktion im einzelnen auch noch ſo ſcharfer Aufmerkſamkeit. In einem Berichte an Gramont aus dem Mai, in dem er ſich auf verſchiedene Berichte von früher beruft, und in dem er dem eben neu eingetretenen Miniſter des Äußern in Frankreich einen Überblick über das Ganze

---

[1]) Souvenirs diplomatiques II, 1: L'Allemagne et l'Italie 1870—1871, 2. édition, Paris 1884.

[2]) Bien, nicht dit-on bezieht ſich an jener Stelle auf das Datum; anders Küntzel, S. 15.

[3]) Von einer Kriegsfurcht Frankreichs, wie Küntzel S. 14 meint, ſteht bei Rothan nichts; Bismarck rechnete darauf, daß Frankreich im Innern und durch das Nationalitätsprinzip des Miniſteriums Ollivier gebunden, ſich der vollendeten Tatſache fügen werde.

gibt, in diesem Berichte meint er, daß Bismarck in Wirklichkeit nicht vor dem März 1870, nach Sondierung und Präparierung des Terrains, mit dem Plan vor eine größere Öffentlichkeit getreten sei: am 22. März, am Geburtstage König Wilhelms, an dem die Großherzöge von Baden, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und Weimar in Berlin anwesend waren, habe er ihn mündlich vor diesen eröffnet. Einige Tage danach gingen dann formelle Vorschläge an die Könige von Bayern und Württemberg ab. Zwei Absichten seien dabei vorgeschützt worden: einmal eine festere Einigung Deutschlands gegen das Ausland und sodann die Konsolidierung der engen Allianz aller deutschen Dynastien gegen die Revolution. Das Unternehmen scheiterte, weil König Ludwig von Bayern, was in der Konsequenz der Idee lag, seine Truppen in Krieg und Frieden dem König von Preußen hätte unterstellen müssen, und das wollte er nicht; König Karl von Württemberg war danach ebenfalls nicht zu haben. Rothan ist der Überzeugung, daß Bismarck auch dann noch nicht locker ließ. Als Lasker, der bekannte nationalliberale Abgeordnete, im norddeutschen Reichstag Juni 1870 auf den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund zurückkam, in betreff dessen er bereits am 24. Februar den Bundeskanzler interpelliert hatte, und als dieser in seiner Erwiderung von Barbarossa und den Erinnerungen an das alte deutsche Reich sprach, brachte er diese Rede in Zusammenhang mit jenen Bestrebungen: Bismarck suchte damit die öffentliche Meinung auf den Theatercoup vorzubereiten, den er beabsichtigte (p. 370).

Zu diesen Angaben Rothans fügte kürzlich Emile Ollivier in seinem Werke über das Empire libéral einige weitere Daten, augenscheinlich aus französischen Akten (Tome XIII, p. 17 s. Paris 1908). Er bemerkt dazu, daß Bismarck für seine Person den Übergang über den Main nicht habe forcieren wollen. Aber die nationalliberale

Partei drängte und deshalb entschloß er sich, den Titel eines Präsidenten des Norddeutschen Bundes, der dem König von Preußen zustand, in den des Kaisers von Deutschland umwandeln zu lassen. Ollivier teilt uns dann die Korrespondenz mit, die in dieser Angelegenheit zwischen Berlin und London im Januar 1870 gewechselt wurde. Nachdem Graf Bernstorff, der Botschafter des Norddeutschen Bundes in London, den Minister Clarendon über diesen Wunsch des Königs Mitte Januar mündlich unterrichtet hatte, wobei es der englische Minister nicht an Warnungen fehlen ließ — 1866 sei dazu die Zeit gewesen, jetzt werde das Projekt nur Beunruhigung hervorrufen —, wies er ihm am 27. Januar eine Depesche Bismarcks vor, wonach der Titel des Königs im Norddeutschen Bunde für ihn und seine instincts féodaux zu republikanisch sei; im übrigen sei er noch zu keinem Entschlusse nach dieser Richtung gekommen. Auch in Frankreich erfuhr man von dem Plane. Daru meinte zum norddeutschen Botschafter, dem Baron v. Werther, das heiße den Main schon moralisch überschreiten (passer moralement). Frankreich könne das nicht ruhig mit ansehen. Gleichwohl ließ sich Bismarck dadurch nicht beirren. Als im März Karl Anton von Hohenzollern in Berlin erschien, habe man Benedetti, so erzählt Ollivier weiter (p. 48), um ihn von der Fährte der Hohenzollernkandidatur in Spanien abzulenken, den Roman erzählt, daß der Hohenzoller als Vertrauensmann des Königs dorthin berufen sei, um, wie er einem Gesandten berichtet habe, ein großes in Vorbereitung befindliches Projekt zu fördern; man wolle nämlich zum mindesten Baden und Hessen veranlassen, um den Eintritt in den Nordbund zu bitten unter Anbietung des Kaisertitels an den König von Preußen; gleichzeitig habe man Benedetti Mittel genannt, um auf die Könige im Süden einen Druck in derselben Richtung auszuüben (Palastrevolution bei dem einen, bei dem

andern Ansturm der Demokraten). Im April kam es dann zu einer direkten französischen Interpellation in Berlin: Benedetti, den die Reise des Großherzogs von Hessen nach Berlin beunruhigt hatte[1]), sprach Ende des Monats bei Thile, Bismarcks Unterstaatssekretär, vor, dieser aber stellte jegliche Unterhandlung über den Eintritt des einen oder andern süddeutschen Staates und jegliche Absicht der Umwandlung der Präsidentschaft des Norddeutschen Bundes in ein deutsches Kaisertum in Abrede (p. 420/21).

Zu den Mitteilungen aus französischen Berichten kommen Aufzeichnungen deutscher Staatsmänner und Politiker.

Julius Froebel, seit einigen Jahren Herausgeber der „Süddeutschen Presse", die, von Hohenlohe mit angeregt, sich bis 1868 der Unterstützung durch die bayerische Regierung erfreute und danach auch weiter den ausgedehnten Beziehungen ihres Herausgebers und seinem großen journalistischen Talent eine hochgeachtete Stellung verdankte, Julius Froebel schreibt in seinem schon öfters zitierten Lebenslauf (II, S. 546): „Als ich im März 1870 in Berlin Konstantin Rößler sprach (den bekannten Publizisten und Mitarbeiter an den Preußischen Jahrbüchern, von Bismarck zuweilen benutzt[2]), damals Redakteur des Staatsanzeigers), beschäftigte sich dieser mit einem Plane für die Aktion in der deutschen Sache — ich glaube in höherem Auftrage — und teilte mir als Mittel, den König von Bayern für die Errichtung eines preußisch-deutschen Kaisertums zu gewinnen, den Gedanken mit, neben der deutschen Kaiserwürde auch die Würde eines deutschen Königs und diese für den Bayernkönig zu schaffen, wobei man immerhin im Ge-

[1]) Der Großherzog traf nach Hohenlohe II, S. 7 Anm. 1 am 26. April zu mehrtägigem Besuche in Berlin ein.

[2]) Vgl. dazu M. Buschs Tagebuchblätter I, S. 5.

biete dagewesener Bildungen bleibe. Für den Vorsitzenden eines deutschen Fürstenhauses", so setzt Froebel hinzu, der soeben mit dem bekannten Grafen Münster über dessen Gedanken an die Gründung einer deutschen Pairie eine interessierte Unterhaltung gepflogen hatte[1]), — also „für den Vorsitzenden eines deutschen Fürstenhauses hätte allerdings die Benennung gepaßt. Ich sah wenige Tage darauf den Legationsrat von Keudell, den ich schon im vorhergehenden Jahre kennen gelernt hatte. Im Gespräche über die deutschen Angelegenheiten äußerte ich gegen ihn, daß nur mit der Kaiserwürde ein Schritt weiter zu kommen sein werde, wobei ich den Gedanken eines Fürstenhauses unter dem Präsidium der Krone Bayern äußerte und hinzufügte, daß versucht werden müsse, die Anregung des Kaisertitels von bayerischer Seite zu bewirken, wie es nachher geschehen ist. Herr v. Keudell hatte keine andern Einwendungen zu machen als solche, welche von der Vorliebe für das Einkammersystem in der parlamentarischen Reichsvertretung hergeleitet waren.... Von Bismarck sagte mir damals Keudell, daß derselbe sich sozusagen Tag (S. 547:) und Nacht mit der Kaiseridee beschäftige.... König Wilhelm.... Seit dem Vorjahre schien an dieser hohen Stelle die Abneigung gegen den allerdings ganz unpreußischen Kaisergedanken sich gemildert zu haben. Schon 1869 aber schien die Perspektive einer russisch-französischen Allianz zu dessen Gunsten zu wirken. Man

[1]) G. Graf zu Münster veröffentlichte diese bekanntlich einige Monate später, nach dem Beginn des Krieges, in seiner Flugschrift: Deutschlands Zukunft — das Deutsche Reich, Berlin 1870. Vgl. zu dem Gedanken an die deutsche Pairie die Äußerungen Herzog Ernsts von Sachsen-Koburg-Gotha zu Bennigsen Anfang März 1870 bei Hermann Oncken, Rudolf von Bennigsen, Bd. II, Stuttgart und Leipzig 1910, S. 169 und die auf ähnliche Gedanken abzielenden Bluntschlis gegenüber Hohenlohe aus dem Mai 1868 bei Bluntschli III, S. 220.

dachte, ich weiß nicht aus welchem damals besonderen Grunde, an den Tod Alexanders II., dem diese Allianz auf dem Fuße folgen würde."

In den April 1870 führen die Aufzeichnungen Johann Kaspar Bluntschlis, des bekannten Heidelberger Staatsrechtslehrers. In „Denkwürdiges aus meinem Leben", Band III (Nördlingen 1884) berichtet er S. 257 von einer Unterredung mit dem Großherzog von Baden bei dem Abschiedsdiner für den badischen Landtag; dieser war am 7. April geschlossen worden[1]). „Auf meine Äußerung, daß die geistigen Zustände in Berlin unerträglich seien, bemerkte der Großherzog, es sei eine Wendung im Gange. Bismarck sehe ein, daß hier etwas geschehen müsse, und der König sei nicht abgeneigt. Meiner Andeutung, daß er — der Großherzog — wohl bei seiner Anwesenheit in Berlin in diesem Sinne gewirkt haben werde, widersprach er nicht und fügte bei, er könnte mir mehr Detail mitteilen, aber er müsse sich mit der allgemeinen Bemerkung begnügen." Einige Wochen später weilte Bluntschli als Mitglied des Zollparlaments in Berlin. „In vertrauten Kreisen, so berichtet er S. 259, wurde besprochen, daß dem König als Präsidenten des Norddeutschen Bundes der Titel „Norddeutscher Kaiser" angeboten werde. Bismarck war für die Idee. Ich meinte, warum nicht ‚Deutscher Kaiser'? Es geht in Einem hin. Die Führer der Nationalliberalen waren auch dafür, aber sie verlangten zugleich ein verantwortliches Ministerium, das Bismarck nicht gewähren wollte."

Aus denselben Tagen sind uns in den „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst", Band II (4. Abdruck, Stuttgart und Leipzig 1907), S. 5, 6 u. 7 folgende Einträge Hohenlohes in sein Journal

[1]) Nach Schultheß 1870, S. 185.

mitgeteilt. Hohenlohe befand sich damals in derselben Eigenschaft wie Bluntschli in Berlin. „23. April 1870.“ Thee beim König und der Königin mit Roggenbach zusammen. „Auf dem Heimwege sprach Roggenbach über die hiesigen Zustände. Er erzählte, daß Bismarck die Absicht habe, den König zur Annahme der deutschen Kaiserkrone zu bewegen. Er schmeichelt sich, daß die Könige von Württemberg und Bayern durch ihre Demokraten so in Verlegenheit geraten werden, daß ihnen die Anlehnung an Preußen als etwas Erwünschtes erscheinen werde. Was Bayern betrifft, setzt Hohenlohe hinzu, so irrt sich Bismarck. Auch soll Bismarck geäußert haben: So könne es nicht mehr bleiben, man müsse weitergehen, und er mache sich nicht auf einen, sondern auf vier Kriege gefaßt. Preußen sei aber in der Lage, diese Kriege siegreich zu führen.“ — „Berlin, 27. April 1870.... Die inneren Verhältnisse in Preußen und im Norddeutschen Bund sind unbefriedigend. Doch scheint es mir, man würde sich täuschen, wenn man daraus ableiten wollte, die ganze Organisation des Nordbundes könne sich wieder auflösen. Ich glaube das doch nicht. Die Diplomaten rennen seit einigen Tagen umher und stecken die Köpfe zusammen. Sie behaupten, daß Bismarck mit dem Gedanken umgehe, den König zu veranlassen, den deutschen Kaisertitel anzunehmen. Bayern und Württemberg bleibe dabei ihre unabhängige Stellung gewahrt. Dagegen müßten diese Staaten wohl die Oberherrlichkeit anerkennen! Roggenbach behauptet, diese Befürchtung sei unbegründet. Ich kann bis jetzt nicht erfahren, was daran wahr ist. Auch die Reise des Großherzogs von Darmstadt wird mit diesem Gedanken in Verbindung gebracht. Man behauptet, der Großherzog habe viele Schulden und hoffe auf diese Art herauszukommen. Ebenso meinen diese Politiker, der Kaiser von Rußland sei dem Kaiserprojekt

günstig und hoffe dadurch den Thron seiner Schwester (= der Königin von Württemberg) gegen die Demokraten zu schützen und habe den Großherzog von Hessen (ebenfalls einen nahen Verwandten) zur Reise nach Berlin veranlaßt. Von Varnbüler vermutet man, daß er ebenfalls gewonnen sei (?)."

Schließlich bringt der sächsische Minister Richard Freiherr v. Friesen in den „Erinnerungen aus meinem Leben", Band III (Dresden 1910), S. 108/9 zusammenfassend folgendes: In den ersten Monaten des Jahres 1870 seien von Berlin aus verschiedene, aber ganz unbestimmte Gerüchte verbreitet worden. „In den Berliner diplomatischen Zirkeln glaubte man zu bemerken, daß eine ganz unerwartete politische Aktion vorbereitet werde, und in einigen öffentlichen Blättern, denen man intime Beziehungen zu dem Auswärtigen Amte zutraute, wurden ähnliche Gerüchte in ziemlich unklarer Weise verbreitet. Hiernach sollte z. B. der Beitritt von Baden und der südlichen Hälfte von Hessen zum Norddeutschen Bunde nahe bevorstehen; vielfach wurde darauf hingedeutet, daß seitens des Bundespräsidiums ein energisches Vorgehen gegen Bayern beabsichtigt werde, dessen König nicht nur zu einem Besuche in Berlin nicht zu bewegen war, sondern auch eine jede persönliche Annäherung an die Mitglieder des preußischen Königshauses vermied. Beharrlich wurde insbesondere auch die Nachricht verbreitet, daß der König von Preußen die Annahme des Kaisertitels wünsche und beabsichtige. In letzterer Beziehung wurde namentlich auf beiläufige, aber mehrfach wiederholte Äußerungen des Grafen Bismarck hingewiesen, die dahin gingen, daß der in der Verfassung gebrauchte Ausdruck „Bundespräsidium" für den König von Preußen bei der schriftlichen Behandlung der Geschäfte vielfache Schwierigkeiten und unangenehme Weitläufigkeiten verursache. Diese Äußerungen

wurden in der angeblich inspirierten Presse vielfach verbreitet und geradezu als Beweise dafür bezeichnet, daß wirklich eine Abänderung der Verfassung in dieser Richtung beabsichtigt werde. In München insbesondere hatte dies alles, obgleich Bayern nicht zum Norddeutschen Bunde gehörte, doch lebhafte Aufmerksamkeit und eine gewisse Beunruhigung erregt, die so weit ging, daß man als völlig sicher annahm und erzählte, der ganze Plan sei zwischen den Königen von Preußen und Sachsen im geheimen bereits verabredet und festgestellt worden; letzterer sei ganz dafür gewonnen und werde in der nächsten Zeit in dem Bundesrate den Antrag stellen, Seine Majestät den König von Preußen um die Annahme des Kaisertitels zu ersuchen. Diese Gerüchte wurden dort mit solcher Beharrlichkeit verbreitet, daß unser Gesandter in München, Graf Könneritz, deshalb berichtete und anfragte, wie er sich denselben gegenüber verhalten solle. Darauf wurde er unter dem 7. Mai 1870 beschieden, daß er diesen Gerüchten, ohne ihnen einen besonderen Wert beizulegen, doch bei jeder Gelegenheit bestimmt widersprechen solle, da seitens der Königlich Preußischen Regierung über diese Angelegenheit hier nie, auch nicht in der vertraulichsten Weise, gesprochen und auch nicht die geringste Andeutung gemacht worden sei, die auf die Existenz eines solchen Planes schließen lasse."

Soweit die Berichte, die uns heute über diese Angelegenheit vorliegen. Sie stimmen unzweifelhaft nicht in allem überein, aber sie lassen doch mit wünschenswerter Deutlichkeit erkennen, daß im Frühjahr 1870 in der deutschen Politik etwas von Bismarck geschah, und sie geben davon auch die Grundlinien, nicht gerade scharf skizziert, aber klar genug.

Die Frage ist, wann Bismarck den Gedanken faßte und mit seiner Ausführung begann, und welche Motive

ihn dabei leiteten. Verschiedene Motive werden genannt. Von den Franzosen der Wunsch des Königs, der seinen instincts féodaux entsprach, statt der halb republikanischen Bezeichnung eines Bundespräsidiums den das monarchische oder dynastische Gefühl ansprechenderen Titel eines Kaisers zu führen; Keudell, vielleicht auch der Großherzog von Baden, sind Zeugen, daß König Wilhelm wenigstens keine Abneigung mehr gegen diesen Titel hatte — eine Tatsache, die im Hinblick auf seine Haltung in der Kaiserfrage Ende des Jahres gewiß in Erstaunen setzt; von dieser Tatsache bis zu jener Insinuation ist nur ein kleiner Schritt, wir brauchen ihn nicht mitzumachen, aber wir wollen nicht vergessen, daß Ollivier ein Schriftstück Bismarcks an die Adresse Clarendons für jenes Motiv zitierte. Ein weiteres Motiv soll der Wunsch gewesen sein, eine festere Einigung Deutschlands gegen das Ausland zu erreichen. Wieder ein anderes wäre den innerpolitischen Ereignissen entnommen gewesen: man verlangte nach der Konsolidierung, nach der engen Allianz aller deutschen Dynastien gegen die Revolution. Alle diese Motive sind denkbar: in den ersten Monaten 1870 konnten sich die Dynastien in der Tat von einer Revolution bedroht fühlen, und gegenüber der Andeutung einer russisch-französischen Allianz war es angezeigt, die Einigung Deutschlands wenigstens in erneute Erwägung zu ziehen; die Lage der Dinge in Frankreich erschwerte das Vorgehen zum mindesten nicht. Behalten wir das im Auge, so gewinnt die Angabe Rothans, daß Bismarck seine Aktion im Dezember 1869 eingeleitet habe, einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit: die Sendung Fleurys nach Petersburg lag kurze Zeit zurück, in Bayern waren soeben die Wahlen erfolgt, die der Opposition gegen Hohenlohe die Mehrheit brachten, und Hohenlohe hatte am 1. Dezember dem König sein Entlassungsgesuch

unterbreitet; es wurde zwar nicht angenommen, aber hatte doch eine teilweise Neubesetzung des Ministeriums zur Folge. Daß ferner gerade damals der Zeitpunkt war, an eine Umänderung des Titels des Königs im Norddeutschen Bunde ernsthaft zu denken, erhellt daraus, daß mit dem 1. Januar 1870 die auswärtigen Angelegenheiten Preußens auf den Norddeutschen Bund übergehen sollten; erst damit also mußten jene geschäftlichen Schwierigkeiten eintreten, von denen Friesen berichtet. Nun war allerdings der Dezember 1869 ein reichlich später Termin, um solch eine Erleichterung zu erreichen. Wenn Bismarck mit einem solchen Motiv also wirklich hier und da hausieren ging, dann dürfen wir annehmen, daß es ihm um eine Aufklärung an den betreffenden Stellen nicht ernsthaft zu tun war; er brauchte es, weil kein Fremder diesem von der Person des Königs hergeholten Motiv offiziell den Glauben versagen durfte; jedenfalls sind wir nicht gezwungen, dies als Leitmotiv anzusehen. Den Dezember 1869 können wir somit getrost als den frühesten Termin für die Einleitung der ganzen Aktion betrachten[1]).

Doch war diese Aktion einheitlich, hatte sie von Anbeginn an dasselbe Ziel oder läßt sich eine den Umständen angepaßte Wandlung erkennen, und wie ward die Aktion durchgeführt? Um mit dem letzten zu beginnen, so erfahren wir darüber aus den ersten Monaten gar nichts. Rothan bemerkt ausdrücklich, daß sie erst im März 1870 als solche bekannt wurde, d. h. also zu einer Zeit, wo die Krisis, die Bismarck zu ihr bestimmt hatte,

---

[1]) Ruville meint schon in früheren Monaten des Jahres 1869 Spuren dieser Aktion zu begegnen. Er gibt jedoch selbst zu (S. 103 u. 105), daß sich daraus nichts Bestimmtes und nicht viel erschließen lasse. Von einer Rücksichtnahme auf Mißverständnisse im Nordbunde, die nach ihm Bismarck zu der Aktion veranlaßt haben soll, verlautet zudem in den Quellen nichts. Vgl. auch Küntzel, S. 21.

auf einem gewissen Höhepunkte angelangt war, und dazu paßt vortrefflich eine Bemerkung des Großherzogs von Baden vom 12. September 1870, wonach ihm schon seit dem März bekannt sei, daß Graf Bismarck eine weitere Verfolgung der Kaiseridee gern sähe[1]). Aber wie kam Bernstorff zu jener Unterredung mit Clarendon im Januar, infolge deren dann eine schriftliche Äußerung Bismarcks nötig wurde? Ist es wahr, was ein französischer Historiker jüngsthin behauptete[2]), daß Bismarck den Mächten den Kaisertitel für den König von Preußen vorschlug, als die Umwandlung des preußischen auswärtigen Amtes in ein Bundesamt vollzogen ward? Indem ich diese letzte Frage auf sich beruhen lasse — ein Beweis für diese merkwürdige Behauptung ward nicht erbracht —, möchte ich die Aufmerksamkeit noch einmal auf die bayerischen Kammerverhandlungen lenken. Es blieb bisher unbeachtet, daß diese Kammerverhandlungen noch einen weiteren Hintergrund hatten. Gewiß war schon mit dem Kampfe gegen Hohenlohe reichlicher Anlaß gegeben, die deutsche Frage zu erörtern, die Beschäftigung damit war ihr dadurch geradezu aufgezwungen; aber sie hatte noch mehr Anlaß dazu, denn sie hatte sich auch gegen dunkle Pläne zu wehren, die im Norden plötzlich aufgetaucht waren. Muß es schon auffallen, daß Professor Sepp am 29. Januar, ganz

[1]) Die Bemerkung fiel gegenüber dem Abgesandten des Großherzogs von Oldenburg, dem Staatsrat Jansen, in Lampertsheim (vgl. Günther Jansen, Großherzog Nikolaus Friedrich Peter von Oldenburg, Erinnerungen aus den Jahren 1864 bis 1890, Oldenburg und Leipzig 1903, S. 159, danach abgedruckt bei Erich Brandenburg, Briefe und Aktenstücke zur Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches (1870 bis 1871) in Quellensammlung zur deutschen Geschichte, hrsg. von E. Brandenburg und G. Seeliger, Heft I, Leipzig und Berlin 1911, S. 41).

[2]) Henri Welschinger, La guerre de 1870. Causes et responsabilités. 2e édition. Paris 1910. T. I, p. 16.

im Anfang der Debatte, seine lange Rede mit einer energischen Absage an den Norden begann: man stände an einem Wendepunkt der nationalen Geschichte; aber niemand habe in Bayern Lust, sich dem norddeutschen Staate anzuschließen, so fällt der Schleier des Geheimnisses, wenn man in der Rede eines anderen patriotischen Redners an diesem Tage — es war der Abgeordnete Schleich[1]) — die Worte liest: nach gewissen Blättern wolle sich ein alter Herr zum Vormunde aller Könige machen. Es gelte jetzt die Aufrechterhaltung der Staatsverfassung gegenüber den beiden Pontifices, dem in Rom und dem an der Spree. „Aber der Schwerpunkt der Besorgnisse falle nicht auf Rom, sondern auf Preußen[2])." Wir erfuhren aus Friesen, daß in den ersten Monaten des Jahres 1870 das Instrument der Presse kräftigst gespielt wurde. Hier haben wir die Bestätigung[3]): eben auf die Presse spielen die bayerischen Kammerredner an. In denselben Tagen war es, daß Bismarck Clarendon gegenüber seinen Plan zugab. Halten wir die Vorgänge in London und die Äußerungen der Patrioten in München zusammen, dann dürfte es wohl keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Bismarck den Zeitungsmanövern nicht so fernstand, wie Friesen meinte; im Gegenteil dürfen wir den Schluß wagen, daß er beim Beginn dieser Aktion genau so wie in vielen anderen Fällen die Presse für seine Zwecke benutzt hat.

[1]) Bekannt dadurch, daß er den Antrag für die Kriegskredite am 19. Juli 1870 stellte, der die Mehrheit gewann. Nach dem Protokoll seine Äußerungen wiedergegeben im Staatsarchiv, XVIII. Bd., S. 247.

[2]) Allgemeine Zeitung 1870, S. 457.

[3]) Eine weitere Bestätigung liegt vielleicht in dem Worte: die preußische Presse spreche „neuerdings" von einem deutschen Kaisertitel, das wir in einem Schreiben des bayerischen Gesandten in Berlin vom 6. August 1870 finden (Brandenburgs Quellensammlung, Nr. 5, S. 5).

Auch bei der Verfolgung dieses Planes wurden zahlreiche Interessen berührt; da galt es erst einmal die Fühler vorzustrecken, nicht sowohl um zu sehen, wie die Sache aufgenommen wurde, als vielmehr um vorzubereiten auf weitere Taten. Die Unterredung Bernstorffs mit Clarendon, doch wohl von diesem erbeten, und die bayerischen Kammerverhandlungen waren das Ergebnis. Man muß sich diesen Hintergrund vorstellen, dann versteht man erst die mannigfachen Anspielungen auf den preußischen König als den Deutschen Kaiser, die in der bayerischen Kammer gemacht wurden. In jenen Wochen ward Moritz Busch von Bismarck herangeholt, damit eine kräftigere Einwirkung auf die Presse fortan stattfinden könne[1]). Busch hatte allerdings mit dem Kaiserplan nichts zu tun, seine Tagebuchblätter bringen jedenfalls nichts darüber; vielleicht blieb das den feineren Händen Robert v. Keudells vorbehalten[2]); aber es ist bezeichnend genug, daß Bismarck gerade damals die Unterstützung durch das Literarische Bureau nicht genügte. Das eifrige Tempo der offiziösen Blätter bei der Behandlung des Kaiserplans, das Friesen erwähnt, steht also mit dem Vorgehen des Kanzlers in innigstem Zusammenhang, eben dadurch ward es eingeleitet und gefördert.

Der weitere Verlauf der Dinge entzieht sich trotz aller Mitteilungen über den März 1870 unserer genaueren Kenntnis. Doch ist schon die Kunde von außerordentlichem Werte, daß Bismarck im März den Zeitpunkt für gekommen erachtete, mit seinem Plane offen hervorzutreten. Liegt nicht die Annahme sehr nahe, daß der Verlauf der Dinge im Süden — er hat ihn gewiß nicht überrascht — ihn dazu bestimmte? Hohenlohe aller-

[1]) M. Busch, Tagebuchblätter I, S. 3.

[2]) Vgl. dazu Heinrich Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, Berlin 1898, S. 422.

dings war schon gefallen; man kann die Möglichkeit nicht von der Hand weisen, daß die persönlichen Motive, um dessentwillen König Ludwig schließlich seinen treuen Berater scheiden ließ[1]), letztlich die Empfehlung des Bismarckschen Planes durch Hohenlohe waren; über ihn muß jedenfalls zwischen Herrscher und Minister in jenen Tagen gesprochen worden sein. Aber vielleicht war sonst noch etwas zu retten; wir entsinnen uns der Gründe, die nach Rothan Bismarck in den formellen Vorschlägen nach München und Stuttgart geltend machte; „die Konsolidierung der engen Allianz aller deutschen Dynastien gegen die Revolution" — das mußte gewiß den süddeutschen Höfen angenehm in die Ohren klingen. Bismarck hat sich darin, wie wir hören, verrechnet. Noch fühlte man sich in Süddeutschland nicht am Ende seiner Kräfte; nur die Großherzöge, die schon 1866 den Plan eines deutschen Kaisertums verfolgt hatten[2]), oder die Preußen immer zu Willen waren, ließen sich fangen; die Könige — der von Sachsen war augenscheinlich gar nicht erst angegangen worden — blieben unbewegt[3]); ihre Stellungnahme zu ihren Kammermajoritäten kann man geradezu als eine Brüskierung des Bismarckschen

[1]) Vgl. Hohenlohe I, S. 440. Die persönlichen Gründe könnten allerdings auch das bei dem Aristokraten Hohenlohe verständliche Gefühl gewesen sein, sich nicht weiter so pöbelhaften Angriffen aussetzen zu können, wie sie in der Kammer erfolgt waren. So Ottokar Lorenz, Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs 1866 bis 1871, 2. Abdruck, Jena 1902, S. 221. Aber hatte Hohenlohe seine persönlichen Rücksichten nicht schon lange den sachlichen hintangestellt?

[2]) Vgl. dazu Lorenz, S. 111 ff. und S. 574 ff.

[3]) Wenn Luise v. Kobell, König Ludwig II. und Fürst Bismarck im Jahre 1870, Leipzig 1899, S. 1 die Ablehnung des Antrags in Württemberg mit dem Besuche des Zaren am Stuttgarter Hofe (Ende Juni 1870) zusammenbringt, so liegt wohl ein Irrtum vor. Allerdings bestärkte damals der Zar den Hof in seiner Opposition gegen alle ausgreifenden Pläne Bismarcks (vgl. Suckows Rückschau, S. 160).

Planes betrachten, insofern sie es lieber auf einen Bruch mit ihrem Lande ankommen ließen, als daß sie nachgaben; die Sorge, die Bismarck bei dem Beginnen seiner süddeutschen Gegner anwandeln mochte, war für sie nicht vorhanden.

Mit diesem Kaiserplan war also Bismarck augenscheinlich gescheitert. Aber hat er ihn darum ganz fallen gelassen? Abgesehen von dem Optimismus des Staatsmanns, der auch Bismarck beseelte, — die Nachrichten aus dem April beweisen, daß Bismarck den Gedanken daran jedenfalls nicht einschlafen ließ. Vielleicht war es nur die Presse, die davon wieder und wieder sprach, vielleicht standen dahinter aber auch reale Pläne. Wenn man Bluntschlis zweite Aufzeichnung liest, dann möchte man vermuten, daß sich Bismarcks Plan nach der Ablehnung, die er im Süden erfuhr, in den anderen verwandelt habe, wenigstens einen Norddeutschen Kaiser kreieren zu lassen. Unmöglich ist das nicht; als Ende des Jahres der Kaiserplan auf so manche Schwierigkeiten stieß, ist jedenfalls der Gedanke besprochen worden, an Stelle eines umfassenden Kaisertums ein weniger umfassendes einzurichten[1]); einem deutschen Kaisertum, wie beschaffen es auch immer war, traute Bismarck die größte Anziehungskraft zu; allmählich mußte eben doch ganz Deutschland dem Deutschen Kaiser gehorchen. Doch alles das sind Vermutungen. Es wäre sehr zu wünschen, daß uns darüber bald mehr und genauere Kunde würde. Auch dieser Plan fiel ins Wasser; wie Bluntschli mitteilt, versagten sich, noch ehe Bismarck weiter vorgegangen war[2]), die nationalliberalen Führer, die unerfüllbare Forderungen stellten. Als einzige Frucht der ganzen Aktion blieb mithin nur die Tatsache,

[1]) Siehe weiter unten.

[2]) Das darf man wohl aus den Bemerkungen Friesens erschließen.

daß der Gedanke an ein deutſches Kaiſertum durch ſie eine mächtige Anregung erfahren hatte; wenn auch nicht in Süddeutſchland, ſo war doch in Norddeutſchland künftigen Ereigniſſen kräftigſt vorgearbeitet. Schon damit konnte man zufrieden ſein; denn gerade die Preußen, allen voran ihr König, hatten ſich bisher am heftigſten gegen ein ſolches Kaiſertum geſträubt. —

Das Ergebnis der deutſchen Entwicklung im Frühjahr 1870 konnte trübe ſtimmen. Zwar der Anſturm gegen den Militarismus war glücklich abgeſchlagen, das Werk von 1866 noch einmal gerettet. Aber beſtand nicht alle Ausſicht, daß ſich dieſe Angriffe wiederholten? Nord und Süd lagen in bitterſter Fehde. Die Regierungen, obwohl ſämtlich bedroht durch populäre Strömungen, die ſich nur mit Hilfe der Revolution durchſetzen konnten — eben hatte ſich die marxiſtiſche ſozialdemokratiſche Arbeiterpartei konſtituiert, und ſie grub den Laſſalleanern das Waſſer ab —, die Regierungen waren gleichwohl untereinander uneins und trauten ſich vielfach die ſchwärzeſten Pläne zu[1]); ſelbſt der Staat im Süden, der allein treu zu Preußen hielt und ſich deshalb mit den anderen in unverhülltem Gegenſatz befand, ſelbſt Baden ſah ſich von Preußen zurückgeſtoßen; wenn wenigſtens die badiſche Regierung auf eine baldige Erhörung ihrer Wünſche gerechnet hatte, ward ſie durch die Antwort Bismarcks auf die Laskerſche Rede vom 24. Februar, die ihm aus Gründen der deutſchen wie der europäiſchen (d. h. franzöſiſchen) Politik ſo ungelegen wie möglich kam[2]), eines anderen belehrt. Und was

[1]) Damals ſpielte die Debatte über den Casus foederis in der württembergiſchen Kammer, die theoretiſche Erörterung, wie oder vielmehr wann man ſich der Verpflichtung vom Auguſt 1866 entziehen könne. Namentlich der vielgewandte Varnbüler trat dabei hervor. Vgl. dazu Rapp, S. 343 ff.

[2]) Vgl. dazu Küntzel, S. 45.

schließlich die Parteien betrifft, so ging in ihnen offensichtlich eine Wandlung vor. Die Nationalliberalen, die sich gern als die Gefolgsmannen Bismarcks betrachteten, hatten sich bereits 1869 durch eine starke Propaganda für ihr unitarisches Programm bei den Regierungen mißliebig gemacht und von ihrem Kredite, wenn sie ihn je besaßen[1]), ein gut Teil verscherzt[2]); jetzt drängten die Doktrinäre in der Partei derart vor, daß sogar ein Bennigsen die Ruhe verlor und ihr Zerfall drohte[3]). In Bismarck stieg schon damals der Gedanke auf, den er 1878/79 durchführte, auf die Lossprengung der Doktrinäre von den übrigen Elementen — er rechnete zu diesen damals noch Forckenbeck — loszuarbeiten[4]). Und schon bemerkte man, daß er sich wieder mehr den Konservativen näherte[5]).

Aus eben diesen Tagen besitzen wir Andeutungen, daß einzelne Kreise bereits mit dem Sturze Bismarcks rechneten. Nicht nur ein Mann wie Roggenbach setzte seine Hoffnung darauf — für Roggenbach gab es zeitlebens überhaupt keinen größeren Wunsch, als den eisernen Kanzler gestürzt zu sehen, der seinem Einheitsprogramm am massigsten im Wege stand, und darum sah er jede

[1]) Camphausen, der 1869 ernannte Nachfolger des verhaßten v. d. Heydt, ein Mann der Liberalen, hatte politisch keinen Einfluß. Vgl. Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen von ... Bismarck. I. Kaiser Wilhelm I. und Bismarck. Stuttgart und Berlin 1901, S. 203—204. Vgl. dazu auch M. Lenz, Geschichte Bismarcks, 3 Aufl., Leipzig 1911, S. 380.

[2]) Vgl. dazu Ruville, S. 96 ff.; Oncken, Bennigsen II, S. 164; Keudell, S. 412—413.

[3]) Vgl. dazu Oncken, Bennigsen II, S. 166, wozu S. 171—172 zu vergleichen, ferner M. Busch, Tagebuchblätter I, S. 6, 25.

[4]) M. Busch, Tagebuchblätter I, S. 7, auch Oncken, Bennigsen II, S. 167. Auch der Zusammenstoß in der Kaiserfrage konnte Bismarck den Gedanken nahelegen.

[5]) Vgl. dazu den von Ruville, S. 118 Anm. zitierten Brief der Allgemeinen Zeitung vom 20. Februar 1870, S. 770.

Situation daraufhin an —, auch Männer wie Graf Münster, Windthorst, Bennigsen wußten davon zu erzählen[1]). Bismarck war krank; die Krankheit kam von der Galle, und erfahrene Männer brachten sie mit all dem Ärger in der Politik in Verbindung[2]). Seine Politik schien nur noch im Fortwursteln zu bestehen[3]). Was lag näher, als daß man nach einem anderen Manne ausschaute, und daß sich die Ehrgeizigen vordrängten. Ernsthaft war davon natürlich nicht die Rede; aber als ein Symptom der Lage darf man diese Gerüchte wohl verzeichnen; mit dem Werke von 1866 hielten so manche auch die politische Stellung seines Schöpfers für gefährdet.

---

[1]) Vgl. Hohenlohe II, S. 6,9, auch Oncken, Bennigsen II, S. 169.

[2]) Vgl. M. Busch, Tagebuchblätter I, S. 29.

[3]) So ungefähr meinte im Januar sein Freund und Kollege Albrecht v. Roon in einem Briefe an Moritz v. Blanckenburg (Denkwürdigkeiten aus dem Leben des ... Grafen von Roon, 4. Aufl., III. Band, Breslau 1898, S. 159).

Kapitel II.

Die Verhandlungen über die Reichsgründung im Gegensatz zu Frankreich.

Bismarck wollte nach 1866 keinen Krieg[1]). So fest bei ihm die Überzeugung stand, daß mit Frankreich noch ein Krieg kommen werde, und so sehr er dafür sorgte, daß dieser Krieg Preußen vorbereitet treffe, die Schlachtfelder in Böhmen hatten ihm allzudeutlich gewiesen, eine wie furchtbar schwere Verantwortung der Staatsmann auf sich nehme, der zum Kriege treibe oder nicht alles vermeide, was diesen heraufführen könnte. Bismarck lehnte das Präveniresspielen ab; dazu war er viel zu fest von der Kraft seiner Nation überzeugt, und dazu war er ein zu guter Christ: Gott konnte

[1]) Vgl. dazu neben dem betr. Kapitel bei Georg Rathlef, Zur Frage nach Bismarcks Verhalten in der Vorgeschichte des deutsch-französischen Krieges, Jurjew (Dorpat) 1903, S. 4—17, die Aussprüche Bismarcks in Otto Freiherr v. Völderndorff, Harmlose Plaudereien eines alten Müncheners, Neue Folge, München 1898, S. 275 bis 276; derselbe, Vom Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Leipzig 1902, S. 15—16; Karl Schurz, Lebenserinnerungen, Bd. II, Berlin 1907, S. 495—496; Hohenlohe I, S. 306; Keudell, S. 419; Friesen III, S. 106—107; Herm. v. Petersdorff, Kleist-Retzow, Stuttgart und Berlin 1907, S. 403; M. Busch, Tagebuchblätter I, S. 7 (die hier erwähnten 4 bis 5 Kriege stimmen mit den 4 bis 5 Kriegen überein, von denen Bismarck zu Keudell sprach, s. oben S. 26 Anm.); vgl. auch Heinr. v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., 6. Band, 1. bis 4. Aufl., München und Leipzig 1894, S. 39.

die Dinge auch anders leiten, als der menschliche Verstand dachte. Unzweifelhaft sprachen auch politische Bedenken gegen einen Angriffskrieg: nur wenn der Norddeutsche Bund sich zu verteidigen hatte, war er der Unterstützung durch den Süden sicher, nur dann ließ sich eine weitere Einigung Deutschlands erwarten; aber diese Bedenken wogen minder schwer.

Im einzelnen ließ sich durchaus nicht übersehen, wie die Dinge in Frankreich laufen würden. Einmal war Napoleon ein kranker Mann. Ferner: bot er den Liberalen die Hand, wofür schon 1867 Anzeichen vorlagen, dann konnten ihm die inneren Fragen soviel zu schaffen machen, daß er an eine auswärtige Politik voll Energie nicht denken konnte; andererseits konnte er suchen, aus den Verlegenheiten der inneren Politik mit Hilfe der auswärtigen herauszukommen. Das Jahr 1870 brachte darin eine gewisse Klarheit. Der Bund mit Ollivier bedeutete das Einlenken in friedliche Bahnen, den Bruch mit all den Elementen, die vom Kriege mit Preußen allein die Rettung Napoleons erwarteten; er war zugleich die letzte Möglichkeit, die Napoleon besaß, um sich nach den vielen Einbußen an seinem Prestige, die die letzten Jahre gebracht hatten, wieder einen größeren Anhang im Volke zu verschaffen. Nun war Napoleon für alle guten Preußen allerdings ein Gegenstand des Schreckens, und es läßt sich wohl nicht abstreiten, daß er in die Welt ein Moment der Unruhe brachte. Aber von Bismarck wissen wir, daß er ihn mit anderen Augen betrachtete: Napoleon war schließlich der Mann, der die Revolution gebändigt und sich um die Herstellung der Ordnung in Frankreich unzweifelhafte Verdienste erworben hatte. Das Plebiszit vom Mai 1870, mochte es immerhin zustande gekommen sein wie es wollte, bewies, daß ihm die erdrückende Mehrheit der Franzosen auch damals noch folgte; denn mit seinem

Namen war auch weiterhin die Sache der Ordnung verknüpft; hinter der Schar seiner Gegner standen die Sozialisten, von denen man in Frankreich schon mehr merkte als in Deutschland, und nach den Ereignissen von 1848 glaubte man zu wissen, was Frankreich bevorstünde, sobald sie hoch kamen. So lag für einen Politiker wie Bismarck der Schluß nahe, lieber das Napoleonische System zu stärken resp. sich einleben zu lassen, als zugunsten irgendeiner unsicheren Zukunft in Frankreich zu seinem Sturze mitzuhelfen. Die Weisungen, die er Moritz Busch für die Presse gab, lauteten deshalb ausnahmslos dahin, die französische Empfindlichkeit möglichst zu schonen[1]): „Wem die konstitutionelle Entwicklung irgend am Herzen liegt," so diktierte er Busch Anfang März in die Feder, „der kann für jetzt nur den dringenden Wunsch hegen, daß in der auswärtigen Konstellation Frankreichs auch nicht die leiseste Änderung stattfinden möge, welche zu dem Systemwechsel, den die Gegner jeder Verfassung in Frankreich erstreben, irgendwelchen Anlaß oder Vorwand biete."

Die Hohenzollernkandidatur in Spanien hat Bismarck nicht erfunden[2]), aber es ist wahr, er hat sie gefördert, und er hat sich dabei nicht durch das Bewußtsein stören lassen, daß Frankreich, daß Napoleon diese Kandidatur aufs äußerste perhorreszierten. Bismarck hat, soviel wir wissen, nie eine Gelegenheit, die sich ihm bot, um die Macht des Vaterlandes zu vermehren, aus Gründen nichtsachlicher Natur versäumt; in diesem Falle,

[1]) S. M. Busch, Tagebuchblätter I, S. 7, 10—11.

[2]) Vgl. zu dem Folgenden namentlich Richard Fester in der Deutschen Rundschau, Band 140 (1909) und Ernst Marx, Bismarck und die Hohenzollernkandidatur in Spanien, Stuttgart 1911. Vgl. auch Lenz, Bismarck[3], S. 387 ff. Die Biographie Karl Antons von Hohenzollern aus der Feder von K. Th. Zingeler (Stuttgart und Leipzig 1911) bringt dazu noch einige neuere Materialien.

wo es sich um eine Stärkung seines Vaterlandes gegenüber Frankreich handelte, das nach Vergeltung dürstete, wäre solche Versäumnis einer Pflichtvergessenheit gleichgekommen. An einen Krieg um dieser Frage willen dachte unser Staatsmann dabei nicht; ich schließe mich ganz den neueren Forschern wie Richard Fester und Ernst Marx an, nach denen er mit dem Hohenzollernthron in Spanien eine neue Friedensgarantie schaffen wollte; denn die Franzosen mußten, falls ein Hohenzoller in Madrid residierte, mindestens ein Beobachtungskorps an der spanischen Grenze lassen, und sie durften niemals auf einen Ersatz ihrer Truppenmacht in Rom durch eine spanische rechnen, wie sie es 1868 vor der spanischen Revolution von dem stramm ultramontanen Regiment Isabellas hatten erwarten dürfen. Ein Hohenzoller in Spanien bedeutete für Frankreich also eine Schwächung seiner gegen Deutschland zu verwendenden Armee um mindestens 50 000 Mann[1]), gewiß eine Tatsache, die zumal bei der absoluten numerischen Unterlegenheit Frankreichs bei der Entscheidung über Krieg und Frieden schwer ins Gewicht fallen mußte. Wenn aber die Franzosen eine solche Kandidatur mit den Waffen verhindern wollten, war dann Deutschland der Gegner oder nicht vielmehr Spanien?

Waren solcherart die Gedanken und Absichten Bismarcks bei der Beförderung der Kandidatur, so wird man wie mir scheint, doch auch Stadien der Weiterentwicklung bemerken können. Bismarck hatte schon 1869 alles getan, was er pflichtmäßig tun konnte, aber es war ihm nicht gelungen, die Hohenzollern, den Fürsten wie den Erbprinzen, von der Bedeutung der Kandidatur für die deutsche Politik bis zur Selbstaufopferung zu überzeugen; auch als dann im Februar 1870 seitens der spanischen

[1]) Diese Zahlenangabe stammt von Bismarck resp. Lothar Bucher (M. Busch, Tagebuchblätter I, S. 37].

Regierung die offizielle Anfrage in aller Form bei ihnen erfolgte, verblieben sie in ihrer ablehnenden Haltung: nur auf einen Befehl des Königs hin, also zum „Zeugnis eines ungemein starken politischen Kraftbewußtseins der preußischen Macht[1])", und nicht wie der König immer verlangte, getrieben von einer inneren Stimme wollten sie sich auf dies Experiment einlassen. Seit dem März 1870 erscheint diese Haltung plötzlich verändert: der Fürst ist jetzt mit Feuereifer bei der Sache, als der Erbprinz auch trotz des Zuredens der verschiedensten preußischen Staatsmänner sich zu dem Wagnis nicht entschließen will, schiebt er seinen jüngsten Sohn Friedrich vor, der dann allerdings die Erwartungen des Vaters nicht rechtfertigt; aber auch der Erbprinz gab bekanntlich schließlich nach; seit der zweiten Hälfte Mai war er willens, die spanische Nation in ihrer Not nicht zu verlassen[2]). Wie sind diese Wandlungen zu erklären? Ich denke, man geht in der Annahme nicht fehl, daß Ereignisse in Frankreich, die Bismarck den Hohenzollern in ihrem Zusammenhange darlegte, den entscheidenden Anstoß gaben. Wie eine Bombe fiel in die friedselige Stimmung der Diplomatenwelt die Nachricht, daß Anfang März Erzherzog Albrecht, das Haupt der österreichischen Kriegspartei, in Paris erschienen sei; sein Aufenthalt dort gab in London zu dem — wie wir jetzt wissen, nicht ganz ungerechtfertigten — Gerüchte Anlaß, daß zwischen Österreich und Frankreich ein Abkommen getroffen sei. Nun mag Bismarck im Jahre 1869 die Gefahr eines Bündnisses zwischen Frankreich, Österreich und Italien sehr gering eingeschätzt haben — damals stand die römische Frage (Zurückziehung der französischen Truppen aus Rom) unbedingt trennend

[1]) So die Worte des Fürsten Karl Anton in dem Schreiben an Bismarck vom 26. Februar 1870 (Zingeler, S. 238).

[2]) Vgl. dazu außer Fester und Marx Zingeler, S. 244.

zwiſchen den Mächten[1]); 1870 aber lagen die Sachen anders. Nach der Sendung Fleurys hatte die Kriegspartei in Wien wohl einen Grund auf die Entſcheidung zu drängen und alles aus dem Wege zu räumen, was ihren Abſichten entgegenſtand; bei der Stimmung, die die Ungarn gegen Rußland beſeelte, ließ ſich ſogar von dieſer Seite Unterſtützung erhoffen, denn man konnte ja mit einem glücklichen Kriege gegen Preußen das drohende Bündnis zwiſchen Rußland und Frankreich verhindern. So durfte man ſich die Dinge im März zurechtlegen. Genaues konnte man bei der Heimlichkeit, mit der jene Bündnisverhandlungen betrieben wurden, nicht wiſſen. Vielleicht hatte man in Berlin noch Kenntnis davon, daß ſich Beuſt eifrige Mühe gab, die Italiener in bezug auf die römiſche Frage zu einer anderen Anſicht zu bekehren. In den folgenden Monaten traten weitere Anzeichen zutage, daß ſich zwiſchen Öſterreich reſp. der öſterreichiſchen Kriegspartei und Frankreich intimere Beziehungen mindeſtens anbahnten. Nach dem Plebiszit erhielt das franzöſiſche Miniſterium des Auswärtigen der bisherige franzöſiſche Botſchafter in Wien, der Herzog von Gramont, ein ultramontaner Heißſporn und ſchon um deswillen ein Gegner einer ſtarken preußiſchen Macht, zugleich aber auch ein intimer Freund der Mitglieder der öſterreichiſchen Kriegspartei; in Berlin betrachtete man ſeine Berufung als eine nichts weniger denn angenehme Tatſache[2]); mag man nun glauben oder nicht, daß Napoleon Gramont gewiſſermaßen gleichgültig hinnahm[3]), gewiß bleibt, daß

[1]) Nur auf 1869 laſſen ſich die Deklamationen beziehen, die Marx S. 56 ff. als Bismarcks Anſicht von dieſen Dingen zuſammenſtellt.

[2]) Vgl. M. Buſch, Tagebuchblätter I, S. 29.

[3]) Ollivier, der uns das erzählt (T. XIII, p. 433: Napoleon ſoll geſagt haben: n'importe, qui conviendra, puisque nous sommes décidés à ne rien faire), will Gramont ſelbſt vorgeſchlagen haben.

in Frankreich nach den Tagen der parlamentarischen Regierung eine Wandlung zu einer persönlicheren Politik Napoleons erfolgt war, und daß diese sehr leicht aus den friedlichen Bahnen des Ministeriums Ollivier herausführen konnte. Im Juni 1870 reiste der französische General Lebrun nach Wien und blieb dort mehrere Tage.[1])

Auf diese österreichisch-französischen Provokationen dürfte die Änderung in dem Verhalten der Hohenzollern, in der Haltung Bismarcks die Antwort gewesen sein. Wenn Bismarck den Frieden sichern wollte, dann war nötig, daß die spanische Frage schnell erledigt wurde; darum gingen im April sein vertrauter Mitarbeiter Lothar Bucher und der Major von Versen nach Spanien, um sich über die Dinge dort genau zu unterrichten[2]), und darüber an den Erbprinzen Bericht zu erstatten. An den Frieden dachte man noch immer. Dafür spricht jene Begegnung zwischen dem Zaren und König Wilhelm Anfang Juni in Ems, zu der Bismarck zugezogen wurde, eine Begegnung, die nur einige Wochen nach dem Besuche des Zaren in Berlin erfolgte; sie war ein Zeugnis vor aller Welt, daß diese Beziehungen durch nichts erschüttert waren; und dafür spricht weiter, daß die ganze offizielle Welt Preußens im Juni und Juli sich in alle Winde zerstreute. Aber man war auch auf den Krieg gerüstet. Im April äußerte sich der Kronprinz, der sich damals die Gesichtspunkte Bismarcks ganz zu eigen

---

[1]) In diesen Zusammenhang gehören die krampfhaften Bemühungen Österreichs um die Gunst Rußlands. Nachdem sich Beust und Gortschakow ausgesprochen hatten, reiste Erzherzog Albrecht Ende Juni 1870 nach Warschau zum Zaren. (Vgl. Österreichisches Rotbuch Nr. 6 im Staatsarchiv, XIX. Band, S. 300).

[2]) Fester irrt, wenn er Verhandlungen mit dem Marschall Prim als den eigentlichen Zweck der Reise Buchers hinstellt (vgl. Marx, S. 13).

gemacht hatte, sicherlich allzu temperamentvoll zu seinem Vertrauten, dem Freiherrn v. Roggenbach, daß Deutschland einem großen Kriege entgegentreibe[1]); eben aus diesem Bewußtsein heraus ist wohl zu verstehen, daß man im Juni das große Werk der militärischen Einigung Deutschlands mit den Verträgen über gegenseitige Benützung der Eisenbahnen für Truppentransporte im Krieg und Frieden zum Abschluß brachte. Damit war geschehen, was geschehen konnte, um Europa den Frieden zu wahren. Wenn Napoleon wirklich um dieser Thronkandidatur willen Preußen bekriegen wollte, wie er gedroht hatte[2]), Preußens Position war moralisch und materiell so stark, daß er sich solchen Entschluß mehr als einmal überlegen mußte. —

Der Krieg kam dennoch. Kein Zweifel, in den Wirren der deutschen Politik kam er wie gerufen. Denn über allem, was die Deutschen trennte, zeigte sich plötzlich etwas Gemeinsames, trat plötzlich zutage, daß es Güter gab, die alle in gleicher Weise als Güter von höchstem

---

[1]) S. Samwer, S. 124. Vgl. dazu Hohenlohe II, S. 14.

[2]) Zu den bekannten Tatsachen (Benedettis Interpellationen vom 31. März und vom Mai 1869) füge ich die, soweit ich sehe, bisher unbekannt gebliebene, auf die Roggenbach sein Urteil über die kriegerischen Absichten Bismarcks stützte; ihre Kenntnis vermittelt uns ein Madrider Telegramm der Allgemeinen Zeitung, d. Madrid, 28. April 1870 (in der Nr. 123 vom 3 Mai 1870, S. 1940). Es lautet (mitgeteilt schon bei Samwer, S. 123): „Die ‚Epoca' erfährt ‚aus zuverlässiger Quelle', daß der von der gegenwärtigen Regierung für die Besetzung des Thrones in Aussicht genommene Prinz ein Hohenzoller sei, daß aber Kaiser Napoleon hiervon benachrichtigt, den spanischen Gesandten, Herrn Olózaga zu sich gebeten habe, um Einsprache gegen dieses Projekt zu erheben, dessen Verwirklichung er nimmer zugeben werde; eher werde es Frankreich auf einen großen Krieg mit Preußen ankommen lassen; Herr Mercier (der französische Botschafter in Madrid) sei von ihm bereits angewiesen, der Madrider Regierung diese unausbleiblichen Folgen nicht zu verhehlen, noch ehe in den Cortes der bezügliche Antrag gestellt werde."

Wert empfanden. Napoleon hatte so fein mit dem Zwiespalt von Nord und Süd gerechnet, alles war darauf angelegt, Preußen und in erster Linie Bismarck als den Friedensstörer hinzustellen. Doch noch einmal wie in den Jahren des Konflikts sollte den Deutschen ihre Zwiespältigkeit von Nutzen werden. Der Anschlag mißglückte. Denn niemand in ganz Deutschland und in der Welt wollte angesichts der Haltung König Wilhelms in Ems, angesichts des guten Gewissens, das sie bewies, an jene Mär glauben, daß sich Preußen in einer hinterlistigen Politik gefallen hatte, und jedermann meinte zu wissen, daß hier ein Lügengewebe die Sache eines Mannes stützen sollte, der um seines persönlichen Loses willen mit dem Geschicke von Millionen spielte. Darum brauste alles auf. Neben dem Zorn über die Demütigung, die einem ehrwürdigen Monarchen durch einen Botschafter zugedacht war, war es das im tiefsten Innern unseres Volkes schlummernde ethische Gefühl, der Sinn für Recht und Ordnung, der sich regte; man ward sich in Nord und Süd in gleicher Weise der Pflicht bewußt, diesen Feind aller Ordnung in Europa in seine Schranken zurückzuweisen, den Dämon der gesitteten Welt, um mit dem Großherzog von Baden zu reden[1]), zu vernichten. Das einte und machte Deutschland stark. Es ist nicht richtig, wenn man sagt, daß Nord und Süd ins Feld gezogen seien, um in Napoleon den Neider der deutschen Einheit zu treffen oder gar den Mann, der nach deutschem Lande Verlangen trug. Das waren Gedanken, die sich sehr natürlich damit verbanden, aber sie waren erst nachträglich herangetragen. So wenig Napoleon damals Eroberungsabsichten hegte — dem preußischen Machtstreben galt der Kampf, nichts anderem, und gerade darauf setzte er die Hoff-

[1]) S. Lorenz, S. 304.

nung, daß Süddeutschland dem Kampfe fernbleiben werde —, so wenig dachte man in Deutschland zunächst an positive Ziele.

Aber mußte nicht die deutsche Einheit des Kampfes Lohn sein? War es möglich, daß auch nach solchem Kriege Deutschland weiter zersplittert blieb? Gemeinsame Waffentaten, herrliche Erinnerungen, sie bringen zusammen und kitten fest; den Schatz konnte den Deutschen aller Gaue niemand mehr rauben. Jetzt, wo Nord und Süd sich anders denn je zuvor kennen lernten, jetzt mußte wohl das Geschwätz ultramontaner Priester zunichte werden, die den Norddeutschen, wer weiß was, nachsagten. Gewiß, die Hoffnung war also berechtigt, daß dieser Krieg Deutschlands Einheit mächtig fördere; über kurz oder lang mußte die Einigung kommen. Aber mußte das gerade während des Krieges geschehen? Oder mußte es auch nur die nächste Folge des Krieges sein? Nur Sanguiniker konnten diese Fragen bejahen, Menschen, die nicht daran dachten, in welchem Moment der Zersplitterung dieser Krieg Deutschland überraschte. Daß Loki vor Thor weichen mußte und so bald nicht wieder erscheinen durfte, daran ließ sich nicht zweifeln. Aber zwischen Unfrieden und Freundschaft auf Leben und Sterben liegt eine breite Kluft: ob sie der Krieg überbrücken werde? Das war eine Frage, die sich im Augenblick nicht entscheiden ließ: jene Männer gingen darüber nur allzuleicht hinweg.

Doch was auch immer die Zukunft in ihrem Schoße barg, — noch bevor die ersten Zusammenstöße mit dem Feinde erfolgt waren, ließen sich Stimmen aus dem Süden vernehmen, wonach man sich dort jedenfalls nach wie vor gegen jede Schmälerung der eigenen Rechte, gegen jede Änderung des bestehenden Zustandes in Deutschland verwahrte.

Graf Bray wie Freiherr v. Varnbüler hatten sich, nachdem die Hoffnung auf eine Vermittlung geschwunden war, gleich ihren Herrschern fest an die Seite Preußens gestellt, obwohl Süddeutschland ein französischer Überfall drohte, gegen den zunächst keine Hilfe da war, und obwohl man nicht wußte, wie sich Österreich verhalten werde; aber gerade in Rücksicht auf diese Bundestreue verlangten sie, daß ihnen nichts zugemutet würde, was sie nicht wollten[1]). Eine gemeinsame Kundgebung der beiden Königreiche in Berlin in diesem Sinne kam allerdings nicht zustande: nicht sowohl Varnbüler als vielmehr seine württembergischen Kollegen versagten sich diesem Brayschen Begehren[2]). Wohl aber gab Bayern deutlich seinen Willen zu verstehen. Ende Juli traf der Kronprinz in München ein, um sich hier wie in Stuttgart und Karlsruhe als Oberbefehlshaber der süddeutschen Truppen vorzustellen. Über den Empfang hatte er nicht zu klagen; wenn auch nicht ebenso stürmisch wie in Stuttgart und noch weiter im Westen, so wurde er doch auch hier mit wohltuender Wärme begrüßt. Aber seine Worte zu Bray: Da wir nun beisammen sind, müssen wir auch beisammen bleiben[3]), fanden keinen Widerhall. Im Gegenteil, als er München verließ, erhielt er ein Schreiben des Königs mit dem Wunsche, die Selbständigkeit Bayerns möge beim Frieden gewahrt bleiben, seine politische Stellung nicht affiziert werden,

[1]) Vgl. dazu G. Roloff in den Preußischen Jahrbüchern, Bd. 139 (1910), S. 144.

[2]) Vgl. das als Nr. 2 in Brandenburgs Quellensammlung (S. 3) mitgeteilte Protokoll der Ministerkonferenz, Mittnachts Rückblicke, S. 52—53. Wenn Küntzel S. 52 meint, daß Varnbüler Bray abredete, so ist das einmal quellenmäßig nicht belegt und steht zudem im Widerspruch mit seiner Haltung während jener Konferenz.

[3]) Graf Otto v. Bray-Steinburg. Denkwürdigkeiten aus seinem Leben. Leipzig 1901, S. 136.

und ein ähnliches Schreiben ging bald darauf an das königliche Hauptquartier ab[1]).

Nicht anders dachten die Kammern. Wir wollen gar nicht an die Ultramontanen erinnern; ihre klägliche Haltung, Jörgs törichten Versuch, diese ganze Angelegenheit auch nach der Emser Depesche noch als eine persönliche erscheinen zu lassen, hat die Geschichte gerichtet; sie verkannten, daß dank ihrem Gesinnungsgenossen, dem Herzog von Gramont, die Situation sich für sie nicht mehr retten ließ. In dem deutschen Empfinden, das sie immer beseelte, trennten sich darauf die Großdeutschen von ihnen ab. Aber wenn nun auch die Großdeutschen mit den Liberalen die Mehrheit bildeten, die der Regierung die gewünschten Kredite zur Kriegführung bewilligte, eben auf sie waren die Worte des Kriegsministers Freiherrn v. Prandh in der Kammer gemünzt, der damit ihren Gedanken den Ausdruck gab: Wir wollen Deutsche sein, aber Bayern bleiben. Und: Wenn die Zeit oder der Umstand kommen sollte, daß der Ausgang des Krieges, namentlich wenn er siegreich wäre, unserer Selbständigkeit zu nahe treten würde, dann mache ich dahin feste Front, von wo man diese Selbständigkeit antasten will. In der württembergischen Kammer verweigerte ein einziger die Mittel für den Krieg; aber 39 andere gaben nur motiviert ihre Zustimmung: sie hätten sich für die Unversehrtheit Deutschlands erhoben, in der Veranlassung des Krieges aber erblickten sie nur eine Folge des Werkes von 1866, und mit Schmerz vermißten sie dabei einen Teil des ganzen Deutschland. Sie sprachen es nicht ausdrücklich aus, aber in ihren Worten war auch das enthalten: eine nähere

---

[1]) Vgl. Brandenburg Nr. 3 und 4, Margaretha v. Poschinger, Kaiser Friedrichs Tagebücher über die Kriege 1866 und 1870—1871. Berlin 1902, S. 105, M. Busch, Tagebuchblätter Bd. II, S. 6 und 115.

Verbindung mit dem Norden wehrten auch sie entschieden ab.

Zu Bismarcks deutscher Politik gehörte es jederzeit, nicht zu zwingen und nicht zu dringen; Freundschaft läßt sich nicht erzwingen, sondern will langsam erworben werden. Wenn das Deutschland erstehen sollte, das er sich träumte, vielgestaltig, wie es seiner Geschichte entsprach, und dabei doch einig und in seiner Einigkeit kraftvoll und stark, dann mußte alles vermieden werden, was falsch gedeutet werden, was irgend verletzen konnte; dann mußte, wer ihm angehören sollte, von selbst kommen und um Aufnahme bitten. Noch begegnete ihm überall Mißtrauen; um so behutsamer hieß es auftreten. Doch, selbst wenn diese Taktik nicht Bismarcks politische Maxime gewesen wäre, selbst wenn er ungeduldiger gewesen wäre als er war[1]), nun, da sich die Süddeutschen ungedrungen ihren Stammesbrüdern im Norden gesellt, ward diese Taktik zum Gebote der Pflicht. Der Staatssekretär v. Thile sprach vielleicht zu sehr in Dithyramben von Bayerns Bundestreue, als er vor dem bayerischen Gesandten Baron Perglas am 6. August auch den leisesten Argwohn gegen Preußens Absichten zu zerstreuen suchte[2]). Aber Bismarcks Gedanken traf er, als er bemerkte: „der treue Bundesgenosse dürfe in seiner Souveränität nicht berührt und geschmälert werden; die preußische Regierung selbst würde dafür einstehen und etwaige Anforderungen in diesem Sinne von anderer Seite abweisen, sie werde niemals anders als *mit* der bayerischen Regierung das vereinbaren, was etwa im gemeinsamen Interesse wünschenswert sein werde." König Wilhelm wollte in seiner Gewissenhaftigkeit auf jenes

---

[1]) Vgl. zum Beispiel Keudell, S. 441, Bluntschli III, S. 203.

[2]) Den Bericht Perglas' darüber bei Brandenburg Nr. 5 und 6 S. 4—6, Bray-Steinburg, S. 147—149.

Schreiben König Ludwigs keine unbedingte Zusage geben; dem alten König, der so manches besser voraussah als seine gesamte Umgebung, mochte es höchst unwahrscheinlich vorkommen, daß sich eine solche Zusage halten ließ. Aber Bismarck bestand darauf: mochte auch die Zukunft bringen, was sie wollte, an Preußen sollte es nicht liegen, wenn Bayerns Rechte geschmälert wurden[1]).

Gedenkt man der Hoffnungen, die sich für Deutschlands Einigung sogleich nach Ausbruch des Krieges allerorten regten, so bemerkt man nach diesen Äußerungen wohl, daß die Regierungen, auf die es ankam, sie nicht teilten, ja ihnen sich in gewissem Sinne entgegenstemmten. Aus einem siegreichen Kriege aber pflegen die Regierungen gestärkt hervorzugehen. Die Uhr unseres Volkes stand nach dem Ausbruch des Krieges also nach wie vor still; nicht vom Kriege selbst, sondern von unvorhergesehenen Ereignissen mußte man erhoffen, daß sie von neuem in Gang kam. —

Die Schlachten des August wurden geschlagen. Kein französischer Einfall erfolgte und auch Österreich blieb ruhig. Jubelnd ward sich unser Volk seiner Kraft bewußt und jubelnd blickte es hinauf zu seinen Führern. Wenn Gewissenhaftigkeit und kühl erwägende, ruhige Voraussicht unseres Volkes beste praktische Tugenden sind, dann sah es diese hier geradezu verkörpert. Alle Schatten, die gegen den Militarismus angekämpft, sie sanken in ihr Nichts zurück, und riesengroß wuchs das Vertrauen, daß sich das Deutschland Bismarcks auf dem rechten Wege befunden hatte.

---

[1]) Wir verdanken die Kenntnis von dieser Differenz einem von M. Busch, Tagebuchblätter II, S. 115, aufgezeichneten Gespräche Bismarcks.

Von der deutschen Frage blieb der deutsche Blätterwald im August noch so gut wie unbewegt[1]). Kaum einige Zeitungsartikel sind aus dem August zu nennen; bezeichnenderweise stammt der erste Artikel der Allgemeinen Zeitung, der sich mit der Einigungsfrage beschäftigte (in Nr. 231 vom 19. August, S. 3673), aus Berlin[2]) und ward, obwohl er vom 12. August datiert war, erst 7 Tage später veröffentlicht. Auch in dieser Beziehung hatte man vertrauen gelernt. Erst der September brachte in die Diskussion darüber mehr Leben.

Unterdessen waren die Fürsten und die Regierungen nicht müßig.

Keine Partei außer der liberalen brachte zu der neuen Entwicklung der deutschen Frage ein fertiges Programm mit. Die Anhänger des Liberalismus unter den deutschen Fürsten, allen voran der Großherzog Friedrich von Baden und der Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen, waren es daher auch, die zuerst

---

[1]) Vgl. dazu für den Norden ganz im allgemeinen Gustav Körner, Die norddeutsche Publizistik und die Reichsgründung. Hannover 1908; für Württemberg A. Rapp, Die Württemberger ꝛc. 1863—1871; für Bayern und Baden liegen leider entsprechende Arbeiten noch nicht vor. Eine Großmacht wie die Allgemeine Zeitung, der ich meine besondere Aufmerksamkeit schenkte, verdiente daneben noch eine besondere Würdigung. Ferner berücksichtigte auch der S. 18 erwähnte Aufsatz von Paul Wentzcke die Publizistik in ausgedehntem Maße.

[2]) Korrespondenten der Allgemeinen Zeitung in Berlin waren zu jener Zeit, soweit bekannt, Dr. Bock (vgl. M. Busch, Tagebuchblätter I, S. 5) und Dr. Sterkow (seine Artikel mit dem Zeichen (—); s. Hohenlohe I, S. 371), ferner nach Ed. Heyck, Die Allgemeine Zeitung 1798—1898, München 1898, S. 334, Professor Dr. Helfferich und Geheimer Hofrat L. Schneider; von dem letzteren steht es jedoch fest (vgl. sein „Aus dem Leben Kaiser Wilhelms" 1849—1873, Berlin 1888, namentl. Bd. II, S. 135—136), daß er während des Krieges nur für den Preußischen Staatsanzeiger und die Kreuzzeitung schrieb; übrigens war er im Hauptquartier.

mit Wünschen in bezug auf eine dauernde Verbindung der deutschen Stämme hervortraten. Gebildet von Männern wie Schlosser, Häusser und Dahlmann, aufgewachsen unter dem lebendigen Eindruck der Enttäuschung über das Scheitern der nationalen Bewegung von 1848, die ihnen selbst, beiden aus verschiedenen Gründen, nicht unwillkommen gewesen war, so meldete sich in ihnen, ehe die eigentlichen Einigungsverhandlungen begannen, noch einmal der alte historisch-philosophische Geist vergangener Jahre.

Großherzog Friedrich von Baden hatte nicht immer zu Preußen gestanden; aber seitdem er an Österreich irre geworden war, erwartete er außer von Preußen kein Heil mehr für Deutschland wie für seinen Staat; die nahe verwandtschaftliche Verbindung mit dem Hohenzollernhause, die er einging, die Übereinstimmung in Ansichten und Zielen, die er namentlich bei dem Thronerben vorfand, und der Einfluß, auf den er unter solchen Umständen hoffen durfte, all das bestärkte ihn in der Überzeugung, daß Preußen auf dem besten Wege war, seinen Beruf zu erfüllen. Für Preußen war er darum bereit, in bezug auf seine Souveränität Konzessionen zu machen, die an die des französischen Adels in der Nacht vom 4. August 1789 erinnerten: denn niemals ließ er von der Meinung, die sein Heidelberger Professor Heinrich v. Treitschke publizistisch vertrat, daß die Mittelstaaten zu eigener Existenz kein Recht mehr hätten. Nur wünschte er dabei, darin der liberale Aristokrat, daß dem demokratischen Reichstage ein zweites Haus zur Seite gestellt werde, in dem die Gesichtspunkte der Aristokratie, der Fürsten und der andern Mediatisierten vor aller Öffentlichkeit verhandelt würden. Es war ein Programm, an dem er um so zäher festhielt, als er sich darin mit allen Nationalliberalen des rechten Flügels begegnete, die dem allgemeinen

und gleichen Wahlrecht die Abneigung des Gebildeten entgegenbrachten[1]), und als ihm eine ganze Reihe von norddeutschen Fürsten zustimmten, namentlich die Großherzöge von Oldenburg und Sachsen-Weimar und der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha. Er durfte sich gewissermaßen als das Haupt einer Partei ansehen, die aus den Besten der Nation bestand; ihre Sache mit Energie durchzufechten, war dem gewissenhaften Manne Pflicht.

Die Ereignisse von 1866, die ganze Politik Bismarcks konnten nun wohl auch den Großherzog Friedrich gleich so vielen andern aus seiner Bahn herausdrängen. Aber Treue um Treue: wie die andern noch weiter hofften, so hoffte auch er. Wohl gab es Momente, wo auch er verzweifeln wollte. Wir besitzen aus dem Frühjahr 1869 ein Schreiben des badischen Ministers von Freydorf an Hohenlohe, mit dem er unter Zustimmung seines Großherzogs den artikulierten Entwurf zu einem süddeutschen Staatenverein begleitete[2]). Da der Norden sich infolge seiner Gesetzgebung immer mehr zu einem Staatsgebilde voll eigenen Lebens und eigenen Willens entwickele, und da den Staaten im Süden nicht zugemutet werden könne, zu dessen Gunsten in einem späteren Stadium einfach auf ihr Selbst zu verzichten — auf ein Selbst, das sich, wie erwähnt, ebenso eigenwillig nach anderer Richtung hin entwickelt hatte, — so sollten die Staaten im Süden sich baldmöglichst zu einem Staatenverein zusammen-

[1]) Vgl. dazu neuerdings Hermann Oncken, Bismarck, Lassalle und die Oktroyierung des gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen während des Verfassungskonflikts (Preußische Jahrbücher, Bd. 146, 1911) S. 111 ff.

[2]) Mitgeteilt in der politischen Korrespondenz von Rudolf v. Freydorf in der Deutschen Revue Jahrgang XXIX (1904) Bd. 3, S. 266—269. S. dazu weiter unten S. (130).

ſchließen, der dann eine Verſtändigung mit dem Norden ſuchen könnte, eine Verſtändigung, die ihm im Bundesrat und Parlament die Mitarbeit geſtatte. Leider kennen wir den Entwurf ſelber nicht, er müßte ein äußerſt intereſſantes Dokument auch für 1870 ſein; denn gewiſſe bayeriſche Pläne, aus dem September 1870, würden uns dann wohl noch verſtändlicher; weder in Freydorfs noch in Hohenlohes Nachlaß iſt er augenſcheinlich erhalten. Aber das läßt ſich auch aus dem Begleitſchreiben ganz deutlich ableſen, daß ihn nur die Verzweiflung diktiert hatte. Gegen einen Südbund hatte ſich der Großherzog immer geſträubt; zumal in dem Fall, daß auch hier ein eigenes Parlament gebildet würde, ſchien ihm der Weg zur deutſchen Einheit, den er gehen wollte, ganz verbaut. Dem neu zu bildenden Staatenverein ſollte nun zwar das Parlament fehlen; aber war der Staatenverein nicht ſchon ein Gedanke, der im Gegenſatz zu allem ſtand, was der Großherzog bis dahin gewollt hatte, ein Schritt zum Föderalismus hin, ſtatt zum Unitarismus?

Mit dem Ausbruch des Krieges von 1870 waren dieſe Gedanken wieder verbannt. Von neuem blühte die Hoffnung empor, daß die Tage der Erfüllung nahten. Kein Gedanke mehr an den Föderalismus, wenn ich recht ſehe. Auch kein Gedanke daran, daß die Haltung von Württemberg und Bayern in dieſem Kriege gewiſſe Rückſichten heiſche: wenn er den Königen einige Rechte laſſen wollte, ſo ſollten es doch nur Ehrenrechte ſein, ohne Inhalt, Rechte, die die Zeit mit fortſchwemmen konnte[1]); nein, für dieſen Lyriker der deutſch-nationalen Sache auf dem Fürſtenthron, wie man ihn nennen könnte, galt nach wie vor das ganze alte Programm. Jetzt konnte es

[1]) Siehe das Rundſchreiben der badiſchen Regierung vom 31. Auguſt 1870, das die Denkſchrift für Bismarck vom 2. September erläutert.

verwirklicht werden, denn jetzt war einmal ganz Deutschland einig; so sollte denn von neuem ein Parlament zusammentreten, ein Parlament, von allen Deutschen beschickt, das Deutschland die Verfassung gebe[1]). Waren nur die Fürsten bereit[2]), für den Großherzog bestand kein Zweifel, daß dann die Arbeit des Parlamentes in dem Sinne ausfallen würde, den er erwartete. Darauf, die Fürsten für diesen Plan zu stimmen, ihnen die sittliche und politische Nötigung dazu recht deutlich zu machen, bezog sich nach ihm seine Aufgabe. Der Großherzog brannte darauf, zu zeigen, daß die Fürsten hinter dem Volke an Opferwilligkeit nicht zurückständen; darum griff er sie sofort an.

Es gab einen Punkt, an dem sich im Sinne seines Programms sehr rasch etwas erreichen ließ: das war die Frage der Regelung des militärischen Nachschubs in Süddeutschland. Im Norden waren zu dem Zweck am 22. Juli 1870 Generalgouvernements errichtet worden[3]): ließ sich das nicht auch in Süddeutschland durchsetzen? Allerdings, die Heeresleitung war voll des Lobes über den schnellen Aufmarsch aller süddeutschen Truppen — bei Bayern hatte kein Mensch auf derartiges zu hoffen gewagt; — aber wer wie die badische Bevölkerung mit dem Einfall der Franzosen

---

[1]) Die Gedanken des Großherzogs erkennt man am besten aus seiner Korrespondenz mit Jolly bei Lorenz passim und Baumgarten-Jolly, aus denen sie Brandenburg zusammenstellte, hier namentl. S. 15, 19, 21 zu vergleichen.

[2]) Die Mitwirkung der Fürsten sollte sich im wesentlichen auf die Abschließung von Staatsverträgen beschränken, von Staatsverträgen, die die Geneigtheit zur Einigung und etwa nötig erscheinende Modifikationen an der Verfassung des Norddeutschen Bundes feststellten.

[3]) Vgl. Ludwig Hahn, Der Krieg Deutschlands gegen Frankreich und die Gründung des deutschen Kaiserreiches, Berlin 1871, S. 407—408.

aufs bestimmteste gerechnet hatte, dem mochte er noch nicht schnell genug vor sich gegangen sein, und vor allem: er bemerkte die Friktionen und Konflikte, die bei Maßnahmen von drei verschiedenen, untereinander unverbundenen Stellen naturgemäß entstehen mußten.

Hier ließ sich einsetzen. Als der Großherzog am Tage zwischen Weißenburg und Wörth mit seinem Schwager, dem Kronprinzen, in Sulz eine längere Unterredung hatte[1]), kamen sie überein, für Bayern, Württemberg und Baden seitens des Oberkommandos ebenfalls die Bestellung eines Generalgouverneurs zu fordern; der Generalgouverneur sollte den verschiedenen Kriegsministern die Sorge für den Truppennachschub abnehmen[2]); „in die militärischen Maßnahmen der ausrückenden Armee sollte damit mehr Einheit und Ordnung kommen." Gewiß empfahl sich dieser Vorschlag aus militärischen Gründen[3]). Aber es ist unzweifelhaft, ihn diktierten politische Wünsche. Schon am 5. August war die Gefahr für Süddeutschland so gut wie beseitigt; am 8. August, nach Wörth und Spichern, als der Großherzog sich entschloß, ihn den entscheidenden Instanzen zu übermitteln, konnte er überhaupt nur noch als politische Kundgebung betrachtet werden: denn was hieß die Bestellung eines Generalgouverneurs zu dieser Zeit anders als ein Eingriff in die Souveränitätsrechte der Könige, ein Eingriff, durch nichts sachlich gerechtfertigt, ein Präzedenzfall, dem sich beliebig

[1]) Diese Unterredung ist dokumentarisch festgelegt durch den Großherzog von Baden selbst (vgl. den Bericht Günther Jansens an den Großherzog von Oldenburg vom 19. September, bei Jansen S. 159, Brandenburg Nr. 43, S. 41); vgl. auch Gustav Freytag, Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone. 6. Aufl. Leipzig 1889, S. 15. Kaiser Friedrichs Tagebuch erwähnt sie nicht.

[2]) Vgl. Brandenburg Nr. 8, 9, 10, S. 6—7.

[3]) Darauf weist Ottokar Lorenz ausschließlich hin (S. 307).

weitere anreihen konnten? Eben darauf kam es dem Großherzog an! Mag sein, daß er auf eine Nachgiebigkeit seiner Standesgenossen zählte! Aber er rechnete dabei doch auch mit einem leisen Druck durch das Hauptquartier! Doch, konnte dies sich wirklich darauf einlassen? Das Hauptquartier hätte eine andere Vorstellung von dem Verhalten der süddeutschen Fürsten haben müssen, als es hatte, und es hätte vor allem einen anderen politischen Berater besitzen müssen. Unterm 10. August erhielt der Großherzog ein Telegramm von König Wilhelm, wonach „der Antrag nur ausführbar sei, wenn sich der Großherzog selber mit beiden Südstaaten schleunigst über Sache und Person verständige". Der Antrag war also auf den Weg freier Vereinbarung zwischen den drei beteiligten Instanzen geschoben, die Heeresleitung lehnte jeden Druck ab. Damit war sein Geschick entschieden. Der Großherzog erwartete nun selbst nichts mehr: denn in München und Stuttgart begegnete man ihm mit ausgesprochenem Mißtrauen. In der Tat fand er „keine günstige Aufnahme"[1]). So war des Großherzogs erster Vorstoß gescheitert. Aber hatte sein Programm überhaupt Aussicht auf Erfüllung?

Mit den Plänen des Großherzogs berührten sich, wie gesagt, aufs nächste die des Kronprinzen Friedrich Wilhelm. Nur daß der Kronprinz, der Hohenzoller, ganz erfüllt von dem deutschen Berufe Preußens und von der sittlichen Notwendigkeit der deutschen Einigung, die sein Denken gleich einem kategorischen Imperativ beherrschte, vor dem Gedanken an Gewalt noch weniger zurückschreckte und sich um die Realien der Politik noch weniger bekümmerte. Aus der Geschichte, aus der

[1]) Vgl. das Schreiben des Großherzogs an seinen Minister Jolly vom 23. August.

Romantik, hatte sich ihm eine bestimmte Vorstellung von der Gestaltung der deutschen Geschicke gebildet: er war bereit, an ihre Verwirklichung all sein Können zu setzen.

Der Kronprinz gehörte zu den zahlreichen Männern, die nach einem entscheidenden Siege über die gesamte französische Armee den Frieden erwarteten, und er war der Meinung seines Schwagers, daß dann sofort die Frage der deutschen Einigung gelöst werden müsse. Das Zusammentreffen mit der kaiserlichen Armee stand nahe bevor. Wenn der Berater seines Vaters seine Vorschläge auch noch nie hatte Einfluß auf sein Handeln gewinnen lassen, er war es sich selbst schuldig, mit seinem Programm in diesem kritischen Moment nicht zurückzuhalten. So ging einige Tage nach jenem Antrag des Großherzogs eine Denkschrift des Kronprinzen an Bismarck ab, die sich in umfassendster Weise mit der deutschen Frage beschäftigte.

Die Denkschrift, die vom 14. August datiert ist, ist nicht überall gleichmäßig durchgearbeitet; der Kronprinz selbst bezeichnete sie als „Gedankenspäne", deren Form das Feldleben entschuldigen müsse[1]). Indessen ist sie auch nicht überall schlüssig. Der Kronprinz spricht von Militärkonventionen, die alsbald abzuschließen seien, womit die Gleichheit in dem militärischen Zuschnitt im gesamten Deutschland hergestellt würde, und trägt damit dem staatsrechtlichen Zustand des Deutschland der Gegenwart Rechnung. Er spricht von Zeichen der Selbständigkeit, dem Recht der einzelnen Staaten auf eigene Gesandtschaften im

[1]) Diese Gedankenspäne bei Horst Kohl, Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, Leipzig 1899, S. 123—129, danach bei Margaretha v. Poschinger, Kaiser Friedrich, Bd. III, Berlin 1900, S. 53—54, und bei Brandenburg Nr. 11, S. 7—10. Zur Entstehungsgeschichte s. Freytag, Der Kronprinz, S. 20.

Ausland, und er spricht vom Bundesrat. Den alten Plan vom Oberhaus läßt er gewissermaßen fallen, jedenfalls soll er nur „unter Umständen" verwirklicht werden und, wenn ich seine wenigen Worte darüber recht verstehe, das Oberhaus soll eher eine freie Genossenschaft darstellen, die der Volksvertretung ihr Dasein verdankt, als eine Institution des Staatsrechts mit Zwangsrechten gegenüber denen, die nicht eintreten möchten; es scheint, als ob ihm wesentlich nur darauf ankomme, daß auch die bisher leitende Schicht in Deutschland die Gelegenheit zur öffentlichen Aussprache erhalte. Aber dabei legt auch er dem Reichstage die alles entscheidende Macht bei. Dem konstituierenden Reichstage, zu dem er das Zollparlament als die einzige zu Recht bestehende parlamentarische Vertretung Gesamtdeutschlands berufen zu sehen wünscht, ist nämlich ganz so wie beim Großherzog von Baden die eigentliche Verfassungsarbeit zugedacht; es ist nicht ausdrücklich gesagt, aber ein Zweifel daran ist nicht möglich, daß er schließlich über alle und jede Rechte der Fürsten zu befinden hat. Allerdings gewinnt es den Anschein, als ob die Fürsten schon zuvor das Wesentlichste von ihren Befugnissen aufgeben sollten; denn neben dem Militärwesen sollten auch geistliche und Schulangelegenheiten Sache der Zentralregierung werden, und von dem Justizwesen war ja wenigstens im Bereiche des Norddeutschen Bundes ein großer Teil bereits unitarisch gestaltet; auf die Rechtseinheit als den wichtigsten Ausdruck der deutschen Einheit arbeiteten mit der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung die Juristen mit Nachdruck hin. Aber blieb nicht dem Reichstag die eigentliche Gestaltung der Dinge vorbehalten?

Der Kronprinz war in diesen Tagen viel mit dem Freiherrn v. Roggenbach, seinem alten Vertrauten, zusammen; in seiner Umgebung war dieser badische Politiker

unzweifelhaft die markanteste Persönlichkeit[1]). Wir werden deshalb nicht irren, wenn wir, abgesehen von der eigenen Disposition des Kronprinzen dazu und von dem, was der Großherzog von Baden ihm imputiert haben mochte, den Ideen dieses Mannes einen gewissen Anteil an dem Inhalt der Denkschrift einräumen. War doch der Kronprinz jederzeit für Anregungen empfänglich; hier berührten sich zudem zwei Geister, die viel verwandte Züge besaßen, und gewiß war der Kronprinz, der die süddeutschen Truppen führte und dem die Badener seit lange nahestanden, schon aus Ritterlichkeit geneigt auf solche Stimmen zu hören. Denn es ist gewiß: aus dieser Denkschrift klingt auch die Stimme jener süddeutschen Opposition heraus, die Bismarck von seinem Wege abbringen und dem Reichstage die Geschicke Deutschlands in die Hände spielen wollte.

Die Denkschrift ist nicht nur nicht schlüssig, sie gibt auch mit keinem Worte an, wie ihre Absichten auszuführen seien. Die Berufung des Reichstags war der einzige praktische Vorschlag, um seinetwillen hatte sie augenscheinlich der Kronprinz beschleunigt. Doch wie sollten die Militärkonventionen zustande kommen, wie sollte man den Fürsten die Rechte, an die der Verfasser dachte, und auch nur diese garantieren? Würden sich die Fürsten gutwillig der Rechte begeben, die ihnen abgesprochen wurden, dann gut; aber was dann, wenn sie den bon sens nicht hatten? Sollte dem Kriege gegen Frankreich ein anderer folgen? Es ist nicht nötig, alle

[1]) Über Roggenbachs Beziehungen zu Kaiser Friedrich unterrichtet die eigenhändige Aufzeichnung Roggenbachs vom 19. April 1898, die Heinrich v. Poschinger in der Deutschen Revue (Jahrgang XXXV, 1910, Bd. 3, S. 325—330) veröffentlichte, über seine vielfach abweichenden Vorschläge, die der Kronprinz gleichwohl beachtenswert nannte, der Eintrag in dessen Tagebuch zum 7. August. Nächst Roggenbach würde an Gustav Freytag zu denken sein und, nach Lorenz S. 399, an Herzog Ernst von Sachsen-Gotha.

diese Fragen durchzudenken. Den Kronprinzen, der für die Durchführung seiner Pläne nicht verantwortlich war, haben sie, soviel wir wissen, nicht gequält, und den Beweis für seine Befähigung als Realpolitiker hat der unglückliche Mann nicht erbringen können. Die Fragen aufwerfen heißt aber schon die Undurchführbarkeit dieser Gedanken erkennen. Ganz zu schweigen davon, daß der Begründer des neuen Deutschland nie die Hand dazu bieten konnte, seine Grundlagen zu zerstören, nicht einmal der König von Preußen und noch viel weniger die süddeutschen Könige wären je für einen solchen Plan zu gewinnen gewesen. Ganz gleich, was man vom Reichstag erwartete: nie und nimmer wollten sie ihr Geschick von ihm empfangen. Noch hatten sie die Macht, und mochte sie beruhen auf welchen Grundlagen auch immer, sie hatten ihr soeben noch die nationale Weihe gegeben.

Dem Liberalismus war 1849 kein Erfolg beschieden, weil er sich an die unlösbare Aufgabe gemacht hatte, erst die Freiheit und dann den Staat festzustellen, für den sie gelten sollte, und weil ihm schließlich die Macht fehlte, die sein Programm voraussetzte. Dann hatte er noch einmal hoffen dürfen, 1869/70 in Süddeutschland, die Geschicke Deutschlands in seine Hand geliefert zu erhalten; aber auch damit war es mit dem Ausbruch des Krieges so gut wie vorbei. Jetzt mußten seine Wortführer unter den Fürsten bemerken, daß er ganz ausgeschaltet war. Wir kennen Bismarcks Antwort auf des Kronprinzen Denkschrift nicht[1]). Doch eine Declaration of rights, wie sie dem Kronprinzen vorschweben mochte, kam nicht zustande. Und ebenso wenig sah sich sein Schwager befriedigt. Bittere Worte genug

[1]) Eine Andeutung davon wohl bei Abeken (1. u. 2. Aufl.), S. 393; am 15. August Nachmittags mußte Abeken in aller Eile ein politisches Memoire für den Kronprinzen aufsetzen.

entfuhren seiner Feder; auch jetzt wieder, meinte er, genau so wie 1866, sei Bismarcks Verhalten konsequent negativ; niemandem gestatte er eine Einwirkung auf sich selbst, und keiner wisse eigentlich, worauf er hinaus wolle und woran man sich zu halten habe. Bismarck hatte die Einigungsfrage bereits in der glücklichsten Weise eingeleitet, und gerade Großherzog Friedrich leistete ihm dabei die wichtigsten Dienste, als sich der Gekränkte in der lebhaftesten Weise beklagte. Dem schöpferischen Genie des Bundeskanzlers nachzudenken war vielen versagt; niemand vielleicht aber fühlte sich weniger dazu verpflichtet als der Fürst, der das Bewußtsein hatte, das Beste für sein großes Vaterland zu wollen, und der um so fester auf seinem Programm bestand, da ihm die weitesten und erwünschtesten Kreise anhingen. Trotz aller Zurücksetzung hat der Großherzog bis zuletzt an der Gründung von Kaiser und Reich mitgearbeitet — wir wollen ihm das nicht vergessen. In welchem Sinne das aber geschah, darüber könnte uns, wenn nicht das Ereignis vom 20. März 1890, dann die Geschichte der Begründung des Reiches aus der Feder von Ottokar Lorenz belehren; an beiden nahm Großherzog Friedrich lebhaften Anteil; der allmächtige Kanzler hatte zu empfinden, daß es Fürsten gab, die sich ihm nicht ohne Widerstand unterordneten. —

Wer die Grundsätze in Bismarcks deutscher Politik kennt, der vermutet nicht, daß auch der Bundeskanzler bereits im August 1870 sich mit der Einigungsfrage beschäftigte. Und doch ist dem so: gleich den Wortführern des Liberalismus unter den Fürsten suchte auch er die Einigung Deutschlands schon damals zu fördern. Aber es geschah anders, es geschah in seiner Weise. Nicht einen Schritt wich er ab von der Linie, die einzuhalten er sich vorgenommen hatte; es entsprach ganz der Wahrheit, wenn preußischerseits immer

wieder betont wurde, daß man gar nicht daran denke, den Bundesgenossen in dieser Beziehung Zumutungen zu machen. Kein Mensch, wer er auch immer sei, sondern die Ereignisse selbst sollten die Sprache der Überredung sprechen, die auch er wünschte. Bismarck schob die Ereignisse nicht zurecht — das war hier nicht nötig und möglich; aber er stellte sie recht in den Vordergrund und gab die Gesichtspunkte zur Diskussion: das war sein Werk und daran war nichts auszusetzen. Mit einem Wort: es war die elsaß-lothringische Frage, um derentwillen er auf Einigungsverhandlungen hinarbeitete und an die er sie anknüpfte[1]). Den großen nationalen Bedürfnissen, nicht irgendwelcher Doktrin sollte das Reich seine Entstehung verdanken.

Um kurz an die Bedeutung der elsässischen Frage[2]) in der deutschen Geschichte zu erinnern, so hatten die deutschen Staatsmänner bereits 1815 die Rückgabe des alten deutschen Landes von Frankreich verlangt; damals waren die anderen Mächte mit ihrem Widerspruch dazwischen getreten. Wie von selbst stellte sich also das Elsaß bei einem neuen deutsch-französischen Ringen als deutscher Siegespreis dar. In diesem Sinne ließ sich auch die deutsche Presse bereits seit dem Ausbruch des Krieges vernehmen: darin zeigte sich Deutschland sofort als einmütige Nation[3]). Doch die Frage

---

[1]) Vgl. zum Folgenden Karl Jakob, Bismarck und die Erwerbung des Elsaß, Straßburg 1905, und den S. 18 erwähnten Aufsatz von P. Wentzcke. Namentlich Wentzcke verpflichtet wegen seiner scharfen Problemstellung zu Dank.

[2]) Nur an das Elsaß dachte man zunächst. Erst als die Militärs darauf aufmerksam machten, daß Metz allein ein paar Armeekorps wert sei, wurde Lothringen — Deutsch-Lothringen — in diese Kombination hineinbezogen.

[3]) Ein Mann wie der Balte Julius Eckardt, der sich in seinen Aufsätzen „Für und Wider das elsässisch-lothringische Projekt" gegen die Annexion des Elsaß aussprach, vornehmlich deshalb, weil eine

war, ob Europa diesmal eine solche Schwächung Frankreichs zulassen werde, und eine weitere die, wem der Siegespreis zufallen sollte.

So einig Deutschland in bezug auf die Forderung der Rückgabe des Elsaß war, so weit gingen in der Frage seiner Zuweisung die Meinungen auseinander.

Da meldete sich der süddeutsche Partikularismus. Noch immer herrschte die Auffassung, daß die Errungenschaften eines siegreichen Krieges in Landerwerb den einzig passenden Ausdruck fänden; Bismarck hatte damit 1866 zu tun gehabt in Nikolsburg, als König Wilhelm von Österreich, Sachsen und Bayern Landabtretungen begehrte; jetzt bemächtigten sich ihrer die Zeitungen in Süddeutschland, nicht nur in Bayern und Württemberg, sondern auch in Baden, und norddeutsche fanden sich als Eideshelfer ein. Zu Bayern und Hessen gehörten bereits linksrheinische Gebiete[1]), Baden war dem Elsaß benachbart; nur für Württemberg also ließ sich hier nicht ohne weiteres etwas ausschneiden. Doch Württemberg ließ sich auch anderswo entschädigen; namentlich die preußische Enklave Hohenzollern stach den Schwaben schon lange in die Augen[2]). Wenn man sich im Norden also auf die Entlohnungstheorie einlassen wollte, dann gab

„Annexion" den modernen Begriffen der Selbstbestimmung nicht entspräche, und sodann, weil damit eine Zeit der kriegerischen Rüstung heraufzöge, die er, bei aller Weitsichtigkeit darin doch der kurzsichtige Outsider, für Deutschland sonst nicht nötig hielt, — Julius Eckardt blieb mit seinem Widerspruch ganz allein (vgl. seine Lebenserinnerungen, Bd. I, Leipzig 1910, S. 226—233).

[1]) Über die hessischen Pläne unterrichtet eine Eintragung bei Hohenlohe (II, S. 36) und bei M. Busch, Tagebuchblätter (II, S. 5).

[2]) Von dem ehemals linksrheinischen Besitz des Hauses Württemberg (Mömpelgard), auf den Mittnacht gelegentlich einmal anspielte (Rückblicke S. 82—83. Anm.), war in den Zeitungen soviel ich sehe, nicht die Rede.

es auch in bezug auf Württemberg keine unüberwindbaren Schwierigkeiten.

Sprach bei diesen Stimmen der Wunsch mit, einer Einigung Deutschlands vorzubauen, wie sie mit dieser Frage leicht verknüpft werden konnte, so beherrschte andere bei ihrer Meinungsäußerung augenscheinlich die Sorge, daß mit irgendwelcher Angliederung des Elsaß an Deutschland die Zukunft Deutschlands in der ihnen unerwünschtesten Weise präjudiziert würde. Wir erinnern uns der antimilitaristischen Strömungen im Süden, Strömungen, die sich mit antimonarchischen nicht deckten, wohl aber berührten. Ward Frankreich des Elsaß beraubt, dann war die Kriegsgefahr in Permanenz erklärt, und Deutschland, das ganze Deutschland hatte weiter die Rüstung zu tragen, die es sich schon bisher nur mit Zähneknirschen gefallen ließ, und dann erhielt ferner die Monarchie ein Übergewicht, daß alle liberalen Hoffnungen dahinsinken mußten. Aus diesen Gedankengängen heraus ist der Artikel des Organs der preußischen Demokraten, der Berliner Volkszeitung vom 5. September zu verstehen[1]), wonach der Vergangenheit des Elsaß und der gegenwärtigen Lage am meisten entspräche, wenn das Land als eine Art Republik unter Deutschlands Schutz gestellt würde. Und um eben deswillen befürwortete z. B. der Freiherr von Roggenbach die Bildung eines neutralen Pufferstaates, ein Gedanke, dem der preußische Kronprinz wenigstens insoweit beipflichtete, als er in seiner Denkschrift vom 14. August meinte, daß mit dem Elsaß „nicht gerade Deutschland oder Preußen vergrößert zu werden brauchten[2]);

[1]) In Nr. 214. Übrigens war dieser Artikel nur einer von mehreren, die sich nicht alle in dem gleichen Sinn aussprachen. Nur in der Ablehnung der Aufteilung des Landes trafen sie zusammen.

[2]) In seinen Erörterungen der elsässischen Frage mit Jolly, diskutierte übrigens auch der Großherzog von Baden die Bildung

der Kronprinz suchte die Schwächung des Gegners überhaupt weniger durch Beschränkung seines Ländergebietes nach der deutschen Seite[1]) als durch Eingriffe in seine Gesamtposition zu erreichen (Aufhebung des Offensiv- und Defensivvertrags mit Italien, Rückgabe Savoyens usw.[2]).

Im Gegensatz zu allen diesen meldeten sich dann ferner Stimmen, die die Verbindung des Elsaß mit Deutschland gerade als Mittel für ihre deutsche Politik wünschten. Da gab es badische, aber auch solche aus Norddeutschland, die das Elsaß Preußen einverleibt sehen wollten: Preußen sollte den Schutz des Südens übernehmen, damit zugleich ein süddeutscher Staat werden und als solcher sich in die Lebensanschauungen des Südens um so rascher einleben. Es war das Gothaer Programm, das der Erbkaiserlichen, für das diese Männer damit eintraten; der preußische Adler sollte ganz Deutschland unter seine Fittige nehmen, aber zugleich sollte dieser Staat auch mit der Welt des Liberalismus in Berührung treten, auf daß er sich ihr mehr denn bisher erschließe. Andere wieder — es waren unter den süddeutschen Liberalen vor allem Anhänger der deutschen Partei in Württemberg — brachten für die Frage keine Voraussetzungen mit. Das Elsaß war von allen deutschen

---

eines neutralen Staates (vgl. Lorenz, S. 297), und ebenso gaben „parlamentarische Kreise zu Berlin" die Parole für die Gründung eines neutralen Staates aus (s. das Schreiben des Landgerichtspräsidenten Kiefer an Julius von Hölder in Stuttgart, datiert Mannheim, 19. August 1870 in „Deutsche Revue". XVII. Jahrgang, 2. Band (Breslau 1892), S. 57). Vgl. dazu auch ebenda S. 64.

[1]) Augenscheinlich sah er die Erwerbung des Elsaß nicht gerade gern. Vgl. dazu Hohenlohe II, S. 15, wonach er am 30. Juli zwar schon an den Sieg, aber nicht an Landerwerb als Preis desselben dachte.

[2]) Übrigens ein Plan, der vielfach diskutiert wurde.

Stämmen gemeinsam erobert, so mochten sie es in gemeinsamer Hut fernerhin halten: das Elsaß als Reichsland — daraufhin zielten ihre Ausführungen; sie freuten sich damit ein Band gefunden zu haben, das fester als alles andere die deutschen Stämme zusammenhalten mußte.

Wann bei Bismarck das elsässische Programm feste Gestalt gewann, wissen wir nicht. Ein Mann, wie er, brauchte zu dem Gedanken an die Rückerwerbung des Elsaß nicht erst angeregt zu werden. Schon in seiner Jugend hatte ihn, daß Straßburg in französischen Händen war, geärgert; einer seiner frühesten Zeitungsartikel, der vom 20. April 1848, deutete auf die Eroberung des Elsaß als auf ein Ziel, würdig deutscher Kraftanstrengung hin[1]). Solange der Gedanke einer Auseinandersetzung mit Frankreich also seine Seele bewegte, wird er auch diesen Gedanken mit sich herumgetragen haben. Andererseits sah er gewiß deutlicher als die anderen die Schwierigkeiten, die sich bei der Angliederung des Elsaß an Deutschland einstellten. Zunächst das partikularistische Begehren nach Aufteilung des Landes! Eine Bevölkerung, die bisher heimisch war in einem Großstaate von der Vergangenheit Frankreichs, konnte sich schwerlich je in Ländern von der Größe der süddeutschen Staaten wohl fühlen; die Traditionen, die seit 1789 im Elsaß großgezogen waren, Handel und Industrie mußten selbst bei einer Aufteilung des Landes nach den französischen Departements gegen diese Herabminderung ihres Lebenszuschnitts revoltieren. Wenn ferner Europa überhaupt seine Zustimmung zur Schmälerung des französischen Besitzstandes gab — eine Frage, die bei der Abneigung Europas gegen die Einigung Deutschlands sehr diskutabel war —, dann war diese Zustimmung unzweifelhaft sehr viel schwerer zu erlangen

[1]) Siehe Meinecke, Weltbürgertum, S. 309.

bei der Absicht, das Land aufzuteilen: denn bei der unausbleiblichen Gravitation der Bevölkerung nach dem Westen und der andauernden Gefahr für den Sieger, den Siegespreis wieder zu verlieren, mußte die Aufteilung des Landes die deutschen Mächte erst recht eng zusammenschließen, mithin gerade das Resultat zeitigen, das man gern vermieden sah. Irgendwelche andere Verbindung des Landes mit Deutschland eröffnete im Hinblick auf die sprichwörtliche deutsche Uneinigkeit für die Zukunft viel erfreulichere Ausblicke. Gegen die Bildung eines neutralen Pufferstaates à la Belgien und Luxemburg ließen sich weiter dieselben Einwände erheben. Aber vor allem mochte sich das Selbstgefühl, das Kraftbewußtsein des Kanzlers gegen den Gedanken wehren, Europa statt dem Eroberer den Schutz des Landes gegen Frankreich zu übertragen. So blieb nur die Verbindung mit Preußen oder mit der Gesamtheit der Verbündeten. Die Verbindung mit Preußen widerriet die allgemeine Abneigung, mit der alle Süddeutschen und ebenso die Elsässer Preußen begegneten[1]), eine Abneigung, die mindestens für die nächste Zukunft Gefahren in sich barg. Zudem widersprach sie dem Gedanken des ganzen Krieges: nur ein Staat wie Baden, der bereit war, sein Selbst hinzugeben, konnte ihn im Süden wirklich aussprechen. Im übrigen drohte bei einer Verbindung des Elsaß mit Preußen der russische Anspruch auf Kompensationen[2]). Auf die Verbindung mit dem ganzen Deutschland aber wies einen Mann wie Bismarck schon seine Aktion von 1864 hin: denn hatte er mit der Zuweisung Schleswig-Holsteins an die beiden deutschen Großmächte nicht einen ganz ähnlichen Plan verfolgt?

[1]) Bismarck zu Hohenlohe 4. Juni 1871 (Hohenlohe II S. 60): Die Elsässer würden sich eher daran gewöhnen, Deutsche zu werden als prussiens.

[2]) Siehe Lorenz, S. 492.

Wir dürfen also nach alledem vermuten, daß sich Bismarck mit dem Gedanken an ein Reichsland schon trug, als er ins Feld zog. Jedenfalls ist gewiß, daß er ihn schon früh an der höchsten Stelle vertrat: „gleich nach den ersten siegreichen Schlachten" (also bald nach dem 6. August ?) — so berichtet er selbst[1]) — machte er ihn zum Gegenstande eines Vortrags beim Könige und erhielt von diesem die Genehmigung zu seiner weiteren Verfolgung.

Exempla docent! Mit dem Plan von 1864 hatte Bismarck nicht erreicht, was er wollte; allerdings war Schleswig-Holstein nicht der Anlaß zu der Entzweiung von 1866 gewesen. Auf die deutsche Einigkeit ferner ließ sich nicht bauen. Mit zwingender Notwendigkeit also ergab sich aus dem Gedanken an die Erwerbung des Elsaß für ganz Deutschland der Gedanke an die Begründung eines Reiches: nur wenn das Elsaß dem festen Bau eines Reiches angegliedert wurde, eines Staatswesens, das jede einzelne deutsche Macht an das Ganze band, nur dann ließ sich hoffen, daß es nicht den Anlaß zu neuen Konflikten bot. Und nur dann war auch eine Sicherheit gegeben, daß Deutschland nicht wieder um den Siegespreis betrogen werde. Der frühere preußische Ministerpräsident, Freiherr Otto v. Manteuffel, regte in einem Schreiben vom 23. August bei Bismarck an, das Elsaß

[1]) Nach den ähnlich lautenden Schreiben Bismarcks 1. an Otto v. Manteuffel vom 8. September 1870 („Unter Friedrich Wilhelm IV.", Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten Otto Freiherrn v. Manteuffel; hersg. von H. v. Poschinger, Band III, Berlin 1901, S. 377) und 2. an den Minister des Innern Graf Fritz zu Eulenburg vom 23. September 1870 (Neues Bismarck-Jahrbuch; hersg. von H. v. Poschinger, Band I, Wien 1911, S. 150). Zum Datum des Vortrags beim Könige vgl. M. Busch, Tagebuchblätter I, S. 60 (11. August) und 77—78 (15. August); vgl. auch Perglas' Schreiben an Bray vom 15. August (Brandenburg, Nr. 13, S. 11—12, Bray, S. 150—151).

zwar in gemeindeutsche Verwaltung zu nehmen, es aber zugleich völkerrechtlich zu neutralisieren. Auch Manteuffel kannte Europa; er meinte, Frankreich werde dann keinen Grund haben, sich zu beschweren[1]). Doch Bismarcks Meinung traf er damit nicht. Man wird nicht sagen dürfen, daß die Gefahr den Bundeskanzler reizte; selbst wenn Deutschland Frankreich des Elsaß nicht beraubte, so war seine Überzeugung, werde es den westlichen Nachbarn immer zum Feinde haben; niemals werde der die Niederlagen dieses Jahres vergessen. Aber er traute seinem Volke auch für die Zukunft die Kraft zu, die es soeben zeigte. Indem er Manteuffel am 8. September zu bedenken gab, daß aus der Neutralität die Gefahr einer Gravitation nach dem Westen in erhöhtem Maße folge, äußerte er seine feste Zuversicht, daß „unter irgendwelchen Formen die Vereinigung der deutschen Staaten ihrer weiteren Reife entgegengehen werde"; bereits sei „die Mainlinie durch das Bündnis, welches sich in der Stunde der Gefahr über Verhoffen bewährt habe, und durch die jetzige Waffenbrüderschaft für alle praktischen Zwecke der Verteidigung Deutschlands nach außen überschritten". Leider ist uns nicht bekannt, ob sich Bismarck bei jenem Vortrag vor dem Könige in betreff der elsässischen Frage auch die Erlaubnis holte, Einigungsverhandlungen einzuleiten. Er leitete sie alsbald ein; aber bei dem starken Rechtlichkeitssinn des Königs ist es wohl denkbar, daß das ohne sein Wissen geschah. Der König hatte sein Wort gegeben, daß an die Souveränetät Bayerns

[1]) „Unter Friedrich Wilhelm IV.", Band III, S. 375—376, Bismarcks Antwort, S. 376—377. Ähnlich wie Manteuffel mag der Minister Graf Fritz zu Eulenburg gedacht haben, als er auf die Bemerkung Rudolf Delbrücks, Elsaß-Lothringen solle Reichsland werden, mit der Frage entgegnete: ein Reichsland ohne Reich? (Lebenserinnerungen von Rudolf v. Delbrück, Band II, Leipzig 1905, S. 409).

nicht getastet werden sollte; so war es besser, daß er draußen blieb; dann behielt er das gute Gewissen.

Denn das war ja nun notwendig: die äußerste Vorsicht bei der ganzen Aktion mußte walten. Noch hatten die süddeutschen Regierungen nichts von Wünschen in bezug auf Landerwerb verlautbart[1]); erst im September folgten sie den Zeitungen. Es war also keine Rede von Abwehr. Andererseits ruhte trotz aller amtlichen Erklärungen in keinem Augenblick der Verdacht weitergreifender preußischer Absichten. Gerade jetzt und jetzt erst recht, wo die Militärmonarchie das sicherste Ergebnis der deutschen Entwicklung schien, galt es drum diesem Verdacht nicht neue Nahrung zuzuführen. Die elsässische

[1]) Nur den Wunsch, zu den Friedensverhandlungen herangezogen zu werden, hatten sie geäußert (Georg Meyer, Die Reichsgründung und das Großherzogtum Baden (Heidelberg 1896), S. 53, Friesen III, S. 126). Nach Friesen III, S. 129 bemerkte Delbrück noch am 4. September dem König von Sachsen gegenüber, eine Annexion der abzutretenden Länder von Baden oder Bayern werde von beiden Staaten voraussichtlich abgelehnt werden. — Für Lorenz' Vermutung (S. 298), „daß Bayern in den Krieg mit dem ausdrücklichen Vorbehalt der Vergrößerungsforderung eingetreten war", kennen wir als Quellen nur die S. 294 angedeutete Auskunft des Großherzogs von Baden, wonach diesem der Kronprinz von einer ähnlichen Willensäußerung des Königs ihm gegenüber gelegentlich des Münchener Aufenthaltes erzählt hatte. Ohne die Richtigkeit dieser Äußerung bestreiten zu wollen, muß doch hervorgehoben werden, daß die Regierung sich diese Forderung jedenfalls noch nicht zu eigen gemacht hatte. Vgl. Hohenlohe II, S. 21, wozu Mohl, Lebenserinnerungen II, S. 324 zu vergleichen ist. Zur Erklärung für diese Tatsache braucht man wohl nun nicht gerade mit Völderndorff oder Hohenlohe anzunehmen, daß die Regierung durch Ablehnung einer Territorialvergrößerung hoffte, mehr Chancen zu gewinnen, die „Selbständigkeit" intakt zu erhalten. Schon das genügt dafür, daß die kaiserliche Armee bis dahin noch nicht endgültig besiegt war und die Süddeutschen bis Sedan des endlichen Ausgangs nicht in demselben Maße sicher waren wie Bismarck; denn sie schätzten die Gefahren der europäischen Aktion zugunsten Frankreichs bis dahin wohl höher ein. Vgl. dazu auch weiter unten S. 134.

Frage, die Frage des Reichslandes war auch um deswillen zu dem Zwecke, den Bismarck verfolgte, so ausgezeichnet geeignet, weil nach den gemeinsamen Anstrengungen der gemeinsame Erwerb als der ansprechendste Gewinn erschien: wer von ihm sprach, hatte gewiß nicht den Verdacht eigensüchtiger Absichten zu gewärtigen, im Notfall konnte er sich auf den Gedanken zurückziehen, der wie Manteuffels Schreiben dartut, in der Luft lag, daß mit einem Reichslande ein Reich noch nicht notwendig verbunden sein müsse.

Bismarck hatte für seinen Plan einen sicheren Verbündeten, das war der Großherzog von Baden. Auch ohne daß er ihm winkte, wußte er, daß er sich einstellen werde. Denn bei der Abneigung, die sich in Baden genau so wie in den übrigen süddeutschen Staaten gegen die Militärlasten ausgesprochen hatte, konnte den Großherzog der Gedanke an ein Königreich Allemannien auch nicht im mindesten locken; mußten doch die Militärlasten dann eher steigen[1]). Und sodann paßte Bismarcks Plan auf das vortrefflichste in des Großherzogs Absichten. Zwar war ihm lieber, daß Preußen allein den Schutz Süddeutschlands übernehme; in der Korrespondenz, die er wegen des Elsaß seit Mitte August mit seinem Minister Jolly pflog, stellte sich als ihre gemeinsame Überzeugung heraus, daß das Elsaß Preußen angegliedert werden müsse, und demgemäß zielte die Denkschrift Jollys für Bismarck, die mit Genehmigung des Großherzogs am 2. September abging, auch darauf hin[2]).

[1]) Übrigens wurden gewisse badische Hoffnungen auf das Elsaß, nach den Bemerkungen Marquardsens gegenüber Hohenlohe (bei Hohenlohe II S. 22), erst durch die Anmeldung bayerischer Kompensationen aus badischem Gebiet vernichtet.

[2]) Die Korrespondenz und die Denkschrift bei Brandenburg, Nr. 14, 17, 19—21 und 24, S. 12, 14—15, 17—18 und 24; vgl. auch Nr. 22, S. 18—19.

Aber ob preußischer Besitz, ob Reichsland in Preußens Verwaltung — das verschlug nicht viel, der Großherzog legte jedenfalls darauf kein entscheidendes Gewicht[1]). Doch diese Unterstützung war schlimmer als keine: erfreute sich doch Baden nicht nur keiner Freundschaft, seiner Politik brachten die Staaten, auf die es ankam, eine Abneigung derart entgegen, daß sich beim Großherzog die Überzeugung festsetzte, jede Anregung, die von ihm stamme, sei dort der Ablehnung sicher, eben um dieses ihres Ursprungs wegen[2]). Als die badische Regierung in ihrer in München und Stuttgart den Grundzügen nach mitgeteilten Denkschrift vom 2. September wagte, die Zuweisung des Elsaß an Preußen namens der Süddeutschen zu empfehlen, hatte sie daher den lebhaftesten Protest über sich ergehen zu lassen, daß sie im Namen aller Süddeutschen spreche[3]). Die Aktion nur von dieser Seite unterstützt, wäre also eine Totgeburt gewesen. Es war nötig, daß sich noch eine andere Vermittlung zu den Süddeutschen fand, eine Vermittlung, die deren Vertrauen erweckte. Auch eine solche war vorhanden.

Bei den unitarischen Bestrebungen im Norddeutschen Bunde, in denen sich die Regierung desselben mit der nationalliberalen Partei im Bunde zu gefallen schien, hatten die Süddeutschen niemanden mehr bedauert als das Königreich Sachsen. Es war nicht wahr, aber in Süddeutschland glaubte man daran — denn wozu sollte man sich um den Norddeutschen Bund und seine tadelnswerten Einrichtungen so genau kümmern? —, daß Sachsen im Bundesrat überwältigt wurde — auf Spuren

---

[1]) Vgl. Brandenburg, Nr. 14, S. 12.

[2]) Seine Bemerkung zu dem Staatsminister Jolly bei Brandenburg, Nr. 17, S. 14.

[3]) Vgl. Lorenz, S. 332—333, Busch in Suckows Rückschau, S. 225.

dieſer Überzeugung werden wir noch ſpäter ſtoßen; jedenfalls hielt man Sachſen für verloren. Auf der anderen Seite hatte Bismarck Sachſen nicht ganz ſo ſchonen wollen, wie es geſchont worden war, die Militärkonvention vom 7. Februar 1867 zeigte ihm zu viel Entgegenkommen. Aber er hatte ſich dann ganz ehrlich auf den Boden der Tatſachen geſtellt und ſogar offen um das Vertrauen und die Freundſchaft des neuen Bundesgenoſſen geworben: die Frieſenſchen Erinnerungen zeigen uns, daß er dem Nachfolger Beuſts ſo manches Geheimnis ſeiner Politik bis 1866 ſchon vor dem franzöſiſchen Kriege enthüllte, Geheimniſſe, die den Nebel des Verdachts, der auf ihr ruhte, zerſtreuten, die wir erſt aus ſeinen Gedanken und Erinnerungen erfuhren. Sein Bemühen war auch von Erfolg: grade dies Bündnis zwiſchen ihm und der ſächſiſchen Regierung war für alle unitariſchen Strömungen das ſtärkſte Hindernis; wenn Bismarck bei der Löſung der deutſchen Frage immer an den Föderalismus gedacht hatte, Sachſen ward der Eckſtein des Deutſchland, das er wünſchte, und darum ſchonte er es und pflegte es. In Sachſen war alſo der nach beiden Seiten hin brauchbarſte Vermittler gegeben. Zugleich hatte es ſelbſt von einer Einigung nach dem Bismarckſchen Plan etwas zu erwarten. Denn mit dem Eintritt der Süddeutſchen Staaten in einen ähnlichen Bund mußte ſich ſeine Stellung weſentlich verbeſſern, es war nicht mehr iſoliert neben dem mächtigen Preußen. Alſo auch der wichtigſte Faktor, das eigene Intereſſe, fehlte nicht.

Die badiſche Aktion in betreff der elſäſſiſchen Frage befand ſich noch im Stadium der Vorbereitung, als Bismarck bereits die ſächſiſche Hilfe anrief.

Es war am 21. Auguſt, in Pont-à-Mouſſon[1]); Kronprinz Albert, der Sieger von St. Privat, dem

[1]) Das Folgende nach P. Haſſel, Aus dem Leben König Alberts von Sachſen, Band II, S. 392—393 und nach Frieſen III, S. 126

König Wilhelm soeben den Oberbefehl über die neugebildete Maasarmee übertragen hatte, war hier im Hauptquartier zu einer persönlichen Meldung beim König eingetroffen. Diese Gelegenheit benutzte der Bundeskanzler. Auch Bismarck teilte damals die Überzeugung der Mehrheit im Hauptquartier, daß es mit dem Widerstande der Franzosen bald zu Ende sein werde, es waren schon indirekte Friedensanträge an ihn gelangt, und er glaubte Spuren einer Vermittlungsaktion mit demselben Ziel zu erkennen. Andererseits hatten Bayern und Württemberg dem Wunsche Ausdruck gegeben, zu den Friedensverhandlungen zugezogen zu werden[1]). So ging er von dem Friedensschlusse aus; er erwähnte jene süddeutschen Anträge und gedachte dann des Rechts, das sein König zu besitzen glaube, allein den Frieden zu schließen. Aber dies Recht wolle er nicht ausüben, ohne zuvor alle seine Bundesgenossen, auch die norddeutschen gehört, und sich mit ihnen verständigt zu haben. Er beabsichtige deshalb seinerzeit einen Fürstenkongreß nach Frankreich zu berufen, wofern sich die Fürsten zu einer solchen Reise entschließen könnten[2]). Kronprinz Albert, der darüber am nächsten Tage seinem Vater berichtete, und dessen Bericht wir allein die Kenntnis dieses Gesprächs verdanken, gedenkt darin nur andeutungsweise der besonderen

---

bis 127. Das Schreiben des Kronprinzen (auch abgedruckt bei Brandenburg, Nr. 16, S. 13—14) scheint bei Hassel nicht dem Wortlaut nach mitgeteilt zu sein, wie man es annehmen möchte. Jedenfalls deutet die Inhaltsangabe bei Friesen auf einen abweichenden Tenor.

[1]) Nach Georg Meyer, Die Reichsgründung usw., S. 53 veranlaßte Bismarck daraufhin Baden, auch seinerseits um Teilnahme an den Friedensverhandlungen zu bitten. Daß schon am 21. August die Anträge der Königreiche vorlagen, geht aus Friesen hervor.

[2]) Friesen: „Dafern Seine Majestät der König von Sachsen sich zu einer solchen Reise entschließen könne." Daß Bismarck davon allein die Berufung der übrigen Fürsten abhängig gemacht haben sollte, ist wohl nicht anzunehmen.

Motive, die den König zu diesem Entschlusse bewogen; der Eindruck, den sein Schreiben in erster Linie hervorrufen mußte, war der vollendeter Courtoisie auf seiten König Wilhelms, und es ist wohl denkbar, daß Bismarck diesen auch vornehmlich erzielen wollte; ein Appell solcher Natur war bei einem Herrscher wie König Johann schon genug. Immerhin dürften wir uns nicht täuschen, wenn wir andere Motive für gewichtiger ansehen. Der Hinweis auf die Vermittlungsaktion „zugunsten des Feindes", der Hinweis auf einen europäischen Kongreß, der nicht unwahrscheinlich sei und vor dessen Beschickung der König ebenfalls die deutschen Fürsten hören wolle, gibt sogar den Gedanken eine ganz bestimmte Richtung. Denn war solche Besprechung im Hinblick auf Europa nicht geradezu eine Notwendigkeit, mußte der Welt nicht gezeigt werden, daß, wenn Deutschland als Entgelt für die Herausforderung spezielle Wünsche hege, das nicht nur ein Postulat des kriegerischen Nordens war? War man anders sicher, daß Europa sich dem Verlangen Deutschlands fügen werde? Bis zur Reichsgründung, ja sogar noch länger spukt dieser Plan eines Fürstenkongresses als der machtvollsten Kundgebung des gesamtdeutschen Willens vor ganz Europa; Bismarck zog ihn immer wieder hervor; ja zeitweise verband er ihn wohl noch mit dem weiteren, auch das Zollparlament oder den Reichstag nach Frankreich zu berufen. Wenn die Minister der süddeutschen Staaten zum Friedensschluß nach Frankreich eilen mußten, obwohl das Deutsche Reich im Spiegelsaal zu Versailles bereits seine Weihe erhalten hatte, so war das der letzte Nachklang. Hier stehen wir bei seiner Ouvertüre.

Bismarck ging danach zu den Friedensbedingungen über, er meinte, „der Krieg müsse positive Resultate ergeben, sonst würde das monarchische Prinzip geschädigt". Damit war er dort, wo er hinwollte: als solche Resultate

bezeichnete er die Rückerwerbung des Elsaß und die deutsche Einigung. Der Kronprinz stellt in dem Bericht an seinen Vater beide Punkte in eine Linie, aber doch nahm er die Überzeugung mit, daß Bismarck bei dieser Unterredung die Einigungsfrage die Hauptsache war; die Zuweisung vom Elsaß und Deutschlothringen an das gesamte Deutschland, mit der „sich ein näheres Verhältnis von Nord und Süd am natürlichsten herstellen lasse", diese Zuweisung war zugleich auch das Mittel, um zu dem Wichtigeren zu gelangen. Eben in der Fürstenzusammenkunft sollte die deutsche Frage geregelt werden. Aber bis dahin war noch manches zu tun; bis dahin mußten vor allem die Fürsten sich untereinander verständigen. Hierbei war es nun, daß Bismarck um die Hilfe des Königs Johann bat. „Gegen Preußen herrsche immer noch das Mißtrauen, es hege dynastische Gelüste, daher Du der rechte Mittelsmann seiest". Mit diesen Worten bricht das Schreiben nicht ab, aber soweit nur kennen wir es. Wir ersehen jedoch schon daraus mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß Bismarck an den Süden, an Bayern und Württemberg dachte; wo anders hatte die sächsische Vermittlung sonst einen Sinn?[1]) König Johann sollte in schriftlichem Gedankenaustausch die süddeutschen Könige für eine nähere Verbindung von Nord und Süd zu gewinnen trachten; ob von den Gründen dabei die Rede war, die in der Politik der fremden Mächte beschlossen lagen, wissen wir nicht; die Gefährdung des monarchischen Prinzips aber sollte gewiß dabei paradieren.

„König Johann antwortete umgehend, daß er gern bereit sein werde, zu einer solchen Versammlung aller

[1]) Wie aus Bismarcks Mitteilung an Suckow vom 17. September hervorgeht, sollten zu der Fürstenzusammenkunft auch damals noch überhaupt nur (Sachsen,) Bayern und Württemberg geladen werden (Suckow, Rückschau, S. 167).

deutſchen Fürſten ſich nach Frankreich zu begeben"[1]). Wenn die Eindrücke, die Rudolph Delbrück, der Präſident des Bundeskanzleramts, Anfang September in Dresden gewann, zutreffen[2]), dann hatte der König ſchon damals Schritte getan im Sinne der Bismarckſchen Anregungen. Über den Erfolg war natürlich noch nicht ſo bald zur Klarheit zu gelangen: die Eiche fällt nicht auf den erſten Hieb. Ein erfolgverheißender Anfang war aber unzweifelhaft gemacht.

Kurze Zeit darauf ergab ſich die Notwendigkeit zu weiterem.

In den erſten Wochen des Auguſt hatten die neutralen Mächte dem Ringen der beiden Gegner gleichmütig zugeſchaut. Ja die berühmte Ligue des neutres, um deren Bildung ſich Lord Granville auf Veranlaſſung des italieniſchen Miniſteriums[3]) bemühte, hatte eher eine deutſchfreundliche Tendenz. Sollte ſie weſentlich der Erhaltung des Friedens im übrigen Europa, der Beſchränkung des Krieges auf die beiden beteiligten Mächte dienen, ſo hatte ſie doch auch die Abſicht, Frankreich die Unterſtützung jeder anderen Macht zu entziehen. Namentlich war ſie auch gegen das Öſterreich Beuſts gerichtet, dem man nicht traute. Dem Verſuche des Reichskanzlers, der Verpflichtung zur Neutralität eine Klauſel zuzufügen, wonach Öſterreich unter beſtimmten Bedingungen

---

[1]) Frieſen, Erinnerungen, Bd. III, S. 126.

[2]) Vgl. den Bericht Delbrücks in ſeinen Lebenserinnerungen, II, S. 410, dazu W. Buſch, Kämpfe um Reichsverfaſſung, S. 146. Nach Haſſel, König Albert, II., S. 458 iſt es allerdings nicht wahrſcheinlich, daß vor dem 4. September eine diplomatiſche Vermittlung in München erfolgte.

[3]) Das erſehen wir aus dem bei Rothan, L'Allemagne et l'Italie (2. éd.), tome II, p. 98 mitgeteilten Schreiben Lord Granvilles an Lord Lyons vom 10. Auguſt. Vgl. auch Pleners Erinnerungen (Plener war damals Mitglied der öſterreichiſch-ungariſchen Botſchaft in London), S. 249—250.

seine Aktionsfreiheit wiedererhalten, und wonach die Entente auch zur bewaffneten Mediation zwischen den Kriegführenden benutzt werden konnte, setzte noch am 1. September Granville seinen Widerstand entgegen, so daß Beust schließlich am 8. September auf jene Klausel verzichtete.

Doch diese Haltung war von allem anderen eher eingegeben als von irgendwelcher Hinneigung zu Deutschland. Ebensowenig wie England Frankreich sich vergrößern sehen wollte, ebensowenig wollte es den Sieg der deutschen Waffen. Der Wunsch, einen kräftigen Verbündeten gegen Rußland zu besitzen, den nach Lage der Dinge nur das kaiserliche Frankreich abgeben konnte, die gemeinsamen Erinnerungen an den Krimkrieg, wo die englischen Waffen mit den französischen gewetteifert hatten, alles das hielt England an Frankreich gebunden; in den Niederlagen, die die Franzosen erfuhren, erblickte es darum Niederlagen auch des eigenen Prestiges. Und auch den anderen Mächten waren die deutschen Siege nichts weniger denn eine Freude. In Rußland regten sich sofort die französischen Sympathien, die — wir erinnern uns — schon die Monate zuvor sich kräftigst ausgesprochen hatten, und es bedurfte der ganzen persönlichen Zuneigung des Zaren zu König Wilhelm, wie des Vertrauens auf Bismarck, das den Verdacht auf weitergreifende Pläne ausschloß, daß er gegen Gortschakow und die Presse seine Politik aufrechterhielt.

So kam es, daß sich schon nach den ersten deutschen Siegen überall Stimmen des Neides und der Eifersucht hören ließen, und daß es mit der Zurückhaltung der Neutralen alsbald vorbei war. Voll Sorge über den Fortgang des Krieges griffen sie ein, und wenn es ihnen auch nur um die Wiederherstellung des Friedens zu tun war, so stellten sie damit doch den Siegespreis in Frage. Selbst der Zar warnte vor jeder Schwächung Frank-

reichs, da sie den Gegensatz Frankreich-Deutschland verewigen und in die europäische Welt ein Moment der Unruhe bringen werde. In Wien und in London dachte man natürlich ebenso, und die Zeitungen, die nur zu gern den Diplomaten halfen, wußten von Konferenzen und Korrespondenzen zu berichten, die alle das Ziel hatten, eine gemeinsame Aktion der Mächte zugunsten Frankreichs oder Napoleons herbeizuführen.

Das Vorgehen der Neutralen wurde nun zwar in Deutschland allgemein als eine Anmaßung energischst zurückgewiesen. Schon am 18. August veröffentlichte die Allgemeine Zeitung eine Berliner Zuschrift vom 15., wonach Bismarck versichert sein sollte, daß gegenüber dem Ausland ganz Deutschland einmütig hinter ihm stehen werde, und am 20. erinnerte die Kreuzzeitung die Welt daran, daß „wir nicht mehr August 1815, sondern August 1870 schreiben". Ja, dem Überschwang des Nationalgefühls meinte man amtlicherseits sogar einen Dämpfer aufsetzen zu müssen, indem man darauf hinwies, daß ein Anlaß zur Beunruhigung noch nicht gegeben sei[1]). Immerhin erfüllten die Nachrichten aus Europa auch das Hauptquartier mit Sorge. Seit dem 24. August ist die Ligue des neutres und ihre Haltung das ständig wiederkehrende Thema in den Briefen König Wilhelms an seine Gemahlin[2]), und, mochte auch Bismarck die Befürchtungen nicht in demselben Maße teilen, auch er sah sich doch veranlaßt, ihr seine ernsteste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Seit jenen Tagen können wir die Preßkampagne verfolgen, in der er ein-

[1]) Vgl. den Berlin 24. August datierten Artikel in der Allgemeinen Zeitung (S. 3798).

[2]) Vgl. Wilhelm Oncken, Unser Heldenkaiser. 1897. S. 204, 206, 215. Louis Schneider, der immer in der nächsten Umgebung des Königs weilte, verzeichnet Ausdrücke der Beunruhigung schon zum 14. August (II, S. 165).

mal den unerschütterlichen Entschluß kundtat, mit Elsaß und Deutsch-Lothringen Deutschland und vornehmlich dem bedrohten Süden die Vogesengrenze zu sichern, und in der er Europa weiter auf die unausbleiblichen Gefahren für den Weltfrieden hinwies, die aus dem Widerstande gegen diesen berechtigten Wunsch Deutschlands folgen würden. Damit schlug er Melodien an, die die Disharmonien allmählich überwinden mußten.

Indessen ein kluger Mann baut vor: noch sicherer als mit Hilfe des Räsonnements ließen sich die Pläne der Neutralen mit Hilfe der Tatsachen bestreiten. Kein Zweifel, die Neutralen bauten bei ihrem Beginnen auf die deutsche Uneinigkeit; sie wußten — von München und namentlich von Stuttgart, aber auch von Darmstadt führten mancherlei Fäden ins Ausland — von der Abneigung der süddeutschen Fürsten gegen den norddeutschen Bund und machten es sich zur Aufgabe, die Fürsten darin zu bestärken; ganz abgesehen von der Korrespondenz etwa des Zaren oder der franzosenfreundlichen Königin Sophie von Holland, der Schwester König Karls von Württemberg, von der wir keine Kenntnis haben, wir wissen, daß Gortschakow und gewiß auch Beust in diesem Sinne tätig waren[1]). Vielleicht waren all die zahlreichen Meldungen von den Verhand-

[1]) Gortschakow, der seit Mitte Juli 1870 in Wildbad weilte, wo er den Besuch Varnbülers empfing, und der dann über Stuttgart nach München reiste, wo er am 3. August eintraf, um von hier über Berlin heimzukehren, nahm überall die Gelegenheit wahr, zur Zurückhaltung gegenüber dem Norden zu raten. (Vgl. Ollivier, t. XV, p. 428; G. Egelhaaf, Bismarck, sein Leben und sein Werk, Stuttgart 1911, S. 271, Anm. 4; Allgemeine Zeitung 1870, S. 3464, 3540; Bray-Steinburg, S. 149.) Inbetreff von Beust braucht nur an das Interesse erinnert zu werden, das dieser Mann an dem Bestande Deutschlands von damals hatte, und an seine engen Beziehungen namentlich nach München und Darmstadt.

lungen der neutralen Mächte eben deshalb in die Zeitungen lanziert, um die Süddeutschen zu schrecken. Diesem Manöver ließ sich durch nichts besser begegnen als durch einen schnellen Abschluß der Einigung oder, wenn dieser nicht so rasch zu erreichen war, wenigstens durch die Einleitung der Einigungsverhandlungen: schon das war eine Kundgebung des Willens zur Einigung seitens der Regierungen, die des Eindrucks auf das Ausland nicht verfehlen konnte. Bisher hatte Bismarck den Weg von Fürst zu Fürst gewählt; auch dieser Weg konnte zum Ziele führen; aber er war zu sehr vom Geheimnis umgeben, um noch weiter ausschließlich benutzt werden zu können. Jetzt war eine deutlichere Sprache vonnöten.

Am 1. September erhielt Bismarcks Unterstaatssekretär von Thile aus dem Hauptquartier ein Telegramm, das den Präsidenten des Bundeskanzleramts Rudolph Delbrück beauftragte, nach Dresden zu fahren, um dort mit dem Minister von Friesen die Zukunft des Elsaß zu besprechen[1]). Das Telegramm war nicht an Delbrück selbst gerichtet; er hatte sich erst im Auswärtigen Amt seine Instruktionen zu holen; wenn wir aus dem, was er in Dresden vom 3. bis 5. September besprach resp. anregte, den richtigen Schluß darauf ziehen, dann galt auch seine Mission nicht nur dem Elsaß, sondern der deutschen Einigung und dieser vornehmlich. Die Reise hatte nicht ausschließlich den Zweck, Aufsehen zu erregen; *der* Zweck ward, wie wir aus München erfahren[2]), erreicht. Delbrück sollte zu-

[1]) Die Inhaltsangabe des Telegramms bei Brandenburg, Nr. 23, S. 19 entspricht nicht dem, was Delbrück, II, S. 409 mitteilt. Vor allem ist die Adresse des Telegramms nicht richtig angegeben.

[2]) Friesen, III, S. 136: Bray fragte den sächsischen Gesandten Grafen v. Könneritz danach.

gleich auf eine Initiative der sächsischen Regierung hinwirken. Auch nach dieser Richtung blieb ein Erfolg nicht aus. Friesen, der sich mit seinem Könige die Gesichtspunkte, die ihm vorgetragen wurden, gern zu eigen machte, sandte am 10. September an den sächsischen Gesandten in München, den Grafen von Könneritz, ein Schreiben ab, das den Grafen Bray wohl veranlassen konnte, die Frage der näheren Verbindung mit dem Norden noch einmal nach allen Seiten zu überdenken.

Die Haltung der Neutralen war ein neues Moment für die Einigungsverhandlungen; ein weiteres ergab sich aus der Gestaltung der Dinge in Frankreich im September.

Man hat wohl gesagt, daß in der Geschichte unserer Einigung der Tag von Sedan einen Epochetag bilde. Nun ist das ja gewiß: dies Ereignis brachte den Höhepunkt der nationalen Erregung. An der größten Tat während des ganzen Krieges waren sämtliche deutsche Stämme beteiligt, sie herbeigeführt zu haben, war nächst dem Hauptquartier den beiden Thronerben zu danken, dem Kronprinzen von Preußen und dem von Sachsen. Selbst wenn unser Volk weniger damit gerechnet hätte, daß die Gefangennahme Napoleons das Ende des Krieges herbeiführen müsse, auf Grund dieser Tatsachen durfte es sich den sichersten Hoffnungen hingeben. Die Regierungen hatten bereits bis dahin unter einem gewissen Druck gestanden; bei der Hochflut der Kundgebungen zugunsten der Einigung in Presse und Versammlungen, die dieser Tag auslöste, wurde er zu stark, um ihn weiter unbeachtet lassen zu können.

Aber — so richtig das ist — gleichwohl kann der Tag von Sedan nicht als epochales Ereignis in der Geschichte der Einigungsverhandlungen gelten. Die Basis für die Verhandlungen war bereits gefunden, sogar Bayern war schon auf dem Wege, aus seiner Zurück-

haltung herauszutreten. Mag sein, daß die Verhandlungsbereitschaft dadurch einen neuen Impuls empfing; aber damit ist die Bedeutung dieses Tages auch erschöpft.

Viel wichtiger war, daß nach Sedan der Krieg nicht aufhörte, sondern daß er weiterging, daß die Regierung der nationalen Verteidigung, die sich nach dem Sturze des kaiserlichen Regimes am 6. September bildete, den Krieg bis zum äußersten proklamierte. Das wirkte auf die Einigungsbestrebungen ein.

Wie viele hatten nicht geglaubt, daß mit der Niederwerfung der Napoleonischen Armeen aller Krieg zu Ende sei! Napoleon und die Kriegspartei hatten ihn ja provoziert, das „Volk" hatte sich vor dem 6. Juli in Beteuerungen seiner Friedensliebe geradezu überboten. Und in der Tat war die neue provisorische Regierung bereit, mit dem Gegner Frieden zu schließen, sie wollte wirklich glauben machen, daß die große Mehrheit der Franzosen an dem Kriege unschuldig sei. Aber eben darum war ihr erstes und letztes Wort, daß von irgendwelcher Gebietsabtretung keine Rede sein dürfe. So mußte also der Krieg weitergehen. Nie und nimmer durften das deutsche Volk, die deutschen Regierungen sich nach solchen Niederlagen der gloirebedürftigen Nation mit einer papiernen Zusicherung des ewigen Friedens abspeisen lassen. Gerade um der dauernden Veränderungen in der Regierung und in der Haltung Frankreichs willen, erklärte Bismarck in den beiden Rundschreiben vom 13. und 16. September die Vogesengrenze wie Metz für Deutschland nötig zu haben, damit dem unruhigen Nachbarn im Westen die Lust zum Angriff genommen werde. Gebot es daraufhin den Deutschen nicht geradezu die Pflicht, zusammenzuhalten und vor aller Welt den Beweis zu erbringen, daß sie auch in der Zukunft nichts mehr trennen solle? Nun konnte sich niemand mehr der Gewißheit verschließen, daß Deutschland

fortan immer mit dem Nachbarn im Westen zu rechnen haben werde. Vielleicht hoffte auch die Regierung der nationalen Verteidigung auf die deutsche Zwiespältigkeit. Noch lange hielt sie jedenfalls die Siegeszuversicht mit Märchen wie dem aufrecht, daß die Bayern, die Württemberger, Sachsen und Hessen, ja sogar die Badener in offenem Aufstand gegen das preußische Oberkommando wären, und die Bayern deshalb sogar in die Heimat zurückgeschickt werden müßten[1]). Also hieß es rasch handeln und ihr den Glauben daran benehmen; nicht unmöglich, daß dann der Krieg abgekürzt wurde.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse geschah es, daß die süddeutschen Königreiche ihre alte Position verließen: es war ihre wichtigste Folge. Bisher hörten wir von den Königreichen nur als von dem Objekt der Politik. Wir haben uns jetzt ihnen selbst zuzuwenden. Wie standen sie da? Ist es richtig, was namentlich die argwöhnischen Badener von ihnen behaupteten, oder waren sie besser als ihr Ruf?

Um mit Bayern zu beginnen, so sind es leider nicht garzuviel Notizen, die wir über seine Haltung bis Sedan besitzen. Auch hier freute man sich natürlich der Siege der deutschen Waffen, zu denen man selbst redlich mitgeholfen: wer wollte daran zweifeln? Aber es ist charakteristisch: diese Freude bekundete sich erst am 1. September, zum ersten Male auch äußerlich, im Flaggen mit Fahnen und anderem, so, daß es auffiel[2]). Die Sieges-

[1]) Vgl. den Eintrag des bayerischen Leutnants Dietrich Freiherrn v. Laßberg in sein Tagebuch vom 27. Dezember 1870 („Mein Kriegstagebuch aus dem Deutsch-französischen Kriege 1870 bis 1871", von v. Laßberg, München und Berlin 1906, S. 271). Ferner Abeken, S. 421 (1. Oktober).

[2]) Vgl. die Tagebücher von Ferdinand Gregorovius, der sich damals in München aufhielt (Römische Tagebücher. Von F. Gregorovius, hrsg. von Friedr. Althaus, Stuttgart 1892, S. 487) und Allgemeine Zeitung, S. 3900. Zwar berichtet diese (S. 3724), daß

depesche von Beaumont war eingetroffen; die Bayern hatten an dieser Schlacht den entscheidenden Anteil genommen; nun war das Selbstgefühl befriedigt. Denn Selbstgefühl besaßen sie, und sie hatten, man kann es nicht leugnen, auch Anlaß dazu. Mit wie wenig Vertrauen blickte Moltke noch im Juni 1869 auf Bayerns Kriegsbereitschaft! Bayern, so meinte er zu Hohenlohe, sei nicht gerüstet und werde diese Politik weiter befolgen, ohne sich doch eines Vertragsbruchs schuldig zu machen[1]). Nach 1869 kam die Periode der Kämpfe mit der patriotisch-ultramontanen Mehrheit, der Hohenlohe die Schuld beimaß. Trotzdem erschienen 1870 die Bayern nicht allein rechtzeitig im Felde und schickten ihre beiden Armeekorps in voller Kriegsbereitschaft gegen den Feind, ihre Gesamtleistung betrug bereits im August sogar mehr: 128 946 Mann und 24 056 Pferde[2]). In den Brie-

---

schon infolge der Siegesbotschaft von Metz „der Rathausturm und viele Privatgebäude mit Flaggen in den bayerischen und deutschen Farben geschmückt wurden". Aber weder war das so allgemein der Fall, wie am 1. September, noch lösten die früheren deutschen Siege einen solchen Jubel aus; auch von anderen bayerischen Städten hören wir bis zum 1. September nichts. — König Ludwig ließ „zum erstenmal" zur Feier der Kapitulation von Metz flaggen und zwar mit seiner Hausflagge (Allgemeine Zeitung, S. 4777); vgl. dazu auch Luise v. Kobell, König Ludwig II. und Fürst Bismarck, S. 24.

[1]) Hohenlohe I, S. 372. Vgl. auch die Äußerungen Thiles vom 24. September 1869 bei Gregorovius, Tagebücher, S. 438. Nach dem Gothaischen Kalender (mitgeteilt von Lorenz, S. 292) „betrug der Friedensstand der aktiven bayerischen Armee Ende 1869 im ganzen 49 949 Mann", nach dem Generalstabswerk, Bd. I, S. 57 bis 58 : 50 068 Mann.

[2]) Die Zahlen, die Lorenz, S. 292 mitteilt, sind nicht richtig. Nach dem preußischen Generalstabswerk, Bd. I, S. 62 belief sich nach dem Mobilmachungsplan die Summe der bayerischen Armee, eingeschlossen Besatzungs- und Ersatztruppen, auf 88 400 Mann Infanterie, 7390 Mann Kavallerie und 3800 Mann Festungsartillerie mit 216 Geschützen und nicht, wie Lorenz angibt, auf ca. 111 000 Mann. „Der Verpflegungsstand aller bayerischen Truppen, also die Gesamt-

sen, die Graf Bray zwei Monate später aus Frankreich nach Hause sandte, berührt es eigentümlich, daß sie nur von Bayern und immer wieder von Bayern zu erzählen wissen; gleich als ob es auf dem ganzen Wege nur „hellblaue Preußen" gegeben habe. Aber erklärlich ist es: wenn sich der Staat derart angestrengt hatte, dann hatte sein Leiter wohl ein Recht mit Stolz zu berichten, wo sie sich überall fänden. Wir hörten bereits zu mehreren Malen von Bismarck, daß er auf Bayern die meiste Rücksicht nahm. Bismarck kannte seine Pappenheimer. Nach diesen Leistungen hatte das Königreich einen Anspruch darauf; da es in solchem Sinne den Pflichten gegen Deutschland entsprach, m u ß t e ihm die Entscheidung über seine Zukunft bleiben.

Ein Staat von Selbstbewußtsein kann auf die Dauer nicht im Zustand der Defensive verharren; das hieße sich selbst aufgeben, auf das Beste, was er besitzt, verzichten. Wenn in Bayern vor dem Kriege Elemente hoch gekommen waren wie das ultramontane, so lag das eben daran, daß dem Staate positive Ziele fehlten. Seit dem Juli 1870 war die Lage für Bayern nun eine andere geworden: der Krieg entbindet alle Kräfte; danach boten sich ihm die verschiedensten Möglichkeiten.

---

leistung Bayerns" stellte sich aber schon pro August auf die im Texte angegebene Zahl (S. 63), wobei zu berücksichtigen ist, daß, da die Dienstzeit in Bayern nur 1½ Jahre betrug, ältere Jahrgänge in größerer Zahl zur Verfügung standen. Vgl. dazu die Ausführungen von A. Erhard über den Reichsfreiherrn Sigmund v. Pranckh in dem 50/51. Jahresberichte des historischen Vereins von Oberbayern (München 1890), S. 164. Nach den „Rückblicken auf die inneren bayerischen Heeresverhältnisse während des Deutsch-französischen Krieges 1870—71, bearb. im Kgl. B. Generalstab" (Darstellungen aus der Bayer. Kriegs- und Heeresgesch., hrsg. v. Kgl. B. Kriegsarchiv, Heft 3, München 1894) S. 70 ff. blieben Besatzungs- und Ersatztruppen in Höhe von 49 726 Köpfen und 3658 Pferden bis Ende August in der Heimat. Vgl. auch S. 85. Über die Stärke der bayer. Truppen im ganzen Kriege vgl. S. 117—120.

Allerdings konnte es sich auch weiterhin noch in einer reinen Abwehrpolitik gefallen, in der Abwehr des Einheitsstaates, des Unitarismus sein eigentliches Ziel erblicken. Die Forschung vertrat bisher den Standpunkt, daß Bayern in der Tat darin noch immerfort seine Aufgabe sah; das Problem in der Geschichte unserer Einigung bestand für sie nur darin, wie es kam, daß es sich schließlich doch zu einer Politik der Verständigung mit dem Norden bekehrte[1]). Aber Bayern konnte jetzt auch andere Wege einschlagen, es konnte z. B. Pläne von früher wieder aufnehmen, die Bayerns Stellung noch verstärkten, und dabei doch die Beziehungen zum übrigen Deutschland in einer Gesamtdeutschland günstigen Weise veränderten. Wer die Rüstung sieht, die es anlegte, ist von vornherein zu der Annahme bereit, daß es diesen Weg wählte. Indessen haben wir dafür noch weitere Anzeichen, Anzeichen, die schon für sich allein betrachtet zu dieser Annahme zwingen. Es wird sich zeigen, daß Bayern schon im August eine Politik mit deutschen Zielen einschlug, eine Politik, die allerdings daneben spezifisch bayerischen Interessen diente. Denn nach 1866 war nicht mehr nur Preußen in der glücklichen Lage, deutsche

[1]) So fassen das Problem sowohl Küntzel und Brandenburg wie die älteren Lorenz und W. Busch. Lorenz und Busch (Kämpfe um die Reichsverfassung) neigten dabei gleichwohl zu der Ansicht von einer selbstbewußten Politik Bayerns; der eine würdigte sie nur nicht genug, weil er sie von vornherein verdammte, und der andere erkannte ihre Äußerungen nicht recht; wenn sich Bayern zu einer deutschen Politik bekehrte, so war das nach ihm nur der sächsischen Anregung zu danken, die am 12. September erfolgte. Nach Küntzel war die bayerische Politik seit dem Juli eine Politik der Ratlosigkeit und nach Brandenburg (Der Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund, Berlin 1910) eine solche der Eifersucht: schließlich lief nach ihm Bayern weniger Baden als Württemberg nach, um nicht isoliert zu bleiben und der nach Sedan aufgeregten öffentlichen Meinung ein Zugeständnis zu machen.

Politik in Verbindung mit einer rein egoistischen treiben zu können.

Von den Berichten des bayerischen Gesandten in Berlin, des Baron Pergler von Perglas wird niemand sagen wollen, daß sie sich ohne Bedenken für die Darstellung der Absichten des Grafen Bray oder König Ludwigs verwerten lassen; wir kennen sie zudem nur zum Teil, und sie zeichnen sich, so wie sie vorliegen[1]), nicht sämtlich durch eine über allen Zweifel erhabene Klarheit aus. Andererseits wird sich nicht bezweifeln lassen, daß Baron Perglas in die Münchener Absichten eingeweiht war[2]); sein Bestreben mußte sein, auf sie Einfluß zu gewinnen, in ihre Gestaltung hemmend oder fördernd einzugreifen oder auch Direktiven zu geben; der Posten, den er innehatte, war im Bereich der bayerischen Diplomatie der im Augenblick wichtigste. So dürfen wir also, wenn wir in seinen Berichten über die Berliner Anschauungen aus dem August mit einer gewissen Vorliebe das Thema behandelt sehen, welche Stellung Bayern im Verfolg dieses Krieges einnehmen könne, schon daraus den Schluß auf positive Bestrebungen in München ziehen.

Perglas' Berichte haben augenscheinlich bald diese, bald jene Lösung im Auge. Er denkt am 8. August an „Befestigung und etwa Ausdehnung der bayerischen Selbständigkeit und Territorialmacht". Am 21. ist dieser Gedanke fallen gelassen: „für den Fall, daß Graf Bismarck auf eine gewisse Territorialabtretung Frankreichs nicht verzichten will und kann", meint er, „müßte das Großherzogtum Baden willfährig die Stellung nehmen,

[1]) Sie sind auszugsweise in den Denkwürdigkeiten Brays mitgeteilt.

[2]) Nach Bismarcks Äußerung über ihn (bei H. v. Poschinger, Fürst Bismarck und der Bundesrat, Bd. II, S. 13) war er übrigens mehr Diplomat als Arbeiter.

die man hier vermeint an Bayern verleihen zu sollen"; allerdings deutet er kurz zuvor eine Beteiligung Bayerns bei den „durch die Verhältnisse gebotenen Territorialerwerbungen" an. In bezug auf die Gestaltung der gesamtdeutschen Verhältnisse hält er für seine Aufgabe, seine Regierung von der Ehrlichkeit des preußischen Verzichts auf die Absorption Süddeutschlands zu überzeugen; wenn seine Regierung mit unitarischen Wünschen rechnet, dann gibt jedenfalls die Haltung der preußischen Staatsmänner keinen Anlaß dazu. Aber dabei berichtet er von dem Grundsatz, den man ihm gegenüber im Auswärtigen Amte „geäußert und betont" habe, „daß Deutschland aus dem Kriege nicht weniger stark und nicht weniger gesichert hervorgehen dürfe als vorher, im Gegenteil kräftiger und mehr gesichert; denn nicht den Vorwurf der Völker in Deutschland dürfen die Regierungen auf sich laden, daß Gut und Blut geopfert wurde ohne Entgelt und ohne Resultat". In Berlin dachte man bei diesen Worten offensichtlich nur an das Elsaß, aber die Gedanken des Schreibers gingen sogleich weiter: in dem nächsten uns bekannten Schreiben, dem vom 21. August, schlug er vor, Preußen zu „ermöglichen und zu erleichtern, sich als Frucht des Krieges und der Siege deutscher Waffen die Stellung endgültig zu erringen, mit welcher es die Existenz eines selbständigen Süddeutschlands vereinigen könne". An die Verbindung des Elsaß mit Preußen dachte er dabei nicht, es bleibt also nur die Annahme übrig, daß er jetzt zur Anerkennung einer gewissen preußischen Oberleitung bereit war, einer Oberleitung, die die Selbständigkeit Süddeutschlands nicht ausschloß. Es war der Bismarcksche Gedanke aus dem Frühjahr, der hier angedeutet wurde; bedauerlich, daß wir von seiner Aufnahme in München zu dieser Zeit nichts wissen.

Genaueres als aus den Berichten von Perglas erfahren wir aus einem Schreiben vom 24. August an den Grafen Bray, das, aus dem Hauptquartier in Bar-le-Duc datiert, den Generaladjutanten des Prinzen Luitpold, den Hauptmann Graf Berchem zum Verfasser hatte[1]). Prinz Luitpold, der heutige Prinzregent, der im Hauptquartier weilte, hatte danach Bismarck in betreff einer engeren nationalen Vereinigung sondiert, ohne, wie es scheint, seinerseits bestimmte Vorschläge zu machen. Bismarck hatte sich jedoch nicht dazu bewegen lassen, von sich aus Wünsche zu äußern: „Preußen und der Nordbund würden bereitwilligst diejenigen Vorschläge akzeptieren, welche S. M. der König von Bayern im Interesse einer engeren nationalen Einigung zu machen sich etwa veranlaßt sehen würde". Man hatte in München also die Konsequenzen aus der Lage der Dinge gezogen. Aber, vielleicht in einer gewissen Ratlosigkeit über das Wie dessen, das man selbst wünschte, hatte man davon Abstand genommen, Bismarck selbst Vorschläge zu unterbreiten. Man hoffte augenscheinlich von dem Bundeskanzler selbst darüber genaueres zu erfahren; wahrscheinlich oder vielmehr sicher, daß man sich in der Erwartung wiegte, norddeutscherseits werde an die Pläne aus dem Frühjahr erinnert werden.

Denn wie wir aus Späterem erschließen dürfen: die bayerische Regierung und König Ludwig[2]) waren nun ge-

[1]) Abgedruckt bei Bray, S. 152, danach bei Brandenburg, S. 16—17. — Über Berchem, der „fortschrittliche Sympathien" hatte, siehe Hohenlohe II, S. 14 und Englisches Blaubuch = Franco Prussian War Nr. 3 (1870): Schreiben Sir H. Howards in München an Granville vom 23. Juli 1870 (Nr. 39, S. 36): Berchem, bis dahin Mitglied des bayerischen Ministeriums des Auswärtigen, wurde dem Hauptquartier beigegeben mit dem Auftrag, die bayerische Regierung über die Ereignisse auf dem Laufenden zu erhalten.

[2]) König Ludwig war nach der Allgemeinen Zeitung (S. 3764) am 22. August von Schloß Berg aus in München eingetroffen und

willt, ſich darauf einzulaſſen. Mußte doch bei der Haltung der Neutralen irgend etwas geſchehen, zumal wenn Bayern ſelbſt, was wir nicht wiſſen, beſtimmte Wünſche auf Territorialerwerb hegte! Und der Kaiſerplan berührte die bayeriſche Selbſtändigkeit nicht! Wir werden noch hören, daß ſich mit einem militäriſchen Kaiſertum der Hohenzollern ſpezifiſch bayeriſche Wünſche ſogar gut vertrugen. Der Plan paßte alſo um die Schwierigkeiten der Lage zu überwinden, um vor allem Europa und Frankreich den Willen auch Bayerns zu zeigen, daß „Deutſchland aus dem Kriege nicht weniger ſtark und nicht weniger geſichert hervorgehen dürfe als vorher, im Gegenteil kräftiger und mehr geſichert“ —, dieſer Plan paßte wie kein anderer zu dem Augenblick und zu einer ſpezifiſch bayeriſchen Politik. Es iſt unzweifelhaft, wenn Bismarck mit ihm wieder hervorgetreten wäre, Bayern hätte ihn ſofort aufgegriffen.

Doch Bismarck lehnte ab! Auch nicht dazu aufgefordert wollte er in dieſer heiklen Frage mit Vorſchlägen aufwarten: „Preußen und der Norddeutſche Bund — ſo fährt der Bericht Berchems in der Wiedergabe von Bismarcks Antwort fort — verzichteten darauf, auf dieſe Entſchlüſſe irgendwelche Preſſion zu üben, indem ein für Norddeutſchland günſtig geſtimmtes Bayern der nationalen Sache mehr nütze als ein widerwillig in nähere Beziehungen gebrachtes Land“. Ob Bismarck noch an ſeine Pläne aus dem Frühjahr dachte — wir wiſſen es nicht; faſt ſcheint es nach ſeinen Worten, daß er ſie aus der Erörterung ausgeſchaltet wiſſen wollte. Jetzt, wo er mit dem nationalen Winde ſegelte, ſtatt

---

nahm, nachdem er die eroberten franzöſiſchen Geſchütze beſichtigt hatte, den Vortrag von Bray, Pranckh und Braun, dem Miniſter des Innern, entgegen. Wenn Prinz Luitpold am 24. in Bar-le-Duc Bismarck interpellierte, dann iſt alſo gewiß, daß das vom König befohlen war.

gegen ihn kreuzen zu müssen, war ja eventuell mehr zu erlangen. Jedenfalls sah sich die bayerische Regierung genau so weit wie zuvor. An ihr war es, sie kam nicht darum herum, Vorschläge zu machen. Noch einmal hatte der Kanzler des Norddeutschen Bundes, er selbst ihr erklärt, daß ihm die Rücksicht auf Bayern über alles gehe! Aber eben damit war ihr die Verantwortung für Deutschlands Zukunft, für den Ausgang des Krieges zugeschoben. Nun lastete auf ihr der stärkste moralische Druck[1])! — Es war ein Druck, den — wir wissen es — auch sie nicht aushielt.

Gleichwohl dauerte es über 14 Tage, eben bis tief in den September hinein, obwohl die Zeit drängte, bis der nächste Schritt von bayerischer Seite geschah[2]). Woran lag das?

Um es mit einem Worte zu sagen: es lag am König; wenn nicht alles trügt, war weniger Bray daran schuld, daß dem ersten Schritt nicht alsbald der zweite folgte, als vielmehr die Eigenart König Ludwigs. Bray erwies sich immer, soweit wir sehen, als ein treuer Minister seines Herrn, als ein Minister allerdings mit eigener Note.

König Ludwig II.[3]), bei dem wir wohl einige Augenblicke verweilen dürfen, der ritterliche junge Herrscher,

---

[1]) Unter München, 29. August trug Hohenlohe in sein Journal ein (II, S. 24): Prinz Luitpold ist beauftragt, hier anzufragen, wie sich Bayern zu Deutschland stellen wolle. Augenscheinlich liegt hier ein Irrtum vor, ein Irrtum, der übrigens Hohenlohes Auffassung von der bayerischen Politik eigentümlich beleuchtet. Das Mißtrauen gegenüber seinem Nachfolger machte ihn blind. Dabei hätte gerade er bei seiner Überzeugung, daß Erfolge das Selbstgefühl Bayerns stärken würden, leicht auf die richtige Fährte kommen können!

[2]) Mit welcher Ungeduld man in dieser Zeit auf Bayern wartete, zeigen die Äußerungen König Wilhelms gegenüber Herzog Ernst von Sachsen (bei Lorenz, S. 333).

[3]) Neben der Biographie Karl v. Heigels (Stuttgart 1893) vgl. vor allem Karl Alexander v. Müller, Bayern im Jahre 1866

dem sofort nach seinem Regierungsantritt alle bayrischen Herzen zuflogen, und der sie auch trotz aller Absonderlichkeiten zeit seines Lebens nicht verlor, ein Mann, der sogar auf einen Bismarck einen gewissen Zauber ausübte, obwohl dieser sich über die Behandlung durch ihn, an der Tafel seines Vaters, mit Recht zu beklagen hatte, — König Ludwig hatte das Unglück gehabt, zu früh auf den Thron berufen zu sein. Noch war seine Entwicklung nicht vollendet, abgeschlossen wie sich sein Dasein bis dahin abgespielt hatte, war er noch kaum mit dem Leben bekannt geworden. Noch hielt ihn die Romantik ganz umfangen, die Romantik, wie sie sich im bayerischen Königshause ausgebildet hatte, mit ihren Begriffen von der Macht des Deutschtums und seiner Mission, mit ihrer Neigung zu Wissenschaft und Kunst und alledem, was das Leben bereichert. Ja in ihm, in dem sich Wittelsbacher- und Hohenzollernblut vermischte, war sie geradezu zur Lebensmacht geworden: seiner Freundschaft mit Richard Wagner zuliebe trotzte er einer Welt; bekanntlich kostete es Kämpfe, bis sich die beiden wenigstens äußerlich schieden. Dabei verbanden sich in ihm mit ihr Vorstellungen von der Größe und Zukunft seines Hauses, die seinen Ehrgeiz stachelten; nur gar zu gern wiegte sich der junge ruhmbegierige Fürst gleich einem Ludwig XIV. in den ausschweifendsten Träumen. Um so unerträglicher, daß die Welt seinen Ideen und Idealen so wenig entsprach, ja daß die Ereignisse sich ihnen geradezu entgegentürmten. Was dem bayerischen Selbstbewußtsein das Jahr 1866 bedeutete, die Monate vor dem Kriege, da sich Bayern hin- und hergeworfen sah, ebenso wie der Krieg selbst, kann jeder nachempfinden; dem König gab es den ersten Stoß für das Leben. Wie sonnig waren die An-

und die Berufung des Fürsten Hohenlohe (Historische Bibliothek, hrsg. von der Redaktion der Historischen Zeitschrift, 20. Bd.), München und Berlin 1909, S. 163 ff.

fänge seiner Regierung verlaufen, in denen die Zukunft noch ungetrübt vor ihm lag! Danach war alles vorbei.

Man dürfte nun nicht annehmen, daß König Ludwig gegen die weitere Entwicklung ankämpfte. Gegenüber von mißverständlichen Bemerkungen über mangelndes Pflichtgefühl muß es besonders betont werden, daß er in den kritischen Momenten nicht versagte[1]). Wohl spielte er mehr als einmal mit dem Gedanken, dies Leben, das ihm nicht behagte, aufzugeben. So war es 1866, so war es 1870, wo, wie uns berichtet wird[2]), Archivdirektor Löher den Auftrag erhielt, die Inseln im Ägäischen Meere nach einem geeigneten Aufenthaltsorte für den König zu durchforschen. Aber darum tat er doch was not tat. Er war es, der 1870 den Mobilmachungsbefehl erteilte — bis dat qui cito dat — und ihn sofort in den Zeitungen bekannt geben ließ[3]), und er bekannte sich für den casus foederis, da die Minister noch schwankten oder jedenfalls ihrer Meinung noch keinen deutlichen Ausdruck zu geben wagten. Das Telegramm König Wilhelms charakterisierte ganz richtig die Sachlage, da es besagt, daß des Königs Haltung auch sein Volk elektrisierte. Allerdings war der König eifersüchtig bedacht auf die Wahrung seiner Rechte, sowohl seinem Volke und seinen Ministern gegenüber, wie auch gegenüber dem deutschen Einheitsstreben: doch in der Beziehung unterscheidet ihn nichts von seinen Vorfahren

[1]) Vielleicht besaß der König sogar zuviel Pflichtgefühl, denn wie Völderndorff, Vom Reichskanzler Fürsten v. Hohenlohe, S. 52 erzählt, nahm er den von diesem ausgearbeiteten Plan eines süddeutschen Staatenvereins und dessen Verbindung mit dem Norden sehr gern an, ließ ihn aber infolge der Einreden seiner Minister, namentlich des Herrn v. Lutz, wieder fallen.

[2]) Heigel, König Ludwig II., S. 230.

[3]) Vgl. Luise v. Kobell, König Ludwig II. und Bismarck, S. 3. Daran, daß der König die Initiative ergriff, ist auch gegen Roloff, Preußische Jahrbücher, Bd. 139 (1910), S. 144 festzuhalten.

und vor allem von der überwältigenden Majorität seines Volkes. Er hat die Geschicke seines Staates nur insofern bestimmt, als er sich den demokratisierenden Tendenzen entgegenwarf: wer wollte ihm daraus einen Vorwurf machen?

Also es hieße zuviel gesagt, wenn man ihm einen eigenen, den entscheidenden Anteil an der Geschichte Bayerns seiner Zeit zuschreiben wollte; weder hemmend noch fördernd griff er in die Speichen ein; seine Stellung nahm er genau dort, wo sie alle die andern fürstlichen Zeitgenossen nahmen. Wohl aber ist es Schuld seiner Eigenart, daß sich auf Bayern schon gleich damals eine Unsumme von Abneigung auch bei solchen lenkte, die im übrigen die Politik Bayerns zu würdigen wußten. Vielleicht war es zunächst weniger sein Insuffizienzgefühl im Verkehr mit seinen Ministern und Räten, das Gefühl, den Pflichten der Krone noch nicht gewachsen zu sein, das ihn, den selbstbewußten Herrscher, in die Einsamkeit bannte. Menschlich sympathischer und psychologisch wohl ebenso richtig ist die Annahme, daß er sich dorthin nur um jener Differenzen zwischen seinen Idealen und der Wirklichkeit willen flüchtete: daß er 1870 die Berge den Menschen vorzog, die mit ihm sich der Siege der bayerischen Waffen freuen konnten, hat eine feinsinnige Frau[1]) bereits mit dem Gefühl der Niedergeschlagenheit in Verbindung gebracht, daß er, der unkriegerische König, dem Felde der Ehre fernbleiben mußte. Aber er ward nun einmal der Alpenkönig, den seine Minister tagelang nicht sahen, und der dabei oft kaum zu erreichen war, dessen Umgang für alles Geschäftliche allein der Kabinettssekretär bildete. Die Staatsgeschäfte mögen darunter nicht nachhaltig gelitten haben, das Laufende ließ sich auch fern von München erledigen,

[1]) Luise v. Kobell, Unter den vier ersten Königen Bayerns, München 1894, Bd. II, S. 137.

aber die Entscheidungen in wichtigen Angelegenheiten wurden naturgemäß dadurch verzögert; die Minister konnten ihm wohl die Sache von allen Seiten klarstellen, aber auf das Tempo des Entschlusses hatten sie keinen Einfluß. Mehr als einmal während des Krieges waren die Blicke Deutschlands voll Unruhe über die Gewitterwolken, die am Horizonte drohten, auf König Ludwig gerichtet; der König ließ warten. Gewiß handelte es sich dabei jedesmal um Entschlüsse schwerwiegendster Art, die niemand schnellhin fassen durfte; gleichwohl wäre es möglich gewesen, sie schneller zur Reife zu bringen, wenn er sich dabei des Rates verantwortlicher Männer bedient hätte.

Ein solcher Moment war auch um die Wende des August 1870 gegeben. Nachdem der König am 22. August mit seinen Ministern konferiert hatte, verschwand er aus München. Es folgte ein tagelanger Aufenthalt in Hohenschwangau und Schloß Berg; augenscheinlich unterbrach er ihn, nur um der Großfürstin Konstantin seine Aufwartung zu machen, die am 31. August in München eingetroffen war[1]). Jedenfalls war auch dieser Münchener Aufenthalt nur von kurzer Dauer: vom 1. September abends bis 3. September. Ob er ihn beendigte, wie die Sage geht, weil er dem Jubel über Sedan entfliehen wollte, bleibe dahingestellt. Nachdem er am Vormittag des 2. September der Großfürstin seinen Besuch abgestattet hatte, nahm er einen Vortrag Brays entgegen: „nachmittags und abends Arbeit mit den Staatsministern v. Pranckh, Pfretzschner, Schlör, Lutz und Braun". Vom 3. September bis zum 14. blieb er wieder München fern. Verfolgen wir sein Itinerar, so sehen wir also, daß er gerade in den wichtigen Tagen

[1]) Vgl. hierzu und zum Folgenden Allgemeine Zeitung S. 3908, 3917, 3924, 3953, 4144.

nach dem 24. Auguſt und nach Sedan mit ſeinen Miniſtern in keiner näheren Verbindung ſtand. Von der Unterredung des Prinzen Luitpold mit Bismarck erhielt er natürlich Kunde, aber erſt am 2. September kam es deswegen zwiſchen ihm und dem Grafen Bray zur Ausſprache. Kein Zweifel, ihm eilte es nicht, Deutſchland einen Gefallen zu erweiſen, wie ihn Bismarck erwarten mochte. Und ebenſowenig war er darauf bedacht, dem Ereignis von Sedan und der Proklamierung der Republik durch eine Veränderung ſeiner Politik ſchnelle Rechnung zu tragen.

Indeſſen vollzog ſich gerade in dieſen Tagen, wie geſagt, in der bayeriſchen Politik die entſcheidende Wendung[1]). Wir werden nicht irren, wenn wir ſie auf die

[1]) Lorenz, S. 300 gibt Äußerungen des Großherzogs von Baden über die bayeriſche Politik dieſer Tage nach dem Bericht Janſens vom 12. September an den Großherzog von Oldenburg wieder, die Janſen ſeinerſeits bei ſeiner Wiedergabe des Berichts unterdrückte (vgl. Janſen, S. 161). Danach ſollte Bray „noch nach Ausbruch des Krieges und den großen Erfolgen der deutſchen Waffen jetzt wieder die Frage aufgeworfen haben, ob es nicht politiſch indiziert ſei, ſich auf den Neutralitätsſtandpunkt zurückzuziehen." Wenn man das gleiche in den Lebenserinnerungen Robert v. Mohls, Bd. II, S. 324 lieſt, daß nämlich „Bray geltend zu machen ſuchte, daß nach Sedan Frieden zu ſchließen ſei", dann ſieht man wohl, daß die Beweisſtücke, die der Großherzog von Baden Janſen für dieſe Behauptungen anbot, in den Berichten Robert v. Mohls aus München beſtanden. Nun gehört ja eine ſolche Stellungnahme Brays nicht gerade zu dem Unmöglichen; auf Brays ſpezielle Geſichtspunkte wird noch zurückzukommen ſein. Immerhin hat man mehr als Küntzel S. 113/14 in Betracht zog, daran zu denken, daß Mohl als badiſcher Geſandter und als politiſcher Doktrinär nicht zu dem vertrauten Umgang Brays gehörte, und daß bei der Art und Weiſe von Brays Geſchäftsführung — er arbeitete nur mit ſeinem Sohne zuſammen (vgl. Lorenz, S. 226) — Behauptungen dieſer Art nur auf Klatſch zurückgehen konnten, wofern ſie nicht Bray in einem Anflug galligen Humors ſelbſt an den Mann brachte, der ſie glaubte. Aktenkundig dürften ſolche Pläne Brays jedenfalls ſchwerlich geworden ſein, wenn ſie über-

Audienz Brays vom 2. September zurückführen, — womit nicht gesagt sein soll, daß ihr geistiger Vater Bray ist.

Gedenken wir, um sie zu verstehen, noch einmal der Politik, die Bismarck Bayern gegenüber verfolgte. Sie ging 1870 von dem Gesichtspunkt aus, von dem Gesichtspunkt des weitblickenden Staatsmanns und des echten Edelmanns, daß Bayerns Bedürfnis nach Selbständigkeit geachtet werden müsse. „Der Norden könne mit den Süddeutschen nur in solchen Beziehungen leben, zu deren Erhaltung sie auch dann freiwillig entschlossen blieben, wenn sie in gefahrvollen Zeiten (etwa) der vollen Freiheit eigener Bestimmung überlassen wären“[1]). Die Bayern sollten Zeit behalten, daß sie sich besinnen könnten: „sie müssen inzwischen an den Wänden herumtasten und nach einem Ausweg suchen, sie werden keinen finden. Dann werden sie sich schließlich in ihr Schicksal fügen“[2]). Das waren seine Gesichtspunkte 1870. Doch es hatte Zeiten gegeben, wo er Bayern noch ganz anders behandelt hatte, wo er ihm weit entgegengekommen war[3]). Eine solche Zeit war die vor dem Kriege mit Österreich gewesen. Da war Bayern als die größte Macht im Süden, als die Macht, die Preußen im Kampfe

haupt je bestanden haben. Worauf sich die Äußerung Döberls (Beilage zur Allgemeinen Zeitung 1903, Nr. 148, S. 26) stützt, die Karl Alex. v. Müller, der Biograph Brays in der Allgemeinen deutschen Biographie, übernahm (Bd. 55, 1910, S. 684): „Nach Sedan suchte Bray durch den englischen Gesandten in München eine englische Vermittlung anzubahnen“, ist mir nicht ersichtlich.

[1]) So Bismarcks Worte in einem Schreiben an den Botschafter des Norddeutschen Bundes in Wien, den Grafen Schweinitz, 23. Juli 1870, bei Wertheimer, Andrassy I, S. 523, Anm. 1.

[2]) Worte Bismarcks Bluntschli gegenüber 1868 in dessen „Denkwürdiges usw.“, III, S. 203.

[3]) Vgl. hierzu auch Karl Alex. v. Müller, S. 10—11 und die dort angeführte Literatur.

mit Öſterreich die wertvollſten Dienſte leiſten konnte, von ihm lebhaft umworben worden. Ja zuletzt hatte er ihm gar den Plan eines bayeriſch-preußiſchen Dualismus unterbreitet, wonach Bayern im Süden die Stellung erhalten ſollte, die Bismarck Preußen für den Norden zudachte; Bayern an der Spitze der militäriſchen Kräfte des Südens wie Preußen an der Spitze derer des Nordens — dann war Deutſchland nach Weſt und Oſt geſichert; der Kampf mit Öſterreich blieb gewiß nicht aus, aber er war ungefährlicher; Bayern übernahm mit dem Anſpruch auf eine ſeinem Ehrgeiz entſprechende Rolle in Deutſchlands Zukunft einen Teil des Riſiko. Dieſer Plan fiel, weſentlich deshalb, weil Pfordten, der leitende Miniſter, den Mut nicht hatte, der zu ſeiner Durchführung gehörte[1]). Aber war er darum aus der Welt verſchwunden? Es iſt bekannt, daß denſelben Plan nach 1866 Hohenlohe zu verwirklichen ſuchte; er ſcheiterte auch dann; denn Württemberg wollte von einer bayeriſchen Führung nichts wiſſen und Baden dauerte die Einigung Deutſchlands auf dieſem Umwege zu lange. Aber ging es mit einem Staatenbund nicht, dann ging es vielleicht mit einem Staatenverein; auch er hätte ſich mit dem bayeriſchen Stolze vertragen. Auch dieſer Gedanke wurde von bayeriſcher Seite verfolgt; Bismarck unterſtützte ihn lebhaft. Doch auch ihm lächelte kein Glück, obwohl ihn König Ludwig freudig begrüßte[2]). Denn diesmal war es bajuvariſches Selbſtbewußtſein, das ſich augenſcheinlich gegen die Gleichſtellung mit einem Lande wie Baden ſträubte, die darin enthalten war. Dann hatte Bismarck noch ab

[1]) Vgl. zu Pfordtens deutſchen Plänen 1866 die charakteriſtiſchen Äußerungen über die anderen Staaten bei Alex. v. Müller, S. 152—153.

[2]) Vgl. dazu oben S. 125 Anm. 1 und Hohenlohe I, S. 282 bis 287. Übrigens erinnert der 1869 von Baden verfolgte (vgl. oben S. 83 Anm. 2) an dieſen Staatenvereinsgedanken.

und an den bayerischen Ehrgeiz gekitzelt. Als ein Bundesoberhandelsgericht auf sächsischen Antrag errichtet werden sollte, im Jahre 1869, fragte Bismarck bei Bayern an, ob es diesem nicht beitreten wolle; „es sollte dann der Sitz des Gerichts nach Nürnberg kommen und dem König von Bayern die Designierung des ersten Vicepräsidenten und einer entsprechenden Anzahl von Räten zugestanden werden". Hohenlohe und sein vertrauter Berater Völderndorff stimmten dieser Anregung zu, aber Lutz, der Justizminister, wehrte sich entschieden, so daß schließlich eine ablehnende Antwort nach Berlin erging: denn damit werde eine Bresche in die Justizhoheit des Königs gelegt[1]). Schließlich entsinnen wir uns der Äußerungen Konstantin Rößlers aus dem März 1870, die uns Froebel aufbewahrte[2]): „als Mittel, den König von Bayern für die Errichtung eines preußisch-deutschen Kaisertums zu gewinnen", betreibe man den Gedanken, „neben der deutschen Kaiserwürde auch die Würde eines deutschen Königs und diese für den Bayernkönig zu schaffen". Es war ein Gedanke, von dem wir nicht genau wissen, wieweit ihn sich Bismarck selbst angeeignet und im diplomatischen Verkehr mit Bayern gebraucht hat; immerhin lag er soweit in der Konsequenz jenes Kaiserplanes und der Anregungen gelegentlich der Gründung des Oberhandelsgerichts, daß er auch ohne von preußischer Seite direkt angetragen worden zu sein in München Wurzel fassen konnte; zudem ist uns bekannt, daß ihn andere Kreise vor den bayerischen Staatsmännern entwickelten[3]). So hatte sich der Bayern-

[1]) Vgl. Völderndorff, Vom Reichskanzler Fürst Hohenlohe, S. 11 Anm.

[2]) Oben S. 51.

[3]) So Bluntschli, der gleich Marquard Barth Bayern eine Sonderstellung in der Diplomatie und im Militärwesen lassen wollte. „Vielleicht, bemerkte er (Denkwürdiges, III, S. 220) am 22. Mai

König also immer wieder umworben gesehen; was in ihm war an romantischem Empfinden für Dinge der Vergangenheit, was in ihm lebte an Ehrgeiz für die Zukunft, der geniale Menschenkenner, der die Geschicke des Norddeutschen Bundes lenkte, hatte es sorgsam gehegt und gepflegt. Es wäre psychologisch nicht verständlich, wenn sich danach beim König nicht der Entschluß gefestigt hätte, bei gegebener Gelegenheit eine Politik in diesem Sinne anzubahnen.

Über die Audienz Brays vom 2. September besitzen wir keinerlei authentische Kunde. Aber wir wissen, daß Bray am oder vor dem 8. September zu dem württembergischen Gesandten in München äußerte, die Kaiserwürde werde für Preußen unvermeidlich sein[1]). Wir wissen ferner, daß nach einem Ministerrat am 9. September[2]) Bray am 12. eine Denkschrift zu Papier brachte,

1868 in einer Unterhaltung mit Hohenlohe, zu der Völderndorff hinzukam, ließe sich noch eine Ehrenstellung finden, analog dem früheren Reichsvikariat, aber sie dürfte nur eine formelle Ehre sein, dem bayerischen Stolze zu genügen." Vgl. auch Hohenlohes Eintrag in sein Journal zum 23. (!) Mai 1868 in Hohenlohe I, S. 311.

[1]) Vgl. Mittnacht, Rückblicke, S. 117, Anm. 1 und Brandenburg, Nr. 27, S. 22. Nach einer Mitteilung Delbrücks an Lasker nahm Delbrück vom Süden den Eindruck mit, daß „die Annahme des Kaisertitels den Anschluß (scil. an den Nordbund) auch bei Regierungen und Souveränen erleichtert." (Schreiben Laskers an Forckenbeck und Bennigsen vom 6. Oktober.) Nach der auf den 8. September bezüglichen Notiz ist diese die erste, die von dem Kaisertitel (übrigens „Titel") handelt. Ich möchte nicht glauben, daß Großherzog Friedrich, der in eben diesen Tagen überall die Kaiserfrage anregte (vgl. Brandenburg, S. 18, 19, 21), das Verdienst gebührt, die bayerische Initiative veranlaßt zu haben. Die Vorstellungen waren ganz verschiedene.

[2]) Über den Ministerrat vom 9. September heißt es in einer Münchener Zuschrift der Allgemeinen Zeitung vom 10. September (Nr. 254, S. 4045): „Der ‚Augsburger Abendzeitung' wird von hier als sicher geschrieben, in dem gestrigen Ministerrat sei beschlossen worden, daß die bayerische Regierung die Initiative hinsichtlich der

die sich mit einer Neugestaltung Deutschlands befaßte[1]). Die Denkschrift sagte nicht eigentlich, welche Richtung die bayerische Politik einhalten wollte; weder ist in ihr von der elsaß-lothringischen Frage die Rede, noch von der Frage der Kaiserwürde; sie beschränkt sich ganz allein darauf, über die Stellungnahme Bayerns zu der deutschen Frage Vorschläge zu machen. Aber in einem Punkte ist sie ganz deutlich: wie auch immer die Willenskundgebung aus dem Norden ausfallen wird, die Bray erbeten hat, Bayern wird sich keinerlei wesentliche Machtbeschränkungen auferlegen lassen. Wir hören ferner von Luise von Kobell — und es sind Aufzeichnungen, die sich unschwer auf diese Zeit beziehen lassen —, daß König Ludwig aus den eroberten Landen kein Reichsland machen lassen wollte, diese sollten vielmehr verteilt werden[2]). „Hauchen Sie Bray den richtigen Plan ein, ermahnte er einen der Herren seiner Umgebung (gewiß Eisenhart, Frau von Kobells Gemahl), damit

deutschen Frage ergreifen und in Unterhandlungen mit Preußen wegen des Beitritts von Bayern zu dem Nordbunde treten solle." Der letzte Teil dieser Meldung wurde dann in einer Zuschrift vom 11. (Nr. 256, S. 4061) „nach zuverlässiger Mitteilung" dahin richtig gestellt, „daß die Bestrebungen darauf gerichtet sein müssen, einen d e u t s c h e n Bund an die Stelle des Nordbunds zu setzen, und daß in dem hoffentlich nicht fernen Augenblick, wo dies ersehnte Ziel erreicht ist, der dermalige Norddeutsche Bund aufhören wird zu sein." — An demselben 10. September telegraphierte ferner der preußische Gesandte in München Freiherr v. Werthern darüber nach Versailles: Der König von Bayern habe seine Minister beauftragt, ein Programm für den Anschluß Bayerns an den Norddeutschen Bund auszuarbeiten. (Bernhard Weicker, Vom Staatenbund zum Bundesstaat. 2. Teil. Untersuchungen zur Geschichte der deutschen Einigung. Beilage zum Programm des Gymnasiums [Reformgymnasium i. E.] und der Realschule zu Aschersleben. Ostern 1911, S. 40—41.)

[1]) Abgedruckt bei Bray, S. 136—139, danach bei Brandenburg, Nr. 32, S. 29—32.

[2]) Vgl. König Ludwig II. und Fürst Bismarck S. 27 und Deutsche Revue, Jahrg. XXII, Bd. 2, S. 2.

es seinen Bemühungen gelinge, die badische Pfalz und eine Erweiterung der Rheinpfalz zu erlangen". Bis dahin hörten wir von solchen Plänen noch nichts; wenn Lorenz erwähnt, daß der König Wünsche nach dieser Richtung bereits am 27. Juli bei der Vorstellung des Kronprinzen in München geäußert habe, so kann ein Irrtum vorliegen — der Großherzog von Baden erzählte ihm das nach dem Gedächtnis [1]). Seit dem September aber haben wir dafür die verschiedensten Anhaltspunkte. Immer wieder gingen Mahnungen an Bray ab [2]) — Bray hatte augenscheinlich keine Neigung, hierin dem König zu folgen, Mohl sagt geradezu von ihm, daß er die Absicht, Elsaß und Deutsch-Lothringen wieder mit Deutschland zu vereinigen, als einen großen politischen Fehler bezeichnete [3]). Erst jetzt wird auch von der Regierung jener Plan der Aufteilung des Elsaß betrieben worden sein, den Baden grade damals im Namen ganz Süddeutschlands zurückgewiesen haben wollte; Baden würde sich schwerlich zu einer solchen Kundgebung verstanden haben, wenn sich die bayerische Regierung schon zuvor auf den Plan festgelegt hätte [4]).

So sehen wir die bayerische Politik also plötzlich nach ganz verschiedenen Seiten hin in positiver Weise tätig. Sie will jetzt die Kaiserwürde Preußen übertragen,

[1]) Lorenz, S. 294. Vgl. dazu S. 295: (Wünsche des Königs), „die wahrscheinlich schon bei der Anwesenheit des Kronprinzen in fester Ausprägung hervortraten". S. auch oben S. 101 Anm. 1. Für die von W. Busch (in seiner Ausgabe von Suckows Rückschau, S. 224 bis 225) geäußerte Ansicht von bayerischen Plänen derart im August gibt es keine Belege.

[2]) Dessen Denkwürdigkeiten, S. 175, 176, 192.

[3]) Mohl II, S. 324. Ob ihm dieser Gedanke, wie Hohenlohe (II, S. 21) argwöhnte, von Wien aus beigebracht wurde, steht doch dahin. Über Bray siehe weiter unten im Zusammenhang. Vgl. auch oben S. 128 Anm. 1.

[4]) Vgl. dazu auch oben S. 101.

und sie geht daneben darauf aus, ihrem Lande einen Machtzuwachs verschaffen, der seine Stellung im Westen noch bedeutsam verstärkt: die Rheinpfalz soll vergrößert, mit der badischen Pfalz die Verbindung zwischen dem Hauptland und diesem abgelegenen, von fremdem Gebiet rings umschlossenen Nebenlande hergestellt werden. Schon zuvor hatte Bayern den Anspruch vertreten, als die süddeutsche Vormacht zu gelten; beim Anblick solchen Vorgehens stellt sich nur allzuschnell der Gedanke ein, dem die argwöhnische badische Regierung sogar Ausdruck gab[1]), daß Bayern damit eine neue dualistische Phase in Deutschland heraufführen wollte. War doch, wenn es nicht das ganze Elsaß verlangte, sondern nur eine Vergrößerung der Rheinpfalz, die Absicht augenscheinlich, das übrige Elsaß an Baden zu geben. Baden aber zu einem Königreich Allemannien erhoben und vom Norden durch Bayern vielleicht ganz abgetrennt, hätte ein Maß von Selbständigkeit erhalten, das es gegenüber Preußen zu freierer Haltung veranlassen mußte. Zumal bei der fortdauernden Feindschaft Frankreichs nach solcher Beraubung war dann die Zeit für den Südbund oder den süddeutschen Staatenverein gekommen, und Bayern fiel ganz von selbst die Vormachtstellung zu, nach der es schon lange strebte.

Es waren also die alten Pläne, die man wieder aufnahm, Pläne, die Bismarck selbst genährt hatte: jetzt eröffnete sich die Aussicht, sie zur Erfüllung zu bringen, darum griff man sie fest an. National waren auch sie; Bayern strebte nicht nur nach Rechten, sondern auch nach Pflichten; nur daß sie nicht gerade von dem nationalen Geiste, der den Norden und Baden durchwehte, getragen waren.

[1]) In der Denkschrift vom 2. September 1870, wobei nur daran zu erinnern ist, daß sich ihre Bemerkungen ohne Zweifel auf Zeitungsnachrichten bezogen.

Aber, die Frage erhebt sich sofort, waren denn diese Ziele überhaupt zu erreichen? Hatten sich nicht, seitdem Bismarck den bayerischen Ehrgeiz gekitzelt, die Dinge merklich geändert, war nicht vor allem Baden auf seiner bestimmten Bahn schon soweit vorangeschritten, daß es nicht mehr zurück konnte? Der Plan war also doch wohl nur die Ausgeburt der Einsamkeit, eines Mannes, der über alledem, was er von der Zukunft wünschte, die Wirklichkeit vergaß? In der Tat, wenn man alles bedenkt, dann läßt sich daran nicht zweifeln, daß wir es hier nicht mit den Gedanken eines gewiegten Diplomaten, sondern mit denen des unglücklichen Königs auf dem Bayernthron zu tun haben. Er hatte die Traditionen seines Hauses zu wahren, und er pflegte sie um so treuer, als er selbst durch und durch national gerichtet war; ihnen gegenüber hielt er es für seine Pflicht, die Gelegenheit, die sich ihm bot, nicht unversucht vorübergehen zu lassen. So werden wir diesen Plan zu verstehen haben. Eben darum ließ er sich auch durch keine Bedenken davon abhalten, ihn energisch einzuleiten.

Graf Bray hatte bisher immer noch den Posten in Wien, von dem er im Mai nach München abberufen war, unbesetzt gelassen, wobei es ungewiß ist, ob er sein Münchener Amt nur als ein vorübergehendes betrachtete, oder ob er meinte nach jahrelanger Bekanntschaft mit den österreichischen Verhältnissen dort eines Vertreters entraten zu können. Die Dinge in Österreich drängten nun im Momente nicht dazu, diesen Posten wieder zu besetzen. Wohl aber ließ das der Krieg wünschenswert erscheinen[1]), ja es erheischte geradezu die neue bayerische Politik; denn gewiß war es nötig, die Gesichtspunkte, die einen so bemerkenswerten Umschwung in der bayri-

[1]) Nach Hohenlohe II, S. 20 trug sich Bray bereits um den 19. August mit dem Gedanken, den Posten in Wien wieder zu besetzen. Schon damals dachte er an Schrenck.

schen Politik bedingten, an dem befreundeten Hofe und bei dem befreundeten Minister — Beust gehörte zu Brays besten Bekannten — mündlich vertreten zu lassen. So paßt denn ausgezeichnet zu dem Bilde von der bayerischen Politik, das sich uns ergab, daß seit dem 7. September die Allgemeine Zeitung von der Wiederbesetzung der Wiener Gesandtschaft zu berichten weiß[1]). Der Reichsrat Freiherr v. Schrenck, der zum Nachfolger Brays dortselbst ausersehen war, und der am 8. September in Wien eintraf[2]), gehörte, so viel wir sehen, zu den Männern, für die ein gutes Verhältnis zu Österreich einen der Hauptgrundsätze der bayerischen Politik bildete, und die doch zugleich in voller Überzeugung von der besonderen Mission Bayerns für eine weitere Verstärkung seiner Macht eintraten[3]). Vom Standpunkt der neu inaugurierten Politik aus muß mithin seine Wahl als eine besonders glückliche bezeichnet werden. So waren also, um sie durchzuführen, die Rollen jetzt aufs beste verteilt. Bray stimmte vielleicht nicht in jeder Beziehung den Absichten seines Herrschers zu, aber hier handelte es sich

[1]) S. 4004 (7. Sept.), 4021 (8.), 4028 (9.), 4073 (14.), 4177 (18.). Ob richtig ist, was die Allgemeine Zeitung, S. 4021 als Wiener Meldung und S. 4073 als Meldung der Korrespondenz Hoffmann brachte, daß Schrenck in außerordentlicher Mission die Leitung der bayerischen Gesandtschaft übernehmen sollte?

[2]) Bereits am 19. übergab er dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben.

[3]) Über Schrenck unterrichtet Heigels Lebensabriß in der Allgemeinen deutschen Biographie, Bd. XXXII (1891), S. 485—488. Schrenck hatte seine Stellung als Minister des Auswärtigen 1859 bis 1864 schließlich wegen seiner österreich-freundlichen Politik in der deutschen und Zollvereinsfrage verloren. Wie er nach 1866 zu Österreich stand, und wieweit er auch da noch die Triaspolitik für möglich hielt, entzieht sich unserer Kenntnis. In der patriotischen Partei, zu deren Führern er gehörte, rechnete er nach der oben (S. 40, Anm. 1) mitgeteilten Verlautbarung zu den gemäßigten Elementen; vgl. auch Hohenlohe I, S. 412.

um eine Politik, die den Patrioten reizen konnte; war sie vom Glück begünstigt, dann hatte er sich in der Geschichte seines Vaterlandes einen unvergänglichen Namen gemacht.

Werfen wir nun noch einen Blick auf das zweite süddeutsche Königreich, so bemerken wir, daß auch Württemberg in diesen Wochen seine alte Politik abdankte[1]).

Beim Rückblick auf die württembergische Geschichte von 1860—1870 wird niemand behaupten wollen, daß der Freiherr von Varnbüler, der sie gemacht hatte, nicht fähig gewesen wäre, dem Staatsschiff eine neue Richtung zu geben. König Karl hatte zwar noch als Kronprinz von ihm gesagt: „Der Mann wird bei mir nicht Minister — es fehlt ihm aller moralische Charakter"[2]), aber er hatte ihn trotzdem dazu bestellt. Varnbüler machte die Würzburger Politik der Mittelstaaten gegen die beiden Großmächte mit, er verbündete sich erst mit Österreich, dann mit Preußen; obwohl er noch im Frühjahr 1870 gegen den casus foederis wetterte, erkannte er ihn schließlich im entscheidenden Augenblicke doch an. Dennoch galt Varnbüler überall als der Mann, der eine nähere Verständigung mit dem Norden hinderte; man wußte von seiner engen Verbindung mit der Königin Olga, man erinnerte sich der scharfen Äußerungen, die nicht nur einmal aus seinem Munde gegen Preußen gefallen waren; und was in betreff seines Verhaltens in den Tagen vor der offiziellen Kriegserklärung durch-

[1]) Leider war mir keine württembergische Zeitung zugänglich; die Allgemeine ward aus Württemberg nicht ebenso reichlich bedient wie anderswoher. Nach der Mitteilung Mittnachts an Lasker vom 20. September hatten „vor dem Rücktritt des Freiherrn v. Varnbüler Beratungen über einen deutschen Verfassungsentwurf oder die deutsche Verfassungsfrage im Schoße des württembergischen Ministeriums nicht stattgefunden."

[2]) So Froebel II, S. 323.

sicherte (sein Antrag im Ministerrat, gelegentlich der Anerkennung des casus foederis Zusicherungen in betreff der württembergischen Selbständigkeit zu verlangen[1]), seine Reise nach Wildbad am 15., die nach München am 18. Juli), war jedenfalls nicht geeignet, das Vertrauen auf seine Person zu heben. So betrachtete man denn seine Amtsentlassung, die ganz plötzlich und unerwartet am 31. August erfolgte, als den Beginn einer neuen Ära in Württemberg. Zwar wurden rein persönliche Gründe als Gründe für seine Entlassung angegeben — das Gerede von seiner undeutschen Haltung, von der Entdeckung einer zugunsten der Integrität Frankreichs gepflogenen Korrespondenz wurde als unbegründet, als grundlose Verdächtigung bezeichnet[2]). Immerhin mag daran erinnert werden, daß an einem Hofe, wo jede der maßgebenden Persönlichkeiten eine andere Politik wünschte, die politischen Gegensätze schließlich einen rein persönlichen Charakter annehmen mußten. Jedenfalls fiel mit Varnbüler der Mann, in dem die exklusiv württembergische Politik gewissermaßen Fleisch und Blut geworden war[3]).

---

[1]) Übrigens hatte Varnbüler schon 1868 bei Hohenlohe angeregt, sich vor einem Kriege mit Frankreich solche Zusicherungen geben zu lassen (Hohenlohe I, S. 310—311): Danach sollte Württemberg nach dem Kriege zu den Friedensverhandlungen zugezogen werden, und der Rechtszustand sollte bleiben wie er war.

[2]) Vgl. Allgemeine Zeitung, S. 4020, 4078, 4112, 4205; vgl. auch Mittnacht, S. 64, 66, 76, Deutsche Revue XVII, 2, S. 179 bis 180 und Rapp, S. 414.

[3]) Bezeichnend ist die Äußerung König Wilhelms gegenüber Suckow, der mit einem „Gottlob, Majestät" die Bemerkung quittiert hatte: nun ist der Herr v. Varnbüler entlassen: „Da Sie so aufrichtig sind, sage ich Ihnen, daß es mich auch sehr freut" (Suckow, S. 167). Vgl. auch den Brief Kiefers aus Mannheim vom 2. September 1870 in Deutsche Revue XVII, 2, S. 171, und den Elbens vom 25. September (ebendort S. 299).

Allerdings gehörte sein Nachfolger in der Stellung als Vorsitzender des Geheimen Rats und des Ministerrats, der Justizminister Hermann Mittnacht nicht zu den Männern, die etwa gleich Suckow dem Kriegsminister jederzeit zur Annäherung an den Norden bereit waren[1]). Auch ihn trieb nicht nationale Leidenschaft; „klarsten Verstandes, berechnend kalt von Gemüt, ein vorzüglicher Redner, wenigstens in Worten nie unwahr, ohne jeden Ehrgeiz Ideen zu haben und Prinzipien zu verfolgen, fleißig in der Arbeit, ohne Streben über Württemberg hinaus", wie ihn uns Schäffle schildert[2]), verließ ihn nie ein gewisses Mißtrauen gegen Preußen; es mag nicht richtig sein — Mittnacht selbst wehrt sich ausdrücklich dagegen —, daß er großdeutsch-ultramontane Neigungen besaß, aber unzweifelhaft[3]) hielt er das Interesse seines Vaterlandes, dem er mit voller Hingabe diente, in der Verbindung mit Österreich für besser gesichert. Doch hatte er sich jedenfalls in Worten nie so weit vorgewagt wie Varnbüler, und seine Taten bewiesen, daß er mit sich reden ließ. Hatte er doch in den Tagen der Luxemburger Krisis als einer der Wortführer der „liberalen", der Hof- und Regierungspartei, dem Beschluß vom 24. April 1867 zugestimmt, wonach

---

[1]) Über Mittnacht, den Verfasser der Rückblicke, vgl. Rapp, S. 55—56, Suckow-Busch, Rückschau, S. 4. Als Suckow am 6. August auf die Botschaft von Wörth hin vor seinen Fenstern Ovationen dargebracht wurden, äußerte anderen Tages Mittnacht in der Ministerbesprechung „spitzigen Tones": „Der Herr Kriegsminister hält, wie man hört, Volksreden zum Fenster hinaus mit Hochs auf Deutschland" (Suckow, S. 163).

[2]) I, S. 121—122.

[3]) Seine Äußerung zu Suckow auf der Reise nach Versailles: „Königgrätz ist ein Verbrechen gewesen ... Jetzt ists freilich klar, daß wir uns mit den Preußen zurecht finden müssen, und Österreich auseinandergeht mit Annexierung seiner deutschen Provinzen durch Preußen" (Suckow, S. 174).

der Süden sich dem Norden, und zwar auf der Grundlage der Verfassung des Norddeutschen Bundes anschließen solle: „in der inneren Verwaltung könne man selbstständig bleiben, man brauche auch nicht die ganze preußische Militärgesetzgebung, die hohe Truppenzahl usw. zu übernehmen; die für Württemberg wünschenswerten Modifikationen der Bundesverfassung seien durch Staatsverträge unter Vorbehalt ständischer Zustimmung festzustellen“[1]). Es war ein Beschluß, der, abgesehen von der Tendenz auf die Militärreform, die er enthielt, keine Folgen hatte, und Mittnacht war sicher einer der ersten, die ihn ausgelöscht wissen wollten, als die Krisis vorüber war; indessen zeigte er seine Bereitwilligkeit, sofern die Sachlage es gebot, dem Norden die Hand zur Verständigung zu reichen. Wenn ihm sein König, ohne ihm das Ministerium des Auswärtigen anzuvertrauen, das noch eine Weile frei blieb, sofort den Vorsitz im Ministerrat und Geheimen Rat übertrug[2]), dann hieß das also zum mindesten, daß fortan ein Mann mit reiner Vergangenheit die Geschicke Württembergs leiten sollte.

Einige Tage nach der Entlassung Varnbülers folgte Sedan, wo die württembergischen Truppen gleich den bayerischen die Probe auf ihre Leistungsfähigkeit bestanden. Es folgte die Stuttgarter Liederhallenversammlung, eine jener in den Hauptstädten zusammenberufenen großen Versammlungen, die um den 1. September herum in machtvollen Kundgebungen den Willen des Volkes zum Ausdruck brachten, Elsaß und Lothringen gegen jedermann festzuhalten; es ward eine Adresse

[1]) Vgl. Rapp, S. 227—228. Vgl. auch Mittnachts (von ihm selbst S. 15 Anm. aufgezeichnete) Äußerungen im Oktober 1866.

[2]) Wann das geschah, konnte ich leider nicht feststellen. Zu dem „sofort“ vgl. Mittnacht, S. 68.

an den König gerichtet, die daneben noch den Willen zur Einigung von Süd und Nord betonte. In der Antwort, die König Karl sofort erteilte, besitzen wir nun die erste ganz deutliche Manifestation der württembergischen Regierung, eine Manifestation, die aus den Ereignissen für Württemberg das erste Fazit zog: der König hoffe, daß ein baldiger Friede Deutschland eine dauernde Garantie nach außen und im Innern eine Gestaltung bringen werde, welche die nationale Zusammengehörigkeit aller wie die berechtigte Selbständigkeit der einzelnen Staaten in richtigem Verhältnis zur Geltung bringe. Hierzu werde der König als deutscher Fürst das Seinige beitragen. Ganz im Sinne dieses Versprechens hatte dann, vom 7. September ab, der Ministerrat zu beraten, unter welchen Voraussetzungen sich Württemberg dem Norden anschließen könne[1]); der Kriegsminister von Suckow, der am 12. ins Hauptquartier reiste, um König Wilhelm das Großkreuz des württembergischen Militärverdienstordens zu überreichen — gerade ihn hatte sein König mit dieser Mission betraut —, Suckow nahm dorthin den Auftrag seiner Ministerkollegen mit, Bismarck von ihrer Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über die deutsche Frage zu verständigen. Auch in Württemberg war man also jetzt entschlossen, an der Einigung Deutschlands mitzuarbeiten, auch von hier aus erhielt also die Welt davon Kunde, daß die Brücken über den Main nicht wieder abgebrochen werden sollten.

Leider bleibt dabei nur so manches ungewiß. Denn ungewiß bleibt, wie man sich zur Kaiserfrage stellte, und was die Motive zu diesem Vorgehen überhaupt waren. Verfolgte man auch hier Vergrößerungspläne,

---

[1]) Vgl. Mittnacht, Rückblicke, S. 80—81, wozu der Artikel im Staatsanzeiger vom 9. Oktober zu vergleichen (ebenda S. 106 bis 107); Brandenburg, Nr. 26, S. 21—22.

für die wenigstens Königin Olga eifrig agitierte[1]), und ging um deswillen so eifrig ins Zeug, oder gedachte man etwa jenes Wortes, das Bismarck am Sedantag dem württembergischen Thronfolger, dem Prinzen Wilhelm gegenüber fallen ließ: der heutige Tag sichert und befestigt die deutschen Fürsten und die konservativen Grundsätze[2]), und war entschlossen, diese Sachlage zu benutzen? Denn jetzt bot sich ja die Gelegenheit, sofern man von sich aus die deutsche Frage in Angriff nahm, den unbequemen Demokraten und Liberalen die Waffen aus der Hand zu schlagen. Oder spielte auch die Rücksicht oder etwa Eifersucht auf Bayern mit hinein? Wenn wir von besonders engen Beziehungen zwischen Stuttgart und München in diesen Tagen auch nichts wissen, so bestanden sie doch sonst, und gerade in bezug auf die deutsche Frage war man übereingekommen, nur nach vorheriger Verständigung vorzugehen[3]). Die bayerischen Pläne,

[1]) Vgl. Suckows Rückschau, Eintrag zum 19. August (S. 164), ferner S. 173; Mittnacht, Rückblicke, S. 82; Egelhaaf, Bismarck, S. 271 Anm. 4. Zu der ganzen Frage vgl. ferner Buschs Bemerkungen in Suckows Rückschau, S. 225—228. Übrigens war der interimistische Nachfolger Varnbülers in der Leitung des Ministeriums des Auswärtigen, der Staatsrat Graf Taube, ein Schwager Varnbülers, zugleich Obersthofmeister der Königin (Mittnacht, Rückblicke, S. 68 Anm. 1).

[2]) Vgl. des Grafen Fred Frankenberg Kriegstagebücher von 1866 und 1870—1871, hrsg. von H. v. Poschinger, 3. Aufl., Stuttgart und Leipzig 1897, S. 127. Ähnliche Äußerungen König Wilhelms bei dieser Gelegenheit bei Ludwig Hahn, Der Krieg Deutschlands gegen Frankreich, S. 483 (vgl. dazu L. Schneider II, S. 217)).

[3]) Bereits im März 1869 hatten Varnbüler und Hohenlohe in Nördlingen eine solche Abrede getroffen (vgl. Deutsche Revue, Jahrg. XXIX, Bd. 3, S. 276 — die Zusammenkunft fand im März nicht im Februar statt, wie dort zu lesen ist). Diese Abrede war dann, wie aus dem Briefe Freydorfs nach Berlin vom 10. Mai 1870 zu entnehmen ist (Deutsche Revue a. a. O., S. 277), zwischen den bayerischen Ministern und den württembergischen gelegentlich der Stutt-

mitgeteilt durch den Württembergischen Gesandten in München, den Freiherrn von Soden, oder den Bayrischen Gesandten in Stuttgart, den Freiherrn von Gasser, konnten sehr wohl zu dem württembergischen Vorgehen den Anlaß bilden; denn eine Mitteilung vertrugen sie[1]); und daß das Maß des Entgegenkommens gegen den Norden ein verschiedenes war, verschlägt um so weniger, als das Maß in Bayern am 7. so viel wir wissen noch gar nicht bestimmt war, und als was die württembergischen Minister darüber festsetzten, nur das äußerste zu sein brauchte, zu dem man sich verstehen wollte. Die Verhandlungen, zu denen sich ja beide erboten, konnten noch ganz andere Ergebnisse erzielen. So bleiben Fragen über Fragen noch ungelöst. Wir müssen uns damit begnügen zu bemerken, daß sich gleich Baden und Bayern auch Württemberg einer Verpflichtung gegenüber dem ganzen Deutschland bewußt ward.

So war also das Ziel, die dauernde Einigung der Verbündeten um den 10. September herum überall gesteckt; in Nord und Süd gab es niemanden mehr, der sich nicht zu ihm bekannte. Denn ein jeder fühlte sich gefährdet: nur die Einigung bot die Gewähr, daß man das erreichte, was man wollte, daß Deutschland, daß dem einzelnen Staat der Lohn für seine Anstrengungen wurde.

---

garter Besprechungen vom 19. bis 20. April 1870 erneuert worden. Vgl. auch die indirekte Bestätigung bei Mittnacht, Rückblicke, S. 82, der Suckows Auffassung (Rückschau, S. 168), die Verhandlungen mit Preußen müßten von Bayern und Württemberg getrennt geführt werden, als eine rein persönliche feststellt. Übrigens kennen wir den Brayschen Gedanken an ein preußisches Kaisertum nur aus seiner Mitteilung an den württembergischen Gesandten in München (vgl. oben S. 132).

[1]) Es sei dazu bemerkt, daß mit Varnbüler der entschiedenste Gegner des Südbundes im württembergischen Ministerium gefallen war. Wie Mittnacht etwa zu dem Gedanken an einen Staatenverein stand, wissen wir nicht, soweit ich sehe.

Aber auch nur das Ziel war gesteckt. In allem übrigen bestanden noch die größten Differenzen. Denn weder herrschte in der elsaß-lothringischen Frage eine einhellige Überzeugung — die einen wollten die Aufteilung, die andern die Zuweisung an die Gesamtheit —, noch verbanden sich mit diesem Ziel die gleichen Vorstellungen. Wieweit gingen, um von Preußen ganz abzusehen, die Ansichten Badens und Bayerns von der Zukunft Deutschlands auseinander! Hier das Bestreben, den Zustand wie er war, so weit möglich zu erhalten und nur durch einige Institutionen mehr, vor allem das Kaisertum, die Zusammengehörigkeit zum Ausdruck zu bringen. Dort die Bereitwilligkeit, die Verfassung des Norddeutschen Bundes hinzunehmen und sie auf ganz Süddeutschland zu übertragen; den Königen von Bayern und Württemberg sollten nur einige Ehrenrechte bleiben! Hier dachte man nur an Vereinbarungen von Regierung zu Regierung; sie hatten zu bestimmen, wie die Verfassung aussehen sollte; wenn die Landtage hernach um ihre Zustimmung gebeten wurden, sollte das mehr geschehen, um dem Werk eine größere Dauerhaftigkeit zu sichern, als um daran Abänderungen von Bedeutung vornehmen zu lassen. Dort war die Mitwirkung des Volkes in weitestem Umfange vorgesehen: denn die Staatsverträge, die zwischen dem Süden und Norden abzuschließen waren, sollten nur den Eintritt der Südstaaten in den Norddeutschen Bund regeln, die eigentliche Verfassungsarbeit blieb einem von ganz Deutschland beschickten Parlamente vorbehalten; Baden war bereit, was hier beschlossen wurde, sich gefallen zu lassen, selbst wenn an der norddeutschen Bundesverfassung wesentliche Änderungen getroffen würden. Württemberg nahm zwischen den beiden die vermittelnde Stellung ein. Denn lehnte es einerseits die Verfassung des Norddeutschen Bundes nicht prinzipiell ab, so dachte es sich doch, soweit

wir ſehen können, den Weg der Einigung ganz ähnlich wie Bayern: die Modifikationen, die es an der Verfaſſung des Nordbundes wünſchte, ſollten eben die Regierungen feſtſetzen; die Staatsverträge, wie ſie ihm vorſchwebten, hatten einen im Vergleich mit den badiſchen Plänen weit bedeutſameren Inhalt. Bei ſo divergierenden Anſchauungen war es gewiß, daß das Ziel noch nicht ſo bald zu erreichen war. Ja man darf ſich füglich fragen, ob es, ſo wie die Dinge lagen, überhaupt zu erreichen war. Denn wer ſollte wohl nachgeben? Überzeugung ſtand gegen Überzeugung. Indeſſen hatte ein jeder zunächſt den redlichen Willen, zu einer Verſtändigung zu gelangen. — Wir haben die Schritte zu verfolgen, die dazu unternommen wurden.

Bismarck trug ſich noch mit dem Plan einer Fürſtenzuſammenkunft auf franzöſiſchem Boden. Bei dem Ausbleiben von zuſtimmenden Äußerungen aus dem Lager der ſüddeutſchen Fürſten augenſcheinlich in Verlegenheit über das, was Frankreich und Europa raſch die deutſche Einigkeit zum Bewußtſein bringen konnte, hatte er, vielleicht auf das Drängen des Kronprinzen hin[1]), ſich dem Gedanken an die Berufung des Zollparlaments nach Frankreich genähert. Unterm 5. September rief den eben aus Dresden zurückgekehrten Rudolph Delbrück ein Telegramm ins Hauptquartier, damit er dort mit Bismarck über einen „ſchicklichen geſchäftlichen Anlaß" zu ſeiner Berufung berate; aber ein ſolcher fand ſich nicht, Delbrück riet dringend ab[2]): denn dieſe Berufung werde überall verſtimmen, außerdem ſei ſicher, daß die Mehrzahl der bayeriſchen und manche württembergiſche Abgeordnete gegen einen Beſchluß auf Einigung des Südens

[1]) Aus Delbrück II, S. 412 geht hervor, daß ein Druck auf die ſüddeutſchen Fürſten damit beabſichtigt war — ſicher nicht von Bismarck!

[2]) Vgl. Delbrück II, S. 410—412; Brandenburg, Nr. 25, S. 21.

und Nordens stimmen würden, und zwar nicht bloß solche, welche die Sache nicht wollten, sondern auch solche, die einen Druck auf ihren König nicht ausüben mochten.

In dieser peinlichen Lage traf einmal die badische Denkschrift bei Bismarck ein[1]); er beantwortete sie sofort; aber sie war nicht das, was er brauchte; wie Baden zum Norden stand, war der Welt bekannt. Doch auch das andere kam, eine Bitte Brays, Delbrück nach München zu senden, um dort über den „Übergang von dem Boden völkerrechtlicher Verträge zu einem Verfassungsbündnis"[2]) zu beraten. Es war nicht ganz das Erwartete, denn Bismarck wünschte zwecks rascheren Abschlusses die Fürsten zusammen, er hatte also recht, von einer Durchkreuzung seiner Pläne zu sprechen[3]). Immerhin ließ sich auch damit etwas anfangen; schon Delbrücks Sendung nach München mußte zu denken geben. Er zögerte darum nicht einen Augenblick, sich auch darauf einzulassen.

Als das Gesuch Brays am 12. September[4]) in Rheims eintraf, war Delbrück, der seit dem 10. hier weilte, auf Befehl Bismarcks bereits mit einer Denk-

[1]) Wie das Auswärtige Amt in Berlin Bernhard Weicker mitteilte (dessen Schrift: Vom Staatenbund zum Bundesstaat, 2. Teil, S. 39), am 11. September.

[2]) So die Worte in Delbrücks Erinnerungen (S. 413). Ob sie uns den Wortlaut vermitteln?

[3]) Zu Suckow, 17. September (Suckow, S. 167).

[4]) Dieser Tag ist von Delbrück selbst angegeben. Er bemerkt (S. 413), daß die Bitte zwei Tage nach seiner Ankunft in Rheims erfolgte, hier war er aber, nach S. 411, am 10. eingetroffen. Im übrigen steht fest (s. Friesen III, S. 136), daß ein gleichlautendes Telegramm der bayerischen Regierung in Berlin an demselben 12. September einlief. — Daß Bray an diesem Tage nach Versailles und Berlin telegraphierte, mag die Folge eines Besuches des Grafen Könneritz, des sächsischen Gesandten, gewesen sein, der ihm an diesem Tage das Friesensche Schreiben vom 10. September vorlas (Friesen III, S. 135).

schrift über die künftige Gestaltung Deutschlands beschäftigt; denn schon tags zuvor hatte die Meldung von Beratungen der bayerischen Minister über die Einigung Deutschlands das Hauptquartier erreicht, die zu Vorbereitungen auf preußischer Seite aufforderte[1]). Danach erhielt er sofort den Auftrag, als Grundlage für die Münchener Verhandlungen diese Denkschrift schleunigst zu vollenden.

Zwar sollte er, so erzählt er selbst[2]), in München nur die daselbst vorbereiteten Vorschläge anhören und aus seiner Kenntnis der Verhältnisse heraus besprechen. „Ich mußte aber, wenn die Besprechung einen Erfolg haben sollte, der Zustimmung des Grafen Bismarck und des Königs zu den Gesichtspunkten sicher sein, die ich bei jeder auftauchenden Frage zu verfolgen hatte. Meine Arbeit erfreute sich der günstigsten äußeren Umstände. Ich wohnte etwas abseits der Straße in einem wohlgepflegten Garten, kein Laut drang an mein Ohr, und von meinem Schreibtisch aus erblickte ich, wie auf den Gipfeln der Bäume thronend, die Statuenreihe, mit deren spitzbogigen Nischen die Fassade der Kathedrale abschließt, darüber die beiden unvollendeten Türme. Angesichts der Krönungskirche des alten Frankreich schrieb ich den Plan für die Neugestaltung Deutschlands. .. Die Denkschrift enthielt im ganzen ein Bild dessen, was durch die Versailler Verträge geworden ist. Denn im Verkehr mit den süddeutschen Bevollmächtigten zum Zollbundesrat und zum Zollparlament hatte ich gelernt, welche Bestimmungen der Bundesverfassung in Süddeutschland als unannehmbar oder einer Änderung bedürftig angesehen wurden, und ich nahm auf diese Ansichten insoweit Rücksicht, als ihre Berechtigung anzuerkennen war. An Dinge, die aus dem Verlauf der

[1]) Siehe oben S. 132, Anm. 2.

[2]) S. 413—414.

späteren Verhandlungen entstanden wie den totgeborenen Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, hatte ich natürlich nicht denken, und ebensowenig hatte ich es unternehmen können, die Stellung des bayerischen und württembergischen Kontingents in ihren Einzelheiten vorzuzeichnen. Der Schluß der Denkschrift gab dem alle Geister erfüllenden Gedanken zum ersten Male einen offiziellen Ausdruck: ich begründete die unabweisbare Notwendigkeit für den König, sich zur Annahme der Kaiserwürde zu entschließen."

Soweit Rudolph Delbrück, dessen Bericht wir bisher allein die Kenntnis von dieser Denkschrift verdanken, denn die Denkschrift selbst blieb uns noch unbekannt[1]). Delbrück bemerkt, daß er nie ein Konzept davon besaß, sonst hätte er es mitgeteilt. Unzweifelhaft bezeichnete diese Denkschrift den einzig möglichen Weg; wenn man rasch zum Ziele kommen wollte, dann mußte die Verfassung des Norddeutschen Bundes den Ausgangspunkt bilden, und rasch zum Ziel zu gelangen, das war für das Hauptquartier im Augenblick die Hauptsache; und im übrigen war es dem Baumeister des Norddeutschen Bundes nicht zu verdenken, daß er sein Werk, das sich bewährt hatte, erhalten wollte. Auf nichts anderes also als darauf sollte sich Delbrück in München einlassen. Nachdem Bismarck und am 15. September auch König Wilhelm dazu ihre Zustimmung gegeben hatten — nur in bezug auf die Kaiserfrage, die ihm hier zum ersten Male offiziell entgegentrat[2]), lehnte der König zunächst die Antwort ab —, konnte sich Delbrück auf den Weg nach

[1]) Sie wird noch heute im Auswärtigen Amte sekretiert, da, wie mir auf eine Eingabe zwecks Einsichtnahme unterm 8. April 1911 mitgeteilt wurde, „das historische Interesse an der Publikation noch zu stark mit politischen Fragen der Gegenwart verknüpft werden würde."

[2]) Das wird von Delbrück, S. 415 ausdrücklich betont.

München machen, zu dem er jedoch nicht die direkte Straße, sondern den Umweg über Berlin einschlug[1]).

In München war man unterdessen im Sinne der Audienz Brays vom 2. September eifrig tätig gewesen. Blicken wir noch einmal zurück auf den Ministerrat vom 9. September, so werden wir mit der Annahme nicht irre gehen, daß hier kaum mehr als der Beschluß zustande kam, Bray, der am unmittelbarsten interessierte Minister, solle zuvörderst einmal seine Gedanken über die Verbindung mit dem Norden zu Papier bringen. Denn wie wir wissen, herrschte noch 14 Tage später, als die Verhandlungen mit Delbrück begannen, unter den Ministern über das Was und Wie nicht im entferntesten Einigkeit[2]). Die Denkschrift, die Bray am 12. September entwarf, war also nichts weiter als die Grundlage für fortgesetzte Beratungen, eine Grundlage, von der man ebensogut abgehen, wie man auf ihr weiterbauen konnte[3]). Allerdings blieb man augenscheinlich bei ihr stehen. Jedenfalls ist uns, obwohl die Zeitungen von wiederholten Beratungen zu melden wissen[4]), von einem andern Programm für die Besprechung mit Delbrück nichts bekannt[5]). Die Herausgeber der Brayschen

[1]) In Berlin sollte er sich wohl, wie man aus der Allgemeinen Zeitung, S. 4213 erschließen könnte, in Konferenzen mit den Ministern noch weitere Informationen holen. Bray hatte um seine Rückreise aus Frankreich über München gebeten!

[2]) Vgl. Delbrück II, S. 415—416, vgl. auch das Schreiben Laskers an Delbrück vom 24. September über seine Münchener Eindrücke.

[3]) Die Überschrift, die Brandenburg, Nr. 32, S. 29 der Brayschen Denkschrift gab (Denkschrift der .... Minister, September 12), führt in die Irre. Übrigens ist wohl möglich, daß der Besuch des Grafen Könneritz am 12. den Anstoß zur Beschleunigung gab.

[4]) Vgl. Allgemeine Zeitung, Nr. 262, S. 4161 (19. September).

[5]) Eine Andeutung von einem solchen finden wir, worauf hier hingedeutet sein mag, in der Allgemeinen Zeitung, S. 4176 unter dem Datum München, den 18. September: Danach sollten Ministerial-

Papiere berichten ausdrücklich, daß dieser Brayſche Entwurf ſchließlich von den andern Miniſtern genehmigt und als „Antrag der Miniſter" dem König unterbreitet wurde[1]); und im übrigen entſpricht ihm, was wir von der Verhandlungsgrundlage der Bayern bei den Münchener Beſprechungen erfahren.

Nach dieſer Denkſchrift war man nun auch jetzt noch im bayeriſchen Miniſterium feſt entſchloſſen, den Eintritt Bayerns in den Norddeutſchen Bund kategoriſch abzulehnen: „die Ablehnung des Eintritts von Bayern in den Norddeutſchen Bund iſt auch jetzt noch die einzig richtige Politik, da es in der Tat mehr als auffallend

aſſeſſor Gombart und Oberregierungsrat Riedel beauftragt worden ſein, nach den im Miniſterrat feſtgeſtellten Prinzipien einen Verfaſſungsentwurf auszuarbeiten. Dieſer ſolle dann neuerdings im Miniſterrate beraten, dem König zur Genehmigung vorgelegt werden und als Baſis für die mit dem Norddeutſchen Bunde zu eröffnenden Verhandlungen dienen. — Allerdings leugnete Oberregierungsrat Riedel in einer Zuſchrift an die Augsburger Abendzeitung dieſen Auftrag ab (ſ. S. 4204). Seine Beweisführung in bezug auf Gombart iſt jedoch nicht gerade zwingend. — Um den 12. September herum fragte Bray ferner (nach Völderndorff, Vom Reichskanzler Fürſt Hohenlohe, S. 52—53) bei dem Miniſterialrat Völderndorff nach deſſen Entwurf zu dem ſüddeutſchen Staatenverein (er war in der Nr. 85 der Allgemeinen Zeitung vom 16. März 1870, S. 1305 bis 1306 gedruckt worden; jetzt abgedruckt bei Brandenburg, Nr. 1, S. 1 bis 2); dieſen Entwurf fand Völderndorff nicht mehr paſſend; er arbeitete darum nach dem Auftrag Brays die in der Allgemeinen Zeitung vom 17. September 1870 (Nr. 260, S. 4125—4127, bei Brandenburg Nr. 38, S. 33—36) veröffentlichte Skizze aus, die das Datum vom 15. trägt; aber wenn auch dieſe Skizze in einzelnen Punkten berückſichtigt worden ſein mag (ſ. Küntzel, S. 65 Anm. 3), ſo ſtellte ſie doch gewiß nicht das Programm der Miniſter dar. — Im übrigen ſind natürlich in dieſen Tagen die Zeitungen voll von Anregungen und Entwürfen.

[1]) Das könnte am 15. September geſchehen ſein, an welchem Tage nach der Allgemeinen Zeitung, S. 4144 der König mit Bray und Prandh konferierte; richtiger iſt jedoch wohl eine ſpätere ſchriftliche Beantragung anzunehmen.

wäre, wenn der Lohn Bayerns für seine Vertragstreue, für seine wertvolle moralische und materielle Hilfe in nichts anderm bestünde als in dem Beitritt zu einem von ihm früher mit Recht zurückgewiesenen Bunde". War man trotzdem geneigt von dem Boden völkerrechtlicher Verträge auf den eines Verfassungsbündnisses überzutreten, dann blieben zwei Möglichkeiten. Entweder der Norddeutsche Bund löste sich auf und alle deutschen Staaten mit Ausnahme von Österreich schlossen einen neuen deutschen Bund. Das war das, was man am liebsten gesehen hätte. Preußen hätte damit gezeigt, daß es seine Sonderinteressen hinter denen des übrigen Deutschland zurückzustellen bereit sei; Süddeutschland hätte das Gefühl größerer Freiheit erhalten. Die andere Möglichkeit war, daß Bayern zu dem Norddeutschen Bunde so wie er war in ein näheres Verhältnis trat. Auch an diese Möglichkeit dachte man; in der Denkschrift wird von dem organischen Anschluß gesprochen, den Bayern dann anstreben müsse; aber diese Möglichkeit erscheint nur angedeutet: man wollte an sie nicht denken. Denn — und das gibt nun für die Würdigung der Denkschrift den rechten Gesichtspunkt — man sah nicht ein, wozu Eile nötig sei: „da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß jede zwischen Preußen und Bayern in bezug auf die künftige Gestaltung Deutschlands angeknüpfte Unterhandlung in kürzester Zeit bekannt und in der Presse erwähnt werden wird, ist schon auf diesem Wege dafür gesorgt, daß der in der erregten öffentlichen Meinung sich kundgebenden Ungeduld in billigem Maße entsprochen und Beruhigung herbeigeführt werde. Dem Drängen der Heißsporne, durch Überstürzung zu genügen, kann weder Pflicht noch Absicht der Regierung sein." Also das war der Leitgedanke für den Verfasser: für ihn gab es nur ein nationales Drängen nach der Einheit, er erklärte dem nachzugeben an anderer Stelle

für ein Gebot der politischen Klugheit; die Nötigungen der großen Politik gab es für ihn nicht, vor denen verschloß er sich die Augen: denn solche waren ja für Bayern, das weder von dieser noch von jener Seite etwas zu befürchten hatte, in der Tat nur dann vorhanden, wenn es auf ein Stück des Elsaß spekulierte, und das hielt gerade Bray für eine Torheit. Bei solchem Standpunkt war allerdings Eile nicht nötig[1]). Wenn aber die Ausgestaltung Deutschlands keine Eile erforderte, dann brauchte auch die organische Verbindung Bayerns mit dem Norddeutschen Bunde nicht ernsthaft ins Auge gefaßt zu werden.

So richtete sich der Verfasser also zunächst nur auf die Gründung eines neuen Deutschen Bundes ein, er erwog nur, was Bayern in diesem Fall für Zugeständnisse machen könne, und er erwog weiter, welche Rechte sich die Krone und der Staat Bayern vorbehalten müsse.

Als Zugeständnis erscheint eine allgemeine deutsche Volksvertretung, ein deutsches Parlament mit genauer Kompetenzbegrenzung, und ferner eine nach gleichen Grundsätzen organisierte, im Kriege als einheitliches Ganzes sich darstellende und wirkende deutsche Heeresmacht. Blicken wir auf das, was bereits in Deutschland für Nord und Süd gemeinsam bestand, so ist deutlich, daß Bray ihm jetzt den Charakter der Dauer, der Unverbrüchlichkeit geben wollte, den es bisher nicht hatte; aus kündbaren Verträgen sollte ein unkündbares Verfassungsverhältnis werden; ein Ansturm gegen die Heeresverfassung, wie ihn das Frühjahr 1870 erlebt

[1]) Übrigens nahmen auch andere Bayern diesen Standpunkt ein. So wies Marquard Barth in einem Schreiben an Hölder in Stuttgart vom 18. August dessen Bemerkung zurück, daß die Zurückweisung der fremden Mächte und die elsässische Frage die im Augenblick wichtigsten Anliegen der Nation seien (Deutsche Revue XVII, 2, S. 56).

hatte, eine Erſchütterung der Autorität der Krone war danach ausgeſchloſſen. Zum Verſtändnis der Poſition des Verfaſſers wichtiger iſt, was er ſeinem Staate für Rechte vorbehalten wiſſen wollte. Solcher Rechte nennt er mannigfache und hochbedeutſame: das Recht der Vertretung nach außen mit Einſchluß des Rechtes, Verträge zu ſchließen, ſoweit ſolche dem Zwecke und den Intereſſen des Bundes nicht widerſprechen, 2. die militäriſche Oberherrlichkeit im Frieden über die, einen für ſich abgeſchloſſenen Körper bildende Armee; 3. eigene Geſetzgebung, Verwaltung und Finanzen, inſoweit ſolche nicht durch ſpezielle Beſtimmungen des Bundesvertrages der Kompetenz des Bundes unterliegen; 4. die ſelbſtändige Leitung des Poſt-, Eiſenbahn- und Telegraphenweſens. Bei dieſen Beſtimmungen kam gewiß alles auf die Interpretation an. Auch Sachſen hatte ſich im Norddeutſchen Bunde eine Menge von Rechten gewahrt. Der neue Deutſche Bund ſollte zudem nicht ganz ſo ſtraff die einzelnen Bundesglieder zuſammenfaſſen wie der Bund des Nordens. Aber gleichwohl bleibt der Eindruck beſtehen, daß das Königreich Bayern ſelbſt für den ihm erwünſchteſten Fall der Regelung der deutſchen Frage dem geſamten übrigen Deutſchland nur das geringſte Maß von Zugeſtändniſſen zu machen bereit war; was von Wert war, Diplomatie, Militär, Geſetzgebung und Juſtiz, alles behielt es ſich vor. Kein Gedanke daran, das Staatsſchiff nach dem nationalen Winde umzuwerfen, der im übrigen Deutſchland wehte. Was man wollte, war allein, ihm fürderhin etwas mehr Rechnung zu tragen, auf daß es nicht umſchlage.

Mit der Einladung Delbrücks nach München verfolgten die Bayern vor allem den Zweck, über die Abſichten Preußens in bezug auf die Zukunft Deutſchlands Authentiſches zu hören, wobei ſie die Hoffnung hegen mochten, daß Delbrück mit Vorſchlägen kommen werde,

zu denen sie sich zustimmend oder ablehnend verhalten könnten; die Verantwortung war ihnen in diesem Falle abgenommen. Da war nun das Erste von Bedeutung, daß sich diese Hoffnung sofort als irrig erwies; Delbrück ließ sich zu Vorschlägen nicht bereit finden; in Bewährung des Bismarckschen Grundsatzes in seiner deutschen Politik gab er sogleich beim Beginn der Beratungen, am 22. September, die Erklärung ab, daß er dazu nicht beauftragt sei, sondern im Gegenteil den Propositionen der bayerischen Regierung entgegensehe.[1]) Vor allen Beratungen war dann die Vorfrage zu erledigen, ob Preußen am Norddeutschen Bunde festhalten wolle oder nicht. Auch in diesem Punkte sahen sich die bayerischen Minister sofort enttäuscht: Preußen — so bemerkte Delbrück — habe noch keinen Grund gefunden, die Frage einer näheren Erwägung zu unterwerfen, ob mit der Gründung eines allgemeinen deutschen Bundes eine Änderung des zwischen den Staaten des Norddeutschen Bundes bestehenden Verfassungsverhältnisses zu verbinden sei, und daß er daher eine solche Änderung nicht vorauszusetzen habe. Es war das Zweite von Bedeutung: die bayerischerseits vorgesehene Grundlage für die Besprechungen war damit sofort beseitigt. Unter solchen Umständen hätten die Münchener Besprechungen für die Einigungsverhandlungen nicht allzuviel Wert gehabt; denn zu dem weiteren Bunde, der danach allein von den bayerischen Ministern ins Auge gefaßt werden durfte, ist es bekanntlich nicht gekommen. Da traf es sich nun günstig, daß sich zu den beiden Parteien eine dritte gesellt hatte, die eine gewisse Beachtung

[1]) Nach den bei Bray, S. 140—145 mitgeteilten Auszügen aus dem amtlichen Protokoll (bei Brandenburg Nr. 47, S. 46—55). Dazu kommen als Ergänzung in Betracht die Aufzeichnungen Mittnachts (Rückblicke, S. 89—100). Delbrück II, S. 415—418 gibt im wesentlichen nur das Resultat der Besprechungen an.

erheischte; auf ihren Einfluß wird es zurückzuführen sein, daß die Besprechungen eine Wendung nahmen, die ihnen eine Stellung in der Geschichte der deutschen Einigung sichert.[1])

Wie wir wissen, waren Württemberg und Bayern übereingekommen, in bezug auf die deutsche Frage nur gemeinsam vorzugehen. Gleichwohl hatte es Graf Bray nicht für nötig befunden, einen württembergischen Minister zu der Münchener Besprechung einzuladen. Die Gründe kennen wir nicht, wir könnten sie nur dann mit Sicherheit feststellen, wenn wir über den Stuttgarter Hof zu dieser Zeit mehr wüßten; vielleicht war Brays Gedanke auch nur, daß zu einer Besprechung, die wie diese nur den Charakter einer Vorbesprechung tragen sollte, ohne Verpflichtungen für die Parteien, ein fremder Minister nicht notwendig hinzugezogen zu werden brauchte. Indessen nahm Württemberg an der Einladung Delbrücks das regste Interesse: wenn wir später hören, daß es bereit war, seine Forderungen ganz nach denen Bayerns einzurichten, dann drängt sich die Vermutung auf, daß es sich zu dem gleichen Zweck jetzt über die bayerischen Absichten zu orientieren gedachte. Das württembergische Ministerium legte also in München den Gedanken der Zuziehung eines württembergischen Ministers nahe[2]); als man sich in München darauf einließ — ein Beweis dafür, daß man hier gegenüber Stuttgart kein schlechtes Gewissen hatte —, erschien Mittnacht in München.

---

[1]) Vgl. dazu Marquardsens Bericht an Lasker, datiert München, 25. September 1870; vgl. auch Laskers Bericht an Forckenbeck und Bennigsen vom 6. Oktober nach einer Unterredung mit Delbrück. Mittnacht selbst weist das Hauptverdienst an dem Verlauf der Münchener Besprechungen allerdings Delbrück und seiner Taktik zu (Rückblicke, S. 103).

[2]) Vgl. Mittnacht, Rückblicke, S. 84—85.

Nun hatte sich der württembergische Ministerrat bereits prinzipiell zu der Annahme der Verfassung des Norddeutschen Bundes bereit erklärt; Suckow hatte im Hauptquartier davon gesprochen. In Ermangelung einer anderen Grundlage hatte daher der Vorschlag für alle Parteien etwas Verlockendes, auch den Münchener Besprechungen diese Verfassung zum Leitfaden zu geben; war sie doch auch dem Zwecke, den die bayerischen Minister verfolgten, nur dienlich; denn auch bei solcher Einrichtung der Besprechung ließ sich erkennen, ob und wieweit sich die speziellen bayerischen Wünsche durchsetzen ließen. So trat denn Mittnacht mit diesem Vorschlag hervor. Nachdem Bray dazu die Zustimmung seines Königs eingeholt hatte[1]), gingen also die bayerischen Minister vom 24. September ab die einzelnen Artikel dieser bisher immer verpönten Verfassung mit Delbrück und Mittnacht durch, wobei Delbrück bemerkte, ob die bayerischen Wünsche vom Standpunkt des Norddeutschen Bundes aus erfüllbar seien, und wobei Mittnacht ohne sich und seine Kollegen damit festzulegen, die württembergischen Wünsche äußerte; es waren wohl die, die im Ministerrat vom 7. bis 10. September vereinbart waren.

Ich gehe auf diese Münchener Besprechungen, die bis zum 27. September währten, nicht genauer ein; nur folgendes sei hervorgehoben.

Die Bayern machten Zugeständnisse nur soweit wirtschaftliche oder Verkehrsinteressen in der Verfassung des Nordbundes berührt wurden. Aber auch hier gaben sie nicht alles zu. Die Bundeskompetenz über den Gewerbebetrieb bestritten sie ebenso energisch wie sie

[1]) Vgl. den Brief Marquardsens vom 25. September und Allgemeine Zeitung, S. 4236 u. 4253. Er fuhr nach Berg mit dem Minister des Innern v. Braun, der, wie aus dem Briefe Marquardsens hervorgeht, am leichtesten auf die neue Position eingegangen war.

Delbrück behauptete; sie verlangten auch fernerhin Aufstellung eigener Konsuln im Auslande, „namentlich im Hinblick auf die Orte, an welchen lediglich die bayerische Industrie ein Interesse an Aufstellung eines Konsuls haben werde", und Empfang ausländischer Konsuln in Bayern; sie lehnten die Ausdehnung der Bundesgesetzgebung über Besteuerung von Bier und Branntwein auf Bayern ab, und sie forderten Selbständigkeit von Post und Telegraphie und Selbständigkeit des Eisenbahnwesens in einem Umfange, der sich mit den Bestimmungen der norddeutschen Bundesverfassung nicht vertrug. Andererseits beanspruchten sie in Übereinstimmung mit der Denkschrift vom 12. September in dem neuen Deutschland die erheblichsten Rechte, Rechte, die den Charakter eines einheitlichen Staates vielleicht nicht vernichteten, wohl aber Bayern die Möglichkeit gaben, überall seinen Einfluß geltend zu machen: es war der Dualismus, ein anderer, wie ihn sich der König gedacht hatte, aber doch ein Dualismus der Kräfte, den sie in Deutschland damit aufrichten wollten. Demgemäß sollte Bayern statt sechs acht Stimmen im Bundesrat erhalten, doppelt soviel als jedes andere Königreich, demgemäß ständig zur Vertretung Preußens im Bundesrat berechtigt sein; dauernd sollte ihm ein Sitz in den Ausschüssen für Landheer und Festungen, für Zölle und Steuern, für Handel und Verkehr eingeräumt werden. Bei Kriegserklärungen wollte es ebenso mitwirken wie bei dem Abschluß des Friedens. Das Bundespräsidium sollte nicht allein den ganzen Bund zu vertreten haben: „in der Erwägung, daß eines der wesentlichsten Kriterien der Selbständigkeit eines Staates in dem Rechte der gesandschaftlichen Vertretung liege, in dem Übergang dieses Rechtes an eine andere Macht also auch die folgenschwerste Beeinträchtigung dieser Selbständigkeit der einzelnen Staaten liege", sollte es im wesentlichen bei

dem dermaligen Zustande verbleiben, „wonach jede einzelne deutsche Regierung ihrerseits für ihre diplomatische Vertretung zu sorgen habe, und zwar nicht allein in denjenigen Angelegenheiten, die den betreffenden Staat allein angehen, sondern auch in denjenigen Angelegenheiten, welche den im Bunde begriffenen Staaten gemeinschaftlich seien." Das nannten die Bayern Zugeständnisse an die Nation; soweit wollten sie auf den Boden der Norddeutschen Bundesverfassung treten.

Aber es gab auch Kapitel, in bezug auf die sie sich von vornherein von allen übrigen Deutschen absonderten. Ein Kapitel derart war die Marine: da sie für Bayern keinen Wert habe, sollte Bayern weder an ihren Kosten, noch an ihrer Einrichtung teilnehmen. Ebensowenig wollte man von einer Einheit in der Justizgesetzgebung wissen: im Handels- und Wechselrecht war sie durch den Zollverein vorbereitet, in allem übrigen aber wollte man die Selbständigkeit Bayerns gewahrt sehen. Auch die Artikel 76 und 77 der Verfassung, die den Fall von Streitigkeiten über die Verfassung des Einzelstaats und den der Justizverweigerung behandeln, lehnte man ab: denn der Bundesrat sollte nicht die entscheidende Instanz über Bayern darstellen. Ja so sehr fühlte man sich als eine Individualität für sich, daß man im Artikel 78 dem übrigen Deutschland den Weg zu einer Änderung in dem Verhältnis zu Bayern zu verbauen bestrebt war und sich ein Veto in allen den Vertrag mit Bayern berührenden Verfassungsänderungen ausbedang.

Fassen wir das Ergebnis der Besprechungen, soweit Bayern in Betracht kommt, kurz zusammen, so wird sich danach nicht leugnen lassen, was Friesen nach Einsicht in die Protokolle seinem Herrn am 31. Oktober als seinen Eindruck mitteilte, daß die bayerischen Minister „ohne die geringste Rücksichtnahme auf die großen

nationalen und politischen, allen deutschen Staaten gemeinschaftlichen Interessen von einem ganz einseitigen, spezifisch bayerischen Standpunkt ausgegangen waren, auf dem sie nur die eigenen Interessen im Auge behalten hatten."[1]) Einen Teil der Schuld daran trägt wohl die Verschiebung der Grundlage der Besprechung; wer wie die bayerischen Minister die ganze Sachlage bisher nur vom einseitig bayerischen Standpunkt aus gewürdigt, wer immer nur an einen neuen deutschen Bund gedacht hatte, um dessentwillen sich der Nordbund auflösen müsse, und nicht an den Eintritt in diesen, der konnte nicht sofort die eigenen Wünsche in Übereinstimmung mit denen aller anderen bringen[2]); Friesen, der daran den lebhaftesten Anstoß nahm, hatte, da er eine Denkschrift über eventuelle Abänderungen der Bundesverfassung zu Papier brachte, darauf sehr viel mehr Muße verwenden können.[3]) Doch darf man darin auch die Erklärung für manche Ungeheuerlichkeiten der bayerischen Wünsche erblicken, so bleibt doch soviel gewiß, daß Bayern auch bei dem Beitritt zu dem Norddeutschen Bund die Position, die es einmal genommen hatte, möglichst beibehalten wollte; auch dann sollte in keinem wesentlichen Belang die Selbständigkeit Bayerns erschüttert werden. Bayern fühlte sich als Macht; so konnte es seine Bedingungen stellen.

---

[1]) Friesen III, S. 160; Brandenburg, Heft II, Nr. 109, S. 24.

[2]) Darum solche Ungeheuerlichkeiten wie die Vertretung der Bundesangelegenheiten im Ausland durch die diplomatischen Agenten der Einzelstaaten, die neben Preußen vielleicht noch für Bayern denkbar war, aber gewiß nicht für alle anderen Staaten. Ob man auf die Fassung des Protokolls übrigens sehr viel Gewicht, bayerischerseits, legte?

[3]) Im übrigen muß immer wieder betont werden, daß die Besprechungen nicht als bindende Verhandlungen betrachtet wurden! Das Protokoll gibt also nur die Position des Augenblicks an.

Zu dieser Haltung trug unzweifelhaft bei, was die bayerischen Minister auf der Gegenseite bemerkten. Denn auch hier blieb man ja bei dem stehen, was man einmal besaß und machte keine Konzessionen von Bedeutung. Delbrück hatte allerdings eine gebundene Marschroute: schon das konnte verletzen; aber es kam noch dazu, daß Delbrück mehr als Geschäftsmann denn als Staatsmann verfuhr, und das in einer Angelegenheit, wo es sich, wie sich sofort zeigte, um hochpolitische Dinge handelte. War das nötig?[1])

Über das Ergebnis der Verhandlungen ist gestritten worden.[2]) Wir brauchen uns in diesen Streit nicht hineinzubegeben. Denn das ist gewiß klar: einen Fortschritt in der Einigung Deutschlands stellten diese Besprechungen nicht dar. Man trennte sich, wie man gekommen war. Das Protokoll fixierte keine bindende Zusage, denn grundsätzlich war nichts Neues eingeräumt. Nach wie vor behaupteten die Bayern die Position, die sie am 2. September ergriffen hatten. Aber darum waren diese Tage doch nicht ohne Wert, ja ihr Wert bestand nicht allein in den Informationen, die Delbrück mitnahm, in der Klärung der Verhältnisse für die Bayern. Bayern und Württemberg hatten nun einmal dokumentiert, daß sie ein näheres Verhältnis denn bisher zum Norden wollten. Die Bayern hatten sich, wenn auch wider ihre Neigung, auf die Beratung der verpönten Verfassung des Nordens eingelassen — denn es

[1]) Unwillkürlich gedenkt man des Urteils Bismarcks über Delbrück (bei Busch, Tagebuchblätter I, S. 429): ein sehr gescheiter Mann, aber kein Politiker. Ganz ähnlich urteilte Bismarcks Mitarbeiter, Graf Paul Hatzfeld (Hatzfelds Briefe, Briefe des Grafen ... an seine Frau, geschrieben vom Hauptquartier König Wilhelms 1870/71, Leipzig 1907, S. 223).

[2]) S. Brandenburg, Eintritt, S. 28—30. Übrigens datiert dieser Streit schon von dem Ende der Besprechungen her.

war das Einzige, was ihnen übrig blieb, wollten sie nicht alles enttäuschen — und sich damit in ein Verhältnis zu den übrigen deutschen Staaten gebracht, das sie allerdings in der gröbsten Weise bestimmten, das aber den Keim der Entwicklung in sich barg. Ohne sich selbst Lügen zu strafen und ebensosehr sich wie ihre Heimat zu gefährden, konnten sie nie wieder hinter das zurück, was sie zugestanden hatten, was protokollarisch festgelegt war; sie konnten nur noch voran.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es verständlich, wenn sich bei Delbrück sowohl wie bei Mittnacht von diesen Münchener Besprechungen später der Eindruck festsetzte, daß der deutsche Bund gesichert war.[1]) Er war es noch nicht — wir werden sehen, wieviel Schwierigkeiten dazu noch zu überwinden waren. Von dem Standpunkt des neu begründeten Deutschen Reiches aus aber konnte man wohl sagen, was Delbrück in seinen Erinnerungen behauptete und worin Mittnacht ihm beipflichtete, daß danach eigentlich nur noch zwei Materien zu erledigen blieben: das Kriegswesen, über das Delbrück mit Prandh nur ganz obenhin sich hatte besprechen können, und die Vertretung im Auslande.[2]) Es waren allerdings gerade die Materien, an die sich, was Bayern wollte, im besonderen knüpfte.

[1]) Das offizielle mot d'ordre in bezug auf diese Besprechungen lautete nach einem Bericht Sterckows aus Berlin vom 3. Oktober: man sei befriedigt (Allgemeine Zeitung Nr. 279, S. 4426). Siehe auch des Kronprinzen Tagebuch, Eintrag vom 30. September und 10. Okt.

[2]) Vgl. dazu auch Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck. 2. Aufl., Stuttgart und Berlin 1904, S. 28. Lasker gegenüber nannte Delbrück am 1. Oktober als die wesentlichsten Differenzen Militärsachen und Justiz (vgl. Laskers Schreiben an Forckenbeck und Bennigsen vom 6. Oktober).

Kapitel III.

Die Einigung Deutschlands im Gegensatz zu Europa.

Mit den Münchener Besprechungen war die erste Phase der Einigungsverhandlungen beendigt.

Man könnte sie die dynastische nennen. Denn darum handelte es sich in ihr, für alle, auch für die Hohenzollern, mit Ausnahme von Bismarck und dem Großherzog von Baden, den einzelnen Bundesgenossen den Anteil an der Siegesbeute zu sichern, den andere ihnen streitig machten. Noch hatte der Gedanke an ein Reichsland Elsaß-Lothringen in den Kreisen der Regierungen nicht allzuviel Adepten, noch meinten die Dynastien, sich einen Vorwurf ihrer „Völker" aufzuladen, wenn sie Gut und Blut opferten ohne Entgelt und ohne Resultat; Bismarck hatte eben darum bei seiner Unterredung mit dem Kronprinzen von Sachsen auf die Schädigung des monarchischen Prinzips angespielt, die eintreten würde, wenn der Krieg nicht positive Resultate ergäbe, wobei er allerdings mit dem monarchischen Prinzip und den positiven Resultaten Vorstellungen verband, die sich mit denen anderer nicht deckten.

Aber auch noch in einem weiteren Sinne könnte man diese erste Phase als eine dynastische bezeichnen. Denn wenn die Fürsten und ihre Regierungen sich jetzt zu Plänen bereit finden ließen, die sie zuvor ablehnten, so geschah das auch im Gegensatz gegen die liberalen und sozialistischen Aspirationen. Graf Bray begründete die

Nachgiebigkeit gegen die Forderung der Einigung Deutschlands wie wir wissen ausschließlich mit dem Hinweis auf die Ungeduld der öffentlichen Meinung, der man sich schwerlich noch lange werde entziehen können. Und ganz ähnlich begründete sie das Schreiben Friesens, das, wenn wir nicht irren, nicht den Anstoß zu der Braysschen Denkschrift gab, wohl aber sie beschleunigte: nur daß Friesen, der sächsische Minister, der sich bereits mit den ersten Regungen des Sozialismus amtlich hatte abgeben müssen, den popularen Bestrebungen ein größeres Maß von Beachtung schenkte. Friesen nannte zur Empfehlung der Einigung in dem Augenblick des Krieges vor allem drei Gesichtspunkte. Der erste war der Brays, daß die Nation „nach den Erlebnissen dieses Krieges nie wieder ruhig in die frühere Zerrissenheit zurückkehren und durch die Beibehaltung der Mainlinie als einer unübersteiglichen Grenze des deutschen Nordens und Südens sich befriedigen lassen werde." Der zweite bezog sich auf die Tatsache, daß sich radikale Forderungen noch nicht geltend gemacht hatten: „die gegenwärtige Bewegung unterscheidet sich von früheren ähnlichen Bewegungen ganz wesentlich durch den doppelten Umstand, daß sie nicht revolutionär, d. h. nicht gegen das monarchische Prinzip gerichtet ist, wie zum Teil die Bewegung von 1848 und 1849, und daß sie auch nicht unitarisch, d. h. auf die Vernichtung der einzelnen Staaten und deren Einverleibung in einen Einheitsstaat gerichtet ist, wie die nationalliberalen Bestrebungen der letzten Jahre"; auch Preußen könne jetzt gar nicht anders, als auf seine Bundesgenossen Rücksicht nehmen. Und der dritte erinnerte schließlich an die neueste Wendung der Dinge in Paris, an die Proklamierung der Republik: durch sie „dürften auch in Deutschland die Bestrebungen der sozialistischen und republikanischen Parteien vielfach angeregt und ermutigt werden"; hatte sich doch eben erst

der Ausschuß der jungen sozialdemokratischen Partei von Braunschweig her mit der Aufforderung an die Arbeiter Deutschlands gewandt, „in Masse" jeder Fortsetzung des Krieges gegen die nunmehrigen Gewalthaber in Frankreich entgegenzutreten und eine Annexion von Elsaß und Lothringen „nicht zu dulden". Noch war man dieser Bewegung Herr, die Unterzeichner wurden sofort verhaftet; aber würde das auch in der Zukunft so sein, wenn sich zu den Gegnern in diesem Lager auch noch andere Gegner gesellten? Leider wissen wir nicht, ob und wieweit diesen Gesichtspunkt auch andere Regierungen teilten; von einem Bismarck dürfen wir erwarten, daß er bei seinen Plänen diese Gefahr der Zukunft in Rechnung stellte, wie fern ihm auch ein Verständnis für den Sozialismus als Weltanschauung lag; aber im ganzen wird richtig sein, daß die Staatsmänner von damals die deutsche Einigung allzu ausschließlich von dem liberalen Standpunkt, von dem Standpunkt der Bewegung von 1848 aus betrachteten. In dem Kriege hatte nun die nationale Frage auch für die konservativsten Mächte in der deutschen Welt einen Inhalt erhalten, auch für die Staaten, denen der Begriff der Liberalen vom Deutschtum nicht genügte. So suchten sie den Augenblick zu nutzen, der sich ihnen bot, um die ihnen genehmste Lösung zu erzielen; denn nur dann, wenn ein fester und dauernder Zustand der Dinge in Deutschland hergestellt wurde, durfte man sich der Hoffnung hingeben, allen den Gegnern erfolgreich zu wehren.

Indessen: ließ sich wirklich ein fester und dauernder Zustand, wie ihn die Lage der Dinge, wie ihn Friesen forderte, nach den Zugeständnissen Bayerns an die deutsche Welt erwarten? Es war die Frage, die nach den Münchener Besprechungen die deutsche Welt bewegte, die der zweiten Phase unserer Einigungsverhandlungen zu lösen aufgegeben war.

Allerdings fand das Brayſche Einigungsprogramm alsbald in den beiden Königreichen vielfache Anerkennung. Von König Ludwig fiel noch vor Beginn der Beſprechungen, an demſelben Tage, an dem er die Erlaubnis zur Änderung ihrer Grundlage gegeben hatte, in einer Audienz zu Mittnacht das bezeichnende Wort: Aber nicht wahr, in den Norddeutſchen Bund treten wir nicht ein? Es war das erſte Wort, das er zu dem württembergiſchen Miniſter ſprach, kaum daß er die Schwelle des Gemaches überſchritten hatte.[1]) Die Beſprechungen hatten natürlich ſeinen Sinn nicht geändert, nach wie vor hielt er an dem feſt, was er im September zur Direktive gegeben hatte. Die Patrioten traten ferner gerade jetzt auf dieſen Standpunkt hinüber. Wie Bray hatten auch ſie bereits im Anfang September ihr deutſches Programm einer Reviſion unterzogen: der Unterſchied der politiſchen Programme, ſo meinte die Augsburger Poſtzeitung, das Organ Huttlers, in einer Bemerkung gegen die Forderung der Kammerauflöſung[2]), dürfte kraft der allgewaltigen Logik der Tatſachen ſehr reduziert werden. Auch die patriotiſche Partei ſei jetzt auf den Weg durch Einheit zur Freiheit, auf den Weg alſo der Nationalliberalen gewieſen. Freilich müßte dann der Nordbund aufgelöſt und eine neue deutſche Bundesverfaſſung geſchaffen werden, welche den Einzelſtaaten die innere Selbſtändigkeit und Freiheit verbürge, „deren Gewähr wir in einem deutſchen Parla-

[1]) Mittnacht, Rückblicke, S. 100—101. Mittnacht gab auf dieſe rhetoriſche Frage die ausweichende Antwort, es handle ſich jetzt um die Herſtellung eines geſamtdeutſchen Bundes. — Sehr bemerkenswert iſt auch, daß König Ludwig in der Audienz, die er unmittelbar vorher Delbrück gewährte, mit keinem Worte des Anliegens erwähnte, das Delbrück nach München geführt hatte. Er ſprach von dem Konzil!

[2]) Vgl. die Wiedergabe in der Allgemeinen Zeitung vom 9. September S. 4004.

ment erblicken würden." Nach den Münchener Besprechungen ließen sie nun die Forderung der Auflösung des Nordbundes fallen. In einer Versammlung, die der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. v. Weis, zum 26. September einberufen hatte, nahmen 31 Mitglieder der patriotischen Partei, denen sich später weitere 15 anschlossen, eine Erklärung an, nach der man sich „den Nordbund so dachte, wie er ist — denn seine Integrität nach außen wie im Innern scheine erster Grundsatz der preußischen Politik, — und im weiteren staatsrechtlichen Verhältnisse Süddeutschland mit demselben verbunden."[1]) Das „weitere staatsrechtliche Verhältnis" aber stellte man sich so vor, daß dabei „die Militärhoheit des Königs im Frieden und die Selbständigkeit Bayerns in volkswirtschaftlicher Beziehung" gewahrt blieben; im übrigen sollte dem Zollvereinsvertrage der Charakter der Unkündbarkeit, dem Zollparlament die Befugnis zur Gesetzgebung in allen gemeinsamen Angelegenheiten gegeben werden. Es war genau das Brayſche Programm, nach der Erklärung Delbrücks, das sie damit zu dem ihren erklärten, ein bemerkenswerter Fortschritt auf der Bahn zur deutschen Einigung, wenn man an die Haltung dieser Männer im Frühjahr denkt. Aber dabei nahmen sie auch den Antrag Jörgs an, sich auf diese Punktationen als äußerstes Maß der Konzessionen zu verpflichten; weiter wollten sie nicht mehr gehen; nur soweit war Bray der Unterstützung der größten Partei im bayerischen Landtage sicher.[2])

[1]) Die Mitteilungen über diese Beschlüsse in der Allgemeinen Zeitung, S. 4312, 4320, 4328 und 4728. Übrigens legten diese 31 Abgeordneten ihre Stellungnahme in einem Flugblatt dar, das bereits am 30. September gedruckt vorlag (die Inhaltsangabe in der Allgemeinen Zeitung, S. 4365).

[2]) Übrigens gab es auch in ihr Unterströmungen, Männer, die sich nicht einmal auf den Boden dieser Beschlüsse stellen wollten. Es waren wohl meist Niederbayern; jedenfalls war von diesen in der

Doch nicht allein in Bayern hielt man das Brayſche Programm für ein genügendes Zugeſtändnis an Deutſchland. Wie war Suckow erſtaunt, als er am 1. Oktober nach Stuttgart zurückkehrte! Der feurige, leidenſchaftliche Mann, der vielleicht nur zu gern hörte, was ihm lieb war, und nicht bemerkte, was ſich hinter den Worten ſonſt noch verbarg, er hatte Hof und Staat in der Überzeugung verlaſſen, daß ſich Württemberg demnächſt dem Nordbunde anſchließen werde; in dieſem Sinne hatte er mit Bismarck geſprochen, darum ihm das Wort nahegelegt, daß die Verhandlungen mit Württemberg von denen mit Bayern getrennt geführt werden ſollten: denn Bayern brachte er allzeit das regſte Mißtrauen entgegen. Und nun ſah er das Bild ſehr weſentlich verändert. Der König, der ihn mit den Worten entlaſſen, er ſolle im Hauptquartier aus dem Herzen ſprechen und dem König Wilhelm ſagen, man ſolle nicht an ſeiner Geſinnung zweifeln, er ſei zu jedem Opfer bereit, — er war jetzt bei der Meldung von ſeiner Rückkehr „kühl und verſchnupft", und die Königin, welche ihn nachher empfing, behandelte ihn „mit eiſiger Kälte und erklärte die Pickelhaube für abſcheulich". Der Grund lag gewiß nicht allein in dem Umſtande, daß Suckow ohne die Zuſage eines Territorialgewinns aus dem Hauptquartier heimkehrte[1]); unzweifelhaft hatte ſich nach den Münchener Beſprechungen hier überhaupt eine Wand-

Verſammlung am 26. September nur ein einziger erſchienen. Ein Manifeſt dieſer Kreiſe war die in der Allgemeinen Zeitung, S. 4457 unterm 6. Oktober mitgeteilte Erklärung, von einer bundesſtaatlichen Einigung überhaupt nichts wiſſen, vielmehr die Selbſtändigkeit Bayerns noch erweitert ſehen zu wollen: das ſollte entweder geſchehen durch eine Neutralitätserklärung für Bayern oder Süddeutſchland oder durch Herſtellung einer föderativen Einigung Deutſchlands unter gleicher Berechtigung aller Mitglieder und ſelbſtverſtändlicher Wiederherbeiziehung Öſterreichs!

[1]) So erklärte ſich Suckow ſpäter die Veränderung.

lung vollzogen. Denn wenn Bayern nicht gewillt war, in den Norddbund einzutreten, wozu sollte sich dann Württemberg dazu bereit finden? Gerade von diesen Tagen im Anfang Oktober fällt ein Licht auf das Maß von Zugeständnissen, das man hier einen Monat zuvor formuliert hatte: eine Gesinnung wie in den Kreisen der deutschen Partei, die gleich Suckow zu schnellem Anschluß an den Norden drängte, hatte auch damals am Hofe noch nicht geherrscht. Jetzt wurde im Württembergischen Staatsanzeiger der Meldung, daß „die süddeutschen Staaten in den Bund auf Grund gegenwärtiger Bundesverfassung eintreten würden", sofort (28. September) ein Dementi entgegengesetzt, und als sich eine Adresse für den Beitritt zum Norddeutschen Bunde als den richtigen Weg für die süddeutschen Staaten, insbesondere für Württemberg, aussprach, ließ der König erklären, daß „über die Art und Weise, wie die Einigung Deutschlands herbeizuführen sei, im einzelnen sich auszusprechen, seiner Regierung der Stand der Verhandlungen nicht erlaube." Wenn jemals Württemberg und Bayern getrennt, ohne gegenseitige Verständigung vorgegangen waren, so waren sie jedenfalls jetzt wieder eines Sinnes.

Auch nach dem Anfang Oktober hat man noch an den Grundsätzen festgehalten, die bis dahin die Politik beherrschten. Ja wenn man die Erwiderung der französischen Regierung auf die Rundschreiben Bismarcks vom 13. und 16. September liest, in denen der Bundeskanzler vor Europa die Notwendigkeit einer guten Grenze gegen Frankreich, der Erwerbung von Elsaß und Lothringen mit dem dauernden Umschlag der Stimmungen in Frankreich begründete, dann möchte man glauben, daß der ganze Krieg nach Sedan schließlich um solcher Gesichtspunkte willen geführt wurde. Denn in dieser Erwiderung, in der alle Schuld an dem Kriege auf

Napoleon abgeladen wird — soweit kam man Preußen entgegen —, versuchte Graf Chaudordy unter Betonung des friedfertigen Charakters der republikanischen Regierung den Nachweis, daß Frankreich seit der französischen Revolution immer nur der Arbeit des Friedens gelebt habe, wogegen gerade Preußen, schon 1792 und dann erst recht in der Zeit Bismarcks, der Vertretung veralteter Prinzipien und einer Annektionspolitik sich gewidmet habe, die mit allen modernen Anschauungen im Widerspruch stünde. Indessen, so einfach lagen die Dinge nicht. Wenn Bismarck und die deutsche Welt an der Forderung Elsaß-Lothringens festhielten, dann geschah das, wie wir wissen, auch um deswillen, weil damit eine alte Schuld beglichen werden sollte — wie der Historiker, der am tiefsten schaute, Leopold v. Ranke, damals zu Thiers in Wien sagte, der Krieg sei nicht mehr gegen Napoleon gerichtet, noch auch gegen Frankreich an und für sich, als vielmehr gegen die Politik Ludwigs XIV.; „und ist nicht Ludwig XIV. der, welcher in der zweiten Hälfte seiner Regierung Euch die absolute Monarchie aufgelegt hat, die Ihr bekämpft?" Aber nicht minder dachte man dabei auch daran, den Franzosen die Einfallspforten nach Deutschland zu nehmen. Es war die Revancheluft der gloirebedürftigen Nation, gegen die man sich hinter den Wällen der Vogesen zu sichern wünschte. — Und auch bei der deutschen Einigung waren schließlich nicht Maximen derart die bestimmenden.

Wer sich der Ideen von 1848 und 1849 erinnert, der ist bei dem Anblick der Reichsgründung sehr leicht geneigt, den Parteien, die sie vertraten, einen gewissen Anteil daran zuzubilligen. Die Methode der Einigung hatten sie sich allerdings anders gedacht. Aber gab es nicht Gelegenheit genug, sich zur Geltung zu bringen?

In der Tat waren die Parteien seit dem September bestrebt Stellung zu nehmen und Einfluß zu gewinnen. Nicht alle mit Geschick. Wenn die deutsche Fortschrittspartei in ihrer Kundgebung vom 25. September 1870 die Forderung der Freiheitsgarantien von neuem voranstellte — sie müßten Aufnahme in die Verfassung finden —, wenn sie die Gelegenheit benutzen wollte, um alle ihre Wünsche hinsichtlich der Teilnahme der Volksvertretung an der Regierung durchzudrücken, dann war es gleichgültig, ob sie sich bereit erklärte, auch gemäß dem § 79 der Verfassung des Norddeutschen Bundes den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Nordbund im Wege der Bundesgesetzgebung mit herbeiführen zu helfen, oder ob sie, was ihrem Programm weit mehr entsprach, die Berufung eines allgemeinen deutschen Parlamentes verlangte — sie legte sich auf nichts von beidem programmatisch fest —: denn einmal verkannte sie den Zwang der augenblicklichen Lage, der nach schnellem Abschluß drängte, und sodann kam ein solches Programm bei den Ansichten über die Verteilung der Kompetenzen, die wie ihr bekannt in der Regierung herrschten, einer neuen Fehdeansage gleich, die im übrigen, so wie die Dinge lagen, nicht die geringste Aussicht auf Erfolg hatte. Sogar in ihren eigenen Kreisen traf die deutsche Fortschrittspartei deshalb auf Widerspruch.[1]) Ganz anders verfuhren die Nationalliberalen. Sie stellten jetzt alles zurück, was ihr Programm sonst enthielt, und bemühten sich nur die Einigung zu fördern.[2]) Sie suchten darum die Verbindung mit Bismarck und dem Großherzog von Baden,

[1]) Vgl. Körner, S. 174—177.

[2]) Die Korrespondenz darüber aus Laskers Nachlaß herausgegeben in der Deutschen Revue, Jahrg. XVII (1892), Bd. 2, 3 und 4. Zur Aufforderung der anderen Parteien siehe Oncken, Bennigsen II, S. 180—181.

sie bereiteten eine Reise nach Süddeutschland vor und forderten die anderen Parteien zur Teilnahme daran auf: denn das Unternehmen sollte nicht den Charakter einer einseitigen Parteiagitation tragen. Als sich dann die andern versagten, die Konservativen wesentlich im Hinblick auf Bismarcks Haltung [1]), die Fraktion Reichensperger und die Fortschrittspartei aus unbekannten Gründen, gaben sie es darum nicht auf, sondern arbeiteten nun allein — seit dem 10. September — in München, Stuttgart und Karlsruhe, im Verkehr mit den Ministern und einflußreichen Parlamentariern möglichst aller Richtungen, den Süden zum Anschluß an den Norden zu bewegen. Dabei ward auf die Wünsche des Südens weitestgehende Rücksicht genommen; auch nach ihnen sollte nur im notwendigen die Einheit hergestellt werden; ja, vielleicht um den Verdacht des Unitarismus von sich abzustreifen, ließen sie sich sogar auf den Wunsch Bayerns ein, ihm seine Stellung im Bundesrat noch zu verstärken, durch Zuweisung von 8 statt 6 Stimmen, und gaben im übrigen zu verstehen, daß sie sich der Aufteilung des Elsaß unter die Dynastien nicht widersetzen würden.

---

[1]) So verstehe ich das Schreiben Blanckenburgs an Roon vom 14. September; Parteirücksichten (so Oncken) kann ich nicht erkennen; denn der Unterschied zwischen den Konservativen vom Schlage Blanckenburgs und den Nationalliberalen war in bezug auf die deutsche Frage bei der Nachgiebigkeit der Nationalliberalen damals bis auf ein Minimum verschwunden und bestand wesentlich nur in der Frage, wieweit man Bismarck unterstützen solle. Da die Agitation für jene Reise, soviel bekannt, in Laskers Händen lag, so mag zudem das Mißtrauen in Laskers Persönlichkeit eine Rolle gespielt haben; denn von Lasker wußte man, daß er drängte, wo Bismarck nicht gedrängt sein wollte, aus Gründen, denen er kein Verständnis entgegenbrachte (zu Lasker vergleiche die treffende Würdigung in Constantin Rößlers Ausgewählten Aufsätzen, Berlin 1902).

Dennoch gelang es auch ihnen nicht, soweit wir sehen, auf die Verhandlungen einen unmittelbaren Einfluß auszuüben. Ob Bismarck das Schreiben Laskers, das die Anknüpfung vermitteln sollte, wirklich nicht empfing, wie er, lange Jahre danach, behauptete, oder ob er sich von solcher Mitwirkung nur nichts versprach, jedenfalls geschah, was die Bennigsen, Lasker und Forckenbeck taten, ohne die erwünschte Autorisation; an der Reise blieb, zumal sich die anderen Parteien daran nicht beteiligten, unausbleiblich der Verdacht eines Parteiunternehmens haften. Dem Gesuch nach einer Aussprache entzog sich trotzdem, soviel wir wissen, kein süddeutscher Minister, so daß jene Politiker selbst wohl befriedigt heimkehren konnten, aber was sie erreichten, war gleich nichts. Denn von dem Wege, den man in den Königreichen einmal eingeschlagen hatte, ging man darum nicht ab. Höchstens daß die Staatsmänner sich gern ihre Konzessionen merkten, um sie einmal gegen Bismarck auszuspielen.[1])

Gleichwohl wäre es übereilt, dem, was hier aus der Tiefe des Volkes heraus geschah, jede Bedeutung für die Einigung abzusprechen. Bismarck konnte und wollte sich mit dem, was die Königreiche an Zugeständnissen boten, nicht zufrieden geben. Einen Bund, wie ihn Bayern wollte, hatte er wohl betreiben können als ein Auskunftsmittel in den Zeiten der schwersten nationalen Krisis; damals galt es, das nationale Anliegen auch im Gegensatz gegen die Parteien zu fördern. Jetzt

[1]) Zumal sofort, was die Abgeordneten Bayern zugestanden, den bayerischen Ministern wie dem preußischen Gesandten mitgeteilt und in der Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht wurde (vgl. Allgemeine Zeitung S. 4184—4185, ferner Deutsche Revue XVII. 3. S. 293). Der Laskersche Entwurf der Bayern zu machenden Zugeständnisse in der Deutschen Revue a. a. O., S. 289—290, Brandenburg Nr. 31, S. 27—28. — Vgl. weiterhin S. 249, Anm. 2.

hätte er die Nation in ihrer überwältigenden Mehrheit enttäuscht — denn sie erwartete soviel mehr. Und war das gleichgültig in einer Zeit, deren Zeichen gewiß nicht auf Frieden, sondern auf Sturm deuteten, wo überall die Stimmen des Neides über die Erfolge der deutschen Waffen und der Sorge über die Einigung Deutschlands laut wurden? Die Nation, das, was die Besten in ihr wollten, erheischte jetzt Rücksicht, es mußte der Frieden im Innern hergestellt werden, wenn anders Deutschland noch seine Gegner bestehen sollte. Doch wichtiger für ihn persönlich war vielleicht etwas anderes. Lag nicht, was jene forderten, seinen eigenen Gedanken sehr nah? Auch sie schlossen ja jetzt den Kompromiß mit den Tatsachen: taten sie es auch in anderem Sinne als er, nun gut, die Auseinandersetzung, die kommen mußte, scheute er nicht: dazu vertraute er nur zu sehr auf die für seine Ansicht vom Deutschtum werbende Kraft der politischen Verhältnisse. So kam Bismarck also die Agitation der Presse und der Parteien nur gelegen. Ja, wie wir von Moritz Busch erfuhren, er schürte sie noch an und machte sie damit nur um so unwiderstehlicher. Wenn mithin die Verträge mit Bayern und Württemberg, die im November zustande kamen, den Hoffnungen der Nation mehr entsprachen, als das im September der Fall gewesen wäre, dann war das gewiß nicht ihr Verdienst — den entscheidenden Grund werden wir noch kennen lernen; aber das ist gewiß, ohne sie hätte Bismarck den Widerstand nicht leisten können, den er leistete. „Diese unsichtbare Kraft eines nationalen Willens war, nach dem treffenden Wort Hermann Onckens [1]), auch für seine überlegene Diplomatie das stärkste Geschoß.“.

In diesem Sinne war es, daß Bismarck nach den Besprechungen in München verfuhr.

[1]) Bennigsen II, S. 211.

Wie wir hörten, hatte die Aufforderung Brays, Delbrück nach München zu senden, Bismarcks Plan gestört, in einer Fürstenzusammenkunft auf französischem Boden die Zukunft Deutschlands bestimmen zu lassen. Aber darum hatte der Bundeskanzler den Plan nicht aufgegeben, denn gar zu viel sprach für ihn; vor allem ließ sich die Einigung Deutschlands auf diesem Wege am schnellsten herbeiführen. So warb er denn auch weiter für ihn. Vielleicht ohne seine ausdrückliche Ermächtigung, jedenfalls aber in dem Bewußtsein, seinen Wunsch damit zu treffen, brachte Delbrück den Gedanken an eine Reise nach Versailles bei König Ludwig in Anregung, als dieser ihn zu einer Audienz am 23. September zu sich beschied, wobei er in sehr geschickter Weise an die romantischen Gefühle des Königs appellierte.[1]) Einige Tage danach lief ein Schreiben des Grafen Tauffkirchen vom 24. September in München ein, in dem dieser in das Hauptquartier berufene[2]) bayerische Diplomat die Absicht des Königs von Preußen bekanntgab, an den Bayernkönig „eine Einladung zu einer Zusammenkunft in Frankreich" gelangen zu lassen, wenn von dessen Seite die Annahme einer solchen Einladung

[1]) Delbrück II, S. 417. Ob diese Anregung, wie Delbrück angibt, wirklich nur auf seine Initiative oder auf die Wünsche der königlichen Umgebung hin erfolgte, die ihren Herrn mit seinen siegreichen Truppen zusammenbringen wollte? Wenn man hört, daß sich König Ludwig später ungehalten darüber aussprach, daß ihm eine solche Einladung von einem Minister übermittelt wurde (s. das Schreiben Marquardsens an Lasker vom 15. Oktober), dann könnte man verstehen, warum Delbrück sich selbst die Schuld aufzuladen bereit war.

[2]) Bereits am 31. August war er, bisher bayerischer Gesandter in Rom, als zum Präsidenten des Departements Meuse ausersehen, nach Bar le duc abgereist (Allgemeine Zeitung S. 3884). Am 15. September wieder in München eingetroffen, wo er mit Bray eine längere Besprechung hatte (S. 4144), reiste er am 19. wieder ins Hauptquartier zurück (S. 4165).

zu gewärtigen ſei.[1]) Und in denſelben Tagen endlich erreichte auch den Stuttgarter Hof eine ſolche Aufforderung. Aber weder hier wie dort fand der Plan Beifall. König Karl ſagte ſchon im Anfang Oktober „zu jedermann, er gehe durchaus nicht zu dieſer Fürſtenzuſammenkunft nach Verſailles".[2]) Als Suckow am 7. Oktober Bismarck eine Mitteilung zugehen ließ, von der noch zu ſprechen ſein wird, kündete er ihm darin auch an, „daß König Karl nicht zuſammen mit dem König Ludwig von Bayern nach Verſailles gehen wolle".[3]) König Ludwig ſchob ſeinen Entſchluß länger hinaus. Doch vergeblich redeten ihm ſeine Miniſter noch am 13. Oktober zu. Ob es die Abneigung war hervorzutreten, ob ſeine Menſchenſcheu ſich dagegen auflehnte, oder ob auch zumal nach der Haltung, die ſein Stuttgarter Standesgenoſſe einnahm, politiſche Bedenken mitſprachen, etwa die Sorge, dem Genius eines Bismarck gegenüber ſeine Wünſche nicht vertreten zu können, jedenfalls fiel die Entſcheidung gegen Bismarcks Hoffnungen aus. Mit der Fürſtenzuſammenkunft war es zunächſt nichts.

Noch ehe Bismarck darüber hatte Klarheit gewinnen können, hatte er die Einigungsfrage noch auf einem anderen Wege zu fördern geſucht.

Leider iſt uns nicht bekannt, wie Delbrücks Bericht über die Münchener Beſprechung lautete, warum man mit ihrem Ergebnis „zufrieden" war. Hatte Delbrück den Übertritt der Bayern auf die neue Verhandlungs-

[1]) Vgl. die Eingabe der bayeriſchen Miniſter vom 13. Oktober. Unzweifelhaft ſollte dieſe Zuſammenkunft die ſchon früher geplante Fürſtenzuſammenkunft ſein und keine Sonderzuſammenkunft zwiſchen den Königen von Preußen und Bayern, wie die bayeriſchen Miniſter glauben machen wollten; vgl. Suckows Rückſchau S. 167—168.

[2]) Suckows Rückſchau S. 171, danach Mittnacht S. 82.

[3]) Suckows Rückſchau, S. 172, Brandenburg, Nr. 65, S. 75.

grundlage als den entscheidenden Schritt für die Zukunft gewertet und darum entsprechend optimistisch berichtet, so daß das von allen gewünschte Ergebnis gesichert erschien, wofern noch ein kleiner Druck erfolgte?[1]) Denn daß im einzelnen die Bayern noch mancherlei Vorbehalte machten, die beseitigt werden mußten, konnte er ja nicht verschweigen. Fast möchte man es annehmen, wenn man Delbrücks wie Bismarcks Haltung später bemerkt. Aber was hieß es dann, daß Delbrück, wie wir aus dem Tagebuch des Kronprinzen erfuhren, „zur Aufklärung der Widersprüche in seinen Berichten und Telegrammen" am 5. Oktober von neuem nach Versailles berufen wurde? [2]) Die Frage ist nicht ohne Bedeutung: denn von ihrer Beantwortung hängt die Bewertung des Schrittes ab, den auffälligerweise Bismarck kurz nach den Münchener Besprechungen tat, der Aufforderung, die er durch den Gesandten des Norddeutschen Bundes in Karlsruhe, den Grafen Flemming, an das Badische Ministerium am 2. Oktober richten ließ, einen Antrag auf Eintritt in den Norddeutschen Bund zu stellen; jetzt werde dem Präsidium ein solcher Antrag willkommen sein; ja, fügte Graf Flemming vertraulich hinzu, man hoffe von ihm sogar „einen der Einigung Deutschlands günstigen Einfluß auf die Entschließungen Bayerns und Württembergs".

Baden hatte sich, wie wir wissen, schon lange der Nation zur Verfügung gestellt! Schon in der Denk-

[1]) Nach dem Eintrag in des Kronprinzen Tagebuch vom 10. Oktober (Delbrück kommt, Bayern will auf die Bedingungen für Eintritt in den Norddeutschen Bund eingehen) scheint Delbrücks Bericht in der Tat so gelautet zu haben.

[2]) In der offiziösen Provinzial-Korrespondenz lautete die Motivierung anders. Danach begab sich Delbrück „zur Vorbereitung der erforderlichen weiteren Verhandlungen über die deutsche Frage" nach Versailles (s. Allgemeine Zeitung S. 4429).

ſchrift, die das Badiſche Miniſterium unterm 2. September dem Bundeskanzler überreichte, war wieder die Geneigtheit ausgeſprochen, in den Nordbund mit ſeiner dermaligen Verfaſſung einzutreten. Das Miniſterium knüpfte daran damals nur den Wunſch, daß „in den ſpezifiſch politiſchen Beziehungen (in den diplomatiſchen und militäriſchen Angelegenheiten) eine Stärkung der Bundeszentralgewalt bei ſtrenger Feſthaltung der Selbſtſtändigkeit der Einzelſtaaten in ihren inneren Angelegenheiten“ erreicht werde. Als darauf der Bundeskanzler wenig befriedigend antwortete (am 12. September), wogegen man erfuhr, daß ſich Beziehungen der beiden Königreiche zu Preußen anſpannen, die man in Karlsruhe mit einer großen Doſis von Mißtrauen verfolgte, nahm der Gedanke immer feſtere Geſtalt an, geradezu einen Antrag auf Eintritt Badens in den Nordbund zu ſtellen: denn konnte man damit nicht auf die Entſchlüſſe der beiden anderen ſüddeutſchen Staaten einen kräftigen Druck ausüben? Es war derſelbe Gedanke, dem man hierbei wie bei der Unterſtützung der Bennigſen, Lasker und Forckenbeck nachging, denn auch dieſe förderte man[1]): nur ſo meinte man einer für Deutſchland erſprießlichen Verfaſſung wirkſam vorarbeiten zu können.

Bei ſolcher Stimmung kam die Anregung Bismarcks Großherzog Friedrich außerordentlich gelegen. Er beeilte ſich ihr Folge zu geben. Schon am 3. Oktober ging der entſprechende Antrag ab. Der einzige Vorbehalt, den man nun noch machte, betraf Modifikationen des Bundesſteuerweſens, ſoweit ſie durch Vereinbarungen mit anderen ſüddeutſchen Staaten geboten erſchienen; in allem übrigen wollte man ſich den Beſtimmungen der Verfaſſung und Geſetzgebung des Norddeutſchen Bundes fügen.

[1]) Vgl. das Schreiben des Großherzogs an Jolly vom 23. Auguſt 1870.

So war Bismarck also jetzt mit dem Staate verbunden, der zum Eintritt auf jeden Fall entschlossen war. Nach den Äußerungen Suckows konnte er dasselbe von Württemberg erwarten. Wollte Bayern also nicht neue Brücken nach Österreich schlagen und dem Willen des übrigen Deutschland Konzessionen machen, dann mußte ihm doch wohl dieser badische Antrag eine Aufforderung sein, baldigst weitere Schritte voran zu tun? Oder war etwa der Bülten, auf den der Bundeskanzler damit trat, doch nicht genau genug auf seine Tragfähigkeit geprüft?

Allerdings entschlossen sich jetzt die beiden Königreiche, den Münchener Besprechungen eine Fortsetzung zu geben. Aber damit ist die Frage, ob das auf jenen badischen Antrag hin geschah oder aus eigenen Stücken, noch nicht in dem ersten Sinne entschieden.

Gewiß liegt die Vermutung, daß Württemberg sich dadurch bestimmen ließ, nahe genug: denn das entscheidende Schreiben Suckows an Bismarck erfolgte am 7. Oktober, während der badische Antrag bereits am 5. in Berlin überreicht war; und wenn es auch wahr ist, daß dem Schreiben Suckows verschiedentliche Ministerbesprechungen über „den Eintritt in den neuen Bund“[1]) vorausgingen, so läßt sich doch nicht bezweifeln, daß von der Absicht des badischen Antrags schon lange vor dem 5. Oktober auch außerhalb Karlsruhes die Rede war. Andererseits bedurfte es aber in Stuttgart keines Anstoßes. War der Hof auch entschlossen, den Anschluß an den Norden ganz in der Weise Bayerns zu vollziehen, so durfte er doch keine Zeit verlieren: noch lagen die Dinge auf dem Kriegsschauplatze günstig, noch besaß Frankreich keine Truppenmassen, die den Deutschen gefährlich werden konnten, und hörte Europa nicht auf

[1]) Suckow, S. 172.

die Schmerzensschreie, die es ausstieß; aber würde es immer so bleiben, und mußte man dann nicht der Nation um so eher zu willen sein? Wenn überhaupt, dann ließen sich die dynastischen Wünsche gewiß nur in der Pause zwischen den Kriegen mit dem kaiserlichen und dem republikanischen Frankreich erreichen. Es waren also nicht sowohl die Ideen Suckows, der natürlich weiter in seiner Richtung vorandrängte, als die des württembergischen Gesamtministeriums, die sich durchsetzten[1]); sie kamen etwa am 6. Oktober in dem Beschlusse zum Ausdruck, „den Münchener Besprechungen tunlichst rasch wirkliche Unterhandlungen über einen Vertragsabschluß folgen zu lassen". König Karl aber konnte dazu seine Zustimmung geben, und er gab sie „um so leichter, als er damit vorerst der ihm unbequemen Reise zu einer Fürstenzusammenkunft in Frankreich überhoben wurde".[2]) Wenn das Württembergische Ministerium also am 7. Oktober Bismarck durch ein Schreiben Suckows wissen ließ, daß Mittnacht und Suckow jederzeit bereit seien, auf Einladung zu Verhandlungen über die Grundlagen der neuen Bundesverfassung in Versailles zu erscheinen, so mochte Bismarck daran die Hoffnung knüpfen, nun zu Baden auch Württemberg in den Norddeutschen Bund eintreten zu sehen; die Württemberger selbst wünschten nur, zu einem Ende zu kommen.[3]) Wie es aussehen würde? Sie hofften — wie es in einer zur Beruhigung der Öffentlichkeit am 9. Oktober im Staatsanzeiger mitgeteilten Verlautbarung des Gesamtministeriums heißt — auf die bundesstaatliche Einigung auf

[1]) Mittnacht, Rückblicke, S. 104, nennt als Motiv ausdrücklich: „zur Verhütung von Zwischenfällen mit weniger günstiger Gestaltung der Verhältnisse sowie im Hinblick auf die Stimmung im Lande".

[2]) Mittnacht, Rückblicke, S. 105.

[3]) Ihre Instruktion lautete nach Mittnacht, Rückblicke S. 123: „auf Grund der Münchener Besprechungen" zu verhandeln.

der Grundlage der norddeutschen Bundesverfassung, „die Münchener Besprechungen seien geeignet, diese Hoffnung zu begründen" (!), aber — „die Verhandlungen haben eben erst begonnen".

Daß der badische Antrag auf Bayern im Sinne der Wünsche Bismarcks wirkte, ist unwahrscheinlich. Dagegen ist sicher, daß Bayern sich durch das Vorgehen Württembergs bestimmen ließ, ebenfalls Bevollmächtigte nach Versailles zu senden. Es war das eine Wendung, die geringfügig erschien, die aber dank der besonderen Umstände im Hauptquartiere die Entscheidung herbeiführen sollte.

In den Münchener Besprechungen hatte Bayern die Ansichten des Bundeskanzlers kennen gelernt, es hatte selbst seine Wünsche, wenn auch zunächst noch ohne Rücksicht auf Deutschland verlautbart. Von sich aus weiterzugehen, verbot das bayerische Selbstgefühl, verbot der Wunsch, erst einmal zu hören, wie die bayerischen Vorschläge im Hauptquartier aufgenommen würden. So wartete man, wie Lutz am 14. Dezember der bayerischen 2. Kammer mitteilte, eine Erwiderung der preußischen Regierung ab.[1]) Nachdem der König den Bericht seiner Minister über die Besprechungen entgegengenommen hatte (27.—29. September), durfte Bray deshalb für acht Tage auf seine Güter nach Niederbayern verreisen. Damals war es, wo ganz Deutschland sich mit einer gewissen Wut auf Bayern erfüllte. Die tollsten Ge-

[1]) Vgl. dazu auch Hohenlohe II S. 25: Wenn Bismarcks Antwort auf die bayerischen Vorschläge komme, so würde nach Barths Meinung ein wirkliches Projekt ausgearbeitet und dann von den Regierungen vereinbart werden. — Über Brays Auffassung der Münchener Verhandlungen berichtete Mohl am 1. Oktober nach Karlsruhe: er stelle die Verhandlungen als ziemlich aussichtslos hin. Wie hinter die meisten Berichte Mohls hat man auch hinter diesen ein großes Fragezeichen zu setzen.

rüchte durchliefen selbst ruhige Zeitungen, Bray wurde gewissermaßen des Verrats an Deutschland bezichtigt, so daß die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sich seiner annehmen mußte[1]). Die Nationalliberalen machten es zu ihrer Aufgabe, Bayern und Württemberg auseinander zu sprengen, bis Mittnacht Lasker bemerken ließ (9. Oktober), daß ihre Taktik durchschaut sei. Mittnacht erklärte dabei den Pessimismus in bezug auf Bayern für unberechtigt: „ich lebe der festen Hoffnung, daß eine Einigung erzielt werden wird, und daß Bayern, das doch schwerwiegende Einräumungen gemacht hat, einige das Wesentliche treffende Forderungen noch fallen lassen wird"; im übrigen hieß es in dem Brief, daß „es zur Erreichung eines glücklichen Ergebnisses beitragen werde, wenn die Beziehungen zwischen Stuttgart und München gute blieben". — Nach der Rückkehr Brays (7. Oktober) erkennen wir, daß die deutsche Frage die Minister weiter beschäftigte. In den Zeitungen verlautete, daß der Landtag erst einberufen werden solle, wenn die Staatsregierung imstande sei, die Verträge mit dem Norddeutschen Bunde vorzulegen: „dies dürfte aber immer noch einige Wochen dauern".[2]) Nach einer anderen Meldung sollte es die bayerische Regierung „als feststehende Tatsache betrachten, mit Württemberg und Baden gemeinsam und zu gleicher Zeit auf Grund eines modifizierten Bündnisvertrages dem Norddeutschen Bund mit seiner gegenwärtigen Verfassung beizutreten".[2]) Am 12. konferierte der König, der wieder einmal für drei Tage in München eingetroffen war, mit Bray, Schlör und Lutz, am 13. mit Braun, am 14. mit Pranckh.[3]) Vor

[1]) Vgl. dazu Busch, Tagebuchblätter I, S. 250—252. Bismarck selbst lancierte damals einen Bericht Mohls auszugsweise in die Zeitungen.

[2]) Vgl. Allgemeine Zeitung, S. 4547.

[3]) Lutz gewann aus seiner Audienz den Eindruck, daß der König „in der Sache keine Schwierigkeiten machen, sondern tun werde, was

allem wichtig aber ist die Kunde, die das Dunkel erhellt, das über allen diesen Meldungen liegt, daß am 13. Oktober jener Adjutant des Prinzen Luitpold, Graf Berchem bei Keudell, dem Adlatus Bismarcks, vertraulich anfragte, ob „nach seiner Auffassung der Lage es jetzt opportun sein würde, wenn eine Anregung dazu käme, daß das Bundespräsidium den Schmuck der Kaiserkrone erhielte".[1]) Bayern verfolgte also noch weiter den alten Plan, der Einigung Deutschlands mit der Begründung eines Kaisertums den Abschluß zu geben, einer Einigung, die — wir dürfen es vermuten — den einzelnen Staaten ein hohes Maß von Selbständigkeit belassen sollte.

In diesem Momente traf in München die telegraphische Anfrage Bismarcks ein (14. Oktober), ob auch die bayerischen Minister gleich den Württembergern nach Versailles kommen, oder ob sie Delbrücks Rückkehr nach München abwarten wollten; entsprechend jenem Schreiben Mittnachts an Lasker vom 9. Oktober hatten die Württemberger, sobald ihnen die Einladung nach Versailles zugegangen war, durch eine Anfrage bei Bismarck nach der Einladung der Bayern dazu die Anregung gegeben. Die bayerischen Minister konnten sich nicht sofort schlüssig werden; denn das war ja gewiß, daß sich in München ihre Position sehr viel leichter bewahren ließ; darum wollten sie erst die Rückkehr des Königs abwarten, die für den 17. in Aussicht stand. Trotzdem hören wir, daß bereits am 15. ihre Reise nach Versailles entschieden war.[2]) Wohl möglich, daß diese Beschleunigung ebenfalls mit dem württembergischen

sein muß". Siehe das Schreiben Marquardsens vom 15. Okt., der im übrigen „keinen Zweifel hatte, daß es gelingt, für irgendwelche Abmachung eine Zweidrittelmehrheit bei dem gegenwärtigen Landtag zusammenzubringen".

[1]) Keudell, S. 462.

[2]) Telegramm Sodens an Mittnacht vom 15. Oktober.

Vorgehen in Verbindung ſtand: denn von Stuttgart aus war in München direkt der Wunſch ausgeſprochen worden, daß die Bayern die weiteren Verhandlungen ebenfalls in Verſailles führten. In der Beſorgnis, die Württemberger im Stich und mit Bismarck allein zu laſſen, mag daraufhin auf telegraphiſchem Wege die Zuſtimmung des Königs eingeholt worden ſein. Zu Bevollmächtigten wurden augenſcheinlich noch vor des Königs Rückkehr Bray und Prandh beſtimmt, zu denen dann noch nachträglich auf den ſpeziellen Wunſch Delbrücks [1]) der Juſtizminiſter Lutz trat. —

In der Geſchichte der Einigungsverhandlungen iſt noch manches dunkel; die Darſtellung muß immer wieder mit Hypotheſen arbeiten. Aber vielleicht kein Dunkel iſt bedauerlicher als das, das über Bismarcks Taktik im Angeſicht der Verſailler Verhandlungen liegt. Wir wiſſen, daß er den Plan der Fürſtenzuſammenkunft immer weiter verfolgte, noch dann, als die Württemberger bereits ihr Erſcheinen in Verſailles in Ausſicht geſtellt hatten, ja noch ſpäter[2]). Es geht daraus hervor, daß die Verſailler Verhandlungen ihm nur die Grundlage für die Beſchlüſſe der Fürſten liefern ſollten. Wieviel großartiger mußte der Eindruck der deutſchen Einigung ſein, wenn ſie nicht als das Werk langwieriger diplomatiſcher Verhandlungen erſchien! Uns iſt ferner bekannt,

[1]) Vgl. deſſen Schreiben an Lasker vom 18. Oktober.

[2]) Vgl. die Einträge in die Tagebücher Buſchs vom 11. Oktober (S. 286), Abekens vom 14. (S. 428), Bismarcks Bemerkungen zu Frieſen am 30. Oktober (deſſen Erinnerungen III, S. 157). Vgl. ferner das Schreiben des Kronprinzen vom 21. Oktober an Prinz Friedrich Karl (Deutſche Revue XXXV, 4, S. 131, Wolfgang Förſter, Prinz Friedrich Karl von Preußen, Bd. II, Stuttgart, Leipzig und Berlin 1910, S. 313). In dem Schreiben Bismarcks an ſeine Frau vom 21. Oktober heißt es: die Miniſter der ſüddeutſchen Staaten kämen, um das neue 1000jährige Reich zu „beraten" (nicht zu beſchließen).

daß er die Einigung schnell zustande bringen wollte. Darum wich er einmal von seiner Haltung ab und gebrauchte die nationalliberale Presse, um vor allem auf Bayern einen gewissen Druck auszuüben. Darum rief er zu seiner Unterstützung Lothar Bucher herbei und schließlich auch den sächsischen Minister v. Friesen.[1]) Aus diesem Gesichtspunkt wird man es zu verstehen haben, wenn er zu den Münchener Verbündeten auch die Badener und die Hessen nach Versailles zitierte, statt die Verhandlungen mit ihnen in Deutschland zu führen, wo sie rasch zu Ende geführt werden konnten. Und gewiß hängt damit zusammen, daß er sich mit dem Gedanken an die Berufung des Reichstags auf französischen Boden befreundete.[2]) Vielleicht erklärt gerade die Ungeduld, mit der er die Einigung herbeisehnte, die Nervosität, die alle Welt vor dem Eintreffen der süddeutschen Minister an ihm bemerkte: denn war die Einigung gemacht, dann waren Legionen der „Quälgeister" verbannt, denen er zu entfliehen suchte, ohne ihnen entfliehen zu können.

Aber über allem anderen liegt noch das Dunkel. Zu den Bevollmächtigten der Südstaaten lud Bismarck auch die Führer der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Partei, Blanckenburg, Friedenthal und Bennigsen nach Versailles ein. Geschah das, wie Bennigsen gelegentlich erwähnte, lediglich zur Besprechung

[1]) Diese Einladung erfolgte in demselben Augenblick, in dem König Johann eine Bitte um Herbeiziehung Sachsens aussprach (Johann Georg, Herzog zu Sachsen, Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. von Preußen. Leipzig 1911, S. 467, — Dankschreiben des Königs vom 24. Oktober 1870: König Wilhelm sei seinem Wunsche zuvorgekommen).

[2]) Bismarcks Brief an seine Gemahlin vom 28.—29. Oktober, Busch, Tagebuchblätter, I, S. 331 und 351, des Kronprinzen Tagebuch, Eintrag zum 1. und 3. November.

von Abänderungen der norddeutschen Verfassung, oder hatte nicht Bray recht, da er vermutete, daß sie als Beweisstücke dafür paradieren sollten, daß Bismarck über eine bestimmte Linie des Entgegenkommens nicht hinausgehen könne? [1]) Waren ferner Baden und Hessen nur aus dem angeführten Grunde nach Versailles zitiert, oder sollten auch sie Bismarcks Position verstärken helfen, den Münchener Verbündeten den Beweis erbringen, daß ihre Position unhaltbar sei? Jedenfalls bemerkt Mittnacht noch in seinen Erinnerungen, daß er sich die Versailler Verhandlungen anders, ohne Baden, nur als Fortsetzung der Münchener Besprechungen gedacht habe.[2]) Daß Bismarck von vornherein mit jedem Staate einzeln verhandeln wollte, wie man wohl behauptet hat, ist trotz jener Aufzeichnungen Suckows vom 18. September[3]) unzweifelhaft nicht richtig; wenn die Verhandlungen schließlich so zu Ende geführt wurden, so ergab sich das mit zwingender Notwendigkeit aus den Verhandlungen selbst. Ebensowenig läßt sich auch das andere mit Sicherheit feststellen, daß er gleich den Nationalliberalen bestrebt war, Bayern von Württemberg zu trennen, es zu isolieren, um es dann um so leichter fassen zu können. Die württembergischen wie die bayerischen Minister hatten zunächst Sonderbesprechungen mit den Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes. Aber ob dem wirklich taktische Erwägungen zugrunde lagen?

Im Übrigen hat, was Bismarck am 4. November Bray schrieb, daß er nämlich „den gleichzeitigen Abschluß mit sämtlichen süddeutschen Staaten" lebhaft gewünscht habe, viel sachliche Wahrscheinlichkeit für sich. Blieb ihm doch nur dann, wenn er mit allen vier

[1]) Oncken, Bennigsen II, S. 191 (Schreiben an seine Gemahlin vom 22. Oktober). Bray, Denkwürdigkeiten S. 174.

[2]) Rückblicke S. 113.

[3]) S. oben S. 168 und 143, Anm. 3.

süddeutschen Staaten zugleich abschloß, erspart, sich mit Österreich in Verbindung zu setzen, das nach dem Prager Frieden ein Recht hatte, in das Einigungswerk hineinzureden, wenn nur einzelne Staaten dem Norden beitraten[1]). Und ferner: selbst wenn er ahnte, wofür wir keine Zeugnisse besitzen, daß Bayern die Münchener Verhandlungsgrundlage gar nicht ernstlich angenommen hatte, durfte er nicht sogar in diesem Falle von gemeinsamen Verhandlungen für die künftige Stellung Bayerns sehr viel mehr erwarten als von getrennten, wo Bayern nur dem Norddeutschen Bunde gegenüberstand? Wieviel wertvoller war es zudem für die deutsche Zukunft, wenn die Einigung so zustande kam, wieviel fester wurde dann das Band von vornherein! —

Die Württemberger waren die ersten, die in Versailles eintrafen, am 22. Oktober. Als Mittnacht hörte, daß die bayerischen Minister schon am 20. von München abreisen wollten statt später, hatte er, nach Suckows Bericht, in einem Anflug von Bestürzung, den Termin zur eigenen Abreise trotz einiger innerpolitischer Bedenken früher wie beabsichtigt, auf den 19. angesetzt: „wir müssen um alles noch vor den Bayern reisen".[2]) Offenbar lag Mittnacht daran, in Versailles nicht geradezu im bayerischen Schlepptau zu erscheinen und ein Zusammentreffen mit den Bayern vor Versailles zu vermeiden. Andererseits gingen die beiden württembergischen Minister auch den badischen Bevollmächtigten aus dem Wege, als sie sie zufällig auf der Reise trafen.[3])

---

[1]) Auf diesem Rechte hatte es zwischen 1866 und 1870 mehrmals bestanden, und Bismarck hatte es anerkannt.

[2]) Suckow, S. 173. Mittnacht hat hierzu nichts bemerkt, obwohl ihm Suckows Rückschau bekannt war und er zu ihren Behauptungen sonst Stellung nahm.

[3]) Baumgarten-Jolly, S. 179 (Brief Jollys vom 23. Oktober): „unter gegenseitiger Ignorierung".

Die Bayern, Bray, Prankh und Lutz erreichten das Hauptquartier am 23., an demselben Tage wie die Badener Jolly und Freydorf, die Hessen, Herr v. Dalwigk mit dem Berliner Gesandten, Geheimen Legationsrat Hofmann, erst am 26.

Sofort, nachdem die notwendigen Besuche erledigt waren, begannen die Verhandlungen, zunächst in der Weise, daß Delbrück mit den entsprechenden Bevollmächtigten der einzelnen Staaten, jedem einzeln, die Verfassungsfragen, und Roon ebenso die militärischen Fragen durchging. Bismarck hielt sich zuvörderst zurück; sein Anteil an den Einigungsverhandlungen bestand in den ersten Tagen in unverbindlichen Besprechungen mit der Gesamtheit der Bevollmächtigten eines jeden Staates, wobei es bemerkenswert ist, daß er die Bayern resp. Bray bis zum 26. Oktober tagtäglich zu Konferenzen sah, während die Württemberger wie die Badener nur je einmal (am 23. und am 28. Oktober) Gelegenheit dazu hatten. Da die Württemberger nach Suckows Bericht auch hier als die Grundlage der Verhandlungen die Verfassung des Norddeutschen Bundes bezeichneten, „unter Erweiterung zum Deutschen Bunde und mit verfassungsmäßigen Privilegien für die einzelnen Staaten“[1]), so lag Bismarcks Aufgabe ja in der Tat darin, den Standpunkt der Bayern recht genau zu studieren und Brays Ziele erst einmal genau kennen zu lernen.

Die Verhandlungen mit Delbrück und Roon hatten, wie Bismarck am 23. den Württembergern und übereinstimmend noch am 30. dem eben eingetroffenen Friesen

---

[1]) Mittnacht, Rückblicke, S. 112, spricht davon nicht. Nach ihm war das Bemerkenswerteste an dieser Konferenz, daß Bismarck „wiederholt den Standpunkt Preußens betonte, auf die Entschließungen der süddeutschen Staaten keinen Druck zu üben und ihnen den Eintritt in einen Deutschen Bund nach Möglichkeit zu erleichtern“.

erklärte[1]), den Charakter von „Vorverhandlungen", es handelte sich dabei nach dem Ausdruck Bismarcks seiner Frau gegenüber um die „Beratung" der Einigung: ehe etwas weiteres geschah, brauchte man ja eine sehr viel präzisere Kenntnis der Einzelwünsche, als man sie bis dahin besaß. Das schloß nicht aus, daß schon diese Besprechungen bis nahe an den Abschluß gelangten. In der Tat glaubte Delbrück Bismarck bereits am 30. von den günstigsten Resultaten gegenüber Hessen, Baden und auch Württemberg berichten zu können[2]); Hessen verlange nur noch einige an sich ziemlich unbedeutende Zugeständnisse zunächst in finanzieller Beziehung, Zugeständnisse, die ohne Bedenken gewährt werden könnten, Baden sei zu bedingungslosem Beitritt bereit und werde ihn auch vollziehen, wenn eine Militärkonvention nach Analogie der preußisch-sächsischen, wie es sie wünsche, nicht zustande käme, und Württemberg schließlich habe seinen Standpunkt seit München derart gewechselt, daß bei einem Entgegenkommen in einigen Nebenpunkten der Verfassung und nach Abschluß einer der preußisch-sächsischen ähnlichen Militärkonvention auch sein Beitritt sicher zu erwarten stehe. Wenn es nach Delbrück gegangen wäre — er hat uns über seine Absichten in

[1]) Mittnacht, Rückblicke, S. 113, Friesen, Erinnerungen, III, S. 157. Die Angaben Freydorfs (bei Lorenz, S. 349, Brandenburg, Heft II, Nr. 94, S. 5) lassen sich damit vereinigen, sind jedenfalls keine Instanz dagegen. Wenn Friesen in seinem Bericht über den Vortrag Delbrücks vor Bismarck und ihm am 30. Oktober bemerkt, daß „eine Gesamtverhandlung mit den süddeutschen Staaten auch für die Zukunft nicht beabsichtigt war, daß vielmehr mit jedem einzelnen Staate besonders verhandelt und nach Befinden abgeschlossen werden sollte" (Erinnerungen, III, S. 158), so stammen diese Worte wohl kaum aus dem Vortrage Delbrücks, sondern stellen das Ergebnis einer Anfrage Friesens bei Bismarck vor, der nach alsbald zu erwähnenden Ereignissen seinen Plan geändert hatte.

[2]) Nach dem Berichte Friesens, der der Berichterstattung beiwohnte, an seinen König vom 31. Oktober.

einem ausführlichen Schreiben an Lasker vom 7.—9. November unterrichtet[1]) —, dann hätte man ohne Rücksicht auf irgendwen die Besprechungen bis zu einem definitiven Resultat fortgesetzt. Delbrück hatte bereits, „um sich die Lage klar zu machen", einen bezüglichen Vertrag mit Württemberg entworfen; nach Analogie dieses Vertrages sollten Verträge auch mit den anderen süddeutschen Staaten abgeschlossen werden. Unzweifelhaft war das der Weg, der der staatsrechtlichen Gestaltung Deutschlands entsprach, der ferner auch am raschesten zum Ziel führte. Aber, ganz abgesehen davon, ob er z. B. den Wünschen eines Mittnacht wirklich entsprach, war es der Weg Bismarcks? — Warum hatte Bismarck jene Verhandlungen als Vorverhandlungen bezeichnet, ihnen nur das Ziel gesteckt, die Einigung zu beraten, nicht zu beschließen?

Wenn man an Bismarcks Plan der Fürstenzusammenkunft denkt, so unterliegt keinem Zweifel, daß er in erster Linie beabsichtigte, das Resultat der Besprechungen den Fürsten vorzulegen, und es erst von ihnen gutheißen, die Einigung auch äußerlich als einen Akt ihrer Nachgiebigkeit gegen die Nation erscheinen zu lassen. Aber war jenes Wort nur im Hinblick auf diese Fürstenzusammenkunft gedacht oder hatte es nicht noch einen anderen Sinn? Noch hatte von den Königen nur der sächsische sein Erscheinen in Versailles zugesagt; der württembergische wollte, so hatte er nach Versailles melden lassen, erscheinen erst dann, wenn die Grundlagen der neuen Bundesverfassung festgesetzt seien; auf den König von Bayern suchten zwar seine Minister in dem Sinne Bismarcks einzuwirken, aber niemand wußte zu sagen, ob die vereinten Bemühungen ein Erfolg krönen

[1]) Dies Schreiben, zum erstenmal von Erich Brandenburg in der Lenz-Festschrift veröffentlicht, bei Brandenburg II, Nr. 132, S. 58.

werde. Angesichts dieser Ungewißheit ist es mehr als wahrscheinlich, daß Bismarck sich nicht auf diesen einen Weg festgelegt hatte, daß er von vornherein auch mit den Ministern fest abzuschließen bereit war, wenn sie die Genehmigung ihrer Souveräne dazu mitbrachten; hier berührte sich also, was Delbrück beabsichtigte, mit seinen eigenen Plänen. Aber darum sollte der Abschluß doch nicht in der Weise Delbrücks verzettelt werden, er sollte vielmehr, wie es in jenem schon erwähnten Schreiben an Bray vom 4. November heißt, so erfolgen, daß ihn sämtliche süddeutsche Staaten zu gleicher Zeit vollzogen. Das war ein Wunsch, der nicht einer Marotte der politischen Ästhetik entsprang, er war auch nicht eine Forderung staatsmännischen Denkens — die Erwägung, daß der Delbrückschе Weg „den Vertragscharakter viel zu sehr in den Vordergrund und den Verfassungscharakter viel zu sehr in den Hintergrund brachte", die Erwägung, die Delbrück schließlich Bismarck zuzustimmen veranlaßte[1]), wird Bismarck nicht gekommen sein. Einen solchen Weg verlangte vielmehr einmal der Eindruck, den nach Bismarcks Wunsch die Einigung in der Welt hervorrufen sollte, und ihn erheischte schließlich und am zwingendsten die Tatsache, daß sich in der deutschen Welt Forderungen angemeldet hatten, die berücksichtigt sein wollten, und die der Einzelstaat zu entscheiden gar nicht in der Lage war.

Denn um das Maß der Schwierigkeiten voll zu machen, die sich der Lösung der deutschen Frage 1870 entgegentürmten, so war man damals in den weitesten Kreisen Norddeutschlands der Überzeugung, daß der Augenblick der Einigung des gesamten Deutschland die beste und die letzte Gelegenheit biete, um Änderungen an der Verfassung des Norddeutschen Bundes vorzu-

[1]) Vgl. sein Schreiben vom 7.—9. November.

nehmen; jetzt wo ein Bau für eine weite Zukunft aufgeführt werden solle, müsse alles geschehen, um ihn so dauerhaft wie möglich zu gestalten. Es handelte sich im wesentlichen um dreierlei, um eine Umgestaltung des Artikels 78 der Verfassung, der den Weg für Änderungen an ihr vorschrieb, um die Bildung eines Oberhauses oder Staatenhauses, der an die Stelle des Bundesrates treten könnte, schließlich um die Einführung von Bundesministerien. Soweit die Anregungen hierzu von unberufener Seite kamen, lehnte sie Bismarck ab; denn, wie er in einem Schreiben an Herzog Ernst vom 12. Oktober bemerkte, sei er sich „der Gefahren, welche dieselben für das Gelingen der übrigen Gestaltungen haben würden", zu sehr bewußt; nach seiner Überzeugung wären sie „den in gutem Fortschritt begriffenen Werke absolut hinderlich". Aber Anregungen derart kamen auch von anderer Seite. An dem Gedanken eines Oberhauses hielten z. B. der Kronprinz und der Großherzog von Baden nach wie vor fest[1]). In bezug darauf wie in bezug auf Einrichtung von Bundesministerien und namentlich auf Abänderung des Artikels 78 brachte ferner unter Zustimmung seines Königs der Freiherr von Friesen unterm 28. September eine Denkschrift zu Papier, die er dann Bismarck übermitteln ließ.[2]) Friesen gab darin der Überzeugung Ausdruck, daß der Artikel 78 mit seiner Bestimmung von Mehrheitsbeschlüssen in bezug auf die Verfassung dem Vertrags-, dem Föderativcharakter des Bundes zu wenig

[1]) Ebenso der Großherzog Peter von Oldenburg, der im Oktober seinen Regierungsrat Günther Jansen mit einer Broschüre darüber beauftragte, die dann post festum unter dem Titel „Die Revision der norddeutschen Bundesverfassung und die Oberhausfrage" in Frankfurt a. M. 1870 erschien.

[2]) Diese Denkschrift zum erstenmal von Friesen mitgeteilt (III, S. 141—147).

entspreche und den einzelnen Staat in seinen verbrieften Rechten bedrohe. Auch hier suchte der Bundeskanzler abzuwehren. Gegen die Umwandlung des Artikels 78 konnte er allerdings nichts einwenden, zumal sie seinen Wünschen selbst entgegenkam und zu erwarten stand, daß die süddeutschen Staaten darauf dringen würden. Wohl aber war das der Fall hinsichtlich der Forderungen auf Einrichtung eines Staatenhauses und von Reichsministerien: Bismarck wird es dankbar empfunden haben, daß in der sächsischen Denkschrift diese Fragen nicht mit dem Nachdruck behandelt waren, der eine Lösung im Augenblicke heischte; denn über dem Interesse an diesen Dingen stand ja jedem Angehörigen des Norddeutschen Bundes das Interesse an der Gründung des Reiches selbst, die dadurch gewiß nicht aufgehalten werden sollte.[1]) Aber ganz anders lag die Sache, wenn auch die Süddeutschen Wünsche nach dieser Richtung äußerten; dann konnte sich der Bundeskanzler einer Beratung derselben nicht entziehen.[2]) Und auch von dieser Seite kamen sie! Nun wollte es gewiß nicht viel besagen, wenn das von badischer Seite aus geschah: denn auch hier war der Wille zur Einigung stärker als

[1]) Unter diesen Gesichtspunkten wird der Eintrag in des Kronprinzen Tagebuch vom 22. Oktober: „Bismarck ist gegen ein Oberhaus" zu verstehen sein, ein Eintrag, der im Widerspruch zu stehen scheint mit dem vom 27. Oktober: Bismarck sagt, er sei prinzipiell nicht gegen Oberhaus und Reichsminister und wolle später seine Teilnahme nicht versagen. — Wie Lasker am 6. Oktober von Delbrück berichtete, hielt dieser „eine erste Kammer oder Staatenhaus nicht für konstruierbar, und den Gedanken weder für praktisch noch gefährlich, weil ohne Aussicht".

[2]) In dem Schreiben Laskers vom 6. Oktober heißt es in Fortsetzung der in der vorigen Anmerkung zitierten Worte: das verantwortliche Ministerium ist unsere Regierung einzuräumen bereit, und wenn der Süden darauf Gewicht legt, so würde die dortherkommende Anregung als doppelter Gewinn erscheinen; verhandelt ist darüber noch nicht in München.

alles andere. Auch Heſſen erforderte nicht allzuviel Berückſichtigung, denn trat Baden in den Norddeutſchen Bund, ſo mußte Heſſen ihm folgen, ob es wollte oder nicht. Immerhin konnte man nicht überſehen, daß der Miniſter Freiherr v. Dalwigk für Oberhaus und Reichsminiſter lebhaft eintrat und dafür Anhänger zu werben ſuchte. Hieß es ſich nicht daraufhin mit dem Gedanken an eine Beratung dieſer Anträge abfinden? Und was war dann beſſer, die Beratung mit jedem einzelnen oder die Beratung mit allen zuſammen? Wir wiſſen aus des Kronprinzen Tagebuch (Eintrag vom 25. Oktober), daß bereits am 24. Oktober auch zwiſchen Bray und Bismarck die Oberhausfrage zur Erörterung gelangte: Bray „erklärte ein Oberhaus, in welchem die Könige mit Grafen und Herren auf einer Bank ſitzen, für unmöglich, ſo daß über dieſe Frage allein der Kaiſer und die Einigung ins Stocken geraten würden"; Bray nahm damit die Stellung, die man von ſeiten Bayerns von vornherein hatte erwarten dürfen.[1]) Wie geſagt, wäre dieſe Frage, von jedem Staat einzeln löſen zu laſſen, ſchon ein ſehr umſtändliches Verfahren geweſen; nun da Bayern ſich ſo ſtellte, verſprach da nicht gerade eine gemeinſame Verhandlung, abgeſehen von allem andern, eine Beſchleunigung wenigſtens in dieſer einen Richtung?[2])

[1]) Denn bei dem Gefühl König Ludwigs für ſeine Würde und bei der Entſtehungsgeſchichte des bayeriſchen Staates, der ſich bekanntlich ehemals reichsunmittelbares Gebiet in Maſſen einverleibt hatte, mußte ein Oberhaus der Art ein unerträglicher Gedanke ſein. Seine Ausführung konnte die Auflöſung des feſten Staatsgefüges zur Folge haben.

[2]) Um die Freunde des Oberhausgedankens zum Einlenken zu bewegen, bemerkte Bismarck wohl (ſ. den Eintrag in des Kronprinzen Tagebuch vom 27. Oktober), „er ſei prinzipiell nicht gegen Oberhaus und Reichsminiſter und wolle ſpäter ſeine Teilnahme nicht verſagen".

Indessen, zu solchen gemeinsamen Verhandlungen zwischen allen Verbündeten ist es nicht gekommen. Die Voraussetzung für diesen Plan war, daß Bayern die Münchener Verhandlungsgrundlage ganz so angenommen hatte, wie es sich Delbrück dachte. Aber diese Voraussetzung erwies sich als falsch. Während die Besprechungen mit den anderen Staaten die erwünschtesten Resultate zeitigten, zeigte sich, daß Delbrücks Auffassung von seinen Münchener Erfolgen, die zu ihm den Anlaß gegeben hatte, eine irrige gewesen war, daß sich die Einigung mindestens nicht so rasch, wenn überhaupt in dem gedachten Sinne durchführen lasse.

Die Verhandlungen mit Bayern führten zu gleicher Zeit Delbrück mit Lutz und Bismarck mit Bray.

Schon die Verhandlungen mit Lutz waren wenig befriedigend. Wir erinnern uns, daß Delbrück gerade ihn, den Justizminister, zu Bray und Prandt als 3. Bevollmächtigten hinzu erbeten hatte; mit Bray und Prandt war er in München nicht vorangekommen; so hoffte er augenscheinlich in Lutz eine Stütze zu finden, wie er sie brauchte, obwohl Lutz auf seinem eigensten Gebiet in München genau so gut Konzessionen abgewehrt hatte wie die anderen[1]). Wenn er diese Erwartung hegte, so hatte er sich jedoch gröblich getäuscht. Schon gleich von der ersten Unterredung, am 26. Oktober, erhielt er den Eindruck, wie er Lasker noch am selben Tage schrieb, daß sich die Auffassung der Bayern seit seiner Anwesenheit in München nur in Nebendingen geändert habe; „in allen Hauptsachen ist sie die alte, und der Hauptsachen, an welchen die Verhandlung scheitern muß — Verneinung der völkerrechtlichen Vertretung durch das

[1]) Lutz besaß, nach Hohenlohe II S. 12, einen maßgebenden Einfluß auf den Kabinettsrat Eisenhart, zudem war er ein Mann von Ehrgeiz! Vgl. auch Laskers Schreiben an Delbrück vom 1. November.

Präsidium, selbständiges Militärbudget, Veto gegen Kompetenzerweiterungen usw. usw. —, gibt es die Fülle. Nachdem ich heute mehr als vier Stunden mit Herrn v. Lutz konferiert habe, würde ich jede Aussicht auf Erfolg aufgeben, wenn ich nicht an Geduld in deutschen Verhandlungen gewöhnt wäre. Immerhin ist es mir heute wahrscheinlicher, daß wir uns nicht verständigen, als daß etwas zustande kommt." Indessen war Delbrück Optimist genug, an einen guten Ausgang zu glauben; er meinte, „die bayerischen Herren hätten sich durch seine Einladung nach München und durch ihr Erscheinen in Versailles auf eine schiefe Ebene begeben", „sie nähmen nur allen denkbaren Ballast ein, um den Reibungswiderstand gegen das Hinabgleiten zu verstärken". Ja, obwohl Lutz auch nach dem 26. Oktober nicht einmal in seinem eigenen Ressort ein Entgegenkommen über die im Münchener Protokoll festgelegten Besprechungen hinaus bewies, geschweige denn in anderen Punkten, glaubte er sagen zu dürfen, daß Lutz noch immer auf dem Standpunkt stünde, auf den die Besprechungen in München hinübergeleitet waren.[1]) Hatte sich doch Lutz[2]) auch hier mit Delbrücks Methode einverstanden erklärt, eine Verfassung für den „Deutschen Bund" festzustellen, „welche zum größten Teil die Norddeutsche Verfassung wörtlich wiederzugeben und die infolge des Eintritts der Süddeutschen Staaten erforderlichen Änderungen an den geeigneten Stellen zu enthalten hätte"! Delbrück bewegte sich noch immer in dem Irrtum, daß mit der Annahme einer Methode, die in jedem Falle förderlich war, auch das Ziel angenommen sei, daß Deutscher Bund und Deutscher Bund immer denselben Begriff darstellten.

---

[1]) Nach dem Berichte Friesens an seinen König vom 31. Oktober.
[2]) Nach Delbrücks Schreiben vom 7.—9. November.

Sehr viel deutlicher trat die bayerische Position heraus bei den Besprechungen zwischen Bismarck und Bray.[1]) Ja Bismarck äußerte sich wohl geradezu aufgebracht darüber, daß Bayern nicht wie jeder andere süddeutsche Staat „neben dem Kriegsminister nur einen Kommissar geschickt habe, der für den ganzen Staat nach allen Richtungen zu verhandeln berechtigt sei", daß man dadurch in die Irre geführt werde.[2]) Aus den Aufzeichnungen, die wir über jene Besprechungen besitzen, — den kurzen, knappen Berichten Brays nach München und gelegentlichen Notizen namentlich aus Friesens Feder —, geht nun das mit zweifelloser Bestimmtheit hervor, daß die Bayern auch jetzt noch gehalten waren[3]), mit dem Norddeutschen Bunde nur einen weiteren Bund abzuschließen, auch einen Deutschen Bund, aber einen Bund, der mindestens den süddeutschen Königreichen reichliche Bewegungsfreiheit ließ. Der Norddeutsche Bund sollte so bleiben wie er war — eben darum konnte man sich ohne Bedenken mit seiner Verfassung als der Grundlage für die Verhandlungen abgeben; gewiß hatte Bayern nichts dagegen einzuwenden, daß auch Baden und Hessen ihm beitraten, wenn ihr Sinn danach stand. Aber Bayern und Württemberg sollte die Selbständigkeit des Heeres im Frieden, ein Anteil an der diplomatischen Vertretung

---

[1]) Daß Brays und Lutz' Position im letzten Grunde nicht verschieden war, wie Brandenburg, Eintritt der süddeutschen Staaten meint, geht schon daraus hervor, daß Bray über die Verhandlungen von Lutz zu berichten hatte, und daß er nie eine Differenz zwischen Lutz und ihm erwähnt.

[2]) Friesen, III, S. 163.

[3]) Alle Bayern, nicht nur Bray. Brandenburgs Ausführungen, wonach „keine genauere, alle bindende Instruktion" vorhanden gewesen sei, sind innerlich unwahrscheinlich und unhaltbar. S. auch folgende Anmerkung.

des Bundes gewahrt bleiben[1]); ſelbſt dem alle verbindenden Parlament und Bundesrat wollte Bayern, wie aus Brays Bericht vom 28. Oktober erhellt, weniger Kompetenzen beilegen, als ihm norddeutſcherſeits zugedacht waren. Es war alſo nicht mehr genau das, was während der Anweſenheit Delbrücks in München von den Bayern behauptet war; ſie hatten jetzt ihren Standpunkt an dem des übrigen Deutſchland zu orientieren verſucht, ſie dachten nicht mehr allein an ſich, ſondern hatten auch bedacht, wie das Los der anderen ausfallen könne. Nur glaubten ſie, auch in dem geeinten Deutſchland eine Fülle von Rechten behalten zu können.

Vor allem aber waren ſie gewillt, bei dieſer Gelegenheit Kaiſer und Reich zu ſchaffen.

Schon gleich in der zweiten Unterredung, die zwiſchen Bray und Bismarck ſtattfand, am 24. Oktober, kam die Kaiſerfrage zur Sprache. Mit den Mitteln, die uns heute zu Gebote ſtehen, iſt nun die Frage nicht zu beantworten, wer ſie zur Erörterung brachte, Bray oder Bismarck. Nach einem Bericht Brays vom ſelben Tage an ſeinen Stellvertreter, der dieſe Frage allerdings nicht ausdrücklich berührt, gewinnt es den Anſchein, daß Bismarck ſelbſt die Initiative ergriff. „Aus Graf Bismarcks Äußerungen geht deutlich hervor — ſo heißt es hier —, daß die Abſicht, dem neuen Bunde den Namen Reich, deſſen Präſidenten den Titel Kaiſer zu geben, hier mit entſchiedener Vorliebe behandelt wird. Der Kanzler ſagte mir, er habe im Jahre 1866 [2]) dieſen

[1]) Die gemeinſame Operation mit den Württembergiſchen Bevollmächtigten war nach Lutz' Erklärung zu Frieſen vom 31. Oktober (Frieſen, III, S. 171) ein Punkt der Inſtruktion der bayeriſchen Miniſter: „die" Miniſter ſeien dazu „beſtimmteſt inſtruiert".

[2]) Erinnerung an die Ablehnung der Anregungen, die von der Partei der Großherzöge 1866 kamen.

Bezeichnungen keinen Wert beigelegt. Jetzt sei er zur Überzeugung gelangt, daß man in diesen Worten viel Tatsächliches der öffentlichen Meinung und dem Reichstage annehmbar machen könne, was es sonst nicht wäre". Eine zuwartende Stellung Brays würde auch der Instruktion entsprochen haben, die wie Lutz Friesen versicherte[1]), bestimmt hatte, „die Kaiseridee nicht anzuregen, sondern an sich kommen zu lassen und dann darüber zu berichten". Auf der anderen Seite aber hören wir aus des Kronprinzen Tagebuch (Eintrag vom 25. Oktober), daß Bray umgekehrt Bismarck auf die Kaiserwürde angeredet habe, eine Notiz, die Friesen in seinen Erinnerungen insofern bestätigt, als er, Lutz gegenüber, von einem „Angebot" des Kaisertitels durch Bray „sofort beim Beginn der Verhandlungen" gesprochen haben will.[2]) Und dann ist zu bemerken, daß Äußerungen, wie sie Bray von Bismarck wiedergab, zumal wenn sie ohne Anregung von der anderen Seite erfolgten, eine Aufforderung zum Handeln und Feilschen mit diesem nach Bismarcks Ausdruck mit besonderer Vorliebe behandelten Kaisertitel enthielten, die Bismarck bei aller Neigung, Bayern den Beitritt zu erleichtern, nicht gewollt haben kann[3]). Wie gesagt, die Frage läßt sich nicht entscheiden.

[1]) Friesen, III, S. 171, 206.

[2]) A. a. O. Nach der Bemerkung auf S. 206, Bray habe gleich in seinem ersten „Schreiben" an Bismarck die Annahme des Kaisertitels in Vorschlag gebracht, könnte man allerdings meinen, daß das nicht vor dem 30. Oktober (Brays Propositionen) geschehen sei. Vgl. dazu auch Brays Darstellung gegenüber Mittnacht am 4. November (in dessen Schreiben vom selben Tage an das Württembergische Ministerium), wonach er tatsächlich erst in diesem Schreiben „von Kaiser und Reich geredet habe, nachdem Graf Bismarck in seiner ersten Unterredung mit Bray die Kaiserwürde sehr nachdrücklich betont hatte".

[3]) Für Bismarcks Initiative könnte allerdings noch die von Lorenz S. 400 überlieferte Äußerung Bismarcks aus dem Frühjahr sprechen, daß Süddeutschland nur unter den Auspizien des Kaisertums dem Norden sich anschließen werde.

Auf jeden Fall aber ist es bedeutsam, daß der Kaiserfrage schon in diesem Stadium der Verhandlungen Erwähnung geschah. Bei Bray verdichtete sich infolge der Art und Weise dieser Erörterung die Überzeugung, „daß auch Preußen vieles konzedieren würde, wenn ihm in diesem Punkte entsprochen werde". Da Bismarck bemerkte, daß die Verleihung des Titels nur von den Fürsten wünschenswert sei, „und an deren Spitze vom Könige von Bayern, weniger vom Reichstage", so meinte er den „Schwerpunkt der Situation" erkannt zu haben und den Preis, „um welchen Konzessionen reellerer Art erlangt werden könnten".

So ergab sich für ihn sofort eine Taktik, die Erfolge versprach. Es war vielleicht schon an jenem 24. Oktober, an dem Bismarck sich über die Kaiserfrage erging, daß er seines Königs Bereitwilligkeit durchblicken ließ, Anträge der gewünschten Art zu stellen. Denn eben darin bestand seine Taktik, für dies Zugeständnis Zugeständnisse von der anderen Seite zu erhalten. Seit München wußte er, wie man sich auf preußischer Seite die Einigung dachte; sollte sie trotzdem im Sinne der bayerischen Regierung erfolgen, so konnte das nur in dieser Weise geschehen; keine Konzession aber erschien wertvoller und zugleich wertloser als die in der Kaiserfrage. Das Volk verlangte jetzt wie früher nach einem Kaiser; Delbrück hatte bereits im September aus München den Eindruck heimgebracht, daß „die Annahme des Kaisertitels im Süden populär sei, vielleicht den Anschluß auch bei den Regierungen und Souveränen erleichtert"[1]); dem Wunsche, dem Sehnen des Volkes hätte also die bayerische Regierung damit ein Genüge getan. Und doch ließ sich vielleicht dabei, bei klugem

[1]) Nach der Mitteilung Laskers an Forckenbeck und Bennigsen vom 6. Oktober.

Vorgehen, die Selbständigkeit der Regierungen in einem Maße behaupten, wie man sie sich nur wünschen konnte! Tatsächlich schien auch ein Erfolg zu lächeln: nach seinem Bericht vom 28. Oktober an den König durfte Bray damals einen Entwurf von seiten des Bundeskanzleramtes erwarten, der dessen Ansichten über Bayerns Stellung im neuen Deutschland wiedergeben sollte.

Indessen, sollte Bismarck wirklich dieser Taktik Brays folgen? Für ihn und die Nation bedeutete die Kaiserfrage ja mehr als für den kühlen Diplomaten, dem Bayerns Geschick anvertraut war. Durfte er mit ihr ein Schachergeschäft treiben? Hätte er es getan, kein Zweifel, daß er bei der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes das ganze Einigungswerk diskreditiert hätte. War der Beitritt Bayerns dafür ein zureichendes Äquivalent? Vielleicht war es auch gar nicht er gewesen, sondern Delbrück, der solchen Entwurf zugesagt hatte. Genug, der Entwurf kam nicht. Bray mußte warten und warten; es bildete sich bei ihm die Überzeugung, daß Bayern als der leckerste Bissen, als der beste Brocken bis zuletzt aufgehoben werden solle.[1])

In dieser Stimmung war es, daß sich bei Bray eine völlige Umwandlung vollzog, daß die Umgebung auf ihn zu wirken begann.

Schon der Bericht an den König vom 28. Oktober verrät etwas von der Unruhe, die ihn hier innerlichst ergriffen hatte. Baden, Hessen „und schließlich auch Württemberg" sah er bereit, in den Norddeutschen Bund mit ganz geringen Vorbehalten einzutreten. Sein Bericht notiert allerdings nur gerade diese Tatsache, wie er es denn überhaupt liebte, möglichst gehalten und kurz zu berichten, gleichgültig aber war sie ihm nicht,

[1]) Schreiben an seine Gemahlin vom 31. Oktober.

wie aus seinem Telegramm vom 31. Oktober hervorgeht: Württemberg hat sich von uns ganz getrennt und wir behaupten allein unseren Standpunkt.[1]) Denn ganz gewiß bedeutete das keine Erleichterung seiner Position, sondern eher ihre Verschlechterung. Es ist nicht richtig — schon die Daten aus seiner Politik vor Versailles beweisen es —, daß er glaubte Bayern werde isoliert ein Dasein zwischen dem übrigen Deutschland und Österreich, ohne Anschluß an Deutschland, führen können; und ließ sich nicht leichter zu zweien erreichen, was Bayern wollte? Weiter mußte er feststellen, daß niemand hier in Versailles seinem Gedanken an einen weiteren Bund beipflichtete. Von Württemberg hörte er nichts und sah er nichts, und er, der Vertreter des größten Staates im Süden, war nicht der Mann, eine Beziehung zu suchen, die ihm nicht angetragen wurde[2]). Um so leichter glaubte er, was Delbrück geschäftig zu verbreiten wußte, daß sich die Württemberger bereit erklärt hätten, auf Grund der Norddeutschen Bundesverfassung „abzuschließen", und was er ihm persönlich eben in diesen Tagen[3]) mitteilte, daß man „bis auf einige untergeordnete Punkte mit Württemberg im reinen sei". Und norddeutscherseits wurde, wie

---

[1]) Daß Bray von Anfang an Separatverhandlungen mit Bayern allein wollte, ist unbeweisbar und widersprach seiner Instruktion.

[2]) Mittnachts Rückblicke, S. 114. Vielleicht spielte dabei auch ein gewisses, durch die beschleunigte Abreise der Württemberger aus Stuttgart veranlaßtes Mißtrauen mit, das dann Delbrück zu nähren wußte. Daß Mittnacht keine Fühlung suchte, ist für die ersten Tage an sich verständlich. Ihm mochte daran liegen, erst einmal genau zu erkennen, wieweit man auf der in München eingeschlagenen Bahn kommen könne, um dann Bayern auf diesen Standpunkt hinüberzuziehen. Er hatte dann das größte Verdienst!

[3]) S. Mittnacht, Rückblicke, S. 117. In einem Schreiben vom 8. November beklagte sich Mittnacht darüber, daß Bray das „ohne weiteres" glaubte, er hätte es nicht glauben dürfen!

er am 28. Oktober berichtete, der Antrag gestellt, den Abmachungen eine Form zu geben, die „von der zu München in Vorschlag gebrachten wesentlich verschieden" war, der Antrag, „daß von der Kreierung eines weiteren Bundes Abstand genommen werde, und für alle Staaten die norddeutsche Bundesverfassung mit Einschaltung der für die neu hinzutretenden vereinbarten Ausnahmen und Änderungen maßgebend werde. Nachdem die Stellung der bayerischen Armee wesentlich verschieden wird von jener der übrigen deutschen Heeresteile, so wird vorgeschlagen, den desfallsigen Bestimmungen die Form einer Konvention oder etwa einer Verfassungsbeilage zu geben". Als vermutlichen Grund zu diesem Wechsel in der Anschauung nennt Bray neben der Bereitwilligkeit der anderen Staaten, auf solcher Grundlage abzuschließen, den Wunsch, „durch größere Vereinfachung des Verfassungsmechanismus den Wünschen der verschiedenen im norddeutschen Reichstage vertretenen Parteien gerecht zu werden"... „Wenn auch nicht zu verkennen ist, so fährt er dann fort, daß die einfachere Form einer Bundesverfassung der komplizierteren vorzuziehen ist, so kann ich mich der Bedenken doch nicht erwehren, welche das Verlassen des in München durch den Vorschlag eines engeren und weiteren Bundes eingeschlagenen Weges für die künftige Stellung Bayerns in Deutschland in mir hervorruft.... Es wird mir schwer, mir klar zu machen, wie namentlich eine Bevorzugung Bayerns bezüglich der Vertretung nach außen in einer einheitlichen Bundesakte Platz finden könnte, während dies bei der Annahme des weiteren Bundes neben dem engeren leichter durchführbar wäre."

So hatte sich also schon bei ihm die Überzeugung gebildet, daß die Position, die zu wahren ihm befohlen war, sich nicht mehr halten lasse. Noch konnten seine

Bedenken wenn überhaupt durch den in Aussicht gestellten Entwurf beschwichtigt werden. Da dieser Entwurf nicht kam, so mußten sie zu einer auf die Dauer unerträglichen Spannung führen. In solcher Lage ist zu verstehen[1]), daß Bray bereits zwei Tage nach seinem Bericht, am 30. Oktober, seinerseits Gedanken über Bayerns Stellung zu Deutschland aufgezeichnet hatte, in der Form von zwei Entwürfen, und daß er sie Bismarck übergab. Er machte damit der Situation ein Ende. Waren die Entwürfe, wie er ausdrücklich bemerkte, auch nicht von der bayerischen Regierung gebilligt, vielmehr nur Privatarbeiten des leitenden Ministers, so boten sie doch eine Grundlage dar zu Verhandlungen, man konnte danach weiter gehen: denn der leitende Minister war allein in die Intentionen des Königs eingeweiht, was er sagte, war also vollgewichtig.[2])

Den zweiten Entwurf Brays kennen wir nicht. Er legte, wie Bray seinem König schrieb, „die Verfassung des Norddeutschen Bundes zugrunde und ließ, lediglich negativ gehalten, die Abweichungen, welche in betreff Bayerns an dieser Verfassung stattfinden, als einen Anhang derselben erscheinen". Schon diese kurze Inhaltsangabe ist interessant; denn sie beweist, daß sich Bray jetzt mit dem Gedanken vertraut gemacht hatte, gleich Württemberg auf der Grundlage der Verfassung des Norddeutschen Bundes abzuschließen. Bray ging diesen Weg ganz gewiß nicht gern — wir werden davon noch zu sprechen haben; aber wenn nichts anderes übrig blieb, dann zog er ihn einer splendid isolation vor. Und unzweifelhaft war es ein Akt des Entgegenkommens, daß er einen Entwurf derart den preußischen Staatsmännern überhaupt bekanntmachte; denn gab er

[1]) Das Folgende nach Brays Bericht an König Ludwig vom 3. November 1870.

[2]) S. dazu oben S. 40.

sich ihnen damit nicht in die Hand? Zumal er betonte, daß er sich bezüglich der positiven Vorschläge, die er in dem anderen Entwurfe machte, „ohne alle und jede Vollmacht oder Ermächtigung befände, und daß hierin also ein Vorschlag der bayerischen Regierung noch keineswegs liege, viel weniger aber noch ein Anerbieten" des Königs von Bayern!

Der erste Entwurf[1]), der nach Brays Worten „die Verbindung Bayerns mit dem übrigen Deutschland durch einen selbständigen Verfassungsvertrag darstellt und in positiver Formulierung das künftige Verhältnis beider darstellt", bewegte sich im großen und ganzen in den Bahnen der Brayschen Politik, die wir kennen. Aber insofern bietet er doch etwas neues, als er der im Vergleich mit der Instruktion der Bevollmächtigten veränderten Sachlage in Versailles Rechnung trug. Denn seine Voraussetzung ist, daß die Verhandlungen mit Baden, Hessen und Württemberg so, wie sie begonnen waren, zu Ende geführt würden, daß aus diesen Verhandlungen ein Norddeutschland und jene drei Staaten umfassender „Deutscher Bund" entstünde; Bray forderte damals Bismarck geradezu auf, den Abschluß mit den anderen aus Rücksicht auf Bayern nicht zu verzögern.[2]) Diesem „Deutschen Bunde" wollte dann Bayern beitreten und zwar sollte das in der Weise geschehen, daß Bayern, „ohne Änderung seiner Verfassung und ohne Beeinträchtigung der Souveränität des Königs nach innen und außen, mit ihm ein unauflösliches, völkerrechtliches Bündnis abschlösse, mit

[1]) Nach Mittnachts Exzerpt, wobei Suckow mitgeholfen hatte, abgedruckt in Mittnachts Rückblicken, S. 115—117, und Brandenburg, Heft II, Nr. 102, S. 17—18. Vgl. dazu die Inhaltsangabe in Friesens Bericht vom 31. Oktober (bei Brandenburg a. a. O., S. 26).

[2]) Friesen, III, S. 162, Brays Schreiben an Bismarck vom 2. November.

Rückſicht auf welches ſodann der König von Preußen den Kaiſertitel annehmen ſollte.[1]) In der Vertretung Bayerns nach außenhin ſollte nichts geändert werden, nur würden infolge des abgeſchloſſenen völkerrechtlichen Bündniſſes die Geſandten des Deutſchen Bundes und Bayerns künftig nur im gemeinſchaftlichen Einverſtändniſſe beider Regierungen zu inſtruieren ſein". Dieſen Auslaſſungen Frieſens über Brays Propoſitionen iſt noch hinzuzufügen, daß Bray der Verbindung von Bayern mit dem übrigen Deutſchland den Namen „Deutſches Reich" beigelegt wiſſen wollte, ſo daß dem Kaiſer alſo ein Reich entſprach. In dieſem Reiche ſollte die Gemeinſchaft dann ferner außer durch das Parlament durch einen Reichs- oder Bundesrat zum Ausdruck kommen — Bayern in ihm mit 8 ſtatt mit 6 Stimmen vertreten —, in dem Bayern den Vorſitz führte[2]), und weiter durch ein Staatenhaus, deſſen Konſtruktion wir leider nicht erkennen können.[3]) Es verſteht ſich von ſelbſt, daß auch hier das bayeriſche Veto erſchien; ohne das war ja dieſes Gebäude gewiß nicht aufrechtzuerhalten. Im übrigen zeigte Bray im Vergleich zu München auch hier einiges Entgegenkommen. Die Koſten der Bundesmarine lehnte er jetzt

[1]) Bemerkenswert dabei, daß Bray den Titel „Deutſcher Kaiſer" oder „Kaiſer von Deutſchland" zur Auswahl ſtellte. Bei einer Verbindung Bayerns mit Deutſchland, wie ſie Bray hier vorſchlug, war dieſe Titelfrage allerdings nicht von dem Belang wie ſpäter!

[2]) „Im Reichsrat wird der Kaiſer durch Bayern vertreten." Der Gedanke erinnert an Bismarcks Angebot gelegentlich der Gründung des Oberhandelsgerichts (ſ. oben S. 131). Bismarck machte daraus in Verbindung mit allem andern ſpäter den Gedanken vom „alternierenden Kaiſertum", ein Spott, der ſachlich nicht ganz unberechtigt war, aber die Sachlage doch ein wenig verfälſchte (ſ. M. Buſch, Tagebuchblätter, II, S. 115).

[3]) Davon mehr zu wiſſen, würde ſehr intereſſant ſein. Am 24. Oktober hatte Bray ja dieſen Gedanken aus ſehr verſtändlichen Gründen noch weit von ſich gewieſen.

nicht mehr ab, sondern wollte er Bayern mittragen lassen, die Marine sollte also Reichssache werden. In bezug auf das Bundeskriegswesen verwies er auf die unter den Kriegsministern zu erzielende Verständigung, d. h., da Pranckh bereits die Annahme des im Norddbunde bestehenden Ansatzes von 225 Thalern pro Mann so gut wie zugesagt hatte, wogegen von preußischer Seite die selbständige Verwaltung des Militärwesens zugesagt war, Bayern sollte sich in Zukunft in bezug auf die Kriegsverfassung ganz an das Muster des Norddeutschen Bundes halten, wogegen man sich in München noch gesträubt hatte.

Über die 12 Punkte, in denen die Brayschen Propositionen eingeteilt erschienen, mag man nun urteilen wie man will — das Urteil lautete sofort, wo man sie mitteilte, im höchsten Grade erstaunt und entrüstet, und dies Urteil wird noch heute gefällt trotz des sehr viel größeren Materials, das zu seiner Bildung jetzt vorliegt —, wenn man die Instruktion bedenkt, die Bray nach Versailles mitbekommen hatte, die auf die Erhaltung der Souveränität im weitesten Umfange und auf Beratung eines weiteren Bundes lautete, dann wird man zugeben müssen, daß die Brayschen Propositionen kaum etwas anderes enthalten konnten. Denn wie sollte wohl sonst die Stellung Bayerns nach dem Wunsche des Königs gewahrt werden, nachdem Württemberg sich von Bayern getrennt zu haben schien? Und gab nicht gerade der Gedanke, Bayern für sich allein mit dem ganzen übrigen Deutschland zu verbinden, dem Wunsche nach der Teilnahme Bayerns an der Vertretung des Reiches sehr viel mehr Berechtigung, als er gelegentlich der Münchener Besprechungen gehabt hatte? Gemessen an den Zugeständnissen Bayerns im September stellten diese Propositionen unzweifelhaft einen großen Schritt weiter dem nationalen Empfin-

den des übrigen Deutschland entgegen dar, trotz aller Prätension, die dabei hervortrat, trotz der Großmannssucht, die vor allem in dem Gedanken lag, sich allein dem ganzen übrigen Deutschland zur Seite stellen zu wollen. Gewiß hat Bray seinem Rufe in der Geschichte mit diesem Schriftstück einen schlechten Dienst erwiesen; denn Ansprüche ohne den Rückhalt der Macht sind noch stets der Lächerlichkeit verfallen. Aber wer gerecht denken will, der muß sich wohl die Frage vorlegen, ob Bray die Ausführung dieses Planes überhaupt für möglich gehalten hat, ob er wirklich nur „das Augenmaß des ganz in die Politik des alten Deutschen Bundes eingesponnenen Politikers besaß, dem der Sinn für das, was wirklich Macht in der Welt war, vollkommen fehlte". Wenn wir von jenem zweiten Entwurfe hören, den bisher jeder Darsteller dieser Verhandlungen übersehen hat, dann dürfen wir wohl als gewiß betrachten, daß er selbst zu diesem Plane das geringste Vertrauen hatte, daß er, wie er Bismarck und Delbrück sofort sagte[1]), mit der schriftlichen Fixierung nur den Zweck und den allein verfolgte, schon früher besprochenen Ideen eine bestimmtere Form zu geben, um sie damit verhandlungsfähig zu machen.[2])

Die Brayschen Propositionen bezeichnen den Höhepunkt der latenten Krisis, die seit den Münchener Besprechungen in den Beziehungen zwischen Bayern und dem Norden geherrscht hatte. Leider ist uns unbekannt, ob Bray, wie er beauftragt war, schon in diesen Tagen von jener Territorialforderung zu Bismarck sprach, die König Ludwig besonders am Herzen lag; in den Tagen danach ergingen aus München immer wieder Anmah-

[1]) Vgl. sein Schreiben an König Ludwig vom 3. November.

[2]) In jedem anderen Falle wäre dieser Schritt Brays, wie Mittnacht am 8. November (sein Schreiben von diesem Tage) ganz richtig bemerkte, „eine Torheit" gewesen.

nungen an ihn, sich dieses Auftrags mit Energie anzunehmen. Aber mit den Propositionen war der Höhepunkt der Krisis auch zugleich überschritten, da Bray, wie bemerkt, selbst noch einen anderen Weg zur Verständigung für gangbar erklärt hatte, einen Weg, der dem Bundeskanzler sehr viel genehmer war.

Bismarck hatte auf Bayern bisher immer gewartet, die Vorwürfe, die Bayern von allen Seiten gemacht wurden, trafen auch ihn, der immer seine Partei gehalten hatte. Nun, da es sich so in seine Hände gab, benutzte er entschlossen die Mittel, die er hatte, um Bayern ganz aus seiner Position zu verdrängen, sie ihm nach Möglichkeit zu verleiden.[1]) Nur so durfte er hoffen, doch noch seinen Einigungsplan durchführen zu können. Darum erwähnte er des zweiten Entwurfes Brays mit keinem Wort, niemand, soweit ich sehe, hat davon erfahren. Dagegen gab er den Propositionen sofort die möglichst große Verbreitung: entsprachen sie doch im großen und ganzen dem, was Bray wie Lutz bisher als Bayerns Wünsche verlautbart hatten. So erhielt Friesen sogleich bei seinem Antrittsbesuch an eben diesem 30. Oktober Einsicht in das Schriftstück; noch in später Abendstunde gab es Delbrück Mittnacht bekannt, auf den es einen Eindruck derart machte, daß er es sich einige Tage später zusammen mit Suckow noch einmal vorlesen ließ, um es danach schriftlich zu fixieren. Und sofort trat ein, was sich Bismarck gewünscht hatte. Gleich am nächsten Tage suchte Mittnacht Lutz auf, dem er persönlich nahe stand,

[1]) Wie aus dem Schreiben Jollys vom 5. November hervorgeht, war Bismarck im übrigen nach diesen Entwürfen bereits der Ansicht, „Bayern werde unter annehmbaren Bedingungen kapitulieren, er setzte aber dafür einen längeren Termin". Interessant ist, aus demselben Schreiben zu entnehmen, daß Delbrück danach meinte, „man werde für jetzt auf den Zutritt Bayerns verzichten müssen". Hatte auch Delbrück von dem zweiten Entwurf nichts erfahren?

um ihm wegen ſolcher Vorſchläge Vorhaltungen zu machen, worauf dieſer bekennen mußte, von ihnen ſelbſt „nicht genau unterrichtet“ zu ſein. Dasſelbe tat Frieſen, — mit dem Erfolge, daß ſich Lutz darauf bei Bismarck einen Einblick in die Propoſitionen verſchaffte. Frieſen bat dann am 1. November die bayeriſchen Miniſter zu einer vertraulichen Beſprechung zuſammen, die in Brays Wohnung in Gegenwart und unter lebhafter Anteilnahme des Freiherrn von Dalwigk ſtattfand.[1]) In beredten Worten ſuchte er dabei die Bayern von der beſonderen Gunſt der Lage zu einem Abſchluß nach den wohlverſtandenen Intereſſen Bayerns zu überzeugen, einer Lage, wie ſie ſobald nicht wiederkehren dürfte, und ihnen zugleich das Gewiſſen dafür zu ſchärfen, daß ſie auch Aufgaben gegenüber Deutſchland hätten; ſie und ſie allein könnten mit einem Abſchluß in dieſem Augenblick der unzweifelhaft vorhandenen Gefahr vorbeugen, daß die nach dem Einheitsſtaate ſtrebenden Parteien einmal den Föderativcharakter des Bundes auslöſchten; „es läge in den Händen Bayerns und ſei ſeine Aufgabe, für ſeinen Eintritt Bedingungen zu ſtellen, die geeignet wären, dem Bunde nicht nur eine größere Sicherheit und Kraft gegen ſeine äußeren, ſondern auch gegen ſeine inneren Feinde, d. h. gegen die immer mehr hervortretenden Einheitsbeſtrebungen, den nötigen Schutz zu gewähren“. Exzeptionelle Bedingungen allerdings, wie ſie Bayern geſtellt habe, in München und in Verſailles, würden ſeinem Einfluſſe auf den Bund nur ſchädlich ſein; denn im Bundesrat, von deſſen Aufgaben und Bedeutung er ein möglichſt vollſtändiges Bild gab, aber auch ſonſt könnte Bayern ſeiner Macht gemäßen Einfluß nur dann ausüben, wenn es Vertrauen bei ſeinen Bundesgenoſſen fände,

[1]) Vielleicht nahm auch der zweite heſſiſche Bevollmächtigte daran teil.

d. h. wenn es beweise, daß es ebensosehr auf die allgemeinen wie auf seine eigenen Interessen sähe. Friesen notiert in seinen Erinnerungen (III, S. 175), daß Pranckh keinen Anteil an der Diskussion nahm, da sein Ressort nicht berührt wurde, und daß Bray und Lutz „eigentlich gar keinen Versuch machten, die Richtigkeit der von Herrn von Dalwigk und mir entwickelten Ansichten zu bestreiten", und daß sie „auch, trotz aller Vorsicht und Zurückhaltung nicht ganz verhindern konnten, daß hier und da ihre innere Überzeugung von der Richtigkeit dieser Ansichten hindurchblickte". Wir wissen jetzt, daß es in der Tat dieser ganzen Unterredung nicht bedurft hätte, um den Bayern die Haltlosigkeit ihrer bis dahin behaupteten Position zu verdeutlichen. Aber das Gute hatte sie, daß gleichwohl die Bayern jetzt sogar von der Seite Sachsens und Hessens — denn Dalwigk stimmte Friesen in allem bei —, also der beiden Regierungen, „denen selbst manche partikularische Neigungen zugeschrieben wurden", ein Widerstreben gegen die von ihnen verlangte Sonderstellung gewahr wurden, das noch über das des Bundeskanzlers hinausging, das sie also erst recht auf die Bahn verweisen mußte, in die sie selbst bereits hinein wollten.[1])

Im übrigen ließ es sich auch Bismarck selbst angelegen sein, die Bayern von der Notwendigkeit zu überzeugen, von dem Gedanken des weiteren Bundes zu lassen. Am 1. November[2]) hatte auch er eine Unterredung mit Bray, von der wir leider wieder nicht mehr wissen[3]), als daß Bismarck Bayern goldene Brücken

[1]) Über die weitere Bedeutung dieser Unterredung siehe weiter unten.

[2]) Den Tag vorher machte ihm Thiers zu schaffen, der zu neuen Waffenstillstandsverhandlungen in Versailles eingetroffen war.

[3]) Aus den Schreiben Brays vom 2. November an Bismarck und vom 3. an König Ludwig. Die Unterredung muß am späten Nachmittag oder am Abend stattgefunden haben (s. Busch, Tagebuchblätter I, S. 342).

baute. Er erklärte sich darin mit der Vertretung der Reichsgesandten durch die bayerischen einverstanden und bot als „eine weitere Handhabe für die Beteiligung Bayerns an der politischen Leitung Gesamtdeutschlands“ die Konstituierung eines diplomatischen Ausschusses des Bundesrats an, „worin Bayern den ständigen Vorsitz zu führen hätte“ — es ist der diplomatische Ausschuß, der, in den Zeiten Bismarcks allerdings ohne Bedeutung, die Irrigkeit der Meinung von seiner Totgeburt gerade in den letzten Jahren widerlegte. Gegen die gemeinschaftliche Instruktionserteilung dagegen führte er so gewichtige Bedenken ins Feld, daß Bray diese Forderung am nächsten Tage geradezu fallen ließ.

Danach war Bray ganz gewonnen, nun schwenkte er vollends ab. Nur erklärte er, in einem Schreiben vom 2. November zu Verhandlungen auf der neuen Grundlage erst noch Vollmacht aus München holen zu müssen; denn, wie er wiederholt bemerkte, „erachtete er die bayerischen Bevollmächtigten infolge der Münchener Besprechungen, wo die Bildung eines weiteren Bundes in Aussicht genommen war, nur zum Eintritt in einen solchen von Seiner Majestät dem Könige ermächtigt“. Zu der Reise erbat er sich von Bismarck „Vorschläge“, auf welcher Basis dieser den Abschluß des Vertrages zwischen Bayern und dem Norddeutschen Bunde gern sähe — denn Bismarck hatte tags zuvor noch die Alternative „eines nur internationalen, wenn auch enger als früher geschlossenen Bündnisses, welches auch von Sr. Exzellenz v. Roon dem General v. Pranckh vorgeschlagen wurde“, und des Eintritts in den bestehenden einheitlichen Bund offen gelassen. Bismarck ging alsbald auf diesen Wunsch ein.[1]) Wie er am 4. November

[1]) Zugleich übersandte er Bray „den Entwurf, der bei den Verhandlungen mit Württemberg, Baden und Hessen besprochenen Zusätze und Abänderungen der Verfassung des Norddeutschen Bundes

zurückschrieb, würde er „als Basis dieser Verhandlungen die Herstellung eines engeren Bundes jeder anderen vorziehen, diese Basis ist nach meiner Ansicht die einzige, welche den Wünschen der deutschen Nation entspricht, und welche daher zur Gründung dauernder Institutionen geeignet ist, während sie zugleich breit genug ist, um der Stellung Raum zu gewähren, auf welche Bayern, vermöge seiner Bedeutung, in einem Deutschen Bunde Anspruch hat". Doch auch bei der zweiten Alternative, so fügte er diplomatisch hinzu, dürfte es nicht schwer fallen, „zahlreiche Verhältnisse des öffentlichen Rechts in gegenseitig befriedigender Weise zu regeln".

Ich stelle noch einmal fest: Bray, d e r Mann unter den Bayern, dem die Leitung aller Verhandlungen anvertraut war, war also innerlich schon am 2. November ganz für die Veränderung der Verhandlungsgrundlage gewonnen. Wenn es nur von ihm allein abgehangen hätte, er wäre schon damals auf die neue hinübergetreten. Aber er wäre nicht er selbst gewesen — der Sohn einer Familie, die Frankreich, der alten Heimat den Rücken gekehrt hatte, weil ihr mit der monarchischen Ordnung die Ordnung überhaupt dahinzusinken schien —, wenn er nicht noch gezögert hätte; für ihn war es Pflicht, er mußte noch auf das Gebot seines Herrn warten.

Natürlich trat damit in diesen Verhandlungen ein Stillstand ein. Es waren böse Zeiten für die Bayern. Nicht nur im Hauptquartier gab man seiner Empörung über die Störung des Einigungswerkes unverhohlenen Ausdruck. In den Zeitungen flammte jetzt von neuem die Entrüstung über Bayern auf. Wieder werde trotz der Größe und dem Druck der Zeit die Kleinlichkeit obsiegen und die deutsche Konstitution die alte Makel

mit dem Bemerken, er werde in diesem Entwurf eine Reihe von Vorschlägen erledigt finden, welche bei den Münchener Besprechungen von Bayern gemacht worden seien".

des Flickwerks nicht austilgen; Bayern sei es, das sich willig dazu hergebe, diesen traurigen Schein auf sich zu nehmen. So und ähnlich klang es aus den Zeitungen heraus. Nur einige ultramontane und großdeutsche Blätter in Bayern selbst wagten den alten Standpunkt zu wahren. Aber sie standen ganz allein. Denn selbst die Ultramontanen in Württemberg und erst recht die im Norden hatten sich damals bereits mit dem Gedanken an ein Deutsches Reich unter preußischer Führung ausgesöhnt; hofften sie doch, damit, daß sie sich rückhaltlos dazu bekannten, den Anspruch auf die Freiheit ihrer Kirche in dem neuen Staatswesen zu begründen, und wünschten sie doch das neue mächtige Reich zugunsten des Oberhaupts ihrer Kirche benutzen zu können, das soeben, am 20. September, mit Rom die letzte Stütze der weltlichen Macht verloren hatte. —

Nach den Brayschen Denkschriften vom 30. Oktober hatte Bismarck das Spiel mit Bayern gewonnen. Aber noch konnte es einige Zeit dauern, bis er die Karten aus der Hand legen durfte, nach Brays Schreiben vom 2. November war ganz ungewiß, wie lange die Unterbrechung dauern würde. So erhob sich für ihn die Frage, ob er darum, nur Bayerns wegen, mit dem Abschluß der anderen Verträge warten sollte. Die Bayern drohten abzureisen und damit aller Welt den Beweis der Zwiespältigkeit zu liefern: entbanden sie ihn damit nicht jeder Rücksicht? Eine Woche später, als die Bayern die Verhandlungen wieder aufgenommen hatten, regte sich allerdings bei einzelnen Bevollmächtigten der Verdacht, daß Bismarck den Abschluß noch verzögern würde, bis Bayern ebensoweit wie sie wäre; in diesem Sinne schrieb Jolly am 11. November an seine Gemahlin. Aber um den 4. November herum war jeder Gedanke daran ausgeschlossen.

Denn gerade in den ersten Novembertagen waren wieder einmal Waffenstillstandsverhandlungen im Gange, Verhandlungen, die die Wahl einer konstituierenden Versammlung in Frankreich und damit die Einsetzung einer anerkannten Regierung ermöglichen sollten, mit der dann der Friede vereinbart werden könnte. Thiers, der soeben von seiner Reise durch Europa heimgekehrt war, wo er „Europa gesucht hatte", ohne es zu finden, war dazu in Versailles erschienen. Die Besprechungen über den Waffenstillstand führten nun allerdings zu keinem Ergebnis infolge der militärisch und politisch gleich unannehmbaren Forderungen, die die Franzosen stellten (neue Verproviantierung von Paris in dieser Zeit, Wahlen zu jener Versammlung auch im Elsaß). Dagegen erklärte sich Thiers im Prinzip zu Landabtretungen bereit und erbot sich, nach Besprechung mit den Pariser Machthabern, auf dieser Grundlage in direkte Friedensverhandlungen einzutreten. So standen die Dinge am 4. Am 5. machte Bismarck davon allen anwesenden Vertretern der deutschen Staaten in einer dazu einberufenen Versammlung Mitteilung; die Art derselben sowie die offizielle Ankündigung des Wunsches König Wilhelms, die sich daran anschloß, in dem Moment des Friedensschlusses alle deutschen Fürsten um sich versammelt zu sehen, lassen erkennen, daß selbst Bismarck die nahe Beendigung des Kampfes nicht für ausgeschlossen hielt.[1])

[1]) Über diese Konferenz vom 5. November besitzen wir Berichte Brays an König Ludwig und Jollys an seine Gemahlin vom selben Tage, ferner Aufzeichnungen Friesens (Erinnerungen III, S. 178 bis 179), und Mittnachts (Rückblicke, S. 118). Das Schreiben Jollys wie die Aufzeichnung Mittnachts erwähnen im Gegensatz zu den anderen, daß Bismarck auch die Frage der Landabtretung berührte; nach Jolly forderte er geradezu auf, die Ansichten über Landabtretungen zu äußern. „Natürlich sprachen sich alle dafür aus — die Grenzen blieben wohlweislich nur in allgemeinen Sätzen über militärische Sicherheit um-

Unter ſolchen Umſtänden ſollte Bismarck nun die Einigung mit den anderen verſchieben, bis Bayern kam? Er dachte nicht daran, im Gegenteil, kaum daß er mit Mittnacht von den Brayſchen Propoſitionen geſprochen hatte, ſo ſuchte er ſich ſeiner ſofort zu verſichern mit der Frage, „ob Württemberg, falls ſich die Verhandlungen mit Bayern zerſchlügen, auch ohne Bayern abſchließen würde“[1]) — einer Frage, die Mittnacht bejahte, da ſie, Suckow und er, durch ihre Inſtruktionen nicht an Bayern gebunden ſeien. Im übrigen erſuchte auch Graf Bray, der die diplomatiſche Aktion mit großem Intereſſe verfolgte — er meinte, eben um ihretwillen nicht ſelbſt nach München zur Einholung der neuen Inſtruktion reiſen zu dürfen —, am 2. November Bismarck dringend, „die dem Abſchluß nahen Verhandlungen mit den übrigen Bevollmächtigten, etwa mit Vorbehalt der Bayern betreffenden Punkte, zu vollenden“; „es liegt wohl im allgemeinen Intereſſe, daß die über die deutſchen Verhältniſſe eingeleiteten Verhandlungen ſobald als möglich zum Abſchluß gelangen, und ich wünſche vor allem Bayern vor dem Vorwurfe zu ſichern, an einer Verzögerung ſchuld zu ſein“. Nicht alſo, um Bayern zu iſolieren, wie man wohl gemeint hat, und danach unter das Gebot der anderen zu zwingen, ſondern aus dem auch von bayeriſcher Seite anerkannten Intereſſe an der Einigung der Nation mußten die Verhandlungen mit den anderen

ſchrieben“; danach brachte Bismarck erſt den Gedanken an die Zuſammenberufung der Fürſten an. — Im übrigen iſt es ein neues Beweisſtück dafür, daß Miniſter, wie die aus Baden, der großen Politik wenig Verſtändnis und noch weniger Intereſſe entgegenbrachten, daß Jolly für dieſe Konferenz den Anlaß in dem Wunſche Bismarcks vermutete, auf den Entſchluß König Ludwigs einzuwirken! Und in dieſer Anſicht beſtärkte ihn, daß die Verhandlungen mit Thiers ſcheiterten (vgl. ſein Schreiben vom 11. November)!

[1]) Mittnacht, Rückblicke, S. 114—115.

weitergehen. Wenn Bismarck daneben noch ein Sonderinteresse verfolgte, so war es vielleicht das, sich Württembergs zu versichern, dessen Hinneigung zu Bayern er kannte, und das er leichter so als mit Bayern fassen konnte.

So ließ also Bismarck jetzt den alten Plan fallen. Nachdem die Beziehungen zu Bayern geklärt waren, erfolgte sofort eine Einladung an die Vertreter von Württemberg, Baden und Hessen, am 6. November zu einer Gesamtsitzung zu erscheinen.[1]) Es war die erste, die stattfand, und auch die letzte: denn danach war, soviel wir wissen, der Stoff für gemeinsame Beratungen erledigt. Den Beratungsgegenstand bildeten die „allgemeinen Modifikationen der norddeutschen Bundesverfassung, welche bei den Münchener Besprechungen als erreichbar bzw. zulässig erkannt worden waren", außer der Frage der Zuweisung des Presse- und Vereinswesens an den Bund, die vor allem Württemberg, aber auch Baden wünschte[2]), vornehmlich die Frage der Bundeskompetenzerweiterung und der Änderung der Verfassung, also die Artikel 4 und 78 der Verfassung. Bei dieser Konferenz war Friesen „die Entschiedenheit interessant, mit welcher der badische Herr Minister Jolly sich nicht nur gegen eine jede Abänderung von Artikel 78, sondern auch gegen die Deklaration wegen der jura singulorum erklärte, weil dadurch die „weitere Fort-

[1]) Vgl. das Schreiben Jollys an seine Gemahlin vom 5. November. Über die Sitzung selbst unterrichten Mittnachts Rückblicke, S. 119, 124—127, Erinnerungen an Bismarck, S. 26 und Friesens Erinnerungen, S. 179, die sich nur insofern in einem Irrtum befinden, als sie der Teilnahme Württembergs nicht gedenken. Friesen nahm neben Delbrück an der Sitzung teil.

[2]) Motive dazu (nach Friesen III, S. 177): in beiden Ländern beständen in bezug auf diese Gegenstände ganz unzulängliche Gesetze und ganz unhaltbare Verhältnisse, die Regierungen seien aber zu schwach, um den liberalen Parteien gegenüber eine bessere Gesetzgebung durchzuführen.

bildung" der Verfassung zu leicht gehindert werden könne".[1]) Es geschah mithin im Gegensatz gegen Baden, das dem Unitarismus möglichst viel Türen offen zu lassen wünschte, — ebenso auf Andringen Delbrücks, der den festen Entschluß Preußens bekundete, dahin zu wirken, daß eine Abänderung der Verfassung nie wider seinen Willen durchgesetzt werden dürfe, wie auf Betreiben Mittnachts, daß in dem Artikel 78 nur eine Dreiviertelmehrheit anstatt der früheren Zweidrittelmehrheit für befugt erklärt wurde, Verfassungsänderungen zu beschließen, und daß den durch die Reichsverfassung bestimmten Rechten der einzelnen Bundesstaaten der Charakter der Unauflöslichkeit gegeben wurde, sofern diese Bundesstaaten nicht selbst einer Änderung zustimmten.[2]) In bezug auf Kompetenzerweiterungen kam es entgegen Mittnachts Wünschen zu keiner schriftlichen Fixierung. Doch erkannten sämtliche Teilnehmer der Konferenz als ihre Auffassung ausdrücklich an, daß solche Erweiterungen mit Verfassungsänderungen gleich behandelt werden sollten[3]), — womit Mittnachts Wün-

[1]) Auch die Nationalliberalen legten damals gegen die Abänderung des Artikels 78 Protest ein (Allgemeine Zeitung Nr. 276 vom 3. Oktober, S. 4379).

[2]) Also genau das, was Bayern mit dem Vorbehalt des Vetos für sich verlangt hatte! Vgl. dazu auch Mittnachts Erinnerungen S. 81. Übrigens war wenigstens Delbrück gegen die Aufnahme des Passus in betreff der jura singulorum, da er ihn überflüssig fand.

[3]) Darauf scheint mir der Nachdruck zu liegen, nicht auf der Anerkennung, daß Kompetenzerweiterungen überhaupt vorgenommen werden dürften, wie Brandenburg, Eintritt der süddeutschen Staaten, S. 107, will. Von den Friesenschen Verwahrungen gegen die Ausdehnung der Bundeskompetenz auch auf Gebiete, die nicht im Artikel 4 speziell dieser zugewiesen wären (vgl. Friesen III, S. 169—167), war, soviel wir wissen, am 6. November nicht gesprochen. Hatte Friesen die Verfolgung dieses Gegenstandes ja auch aufgegeben (Friesen III, S. 168), nachdem er von Bismarck am 30. Oktober beruhigende Zusicherungen erhalten hatte!

schen ein Genügen geschah. Über Staatenhaus und Reichsminister wurden, soweit wir unterrichtet sind, keine Verhandlungen gepflogen. Waren sie doch in der Verfassung des Norddeutschen Bundes, die für die Konferenz die Grundlage bildete, nicht vorgesehen und in München von Delbrück nicht gerade zurückgewiesen, jedenfalls aber nicht als Beratungsgegenstände im Protokoll verzeichnet.[1])

Nach dieser Gesamtsitzung war die Einigung des außerbayerischen Deutschland so gut wie vollendet. Nur die militärischen Fragen harrten noch des Abschlusses. Roon, der sich anfänglich einer völligen Verschmelzung des preußischen und badischen Militärwesens abgeneigt gezeigt hatte, hatte seinen Widerspruch fallen gelassen[2]); auch mit Württemberg war man vorangekommen, nachdem Suckow seinen Gedanken, das Verhältnis Württembergs zu Preußen in dieser Beziehung nicht dem sächsischen, sondern dem hessischen Muster nachzubilden, aufgegeben hatte: denn die Aufstellung eines Normaletats nach den württembergischen Geld- und Naturalansätzen durch den Bund hätte bei der Verschiedenheit der Lebensverhältnisse hier und dort zu Unzuträglichkeiten und Mißstimmung geführt.[3]) Indessen war Roon erkrankt und badischerseits niemand da, der in militärischen Dingen genügend Bescheid wußte. Als nun am 6. November der Großherzog von Baden selbst in Versailles eingetroffen war, konnten die Verhandlungen

[1]) Darüber vgl. Laskers Schreiben vom 6. Oktober an Forckenbeck und Bennigsen.

[2]) Schreiben Jollys vom 28. und 31. Oktober und 11. November; eben nach diesem Sträuben Roons war man badischerseits wohl auf den Gedanken einer Konvention nach sächsischem Muster gekommen.

[3]) Vgl. darüber Suckows ausführlichen Bericht vom 10. November, bei Mittnacht, Rückblicke, S. 157—159, und seine bei Poschinger, Bismarck und der Bundesrat II, S. 337 ff. abgedruckten Aufzeichnungen, die Mittnacht a. a. O., S. 129—133 reproduzierte.

wieder vorangehen, zumal für Roon in dem General von Podbielsky ein Vertreter gestellt wurde, der den Badenern sympathischer ihren besonderen Wünschen mehr Entgegenkommen bewies. Bereits am 11. November war Jolly in der Lage, einen mit Hilfe des großherzoglichen Generaladjutanten, Herrn v. Neubronn aufgestellten Vertragsentwurf nach Karlsruhe zu schicken, damit er dort noch von den beteiligten Ministerien überprüft werde. Auch mit Württemberg wurden danach die Verhandlungen rasch gefördert. Nachdem am 8. abends bestimmte Nachweise von preußischer Seite bei Suckow eingetroffen waren, setzte dieser sofort noch in der Nacht einen Entwurf zu einer Konvention auf, die Württemberg Sachsen ähnlich, aber in mancher Beziehung noch besser stellte[1]), und dabei die württembergischen Finanzen während der Übergangszeit schonte und ihnen zuteilte, was etwa erspart wurde. Bei grundsätzlicher Annahme also des in Norddeutschland eingeführten Ansatzes von 1 Prozent der Bevölkerung und 225 Thalern pro Mann sowie des ganzen Abschnittes XI der Verfassung bestimmte sein Entwurf, „daß die Kgl. Württembergischen Truppen als Teil des deutschen Bundesheeres ein Armeekorps nach preußischen Normen mit eigenen Fahnen und Feldzeichen in selbständiger Verwaltung unter dem Oberbefehl S. M. des Königs von Preußen als Bundesfeldherrn bilden sollten", einen Truppenteil, dessen Offiziere vom König von Württemberg ganz allein bestellt und befördert werden sollten (mit Ausnahme des Korpskommandanten, zu dessen Ernennung der Bundesfeldherr seine Zustimmung zu

[1]) Das traf, nach Mittnachts Ausführungen darüber (Rückblicke, S. 133—135), zu in bezug auf die Ersparnisse beim Militärbudget, auf die Ernennung des Höchstkommandierenden sowie der Kommandos führenden Generale sowie in bezug auf die Bekleidung des Armeekorps.

geben hatte), mit eigener Gerichtsbarkeit, eigener Kirchenordnung und mit selbständigen Grundsätzen in bezug auf Einquartierung und Flurbeschädigung. Denn nur bei solchen Vorbehalten glaubte Suckow auf das Einverständnis seines Herrschers rechnen zu können; außerdem trieb ihn die Sorge, daß, falls er seinen Herrscher nicht befriedige, Württemberg um so leichter wieder Bayern in die Hände falle und damit zu einer Lösung der deutschen Frage genötigt werde, die ihm noch weniger zusagte. Bereits am 9. November besaßen Bismarck und Roon den Entwurf in Abschrift. Da beide erklärten, ihn unverändert annehmen zu wollen, war somit militärischerseits alles erledigt.

Nachdem noch, was an „zivilistischen" Bedenken geäußert war, alles seine befriedigende Lösung gefunden hatte[1]), und die Gesetze des norddeutschen Bundes in großer Zahl von den 3 Staaten angenommen waren, so daß fortan eine möglichste Gleichheit in der Gesetzgebung bestand, fehlten also am 11. November nur noch die Unterschriften unter die Verträge. Auch dazu war bereits, wenigstens mit den württembergischen Bevollmächtigten[2]) der Termin anberaumt, zum 11. um 1 Uhr. Mittnacht bat nur noch um einen Tag Aufschub, um die ihm eben erst bekannt gewordene Militärkonvention auch seinerseits noch in Erwägung zu ziehen.

---

[1]) In Baden die Frage der Besteuerung von Bier und Branntwein und der Berechnung der Einnahmen aus der Postverwaltung, die Baden dem Bunde übertrug, in Württemberg die Garantie der Selbständigkeit von Post und Telegraphie und Eisenbahn. Die Selbständigkeit von Post und Telegraphie wollte Preußen Württemberg zunächst nicht zugestehen (s. Mittnachts Rückblicke, S. 122—124).

[2]) Wie der Abschluß mit Baden gedacht war, wissen wir nicht. Die badische Militärkonvention war ja noch nicht wieder aus Karlsruhe zurück. Aber trotzdem würde der Vertrag mit Baden und Hessen wohl zugleich mit dem Württembergischen unterzeichnet worden sein.

Da trat — es war am 11. abends — ein Zwiſchenfall ein, ſo unerwartet wie ein Blitz am heiteren Himmel, ein Zwiſchenfall, der die ganze Sachlage veränderte. Es war ein Telegramm aus Stuttgart, das den beiden Bevollmächtigten den Abſchluß des Vertrages ohne Bayern unterſagte. Mittnacht und Suckow betrachteten es beide als Abberufung aus Verſailles. Die Schlußkonferenz fand noch am 12. ſtatt. Danach reiſten beide, am 13., aus dem Hauptquartiere ab.

Über die Gründe zu dieſem Zwiſchenfall ſind mancherlei Vermutungen geäußert worden. Man hat ſie namentlich in der Sorge des Stuttgarter Hofes vor einem Extrabene Bayerns, in der Sorge bayeriſcher Kreiſe vor einer Iſolierung ſehen wollen. Soviel Wahres daran iſt, der wichtigſte Anlaß dazu lag doch, wenn wir nicht irren, in etwas anderem, in der Geſtaltung der Dinge auf dem Kriegsſchauplatz und in Europa, in den Anforderungen, die daraufhin an den Stuttgarter Hof geſtellt wurden. Noch einmal, kurz vor dem Abſchluß der Verhandlungen, ſprachen die fremden Mächte ein Wort in ſie hinein, trat es zutage, daß die Einigung Deutſchlands ein Werk von ſo außerordentlicher Bedeutung für Europa war, daß es ſich noch einmal Einfluß darauf zu verſchaffen ſuchte. Zum Verſtändnis dieſes Zwiſchenfalls iſt alſo nötig, daß wir, in wenigen Worten, der Abwandlungen der Lage auf dem Kriegsſchauplatz und in Europa gedenken.

Nach den Siegen des Auguſt und der Kapitulation von Sedan hatte ſich die Lage der Deutſchen auf dem Kriegsſchauplatz andauernd ungünſtiger geſtaltet. Einerſeits leiſtete die Feſtung Metz mit den großen Truppenmaſſen Bazaines einen Widerſtand von ungeahnter Dauer und hielt damit einen großen Teil der deutſchen Streitkräfte feſt: erſt am 27. Oktober fiel ſie bekanntlich nach einer Belagerung von über zwei Monaten. Anderer-

seits war die Regierung der nationalen Verteidigung aufs eifrigste bemüht, im Norden wie im Süden neue Heereskörper zu bilden und Massen in Bewegung zu setzen, denen die Deutschen, so lange ihre Truppen vor Metz und Paris beschäftigt waren, keine nennenswerten Kräfte entgegenwerfen konnten. Nun war zwar die deutsche Heeresleitung im Vertrauen auf die Leistungen der Disziplin gegenüber undisziplinierten Truppen guten Muts; zumal als Bazaine endlich kapituliert hatte, fürchtete sie keinen Rückschlag des Glückes mehr. Aber gleichwohl erfüllte das große Hauptquartier wie die Welt außer ihr mehr als einmal die Sorge und die Furcht oder auch die Erwartung, daß die Dinge auch einen ganz anderen Verlauf nehmen könnten. Nicht jeder hatte dieselbe Meinung von der Disziplin. Wir wissen, daß gerade während der Wochen, in denen die Bevollmächtigten der Südstaaten die Verhandlungen mit Bismarck in Versailles führten, im Hauptquartier Gerüchte über die Notwendigkeit umliefen, die Belagerung von Paris wieder aufzuheben; als sich nun gar, nach der Kapitulation von Metz, die französische Loire-Armee nach Norden in Bewegung setzte, der nur das durch einige wenige preußische Truppenteile verstärkte bayerische Korps von der Tann entgegenstand, und als sich französische Truppen auch im Westen von Versailles, in Dreux, zeigten, rüsteten die meisten zum Aufbruch.

In Europa hinwiederum, unter den Neutralen, sah man, was sich hier anzubahnen schien, mit stiller Genugtuung, ja man baute darauf neue Pläne. Bisher waren noch alle Vermittlungsversuche gescheitert die England, im Einverständnis vor allem mit Österreich und Italien unternommen hatte, gescheitert allerdings nicht sowohl an der Haltung Preußens, dessen Forderungen man mehr und mehr als berechtigt anerkennen mußte, als vielmehr an der der französischen Regierung,

die immer noch den Standpunkt vom September wahrte. Der Umschwung der Dinge auf dem Kriegsschauplatz ermutigte nun zu einem neuen Versuche. In Anknüpfung an jenes Rundschreiben Bismarcks vom 10. Oktober, in dem der Bundeskanzler vor allem auf die Gefahren eines längeren Widerstandes für Paris und seine Einwohner aufmerksam machte, ward am 20. in einem Londoner Ministerrat ein solcher beschlossen und sofort alle Welt zur Unterstützung aufgerufen. An und für sich ließ sich dagegen nichts sagen; ja dieser Vermittlungsversuch bewegte sich sogar in der Linie der deutschen Wünsche, insofern bei dieser Gelegenheit der französischen Regierung angedeutet werden sollte, daß ihr Beharren auf der territorialen Integrität Frankreichs ein ernsthaftes Hindernis des Friedens sei.[1]) Indessen war er einmal aufgebaut auf der Vorstellung, daß Preußen-Deutschland, so wie die Dinge lagen, mehr denn je bereit sein werde, sich ihn gefallen zu lassen, und sodann bestand dabei die Absicht, diese günstige Sachlage nach Kräften zur Herstellung des Friedens auszubeuten, wobei man vor einem gewissen Druck auch auf Deutschland nicht zurückscheuen wollte. Nun war allerdings dafür gesorgt, daß die Aktion im Sande verlief: denn der Zar wie Gortschakow ließen sich auf das englische Liebeswerben nicht ein, obwohl sie der Ligue des neutres seinerzeit unbedenklich beigetreten waren, ja sie bereiteten gerade daraufhin einen Schritt

[1]) Mitteilung in der leider noch nicht bekanntgegebenen Instruktion für den großbritannischen Botschafter in Petersburg, Sir Andrew Buchanan, vom 20. Oktober, wie aus dessen Rückantwort vom 21. Oktober hervorgeht. Damit stimmt überein, was der österreich-ungarische Botschafter Graf Apponyi über den Ministerrat am 21. nach Wien berichtete. — In Frankreich selbst wurde davon allerdings zunächst nichts verlautbart, sondern erst am 3. November (Schreiben Granvilles an Lyons vom 4. November) bemerkt, daß Lord Lyons in diesem Sinne instruiert sei.

vor, der, wie wir noch hören werden, Preußen-Deutschland vor der fatalen Aufmerksamkeit namentlich Englands und Österreichs rettete. Immerhin ließ man weder in England noch in Österreich gleich nach der ersten abschlägigen Antwort aus Petersburg die Hoffnung fahren, doch noch zum Ziel zu gelangen. Beust, der sich mit Hilfe des Botschafters Grafen Chotek eifrigst hatte angelegen sein lassen, zu dem russischen Hof nähere und vertrautere Beziehungen zu gewinnen[1]), drang hier auch danach noch darauf, daß Rußland die Initiative in der Aktion ergriffe — denn die Aussicht auf ihr Gelingen wurde mit jedem Tage im Oktober und November bis zur Mitte dieses Monats hin günstiger —, und er bemühte sich weiter, gewissermaßen noch im letzten Augenblick, Süddeutschland von dem Norden zu trennen. Schon gleich bei Beginn der Aktion war ihrer von englischer Seite in München Erwähnung getan, offenbar in der Hoffnung, den Grafen Bray, den auch sein Stellvertreter, der Staatsrat v. Daxenberger, als einen conciliatory man bezeichnete, einzuschüchtern[2]); als die Lage auf dem Kriegsschauplatz infolge des Vormarsches der französischen Loire-Armee für die Deutschen am bedenklichsten war, suchte Beust persönlich

[1]) Offenbar ermutigt durch den Zaren selbst, der nach Ollivier, Empire libéral, XV, p. 422 f. gleich im Anfang des Krieges dem Grafen Chotek in längerer Audienz den an seinen Herrn zu übermittelnden Wunsch ausgesprochen hatte, daß Rußland und Österreich gute Nachbarn und echte Freunde bleiben möchten, von denselben Wünschen für die baldige Wiederherstellung des Friedens und von demselben Willen beseelt, die Dauer und die Ausdehnung dieses Kampfes soviel als möglich einzuschränken (Bericht Choteks vom 23. Juli 1870). Vgl. dazu auch oben S. 73, Anm. 1.

[2]) Schreiben des englischen Gesandten in München, Sir H. Howard an Granville vom 24. Oktober 1870 (in Accounts and Papers (35). State Papers-continued. Vol. LXXI, 1871, p. 195).

München auf, um hier seinen ganzen Einfluß aufzubieten.[1])

So standen die Dinge, während in Versailles die Einigung vorbereitet wurde. Die Verhandlungen kamen voran — man muß sich diese Umstände klar machen, um zu begreifen, was das nach dem Frühjahr 1870 und auch noch nach den ersten Wochen des Krieges bedeutete: ein Mittnacht, ja sogar ein Bray ließen sich trotzdem nicht abhalten, die Einigung zu fördern. Aber wie war es mit den Höfen bestellt? Mußte nicht hier, fern vom Kriegsschauplatz, was schon im Hauptquartier zur Entmutigung geführt hatte, noch weit mehr Entmutigung hervorrufen, und konnten nicht andererseits unter solchen Umständen fremde Einflüsterungen sehr leicht Eingang finden?

In München hat nun Beust, soviel wir wissen, nichts erreicht; jedenfalls könnte der Erfolg nur ein ganz vorübergehender gewesen sein, da sich ganz kurz darauf das politische Angesicht Europas in der für Österreich verhängnisvollsten Weise umgestaltete. Ob, was in Stuttgart zu bemerken ist, gerade auf Beusts Umtriebe zurückgeht, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber jedenfalls waren alle die Kreise hineinverwickelt, die zu Österreich Beziehungen unterhielten oder mehr eine Anlehnung an Österreich als an den Norden wünschten; es waren der württembergische Gesandte in München, Freiherr von Soden, und der bayerische in Stuttgart,

[1]) Vgl. Allgemeine Zeitung, S. 5009, 5038 und Bericht des Grafen Könneritz nach Dresden vom 14. November (bei Friesen III, S. 209—210). Nach Allg. Zeitung, S. 5033, begleitete er seine Familie, die nach Vevey fuhr. Gleich am Tage seiner Ankunft in München, am 11., besuchte er Brays Stellvertreter. Die Rückkehr erfolgte am 13. Die Dementierung des besonderen politischen Charakters der Reise Beusts, die die „Korrespondenz Hoffmann" am 17. November sich angelegen sein ließ (Allg. Zeitung, S. 5093), war ihrerseits wieder eine diplomatische Aktion gegenüber einer neuen politischen Lage!

der Freiherr von Gasser, sowie der Kabinettschef, der Freiherr von Egloffstein, vielleicht auch der stellvertretende Leiter des auswärtigen Amtes in Stuttgart, Graf Taube. Und ebenfalls gewiß scheint es, daß sich hier auch aus der Fremde Einflüsse geltend machten: in einem Schreiben Granvilles an Buchanan vom 8. November finde ich einen Bericht des französischen Geschäftsträgers in Petersburg, des Herrn von Gabriac, erwähnt, wonach der Zar sowohl dem König von Preußen wie seiner Schwester, der Königin Olga von Württemberg, nahegelegt habe, im Interesse des Friedensschlusses auf alle Territorialforderungen zu verzichten.

Man würde, dünkt mich, nun sehr irren, wenn man annehmen wollte, daß die Höfe in diesem Stadium des Einigungswerkes noch große politische Gesichtspunkte etwa zur Verschleppung der Verhandlungen bestimmen konnten; wenn vielleicht ein Mann wie Gasser solchen Erwägungen nachhing, in Hoffnung auf künftige Ereignisse, so fand er damit am Hofe doch keinen Zugang. Aber an einem und dem Hofe in Stuttgart recht empfindlichen Punkte sahen sie sich durch diese politischen Abwandlungen allerdings berührt, an dem Punkte ihrer Territorialwünsche. Noch bei der Abreise der beiden Bevollmächtigten hatte Königin Olga der Erwartung Ausdruck gegeben, daß sie die Hohenzollernschen Lande mit zurückbrächten[1]): jetzt wurde ihnen im Interesse des Friedens der Verzicht darauf von einer Seite nahegelegt, die sie sich als ihre Stütze zu betrachten gewöhnt hatten. Galt es da nicht, zumal auch Bismarck für solche Wünsche kein Ohr zu haben schien, wenigstens sonst zu retten was zu retten war, waren sie das nicht sich, ihrem Hause und ihrem Staate schuldig? Auf seine Terri-

[1]) Suckows Rückschau, S. 173. Wann diese den Wunsch der Königin verlautbarten, ist unbekannt. Daß sie ihn verlautbarten, geht aus Hohenlohe II S. 36 hervor.

torialwünsche hat in diesen Tagen der Stuttgarter Hof verzichtet, wir hören von ihnen nichts mehr. Um so mehr bestand er auf dem, was er sonst verlangt hatte.

Wenn man Mittnachts Vorgehen in Versailles verfolgt, so wird man ihm den Vorwurf nicht ersparen können, daß er in höchstem Grade eigenmächtig gehandelt hatte. Rein formal allerdings war er im Recht: seine Instruktion lautete, wie wir hörten, nur darauf, „auf der Grundlage der Münchener Verhandlungen" weiterzubauen, von einer Kooperation mit den Bayern war darin nicht ausdrücklich die Rede. Aber war für die Münchener Verhandlungen nicht eben das Verhandeln zu zweien charakteristisch, und bestand nicht nach wie vor jene Abmachung aus dem Frühjahr zu Recht, daß Bayern und Württemberg immer gemeinsam in deutschen Angelegenheiten vorgehen wollten? Jedenfalls wußte Mittnacht, wie die Wünsche in Stuttgart lauteten. Es ist sehr bemerkenswert, daß er wohl von jener Frage Bismarcks am 31. Oktober nach Haus telegraphierte, ob Württemberg auch ohne Bayern abschließen werde, aber nicht ein Wort davon, daß er diese Frage bereits in bejahendem Sinne beantwortet hatte. Allmählich merkte nun auch der Hof in Stuttgart, wie Mittnacht vorgegangen war; namentlich ein Schreiben Mittnachts vom 8. November scheint ihm darüber Aufschluß gegeben zu haben, ein Schreiben voller Entschuldigungen dafür, daß er Bayern verlassen habe — Bray hätte nicht so ohne weiteres den Einflüsterungen von dem eigenwilligen Vorgehen Württembergs Gehör schenken sollen, nach dessen Propositionen war ihm gar nichts anderes möglich als ohne Bayern zu verhandeln: oder habe Württemberg etwa den Beruf, ein bayerisches Vizekaisertum zu befördern? Und im übrigen hätten die Propositionen eine Verständigung Preußens mit Bayern über Württemberg hinweg ausgeschlossen, so

daß die württembergische Position also die denkbar günstigste sei. Sollte nun nach diesem Schreiben der Hof — noch dazu ohne genauere Nachrichten über das, was seine Abgesandten durchgesetzt hatten, dagegen eben durch dies Schreiben sehr genau über die bayerischen Ansprüche bis zum 30. Oktober informiert, sollte der Hof danach in gutem Glauben an die Geschicklichkeit seiner Unterhändler sein Geschick ganz in deren Hände legen, um zu gewärtigen, daß Bayern sich tatsächlich noch ein Extrabene holte? Dazu hatte sich die Geschicklichkeit derselben doch nicht genügend bewährt. Vielleicht hätte der Hof, unter anderen Umständen, gleichwohl dem sofortigen Abschluß zugestimmt: denn auch Mittnacht betonte, daß Württemberg eine Garantie dafür erhalten müsse, „daß nicht später Bayern, wenn es nachkommt, für sich allein besonders bevorzugt wird", er werde „diesen Punkt nicht aus dem Auge verlieren". Aber unter diesen Umständen, und da, wie der Hof annehmen mußte, die Bayern die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt hatten, blieb er nur sich selber treu, wenn er den Aufschub des Abschlusses bis zu dem Abschluß der Verhandlungen mit Bayern verlangte oder, was damit gleichbedeutend war, bis zu einem eingehenden Bericht über die Versailler Verhandlungen, der noch ausstand.

So trug also an diesem Zwischenfall weniger der Hof die Schuld als eben Mittnacht; ihn allein konnten auch die Worte treffen, die Bismarck am 12. nach dem ersten Moment der Betroffenheit über diesen unerwarteten Aufschub der Unterschrift an die beiden württembergischen Vertreter richtete: der Weg für sie ist, etwas Bestimmtes zu wollen. Es war seine eigene Diplomatie, die sich an ihm rächte, weil sie unwahr war, weil er nur aus Unmut über die Bayern, nicht aus sachlichen Gründen dem Wunsche Bismarcks nachgegeben hatte.

Und ſie rächte ſich an ihm um ſo bitterer, als er im übrigen ganz ſtrikt, den Stuttgarter Weiſungen entſprechend bei den norddeutſchen Staatsmännern durchgeſetzt hatte, was ſie gar nicht hatten zugeben wollen, die Selbſtändigkeit von Poſt und Telegraphie[1]), und als ihn das Telegramm am 11. gerade in einem Augenblicke überraſchte, da er in dem Entwurf der Militärkonvention nach der Wahrung der württembergiſchen Sonderrechte ſah: hätte er nicht am 11. um die Verzögerung der Unterſchrift bis zum 12. gebeten, wäre das Telegramm zu ſpät gekommen! Alſo weniger Intriguen, als eine überfeine Diplomatie zerſtörten das Werk der Einigung, wie es Bismarck gedacht hatte. — Denn das Werk war damit vollends zerſtört.

Auch nach dieſem Zwiſchenfall hätte Bismarck noch warten können; denn der Entwurf der Militärkonvention mit Baden war aus Karlsruhe noch nicht zurück, und mit den Bayern waren die Verhandlungen bereits wieder im Gange. Aber einmal war auch die Geduld dieſes Mannes mit den eiſernen Nerven zu Ende. Nun, da ſein Werk doch zertrümmert war, da die Württemberger mit ihrer Abreiſe nach Stuttgart, die ſie am 13. wirklich ausführten, urbi et orbi die deutſche Eigenbrödelei verkündeten, was hatte es da für einen Sinn, den Schein einer Einmütigkeit aufrechtzuerhalten?[2]) Schwer genug ward ihm der Verzicht, die Erregung warf ihn aufs Bett; noch am 15. November ſchrieb er an Roon, es gehe ihm „nicht nach Wunſch, gallige Magenleiden". Aber er verzichtete. Vielleicht nicht ſo ſehr, um mit dem Abſchluß der Verträge mit Baden und Heſſen einen

[1]) S. oben S. 221, Anm. 1.

[2]) Wieder einmal griff er danach zu dem Mittel der Preſſe, um zu erreichen, was ihm perſönlich nicht geglückt war (vgl. das Schreiben des Oberpräſidenten Graf Otto Stollberg an Bennigſen vom 13. November, bei Oncken, Bennigſen II, S. 196—197).

moralischen Druck auf die anderen auszuüben, als um wenigstens das Sichere in die Scheuern zu bringen.[1])

So kam es, daß, nachdem Bismarck Roon gebeten hatte, in der badischen Sache „einige kleine Fünfen gerade sein" zu lassen — „für rasche Unterzeichnung würde er politisch sehr dankbar sein"[2]) —, am 15. November der erste Teil des Einigungswerkes zum Abschluß gelangte. Baden und Hessen traten an diesem Tage in den einstweilen in „Deutschen Bund" umgetauften Norddeutschen Bund ein. Dabei blieben die Türen für die übrigen Staaten sogleich geöffnet: denn schon in diesem Vertrage, der beide Staaten zugleich aufnahm, wurden die in der Gesamtsitzung vom 6. November vereinbarten allgemeinen Bestimmungen, über Verfassungsänderung, über das Veto der einzelnen Bundesstaaten mit aufgenommen, Bestimmungen, die weder Baden noch Hessen, sondern Bayern beantragt hatte, gegen die sich wenigstens Baden sogar gesträubt hatte. Mit Recht darf man daher diesen Vertrag als das Fundament der Reichsverfassung bezeichnen.

Im übrigen lag über diesem ersten Akte der Reichsgründung der Geist des Mißmuts und der Krankheit: Bismarck unzufrieden und krank — es hing beides zusammen —, Jolly ebenfalls nicht auf dem Posten, im Kampfe mit einem alten Leiden: „ich hatte mir den Augenblick, in welchem dieses seit Jahren von mir mit so mancher Mühe erstrebte Ziel erreicht sei, brillanter gedacht als es in Wirklichkeit war", so schrieb er am 18., gleichwohl froh des vollbrachten Werkes, an seine Gemahlin. Was nicht hatte kommen sollen, war also geschehen: der Zwiespalt von einst und nicht die Einigkeit Deutschlands im Kampfe war auch in der Gründungsurkunde des neuen Deutschland verewigt. —

[1]) Über einen weiteren Grund zur Beschleunigung s. weiter unten.

[2]) Schreiben vom 15. November.

Noch ehe die Württemberger ihre Verhandlungen hatten abbrechen müssen, hatten die Bayern die Verhandlungen wieder aufgenommen. Es war am 8. November, vier Tage, nachdem Bray den entscheidenden Brief von Bismarck über seine Wünsche in betreff der Stellung Bayerns zu Deutschland erhalten hatte, als sie Delbrück die Bitte nach einer neuen Besprechung unterbreiteten, um „ihre Informationen zu vervollständigen".[1] Tags darauf, „heute endlich", wie Bray seiner Gemahlin schrieb, begannen die Verhandlungen auf der neuen Grundlage, auf der des Eintritts auch Bayerns in den Norddeutschen Bund.

Aus der Reise Brays nach München war nichts geworden. Die Verhandlungen mit Thiers, die bis zum 7. dauerten, hatten ihn festgehalten, er wollte abwarten, welchen Ausgang sie nahmen.[2] Aber auch von den beiden anderen bayerischen Bevollmächtigten hatte keiner das Hauptquartier verlassen. Ja, Bray hatte nicht einmal beim König angefragt, wie sie nach dem Schreiben Bismarcks vom 4. nun vorgehen sollten; das nächste

---

[1] Schreiben Delbrücks an Lasker vom 7.—9. November.

[2] Daß Bray solche Abreise wirklich beabsichtigte und nicht nur vorspiegelte, wie Brandenburg, Eintritt der süddeutschen Staaten, S. 58—59, glaubt beweisen zu können, geht, abgesehen von allem anderen aus dem von Brandenburg dazu nicht herangezogenen Schreiben Brays an seine Gemahlin vom 4. November hervor, wonach er nur noch die preußischen „Anträge" abwarten wollte, um dann abzureisen („ich stimme für Abreise, da die Endbeschlüsse doch in München zu fassen sind"). Im übrigen hatte er sogar vor dem König (am 3. November) von seiner Abreise gesprochen, allerdings nur für die Eventualität, daß die preußischen „Vorschläge" dazu nötigten. Die Absicht, den Prinzen Adalbert zum König Ludwig zu senden, um ihn nach Versailles einzuladen, eine Absicht, die Bray zu hintertreiben suchte, sobald sie auftauchte, da er die Abneigung des Königs gegen eine Reise kannte, und die er danach auch zu hintertreiben angehalten wurde, war kein Grund ihn zurückzuhalten (anders Künzel, S. 96—97).

Schreiben Brays an den König, das von der deutschen Frage handelt, stammt vom 11. November und schließt sich unmittelbar an den Bericht vom 3. November an. Unter sich selbst waren also die drei bayerischen Minister übereingekommen, trotz ihrer Instruktion auf die neue Basis hinüberzutreten; ihr Verfahren war ebenso eigenmächtig wie das Mittnachts.

Über die Gründe zu diesem plötzlichen Entschluß hat man sich vielfach den Kopf zerbrochen, wobei man die abenteuerlichsten Kombinationen wagte: so den Fund Bayern kompromittierender Akten in dem Schlosse des Ministers Rouher in Cercay, der Bayern Bismarck auslieferte, so die Konstruktion einer Taktik Brays, die mit der Vortäuschung einer Instruktion arbeitete, die nicht da war, und mit der Absicht einer Abreise, die ebensowenig bestand wie der Wunsch nach einer neuen Instruktion, den Bray äußerte: Bismarck sollte durch all das zum Einlenken gegenüber Bayern, zum Angebot von Vorrechten genötigt werden; als das nicht glückte, ward Bray in einer Art Verzweiflung seiner Politik untreu. Mit einer Widerlegung dieser Ansichten an dieser Stelle brauchen wir uns nicht aufzuhalten, da, soweit sie nicht bereits von anderer Seite erfolgte[1]), unsere Darstellung der bayerischen Politik sie in sich schließt. Zudem nannte Bray selbst, Friesen wie seinem König gegenüber, einige Beweggründe, die einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit besitzen, und an die wir uns in erster Linie zu halten haben.

Das vornehmste Motiv war danach durch Bismarcks Schreiben vom 4. November gegeben. Bis dahin hatte Bray, wie er Friesen am 9. November gestand[2]), Bis-

[1]) Die Cercay-These Ruvilles wurde von Küntzel eingehend widerlegt. Vgl. auch Roloff in den Preußischen Jahrbüchern, Bd. 139.

[2]) Sein Bericht darüber vom 10. November bei Friesen III, S. 180—182, Brandenburg Heft II, Nr. 134, S. 59—61.

marck ein vollgerüttelt Maß von Mißtrauen entgegengebracht. Mögen wir darin die Stimmung des großdeutsch-gesinnten Diplomaten wiedererkennen, der sich auf dem Außenposten in Wien seine Ansicht von dem Machtanspruch Preußens über alle anderen Staaten Deutschlands und von dem unifizierenden Charakter des Norddeutschen Bundes gebildet hatte, eine Ansicht, die die Wiener Staatsmänner, ein Beust voran, gewiß sehr gern nährten, mögen wir etwas davon auch noch auf die Rechnung des Eindrucks von Delbrücks Stellungnahme in München und in Versailles setzen, genug, noch in Versailles selbst war er Bismarck nicht mit dem Vertrauen begegnet, das die Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenarbeiten ist. Bis ihn Friesen und Dalwigk in jener Unterredung vom 1. November, die eine Folge seiner Propositionen war, seines Irrtums überführten, hatte er der Meinung gehuldigt, daß Bismarcks Widerstand gegen seine Wünsche in der allgemeinen Abneigung wurzele, auf Bayern überhaupt besondere Rücksichten zu nehmen. Erst in dieser Unterredung war ihm klar geworden, daß in dem Bundesrat auch die anderen Staaten zur Geltung kommen konnten, daß er so wie er verhandelte, wie seine Ausschüsse zusammengesetzt waren, durchaus nicht nur ein Machtinstrument Preußens darstellte. Ja, wenn Bayern in denselben eintrat, so hatte sich auch ihm damals die Überzeugung gebildet — wir erinnern uns, daß Friesen sowohl wie Dalwigk energisch an die Pflichten Bayerns Deutschland gegenüber mahnten —, daß gerade die Einrichtungen des Nordbundes ihm die Möglichkeit gedeihlichen Wirkens auch in seinem, wie in Deutschlands Interesse gewährten. So war Bray, wie wir bereits wissen, schon damals selbst gewonnen; immerhin hielt er es noch für seine Pflicht, nicht ohne ausdrücklichen Befehl seines Herrschers die Position zu verlassen, die nun einmal

genommen war; in diesem Sinne war sein Schreiben an König Ludwig vom 3. November abgefaßt. Da brachte die Äußerung Bismarcks vom 4. November wenigstens für ihn die Entscheidung. Denn bewies nicht gerade die Alternative, die Bismarck stellte, daß er von jedem Zwang weit entfernt war, daß ihm nichts ferner lag, als Bayern zu etwas nötigen zu wollen, was es nicht wollte, daß er auch zufrieden war mit einem nur durch internationale Verträge fester verbundenen Bayern? Gewiß konnte Bray keine Antwort lieber sein wie diese: denn trat Bayern jetzt auf den Boden hinüber, den Bismarck vorzog, dann war es ein Akt freien Entschlusses — einem Staate, der so eifersüchtig über seinen Rechten wachte wie Bayern, sehr viel mehr wert als jedes materielle Zugeständnis, das man ihm sonst machte.

Hatte sich aber erst einmal dies Vertrauen eingestellt — mit dem Bray nach dem 4. November auch seine Kollegen zu erfüllen wußte —, dann war es, wie Bray seinem Könige am 11. November schrieb, in der Tat gleichgültig, auf welcher Grundlage die Verhandlungen geführt wurden, dann fand mit dem Übergang auf die Basis des engeren Bundes „eine Änderung mehr der Form als dem Wesen nach" statt. Weil Bray meinte, auch auf diesem Wege erreichen zu können, was ihm sein König anbefohlen hatte, und weil die Allerhöchste Genehmigung des Königs und die Zustimmung des Landtags selbstverständlich vorbehalten blieben, meinten also Bray und seine Kollegen — etwa am 7. November[1]) —, „diese Grundlage der Verhandlungen nicht unbedingt zurückweisen zu sollen".

Das sind die Gründe, die wir aktenmäßig nachweisen können. Aber waren sie darum die einzigen?

[1]) An diesem Tage telegraphierte er an seinen Stellvertreter, daß er kaum vor dem 16. in München sein könne. Der Termin ist nur unter der im Text angegebenen Voraussetzung verständlich.

Mich will bedünken, daß von dem Abbruch der Verhandlungen einen Mann wie Bray auch noch andere Motive abhielten, ja daß sie mindestens von demselben Gewichte waren.

Vielleicht wird man noch nicht einmal soviel Nachdruck darauf zu legen haben, daß Bray von der Stimmung der bayerischen Truppen den Eindruck empfing, daß sie auch in aller Zukunft mit ihren Kriegskameraden fest zusammenhalten wollten. Gerade damals, wo die Bayern, das Korps von der Tann, in exponierter Lage beweisen sollten, was sie, im wesentlichen auf sich selbst angewiesen, zu leisten vermochten, hieß es für den leitenden Staatsmann nicht den Bundesgenossen verlassen, sondern sich noch fester an ihn anschließen. Als die Bayern bei Coulmiers am 9. November die erste Schlappe in dem ganzen Kriege erlitten und sich vor der Überzahl des Feindes zurückziehen mußten, bemerkte Bray mit besonderer Genugtuung, daß nicht nur die Franzosen, sondern auch die Preußen des Lobes voll waren über die Haltung, die die Bayern in dieser kritischen Situation bewahrten.[1]) In der kritischen Lage der Novembertage, unter dem Eindruck der Kameradschaftlichkeit der beiderseitigen Truppen fiel es diesem Manne nicht ein, Bayern isolieren zu wollen; alles das war vielmehr ein weiterer Grund an die engere Verbindung zu denken.

Etwas anderes dürfte auf seinen Entschluß noch stärker eingewirkt haben.

Wir lernten den Grafen Otto von Bray-Steinburg bisher als einen Mann kennen, der nicht mit der belebenden Wärme eines Bismarck, aber getreu den Intentionen seines Herrschers folgte, der sich als sein Werkzeug gebrauchen ließ, obwohl er nicht in allem mit ihm übereinstimmte. Denn in diesem Sohne der Emigranten-

[1]) Vgl. sein Schreiben vom 12. November an seine Gemahlin.

familie, in diesem Manne, der gewissermaßen von Geburt an — er kam 1807 als Sohn des bayerischen Gesandten in Berlin zur Welt — zu dem bayerischen Staate die engste Fühlung unterhielt und mit ihm, 1848 an leitender Stelle als Märzminister, 1866 als Bevollmächtigter bei den Friedensverhandlungen, alle die mannigfachen Schicksale des 19. Jahrhunderts, selbst dabei tätig, durchlebt hatte, war etwas von jener Hingabe an die Person des Herrschers, die die Beamtenfamilien des ancien régime auszeichnete. Es war in seinem Leben vielleicht nicht ohne Bedeutung, daß er den größten Teil seiner Mannesjahre als Gesandter in Staatswesen wie Rußland und Österreich zubrachte, wo der Hof, die Dynastie allein das Staatsganze repräsentierte. Aber gleichwohl dürften wir nicht irren in der Annahme, daß er daneben noch eigene, sehr bestimmte politische Anschauungen besaß. Leider ist uns nicht genau bekannt, wie er zu dem Problem Österreich stand[1]), ob er, was man von ihm annehmen möchte, der Habsburgischen Dynastie die staatserhaltende Kraft zutraute für den Fall der Einigung Deutschlands unter Preußens Führung, oder ob er gleich den meisten seiner Zeitgenossen für diesen Fall die Zerstörung des alten Donaureiches befürchtete. Er wäre jedoch kein Bayer gewesen und nicht der Vertreter seines Staates in Wien, wenn er an diesem Problem vorübergegangen wäre; so wie er zu Beust stand, der von der Universität her sein Duzfreund war und zu ihm immer rege Beziehungen unterhielt[2]), möchte man glauben, daß er eben um Öster-

[1]) Ein Gesuch an den bayerischen Minister des Auswärtigen um Einsichtnahme in Brays Berichte aus Wien seit 1866 wurde abschlägig beschieden.

[2]) Was übrigens nicht ausschloß, daß er Bray gelegentlich seines Münchener Aufenthaltes vom 11.—13. November zu stürzen suchte, da ihm sogar dessen Programm des weiteren Bundes noch zu weit ging (s. das Schreiben von Könneritz vom 14. November).

reichs willen Fortschritte in Deutschlands Einigung über das Ziel von 1866 hinaus zu verhindern suchte — denn sie mußten den chaotischen Zustand Cisleithaniens nach 1866 eher noch verschlimmern als verbessern[1]). Das ist jedenfalls gewiß, daß ihn in erster Linie die Beziehungen Bayerns zum Osten interessierten, die er kannte, und die in der Tat nach 1866 für Bayerns Zukunft die wichtigeren waren, und nicht die Beziehungen zum übrigen Deutschland, die nationalen Fragen in dem kleindeutschen Sinne, die eine wenigstens ihn befriedigende Lösung gefunden hatten. Eben hierin dürfte der Unterschied seiner Politik von der seines Vorgängers liegen, der als Angehöriger eines ehemals reichsunmittelbaren Geschlechts dem nationalen Anliegen ein viel intensiveres Interesse entgegenbrachte; mit Bray zogen die Großdeutschen in das Haus am Promenadeplatz ein, die auch Hohenlohe nicht unbeachtet gelassen, aber auch nicht herangezogen hatte, Großdeutsche nicht im Sinne der demokratischen Partei, wohl aber im Sinne der Krone. Vielleicht sollten gerade durch ihn die Augen der Opposition von dem unfruchtbaren Gezänk über das Verhältnis zum Norden auf Aufgaben wert der Anstrengung gerichtet werden, etwa auf Aufgaben der Kulturpolitik, wie sie Österreich gelöst hatte[2]), und wie sie das Vatikanische Concil, die Mobilmachung der Kirche gegen den Staat, in nahe Aussicht stellte.

Mit dem Ausbruch des Krieges mit Frankreich war seine Mission nicht zu Ende, auch danach konnte sie noch von Bedeutung sein. Aber andere Aufgaben traten allerdings in den Vordergrund: Bray wurde wider seinen

---

[1]) Mehr wird man bei dem gegenwärtigen Stande der Forschung nicht sagen dürfen. Wir haben keine Anhaltspunkte dafür, daß er sich mit der Hoffnung trug, Österreich werde in Deutschland noch einmal die Rolle von vor 1866 spielen können.

[2]) Schulgesetze von 1868!

Willen genötigt, eben an das Werk zu denken, von dem er für Österreich und danach auch für Bayern nichts als üble Folgen erwarten mußte. Kein Wunder, daß er alles tat, um den Krieg noch im letzten Augenblick zu vermeiden, daß er sich dazu an Beust wandte und nach England[1]), wobei übrigens auch die vielverbreitete Meinung von der militärischen Überlegenheit Frankreichs ein Motiv gewesen sein kann, und daß er auch danach noch Bayerns Stellung zu wahren, ja zu verstärken suchte[2]). Aber dazu war er doch zu sehr Bayer, um den spezifisch bayerischen Gesichtspunkten andere überzuordnen, und mochten sie ihm auch noch so wertvoll scheinen. Es bedurfte nicht erst der Anmahnung des Königs, um ihn an die Vertragspflichten gegenüber dem Norden zu erinnern; er förderte schließlich, wenn auch voll Widerstreben, das Einigungswerk; mag der Natur dieses großen, hageren Mannes, der, wie uns Busch erzählt[3]), sich englisch trug, überhaupt nicht allzuviel Temperament beigemischt gewesen sein, wir können es verstehen, daß es nicht gerade hierbei zum Ausbruch kam, daß bei seinem gehaltenen Wesen die anderen, begeistert wie sie waren, ein Gefühl von Kälte anwandelte. Denn immer und überallhin mußte ihn die Sorge begleiten, wie sich Bayerns weitere Aufgaben danach noch erfüllen ließen, ob ihre Erfüllung überhaupt noch möglich sein werde: niemand trug im Hauptquartier schwerer daran, als eben er, dem die Neugestaltung der Zukunft Bayerns anvertraut war.

Aber gerade hier im preußischen Hauptquartier nahte die Stunde seiner Befreiung.

---

[1]) Vgl. dazu Roloff in den Preußischen Jahrbüchern, Bd. 139 (1910), S. 145—147.

[2]) Durch das Veto im Zollverein und Revision der Allianzverträge (Hohenlohe II, S. 20).

[3]) Tagebuchblätter, I, S. 412 (18. November).

Über die preußisch-österreichischen Beziehungen nach 1866 sind wir noch nicht genau genug unterrichtet, um sie in jedem Augenblick verfolgen zu können. Aber das sehen wir doch mit voller Klarheit, daß preußischerseits immer wieder Versuche zur Annäherung gemacht wurden, und daß auf der anderen Seite immer das Mißtrauen blieb; selbst ein Andrassy, den wir uns gewöhnten als den geschworenen Freund Bismarckscher Politik anzusehen, wußte, wie wir bemerkten, 1870 sich noch nicht in ihr zurechtzufinden. 1870, während des Krieges, hörten diese Bemühungen nun nicht auf, ja sie wurden sogar mit einem gewissen Nachdruck fortgesetzt, — bei der Politik, die Beust mit den Neutralen einzuleiten versuchte, allerdings mit dem Erfolge, daß Bismarck schließlich am 3. Oktober dem Botschafter des Norddeutschen Bundes in Wien, dem Grafen Schweinitz schrieb, „daß *mit* dem Grafen Beust nicht die Möglichkeit bestehe, den Wunsch nach dauernd guten Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich zu verwirklichen".[1]) *Ohne* ihn hatte er schon zuvor voranzukommen versucht: da Prinz Luitpold, der Vertreter König Ludwigs im Hauptquartier, der Schwager des Erzherzogs Albrecht, des Hauptes der Militärpartei in Österreich war, hatte er nach dem Sturze des kaiserlichen Regimes in Frankreich sich dessen Hilfe am 12. September zu versichern gesucht. Aber das Schreiben des Prinzen bekam auch Beust zu sehen, auf den der Hinweis auf die Notwendigkeit der Verteidigung des monarchisch-konservativen Prinzips gegen das republikanisch-sozialistische keinen Eindruck machte, und den sein Herrscher damals noch nicht fallen lassen mochte.[2])

[1]) Wertheimer, Andrassy I, S. 530.

[2]) Vgl. M. Busch, Tagebuchblätter I, S. 190—192. Übrigens begann eben damals Beusts Stellung zu schwanken. Die Verhandlungen, die zu der Bildung des Ministeriums Hohenwart-Schäffle

Leider ist uns nicht bekannt, ob Bismarck in seinen stundenlangen Unterredungen mit Bray auch die Fragen der hohen Politik durchsprach; daß Bray darüber kein Wort nach München meldete, ist bei dem streng sachlichen, nur die nächste Aufgabe berührenden Inhalt seiner Schreiben kein Beweis dagegen. Aber wenn nicht durch Bismarck selbst, so konnte er auch auf anderen Wegen Aufklärung über seine Wünsche in bezug auf Österreich erhalten, etwa durch den Prinzen Luitpold, den Konzipienten jenes Schreibens vom 12. September, oder auch durch Friesen: denn ehe Bismarck an die bayerische Vermittlung nach Österreich dachte, hatte er die sächsische Hilfe dazu erbeten; alle die Unterhaltungen mit Friesen, deren wir gedachten, hatte Bismarck offenbar auch mit dem Hintergedanken gepflogen, daß ihr Inhalt zur Kenntnis auch des Wiener Hofes käme. So mochte Bray bereits auch aus diesem Grunde für die Bismarckschen Gedanken gewonnen und bereit sein, die Vermittlerrolle zwischen Preußen und Österreich zu übernehmen, womit sich gerade für die bayerisch-österreichischen Beziehungen die Möglichkeit einer größeren Vertiefung ergab, als ein Ereignis eintrat, das ihn, ob er wollte oder nicht, geradezu zwang, um Österreichs willen sich Deutschland anzuschließen.

Schon eine Reihe von Jahren beunruhigte die europäische Diplomatenwelt eine Forderung Rußlands, die Forderung, von den Beschränkungen in bezug auf seine Bewegungsfreiheit im Schwarzen Meer befreit zu werden, die der Pariser Frieden von 1856 zugunsten der Türkei stipuliert hatte.[1]) 1866 war den Vertretern

führten, seitens Kaiser Franz Josephs um den 20. Oktober herum begonnen, wurden ohne Wissen von Beust geführt (vgl. Schäffle II).

[1]) Vgl. zu dem Folgenden vor allem Serge Goriainow, Le Bosphore et les Dardanelles, Paris 1910, p. 145 ff., und P. H. Mischef, La mer noire et les détroits de Constantinople, Paris 1899 (Thèse).

Rußlands im Ausland geradezu aufgegeben worden, nach Kräften zur Erreichung dieser als unwürdig empfundenen Beschränkungen beizutragen. Österreich, das neben Frankreich, England und dem Königreich Sardinien zu den Garanten des Pariser Friedens gehörte, hatte sich deshalb, nachdem ein erster Versuch 1859 fehlgeschlagen war, 1867 bemüht, die Frage aus der Welt zu schaffen, um seinerseits dadurch in der Betätigung nach anderen Richtungen nicht aufgehalten zu werden; doch auch diesmal war der Erfolg ausgeblieben. Alle Welt war daher der Überzeugung, als der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausbrach, daß bei dieser Gelegenheit wohl auch sie ihre Erledigung finden werde.

In der Tat war das Rußlands Absicht. Schon auf dem Kongreß, den die russische Regierung im August vorschlug, sollte neben der deutsch-französischen Frage und anderen Fragen auch die Pontusfrage einen Gegenstand der Erörterung bilden; noch vor Sedan diskutierte sie ferner der russische Botschafter Baron Brunnow in London mit Gladstone wie Granville; und auch weiterhin wurden Fühler ausgestreckt, um die Stimmung Europas kennen zu lernen, und Verhandlungen unverbindlicher Art in Konstantinopel gepflogen. Mitteilungen darüber in der beunruhigendsten Form gelangten Mitte September und dann wieder im Oktober über Bukarest und Pesth in die europäischen Blätter.[1]) Nun war zwar die Welt damals nicht abgeneigt, dem russischen Begehren zu willfahren. Gladstone wie Granville legten auf die Niederhaltung Rußlands im Süden Europas nicht mehr dasselbe Gewicht wie der doktrinäre Palmerston, der die konservative Vormacht von ihrer Betätigung dort hatte abhalten wollen; auch das geeinte Italien brauchte jetzt nicht mehr die Stellung

[1]) Vgl. Eintragung vom 24. Oktober in des Kronprinzen Tagebuch.

von 1856 zu behaupten; und was schließlich die Türkei betrifft, so war sie dafür dankbar, daß Rußland die Gärung, die sich unter der christlichen Bevölkerung von der Donau bis nach Kandia bemerkbar machte, nicht schürte, und war im übrigen, isoliert wie sie nach Napoleons Sturz und Frankreichs Niederlage war, eher bereit sich Rußland gefällig zu erweisen als ihm zu trotzen. Da Österreich, falls es seinen Standpunkt von 1867 verlassen sollte, also allein dastand, zumal Frankreich sich fürs erste nicht rühren konnte, so durfte Rußland darauf rechnen, daß sein Wunsch ihm erfüllt werden würde. Für den Notfall hatte es Zusicherungen von preußischer Seite — noch am 20. September hatte Bismarck in dem Sinne an den Prinzen Reuß, den Botschafter in Petersburg geschrieben[1]) —, daß Preußen es dabei nach Kräften unterstützen werde. Immerhin herrschte das stillschweigende Übereinkommen, nachdem der Kongreßvorschlag Rußlands gefallen war, daß diese Frage erst nach dem Friedensschluß geregelt werden sollte, Bismarck sprach geradezu dahinzielende Wünsche aus.[2])

Indessen verfolgte Rußland eine andere Taktik. Ob sich Gortschakow mit einem gewissen Mißtrauen gegen Bismarck erfüllte, da dieser die Einigung Deutschlands, so ganz den russischen Wünschen entgegen[3]), betrieb,

[1]) Bei Goriainow, p. 154. Im übrigen befahl Bismarck dem Botschafter in Konstantinopel, dem Grafen Keyserling, unterm 9. Oktober, jede Gelegenheit zu benutzen, um in den Augen der Pforte und seiner Kollegen die Überzeugung von einer entente intime indissoluble zu nähren, die zwischen Preußen und Rußland bestehe und allen Zwischenfällen standhalten werde.

[2]) Vgl. Goriainow, p. 155.

[3]) Hatte doch der Zar in jener Audienz vom 22. oder 23. Juli dem Grafen Chotek in bezug auf Süddeutschland bemerkt (vgl. Ollivier, XV, p. 425), daß diese Staaten selbst in dem Falle preußischer Siege pourraient obtenir un mode d'existence plus supportable que celui d'avant la guerre. Si l'Empereur d'Autriche et moi, nous trouvant

oder ob er nur nicht auf die Unterstützung Deutschlands angewiesen sein wollte, die er, falls er das Unternehmen während des Krieges durchsetzte, bei der allgemeinen Abneigung gegen die Ausdehnung des Krieges in der Ligue des neutres vielleicht glaubte nicht nötig zu haben, genug, Rußland wartete das Ende des Krieges nicht ab, sondern benutzte den Augenblick, wo England jene verheißungsvolle Aktion vom 20. Oktober zur Herstellung des Waffenstillstandes und damit des Friedens einleitete, um seinen Coup vorzubereiten. Es war am 19./31. Oktober, als aus Tzarkoe-Selo an die Signatarmächte des Pariser Friedens und vorweg an Preußen ein Zirkularschreiben erging, das nicht an die Prinzipien des Vertrages von 1856 rührte, nicht an den Wunsch der Revindikation von alten russischen Landesteilen, aber dafür mit allem Nachdruck die Kündigung der das Schwarze Meer betreffenden Klausel durch Rußland anzeigte, die es als durch verschiedene widerrechtliche Akte der anderen Seite seit 1856 wohlbegründet erklärte. Die Kündigung war ein einseitiger Akt, ein Akt brutaler Machtpolitik, aber darum sollte doch kein neuer Weltbrand entstehen; der Tatze des Bären waren die Krallen beschnitten: wenn Rußland für sich Freiheiten zurücknahm, so wollte es sie doch darum nicht sofort gegen die Türkei gebrauchen.

Das Zirkular vom 31. Oktober, das wie nach allen Höfen auch nach dem preußischen besondere Anschreiben und hier in besonders konziliante Formen gefaßte[1]) be-

d'accord, nous disons hautement (j'ai l'intention de le faire pour ma part) notre opinion sur cette question, nous trouverons toujours moyen de nous faire entendre même vis-à-vis d'une Prusse victorieuse. Quant à moi, je serais pour donner le protectorat du sud de l'Allemagne à l'Autriche, et je tiens, pour cette combinaison, l'assentiment de l'empereur Napoléon en main.

[1]) Ein Autogramm des Zaren an König Wilhelm (bei Goriainow, p. 162) und Schreiben Gortschakows an Bismarck, ebenda, p. 163.

gleiteten, wurde in Berlin bereits am 7. November übergeben (überall sonst erst nach dem 9.), Bismarck muß die Kunde davon sogar schon früher erreicht haben[1]); denn bereits am 8. wies Prinz Reuß Gortschakow eine Note Bismarcks vor, worin dieser um Aufschub der Aktion bat, da die deutsche Stimme namentlich England gegenüber in diesem Augenblick schwerlich irgendwelch Gewicht haben werde. In der Tat durfte Bismarck, da soeben mit der Mission von Thiers die Intervention Englands vollkommen gescheitert war, seine Hilfe ja nur gering veranschlagen; der Augenblick war gewiß der denkbar ungünstigste. Aber im übrigen bedeutete dies Vorgehen ebensowohl eine Brüskierung Deutschlands wie aller übrigen Mächte: denn war es nicht offenbar durch das Mißtrauen gegen Deutschland diktiert?[2]) Ohne sentimental zu sein, hatte Bismarck nach den festen Zusagen, die er der russischen Regierung gegeben hatte, wohl ein Recht, dadurch verletzt zu sein. Ja noch mehr: hatte man es nicht geradezu als eine Verzichtleistung Rußlands auf die deutsche Hilfe aufzufassen, wenn Rußland nicht wartete, als eine Folge der deutschfeindlichen Strömungen, die in den breitesten Schichten der russischen Gesellschaft bis hinauf zu Gortschakow und dem Thronfolger alle anderen an Stärke übertrafen?

So stellte diese Zirkulardepesche also doch wohl auch eine feindliche Handlung gegenüber dem erstehenden Deutschen Reiche dar, die es zu vergelten galt? In allem übrigen waren Bismarck die Hände gebunden, ja,

[1]) Obwohl der Zar den Prinzen Reuß gebeten hatte, von dem russischen Schritte erst dann zu telegraphieren, wenn der General Annenkow mit dem Autogramm des Zaren an König Wilhelm in Versailles eingetroffen sei, was erst am 14. November der Fall war (vgl. des Kronprinzen Tagebuch zum 14. November).

[2]) Es ist das Verdienst des Buches von Goriainow, die alte Legende, die England verbreitete, von dem heimlichen Einverständnis Rußlands und Preußens bei dieser Aktion endgültig zerstört zu haben.

wenn er Deutſchland nicht von neuem in einen Strudel unvorherzuſehender Ereigniſſe hineinreißen laſſen wollte, dann mußte er ſogar auch danach noch die Initiative ergreifen, um den Streitfall friedlich beizulegen; in dieſem Sinne hat er ja, als aus England wie aus Öſterreich kriegeriſche Töne erklangen, Odo Ruſſell in Verſailles bearbeitet und eine Konferenz vorgeſchlagen, die unter Beſchränkung auf dieſe eine Vorlage ihn aus der Welt ſchaffen ſollte. Aber in einer Beziehung konnte er ſich rächen: wir haben keine aktenmäßigen Beweiſe dafür, aber liegt der Gedanke nicht nah, daß es eben um Rußlands willen geſchah, daß er nach der Abreiſe der württembergiſchen Bevollmächtigten nicht wartete, auf Bayern wie auf Württemberg, ſondern daß er mit Baden und Heſſen ſofort abſchloß? Denn im Hinblick auf die Gewitterwolken, die den Horizont erfüllten, war es gewiß wünſchenswert, raſch das Haus zu decken, ſoweit es möglich war, und eine Einheit herzuſtellen, ſo wie ſie ſich eben herſtellen ließ, um das Gewicht des Norddeutſchen Bundes in der Wagſchale Europas noch zu vergrößern. Rußland hatte ſchon einmal in der deutſchen Geſchichte die Rolle des Gegners der deutſchen Einigung geſpielt. Jetzt war davon gewiß nur cum grano salis die Rede. Aber trotzdem dürfte es richtig ſein, daß die Einigung, wie ſie erfolgte, ebenſowohl im Gegenſatz zu Frankreich erfolgte, wie im Gegenſatz zu Rußland, von Öſterreich und England ganz zu ſchweigen.

Doch — dieſe Zirkularnote hatte noch eine weitere Bedeutung für die deutſche Geſchichte. Wie geſagt, war Öſterreich-Ungarn über dies ruſſiſche Vorgehen aufs tiefſte erregt. Denn, um davon gar nicht zu reden, daß das Begleitſchreiben nach Wien den beſonderen Geſinnungen Gortſchakows dem Habsburgerſtaate gegenüber entſprechend grob gehalten war[1]), Öſterreich blieb

[1]) Vgl. Goriainow, p. 165.

ohne Äquivalent, während sich Rußland verstärkte; ferner war Österreich Garant des Friedens von 1856; und zuletzt wachte namentlich das Ungarn Andrassys und der Deakpartei über nichts eifersüchtiger als über Rußlands Orientpolitik. So klangen denn aus ungarischen wie aus Wiener Blättern überall die Kriegsfanfaren, um so bedenklicher, da die englischen Blätter ein gleiches taten; und die Regierung, die zunächst zu der Meinung gelangte, daß ihr nur der Protest übrig bliebe, ward sofort umgestimmt, als Andrassy aus Pesth nach Wien kam und das Zirkular für einen Aufruf der slavischen Bevölkerung der Monarchie zur Revolution erklärte. Um die Mitte November erschien nichts gewisser, als daß ein neuer Weltbrand entstehen werde, in dem die Flammen vor allem auch Österreich ergreifen würden. Und wie war Österreich darauf gerüstet?

Wir brauchen dieser Frage nicht weiter nachzudenken, denn das eine erkennen wir sofort mit aller Deutlichkeit: alle Deutschen, die an Österreich aus diesem oder jenem Grunde ein Interesse nahmen, also vor allem die Großdeutschen mußten auf die künftigen Ereignisse in Österreich mit der äußersten Sorge blicken. Jetzt schien ja endlich die Zeit gekommen, in der Gortschakows berühmtes Wort von der Staatenlosigkeit Österreichs Wahrheit werden sollte. Nur an einer einzigen Stelle im Bereiche des Deutschtums herrschte damals Gewißheit darüber, daß der Staat Österreich nicht verloren war, denn es herrschte dort auch der Wille, für den Bestand dieses Staates sich mit aller Macht einzusetzen. Diese Stelle war das preußische Hauptquartier, eben der Ort, wo Bray mit Bismarck über die künftigen Beziehungen Bayerns zu Deutschland verhandelte: hier konnte sich also Bray mit der Zuversicht erfüllen, die allen Großdeutschen fehlte, da sie über Bismarcks, über Preußens Ziele nicht Bescheid wußten. Aber allerdings, diese

Zuversicht hatte nur festen Grund, wenn die deutsche Einigung so schnell als möglich vollzogen ward, auf daß Deutschland zu Frieden oder Krieg in gleicher Weise gerüstet sei.

Bray hat über die preußisch-österreichischen Beziehungen, wie gesagt, während der Verhandlungen über Bayerns Eintritt in den Norddeutschen Bund kein Wort verlauten lassen. Als die Verhandlungen abgeschlossen waren, bemerkte er jedoch zu seiner Frau am 25. November, daß, was ihn „beruhigt" und „zu seiner Entschlußnahme mächtig beigetragen" habe, die in Versailles herrschende Geneigtheit gewesen sei, „sich Österreich zu nähern und zu diesem Reiche die freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten". Er hoffe, „da dies dem wohlverstandenen Interesse beider Länder entspricht", daß es gelingen werde, „dies gute Verhältnis auf der sicheren Grundlage eines Staatsvertrages zu befestigen".[1]) Auch der Großdeutsche hatte also seinen Platz in dem neuen Deutschland gefunden; ob die Macht der Überredung allein es vermocht hätte, steht dahin; die Gewalt der Tatsachen war jedenfalls stärker. So flossen in dem deutschen Einigungswerk, dank dem täppischen Eingreifen Rußlands, die beiden großen Strömungen wie in ein gewaltiges Bett zusammen, die bisher gegeneinander angekämpft hatten. Für Bayern lag auch nicht der mindeste Grund mehr vor, sich gegen Bismarcks Wünsche zu sträuben. War auch keine Ermächtigung des Königs da, die alte Stellung Bayerns zu zerstören, aus höheren Interessen heraus durfte, ja mußte Bray an der Errichtung eines neuen Bayern arbeiten. —

Bismarck war Bayern bisher stets entgegengekommen, um endlich einmal die deutsche Frage zur

[1]) In diesem Sinne sprach er auch vor der 2. bayerischen Kammer am 16. und 19. Januar 1871.

Entscheidung zu bringen; mit seinem Willen sollte sie nicht noch einmal, zum 3. Mal die Welt beschäftigen. Gleichwohl hätte er bei der Lage der Dinge im November wohl nicht mehr lange auf Bayern gewartet; nach einigen Jahren, spätestens dann, wenn die Zollvereinsverträge abgelaufen waren, mußte es sich ja fügen und sich allen Bedingungen unterwerfen, die das übrige Deutschland ihm auferlegte. Da es nun aber kam, freiwillig, ungedrungen, so mußte er jetzt noch mehr denn je bei seiner Haltung verharren.

So gingen dann die Verhandlungen, nachdem sie am 9. wieder aufgenommen waren, rasch voran. Denn auch bayerischerseits begnügte man sich mit den Zugeständnissen von zuvor und verzichtete auf Wünsche wie die der 8 Stimmen im Bundesrat oder die der selbstständigen Justizgesetzgebung[1]), und preußischerseits stellte man zumal danach keine neuen Forderungen[2]). Die Bayern ließen sich jetzt auch gern darauf ein, was sie bisher immer abgelehnt hatten, ihrerseits detaillierte

---

[1]) Nur bei der Frage der Übernahme der Bundesgesetzgebung auf Bayern machte man Opposition, insofern Bayern das Gesetz über Heimats- und Niederlassungsverhältnisse sich weigerte anzunehmen — und zwar mit Erfolg.

[2]) Daß Preußen nicht über das Maß der Zugeständnisse von früher hinausging, wie Busch und Küntzel glauben machen möchten, darüber vgl. die treffenden Ausführungen von Brandenburg, Eintritt der süddeutschen Staaten, S. 68—72 und S. 73. Die einzige Forderung, die Bayern mit Nachdruck gestellt haben mag, mag sich auf die Verweisung der Militärübereinkunft ad separatim zwischen die einzelnen Fürsten bezogen haben. Jedenfalls beklagte Bismarck am 22. November Bamberger gegenüber, daß die Bayern sich bei ihren Verhandlungen auf die Konzessionen berufen konnten, die Lasker gelegentlich seines Münchener Aufenthaltes als beim Reichstag durchdrückbar hingestellt hatte (vgl. oben S. 173; der Brief Bambergers darüber an Lasker vom 22. November; vgl. dazu auch Busch, Tagebuchblätter I, S. 419); von diesen Konzessionen war jene Nummer die für die Bayern unzweifelhaft wichtigste.

Entwürfe über das künftige Verhältnis Bayerns zu Deutschland beizubringen; bereits am 11. befand sich der Entwurf einer Militärkonvention aus der Feder Pranckhs in den Händen Bismarcks, am 12. sollte, nach Brays Bericht vom 11., die Übergabe der übrigen Punktationen erfolgen. Nur an zwei Stellen ergaben sich stärkere Differenzen, in der Frage der Territorialvergrößerung Bayerns und in der Militärfrage.

Wann Bray über König Ludwigs Herzenswunsch mit Bismarck sprach, wissen wir nicht. Augenscheinlich war diese Frage jedoch am 16. November noch nicht erledigt, wenn anders ein Telegramm des Kabinettsrats Eisenhart an Bray von diesem Tage, das „wirksame Vertretung der Gebietsvergrößerung" wünschte, nicht in Unkenntnis der Sachlage erging. Über die Verhandlungen darüber ist uns überhaupt nur soviel bekannt[1]), daß Bray aus Bemerkungen Bismarcks den Eindruck gewann, der Wunsch werde sich leicht erfüllen lassen, und daß er am 25. November, nach dem Abschluß des Vertrages mit dem Norddeutschen Bunde, den Großherzog von Baden aufsuchte, um ihn diesem mit dem Dank für eine Unterstützung Bayerns, von der noch zu sprechen sein wird, zum Ausdruck zu bringen. Indem er den Großherzog, der übrigens schon seit Ende Oktober darauf vorbereitet war[2]), von vornherein um Nachsicht für die Frage bat, die er ihm vorlegen werde, ließ er sich über den Gedanken aus, der „vielfach und mit Wärme aufgenommen" sei, „Elsaß mit Baden zu einem Königreiche zu verbinden", und knüpfte für den Fall, „der ja ebenso wünschenswert als wahrscheinlich

[1]) Nach dem in Brays Denkwürdigkeiten, S. 192, Anm., wiedergegebenen Inhalt einer dort leider nicht abgedruckten „persönlichen Aufzeichnung" Brays darüber und Lorenz, S. 373—374. Vgl. dazu auch Jakob, Elsaß-Lothringen, S. 115.

[2]) Vgl. Baumgarten-Jolly, S. 188, Anm.

sei", daran die Erkundigung, „ob der Großherzog geneigt sein werde, eine Gebietsabtretung an Bayern zu genehmigen. Er, Graf Bray, denke an eine Verbindung der beiden getrennten bayerischen Gebiete durch einen Streifen Landes vom Main- und Tauberkreise bis an den Rhein. Heidelberg und Mannheim brauchten nicht notwendig berührt zu werden". Übrigens sei Bayern weit davon entfernt, seine alten Ansprüche zu erneuern, obgleich gewisse Rechtsfragen noch heute ihre Geltung hätten, „es sei ihm nur von hohem Werte, die Anschauungen des Großherzogs über eine etwaige Teilung der französischen Abtretungen kennen zu lernen". Die Antwort[1]) fiel so aus, wie sie nach den Anschauungen des Großherzogs und erst recht nach dem 15. November ausfallen mußte. Nachdem sich der Großherzog vergewissert hatte, daß der Erkundigung Brays nicht nur ein privater Charakter beiwohne, entwickelte er mit dem Nachdruck des nationalen Pathos seine Ansicht über die Zukunft von Elsaß-Lothringen; „was aber das Anerbieten von Elsaß mit der Königskrone als Belohnung für eine nationale Pflichterfüllung betreffe, so würde er dies als eine Beleidigung betrachten, die er aus Entrüstung zurückweisen müßte".[2]) Danach war das Spiel überhaupt verloren, um so mehr, als Bismarck gelegentlich einer gesprächsweise über das badische Projekt gemachten Andeutung seine Mitwirkung zu seiner Ver-

[1]) Bei Lorenz, S. 374—375.

[2]) Nach einem Zusatz, den der Großherzog Friedrich zu Lorenz' Darstellung machte (bei Lorenz S. 613), wollte Bray auch dann noch die Angelegenheit in amtliche Verhandlung bringen, was der Großherzog mit dem Hinweis auf den schlechten Eindruck eines Streites der Fürsten um die Kriegsbeute vor der Nation zu verhindern suchte, und zwar aus dem Grunde, „weil er vermute, die Entschließungen des Königs von Bayern über die abzuschließenden Bundesverträge würden von der Frage einer Vergrößerung Bayerns schwerlich getrennt werden können".

wirklichung unbedingt ablehnte: „eine badiſche Gebietsabtretung ſei ein noli me tangere, weder ſein allergnädigſter Herr noch der Großherzog von Baden würden je darauf eingehen".[1]) Eine Ausſicht auf Erfolg war ja, wenn überhaupt, nur in einem früheren Stadium, vielleicht noch beim Beginn der Verſailler Verhandlungen vorhanden, ſobald die Territorialforderung mit den politiſchen Forderungen verbunden wurde[2]); daß Bray ſich ſeines Auftrages erſt ſo ſpät entledigte, eines Auftrags, der, wie ſein Auftreten beweiſt, ihm im höchſten Grade peinlich war, werden wir darum nicht nur aus ſeiner Abneigung gegen dieſen Plan erklären dürfen, ſondern auch aus der Überzeugung, daß er, wann auch immer angebracht, doch zum Scheitern verurteilt ſei; er wußte, daß er ſein Totengräber ſein werde. — Bismarck hat ſich der bayeriſchen Wünſche noch in einem ſpäteren Stadium angenommen; gelegentlich des Abſchluſſes des Präliminarfriedens äußerte er am 26. Februar 1871 in Gegenwart der Bevollmächtigten der ſüddeutſchen Staaten die Abſicht, „um jede Erinnerung an die Kämpfe von 1866 zu tilgen", Bayern die Stadt Weißenburg und Umgegend zu überlaſſen, ein Gebiet von dem Umfange, der dem des 1866 abgetretenen bayeriſchen Gebietes entſpräche.[3]) Doch auch dieſer Gedanke ließ ſich nicht verwirklichen.[4]) Bayern brachte aus dem Kriege keinen Territorialzuwachs heim.

Was die Differenzen auf dem militäriſchen Gebiet betrifft, ſo vertrat Prandh, nach den Angaben, die Bis-

[1]) Vgl. Luiſe v. Kobell, Ludwig II. und Bismarck, S. 27.

[2]) Tatſächlich ſcheint Bray eine ſolche Verkuppelung auch verſucht zu haben, worauf Bismarck ſie mit dem Bemerken zurückwies, die Frage der Gebietsentſchädigung gehöre in das Gebiet der Friedensverhandlungen und müſſe von dieſen abhängig gemacht werden (Luiſe v. Kobell a. a. O.).

[3]) Vgl. Lorenz, S. 525.

[4]) Das Nähere darüber bei Jakob, S. 116 ff.

marck darüber am 19. November dem Großherzog von Baden machte[1]), die Forderung, daß die Armee ganz selbständig bleibe. „Im Kriege wolle Bayern sich unterordnen wie jetzt — im Frieden aber nur Inspektionen zugeben, also wie im ehemaligen Deutschen Bunde! Die Verwaltung wolle es selbst führen und mit seinen Kammern das Spezialbudget feststellen. Das summarische Budget nach Maßgabe der Sätze der Bundesverfassung könne im Reichstag beraten werden, und dementsprechend würden die Heereseinrichtungen wie in Preußen geordnet werden." Freiherr Sigmund von Pranckh war der Mann gewesen, der bei Beratung der Kriegskredite in der bayerischen zweiten Kammer, um den Patrioten entgegenzukommen, erklärt hatte, dahin feste Front machen zu wollen, von wo die bayerische Selbständigkeit angetastet werden würde. Wenn er also die Ansätze des Norddeutschen Bundes in dem Militärbudget zugestand, nachdem sein Versuch, sich dagegen zu sträuben und damit vielleicht die Herabsetzung der Sätze im Norden wie in ganz Deutschland zu bewirken, gescheitert war[2]), und wenn er weiter sich zu Inspektionen des Königs von Preußen verstand, womit die tatsächliche Unterordnung auch im Frieden zugegeben war, dann war das ein Maß von Entgegenkommen gegen die Wünsche des Nordens, das er vor der Kammer nur schwer verantworten konnte. Darum bezeichnete es auch für ihn die äußerste Grenze. Nur unter der Bedingung, daß die Armee in dieser Weise selbständig bleibe, so erklärten darum die bayerischen Minister insgesamt, werde sich Bayern zum Eintritt in den Bund entschließen können, sonst müsse es draußen bleiben. Für den Fall der Annahme dieser Bedingung

[1]) Bei Lorenz, S. 368—371. Vgl. auch Hohenlohe II, S. 35.

[2]) Vgl. dazu die Rede von Lutz vor der 2. bayerischen Kammer am 14. Dezember 1870.

gaben sie dann allerdings die Zusicherung, der sie zugleich die denkbar bestimmteste Form verliehen, daß Bayern die Kaiserwürde beantragen werde. Bedingung stellten sie gegen Bedingung. Ein Kaiserreich *mit* Bayern war nur gegen Zugeständnisse auf diesem Gebiete zu erlangen.

Bismarck, dem der Entwurf zuerst zuging, da Roon noch nicht verhandlungsfähig war, „erschienen diese Zugeständnisse für eine Einigung durchaus ungenügend", zumal Bayern sich, was er dem Großherzog nicht gesagt zu haben scheint, dazu noch ausbedungen hatte, daß die Mobilmachungsorder des Bundesfeldherrn in Bayern erst dann Gültigkeit haben sollte, wenn sie der König von Bayern seinerseits erlassen habe. Trotzdem ließ er den bestimmten Äußerungen der Bayern gegenüber jeden Widerspruch fallen. „Die Verwicklungen, welche aus der russischen Vertragskündigung entstehen können, sind unberechenbar. Wir sind ihnen jedenfalls nur dann gewachsen, wenn das jetzt kriegführende Deutschland auch organisch geeint erscheint. Wir werden aber eine entscheidende Stimme in dieser großen Frage führen, wenn Deutschland ein Reich und durch seinen Kaiser in der ganzen Welt mächtig vertreten ist". Aus diesen Gründen, bemerkte er dem Großherzog gegenüber, sei es nicht nur erlaubt, sondern geboten, „dem Besseren das Gute vorzuziehen", das in der gemeinsamen Vertretung der Interessen der Nation, in der monarchischen Spitze gegeben sei, „und somit das Mögliche auszuführen. Hat Bayern diese Schwelle betreten, und zwar mit unserem Beistand, so ist von einem Rückzuge keine Rede mehr; es kann nur noch vorwärts schreiten, und wir dürfen der Zukunft die bessere Entwicklung getrost überlassen".

Doch nicht alle dachten so staatsmännisch, vor allem nicht Roon und ebenso auch nicht König Wilhelm. Roon war einst gegen die Verschmelzung der badischen Truppen

mit den preußischen gewesen, weil er von den Süddeutschen eine Lockerung der strammen Zucht der Norddeutschen befürchtete; zuletzt — es war gerade in diesen Tagen, daß er über die badische Militärkonvention unterhandelte[1]) — hatte er sich damit doch abfinden müssen. Aber ebenso energisch war er auch gegen eine derartige Sonderstellung, wie sie Bayern verlangte; denn wenn die preußischen Konservativen der Einigung Deutschlands unter Preußens Führung zustimmten, die auch ihnen schmeichelte, dann wünschten sie, daß die preußische Führung auch ganz allgemein und von allen gleichmäßig anerkannt werde, gemäß den neuen Pflichten, die Preußen für alle übernahm. Was Roons Widerstand Bismarck aber besonders bedenklich machte, war die Überzeugung, daß auch König Wilhelm in diesem Punkte unnachgiebig sein werde. Denn war König Wilhelm nicht, seitdem er sich mit der Reform des Militärwesens in Deutschland beschäftigt hatte, immer für die möglichste Gleichartigkeit eingetreten? Nicht sowohl Gesichtspunkte preußischer Politik als vielmehr solche militärisch-technischer Art bestimmten dabei seine Haltung. Und waren diese nicht am schwersten zu widerlegen?

Indessen, an Bedenken derart durfte das Einigungswerk nicht scheitern. So suchte denn Bismarck Bundesgenossen von Einfluß beim König zu gewinnen.[2]) Am 16. November wandte er sich dazu an den Kronprinzen. Er äußerte ihm den dringlichen Wunsch, zum Abschluß in der deutschen Frage zu kommen und entwickelte danach die Schwierigkeiten, die dem entgegenständen. Aber

[1]) Vgl. Jollys Schreiben an seine Gemahlin vom 24. November über die Kokardenfrage.

[2]) Nicht unmöglich, daß das erst nach dem Eintreffen eines Schreibens König Ludwigs an Bray geschah, von dem die Allgemeine Zeitung, S. 5057, bemerkt (am 15. November sollte es „vor einigen Tagen" abgegangen sein), daß es „auf die weiteren Verhandlungen bestimmend einwirken dürfte".

weiter kam er nicht, wenn der Eintrag in des Kronprinzen Tagebuch recht berichtet: denn der Kronprinz gab dieſe Schwierigkeiten nicht zu, ſondern antwortete auf die erregte Frage, was man denn gegen die Süddeutſchen tun ſolle, ob er wünſche, daß man ihnen drohe: „Ja wohl, es iſt gar keine Gefahr, treten wir feſt und gebietend auf, ſo werden Sie ſehen, daß ich recht hatte zu behaupten, Sie ſeien Sich Ihrer Macht noch gar nicht genügend bewußt", und er ließ ſich von dieſer Meinung auch mit dem Hinweis auf die Gefahr nicht abbringen, daß in ſolchem Fall Bayern wie Württemberg ſich Öſterreich anſchließen würden. Die Unterredung ſchloß ſehr lebhaft, denn die Gemüter erhitzten ſich um ſo mehr, je energiſcher jeder das Recht zu ſeinem Standpunkt in der deutſchen Frage betonte. Bismarck wurde danach erneut krank; jedenfalls war er nicht zu ſeinem Ziel gelangt. Drei Tage ſpäter ſuchte er den Großherzog von Baden auf, und hier glückte ihm nun, was er wollte. Auch Großherzog Friedrich meinte,[1]) daß Bayern einem entſchiedenen Willen Preußens, die nationale Einigung auf bundesſtaatlicher Grundlage zu ſchaffen, ſich ſchließlich ganz ruhig hätte fügen müſſen. Aber wie die Dinge ſtanden, gab er zu, „daß nunmehr eine Lage geſchaffen ſei, in der dem Bundeskanzler faſt nur die Wahl bleibe, mit Hilfe einer Konzeſſion an Bayern das Reich mit dem Kaiſer zuſtande zu bringen, da Bayern nicht mehr gezwungen werden kann oder will". „Das Zuſtandekommen von Kaiſer und Reich, ſo ſchloß der Großherzog wörtlich, über und mit Bayern erſcheint mir ſo wichtig, daß es für mich entſcheidend iſt". Da Bismarck, wie bemerkt, das Angebot des Kaiſertitels ſeitens der Bayern in beſtimmteſte Ausſicht ſtellen konnte, ſo erklärte ſich danach der Großherzog bereit, Bismarck nach Kräften zu unterſtützen.

[1]) Lorenz, S. 370—371.

Auch nach dem 19. November war noch nicht alles gewonnen. Gelegentlich der redaktionellen Fassung des Vertrages, die am 21. begann, scheint Roon bei den Artikeln, die die Bewaffnung, die Uniform (Kragen und Epauletten) wie die Kokarde betrafen, seinen Unwillen noch einmal kräftig geäußert und Schwierigkeiten gemacht zu haben.[1]) Von Belang konnte das natürlich nicht mehr sein. Es gelang schließlich, am 23. November früh, den König wenn auch widerstrebend zur Unterschrift zu bewegen. An demselben Abend wurde der Vertrag samt Schlußprotokoll auch von allen Bevollmächtigten, Bismarck und Roon (Delbrück war am 17. nach Berlin abgereist) sowie von Bray, Pranckh und Lutz unterzeichnet. Zum 24. war der Reichstag nach Berlin berufen; Bismarck hatte durchgesetzt, worauf sein Bemühen zuletzt hingezielt hatte, daß in der Thronrede, mit der Delbrück die Beratungen eröffnete, der Satz nicht gestrichen zu werden brauchte, der die Verständigung mit Bayern auf den Grundlagen des Vertrages mit Baden und Hessen als Gegenstand der Reichstagsberatungen ankündigte.

Über dem Abschluß mit Bayern lag wenigstens auf Bismarcks Seite eine andere Stimmung, als sie ihn am 15. November beseelt hatte. Zum erstenmal seit langer Zeit erschien Bismarck an diesem Abend im Kreise seiner Getreuen, um hier, die russisch-englische Qual vergessend, sich bei Champagner des Erfolges zu freuen.[2]) „Die Zeitungen werden nicht zufrieden sein, und wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln, so sprach er sich hier aus. Er kann sagen, der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen; er

[1]) Vgl. des Kronprinzen Tagebuch zum 21. November, M. Busch, Tagebuchblätter, I, S. 423.

[2]) Vgl. dazu M. Busch, Tagebuchblätter, I, S. 427, Hatzfelds Briefe, S. 203, Schneider III, S. 103.

hätte es erlangt, sie hätten gemußt, und er kann recht haben — mit dem Müssen. Mir aber lag mehr daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden sind — was sind Verträge, wenn man muß! — und ich weiß, daß sie vergnügt fortgegangen sind." Ganz irrig, daß der Vertrag nicht viel wert sei. „Ich rechne ihn zu dem wichtigsten, was wir in diesen Jahren erreicht haben." Denn, wie er zu dem Grafen Fred Frankenberg an demselben Tage bemerkte,[1]) „wenn ich die Annahme der allgemeinen Wehrpflicht, die Präsenzstärke von 1 Prozent der Bevölkerung mit der dreijährigen Dienstzeit in Anschlag bringe und die übrige gemeinsame Gesetzgebung, so ist der Fortschritt ein so bedeutender", daß er die Reservate in den Schatten stellt, „daß ich ihn nicht zurückweisen kann". „Man glaube nur ja nicht, so setzte er dann noch hinzu, daß die Bayern durch diesen Krieg mürbe und kleinmütig geworden sind. Im Gegenteil! Sie haben sich tapfer geschlagen, haben im Vergleich zu 1866 ihr kriegerisches Selbstgefühl neu gewonnen und befestigt. Sie sind jetzt hartnäckig, weil sie sich stark fühlen". —

So blieb denn nur noch der Abschluß mit Württemberg zu vollziehen.

Aber auch dessen war man bereits am 23. vollständig sicher. Es hatte tatsächlich nur des Erscheinens von Mittnacht und Suckow in Stuttgart bedurft, um den König zu überzeugen, daß seine Vertreter ihr möglichstes getan hatten, daß sich mehr nicht erreichen ließ. Nur in einigen Finanz- und Steuerfragen sowie in der Frage der Verkehrsanstaltenverwaltung erschien noch eine Verständigung wünschenswert, deren Herbeiführung dem Finanzminister von Renner und dem Prä-

[1]) Seine Kriegstagebücher von 1866 und 1870—1871. S. 258 und 259.

sidenten von Dillenius aufgegeben, und die leicht und schnell erzielt wurde, indem sich die beiden in Begleitung des Oberfinanzrats von Riecke zu Delbrück auf seiner Fahrt von Versailles nach Berlin in den Wagen setzten und ihn eine Strecke weit begleiteten.[1]) Nachdem der Ministerrat am 18. November sich im übrigen „einstimmig" zu dem Werke Mittnachts und Suckows bekannt hatte, genehmigte der König am 19., daß demgemäß auf diesen Grundlagen der Vertrag mit dem Norddeutschen Bunde abgeschlossen werde. Auch dabei sollten die Bevollmächtigten noch, nach dem Antrage des Ministerrats, „die Erlangung einer Garantie dafür, daß bei dem etwa später erfolgenden Eintritt Bayerns in den Deutschen Bund Württemberg nicht gegen seinen Willen in eine weniger günstige Lage gebracht werde, im Auge behalten". Doch diese Eifersuchtsklausel konnte den Abschluß nicht mehr verzögern. Denn, da zu dem Vertrage mit Württemberg seit dem 15. November auch die Zustimmung der anderen, von Hessen und Baden nötig war, und da gelegentlich des Abschlusses mit diesen beiden verabredet war, daß sie zu dem Vertragsabschluß mit Württemberg hinzugezogen werden sollten[2]), so konnten sie schlecht über das in Versailles ihnen bereits Zugestandene hinaus noch Forderungen stellen. Überdies war, als Mittnacht und Suckow in Berlin eintrafen — denn dorthin hatte sie ein Telegramm Bismarcks vom 15. November dirigiert —, der Reichstag eben in der Versammlung begriffen und der Vertrag mit Bayern noch nicht im einzelnen bekannt; ihrer Bitte nach seiner Bekanntgebung aber konnte nicht entsprochen werden. Die württembergischen Minister mußten es

[1]) Die Niederschrift Rieckes darüber, d. 22. November, in Mittnachts Rückblicken, S. 140—146.

[2]) Vgl. Jollys Schreiben an seine Gemahlin vom 18. November.

daher vorziehen[1]), wozu sie schließlich auch die Genehmigung des Königs erhielten, auch ohne Kenntnis der Bestimmungen dieses Vertrages abzuschließen, sobald die am 22. in Versailles auf die Post gegebene Militärkonvention in Berlin eingegangen war; denn gerade nach ihren Bemühungen in Versailles brannte die Schmach auf ihrer Seele, daß bei Eröffnung des Reichstages am 24. November Württemberg als einziges Land mit dem Norddeutschen Bunde noch nicht ins reine gekommen war. So geschah es also unter dem Druck der nationalen Bewegung, daß am 25. November der Vertrag zwischen „dem König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes, dem Großherzog von Baden und dem Großherzog von Hessen und bei Rhein einerseits und dem Könige von Württemberg andererseits" zustandekam. Wenn Delbrück am 15. November bei Baden und Hessen nicht angeregt hätte, den Artikel 68 der Bundesverfassung, wonach der Bundesfeldherr jeden Teil des Bundesgebietes in Kriegszustand erklären dürfe, auf Württemberg nicht auszudehnen — eine Anregung, die übrigens gleiche Wünsche sofort bei Baden und Hessen zeitigte[2]) —, und demgemäß am 25. November den württembergischen Bevollmächtigten nicht davon Mitteilung gemacht hätte, so wäre der Vertrag auch nicht im geringsten von dem ver-

---

[1]) Obwohl die Königin Olga durch Telegramm vom 21. noch hatte empfehlen lassen, „sich in persönliche Beziehungen zu dem russischen Gesandten zu setzen, der sich stets für württembergische Interessen sehr eifrig gezeigt hat". Der König dachte noch am 23. an eine „Intervention" des Kaisers von Rußland (Telegramm des Herrn von Egloffstein — erwähnt in dem Telegramm Mittnachts an Taube vom 24.), verschlug sich aber diesen Gedanken infolge des Hinweises seiner Bevollmächtigten auf die Verantwortung für die jetzige Lage.

[2]) Vgl. das Nebenprotokoll des Badisch-Hessischen Vertrages vom 15. November in Mittnachts Rückblicken, S. 154, Anm. 1.

schieden gewesen, der bereits am 12. zur Unterschrift fertig war.[1])

Und die Fürsten?

„Obgleich König Ludwig das föderative Prinzip in der Bundesverfassung noch entschiedener zur Geltung gebracht haben wollte[2]),“ so nahm er gleichwohl den Vertrag an, den ihm seine Minister aus Versailles mitbrachten, zumal ja noch immer die Aussicht auf eine Gebietsvergrößerung bestand.[3]) Das Gerücht seiner Abdankung, etwa zugunsten seines Bruders Otto, von dem man munkelte, als dieser plötzlich Anfang November aus dem Hauptquartier heimberufen wurde[4]), verlautete danach nicht mehr. Ja, ohne genaueren Bescheid von dem zu besitzen, was in Versailles durchgesetzt war, entschloß er sich zu einem Schritte der Entsagung, von dem wir gleich hören werden, der seinen Namen unauflöslich mit der Reichsgründungsgeschichte verband.

Und auch der König von Württemberg fühlte sich bald frei von Mißstimmung und gehoben. Wie Suckow am 2. Dezember aus Stuttgart an Mittnacht schrieb, „sprach er sich bereits am 30. November zu dem Major Steinheil, dem Adjutanten Suckows, ganz befriedigt über unsere Abmachungen aus und sagte, wir hätten ganz richtig gehandelt, und über die bayerischen Randverzierungen äußerte er sich dahin, in solchen Angelegenheiten, wie sie jetzt vorliegen, dürfe man nicht klein sein,

---

[1]) In einem Protokoll wurde nur noch die Vereinbarung über jene von Renner und Dillenius verhandelten Fragen festgelegt, wobei übrigens (Punkt 3) die Württemberger den Wunsch ihrer Regierung nach Einführung des Tabakmonopols zum Ausdruck brachten.

[2]) Luise von Kobell, König Ludwig II. und Bismarck, S. 42.

[3]) In dem Neujahrsglückwunsch an Bismarck gedachte der König dieses Wunsches noch einmal (Busch, Tagebuchblätter II, S. 8).

[4]) Vgl. Luise von Kobell, König Ludwig II. und Bismarck, S. 29 und S. 32, vgl. auch oben, S. 125.

er freue sich, große Opfer für Deutschland gebracht zu haben usw.“[1]) Es konnte ja nicht anders sein: wenn irgendjemand, dann mußten sich die Fürsten der Erkenntnis erschließen, daß Deutschlands Einigung notwendig und daß in ihr für sie mehr nicht zu erreichen sei.

[1]) Mittnachts Rückblicke, S. 154.

Kapitel IV.

Die Errichtung des Kaisertums. Die Stellung der Parteien zur Reichsgründung.

Mit den Verträgen von Versailles und Berlin war das Werk der Einigung noch nicht vollendet. Denn nun und nimmermehr ward auf diese Art das Sehnen unseres Volkes befriedigt. Noch fehlte die Krönung des Ganzen, das, was ihm den sinnfälligen und zugleich den nationalen Ausdruck zu geben vermochte. Denn konnte es sonst nicht heißen, daß die Neugestaltung Deutschlands ausschließlich im Interesse der Machterweiterung Preußens erfolge?

Wie wir wissen, war der Gedanke an Kaiser und Reich in jeder Phase der Einigungsverhandlungen aufgetaucht. Nachdem ihn 1866 Fürsten wie der Großherzog von Oldenburg und die Ernestiner aufgeworfen hatten, Männer, die nicht als Vasallen der Hohenzollern erscheinen mochten, und die von dem Kaisertum eine Art magnetischer Anziehungskraft auf die Süddeutschen erwarteten[1]), hatte sich Bismarck seiner bemächtigt, um die Kaiserkrone als Wahrzeichen der Einigkeit der Regierungen im Kampfe gegen die Revolution und als Wahrzeichen der Einheit Deutschlands im Gegen-

[1]) Vgl. die Korrespondenzen bei Lorenz, S. 574—577. Übrigens dachte ein Fürst wie Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha 1870 an Wahl „durch die Fürsten, die an Stelle der Kurfürsten treten" (Eintrag in des Kronprinzen Tagebuch zum 10. Oktober).

ſatz zu Frankreich und Rußland zu verwenden. Damals hatte ihm — ſo glaubten wir zu bemerken — ſogar König Wilhelm zugeſtimmt, der ſich als Preuße wie als Hohenzoller nur ungern mit dem Gedanken an Aufgabe des ruhmvollen preußiſchen Königstitels abfand; jedenfalls begegnete der Plan freudigem Einverſtändnis beim Großherzog von Baden, und auch der Kronprinz mochte ſich, ſo ſcharf er ſich früher in Erinnerung an das alte deutſche Kaiſertum gegen die Erneuerung dieſes Titels und für die Herſtellung eines deutſchen Königtums unter gleichzeitiger Degradierung der Könige zu Herzögen ausgeſprochen hatte[1]), ſeiner Notwendigkeit nicht mehr verſchloſſen haben, wenn anders wir zwiſchen den Zeilen der jüngſt veröffentlichten Schreiben Sir Robert Moriers, des engliſchen Diplomaten, richtig laſen.[2]) Während des Krieges ſodann verſtummte gegenüber dem feſt ausgeſprochenen Willen Bismarcks, bei dieſer Gelegenheit auch das Kaiſertum zu ſchaffen, auf dieſer Seite jeder Widerſpruch[3]), ja es iſt gewiß, daß ſich der Kronprinz mit dem Gedanken bis zu ſeiner Propagierung befreundete und einer der eifrigſten Förderer desſelben wurde. Und ſchließlich dachte danach auch König Ludwig nicht nur nicht mehr an den Widerſtand, den er noch im Frühjahr der Verwirklichung des Bismarckſchen Planes entgegenſetzte, ſondern trug ſich

[1]) Vgl. dazu Auguſt Eigenbrodt, Bismarck und der Kronprinz in der Kaiſerfrage. Kaſſel 1901.

[2]) Memoirs and letters of the right honourable Sir Rob. Morier, G. C. B., from 1826 to 1876. By his daughter Mrs. Rosslyn Wemyss, Vol. II, London 1911, p. 150—153.

[3]) Vgl. dazu die Ausführungen W. Buſchs in „Die Kämpfe um Reichsverfaſſung uſw." S. 152—155, der die Darſtellung, die Bismarck von der Stellung des Kronprinzen zur Kaiſerfrage 1870 gibt, analyſiert und den Widerſpruch mit den Angaben in des Kronprinzen Tagebuch nicht künſtlich zu beſeitigen ſucht wie Eigenbrodt und andere.

nach den deutschen Siegen, wie wir hörten, sogar mit der Absicht eines Angebots des Kaisertitels. Von dem König von Württemberg erfuhren wir nicht, wie er zu der Frage stand[1]), und ebensowenig vom Großherzog von Hessen. Bei der Stellung des mächtigsten der süddeutschen Fürsten und des Großherzogs Friedrich von Baden dazu erschien jedoch auch ohne deren Mitwirkung außer aller Frage, daß als Folge des Krieges ein deutsches Kaiserreich erstehen würde.

Indessen waren nicht gerade die kriegerischen Ereignisse und auf der anderen Seite die Einigung, wie sie die Verträge von Versailles und Berlin schufen, nur allzugut geeignet, die Ansichten der Fürsten zu ändern?

Was König Ludwig betrifft, so hatte er augenscheinlich König Wilhelm den Titel ohne weiteren Inhalt als den zugedacht, den ihm die oberste Leitung der Truppen gab. Wir erinnern uns, was er zunächst wollte, war nur die Befestigung der Verträge von 1866 und 1867, kein Hoheitsrecht sollte aufgegeben werden, die Souveränität sollte bestehen bleiben wie sie war. Als seine Minister nach Versailles fuhren, erhielten sie die Instruktion mit, von dem Kaisertitel nicht zu beginnen, was Graf Bray tat, tat er ohne dazu bevollmächtigt zu sein. Es stimmt also mit seiner Haltung überein, wenn wir in Berichten aus München lesen, daß der König es plötzlich ablehnte, zu der Übertragung der Kaiserwürde an den König von Preußen seine Zustimmung zu geben.[2])

---

[1]) Als Bismarck, am 30. Oktober, Mittnacht von den Brayschen Propositionen Kenntnis gab, fragte er ihn, „ob wohl König Karl sich auch bereit finden lassen würde, in der Kaiserfrage die Initiative zu ergreifen" (Rückblicke S. 115). Mittnacht konnte nur antworten, daß er „die Ansicht des Königs hierüber nicht kenne und Instruktion persönlich einholen müßte".

[2]) Lorenz, S. 412. Leider erfahren wir bei der bekannten Art von Lorenz, zu zitieren, nicht, aus welcher Zeit diese Berichte stammten.

König Wilhelm wiederum hatte sich im Frühjahr 1870 mit der Annahme des Kaisertitels als einer politischen Notwendigkeit abfinden können, so ungern er es auch dann tat: denn schließlich ging der Gedanke von Preußen aus, das die Kraft ganz Deutschlands zusammenfassen wollte; wir wissen, woran der Plan scheiterte: Preußen sollte der Oberbefehl über alle deutschen Truppen im Krieg und Frieden zustehen. Aber seitdem waren die Verhältnisse andere geworden. Die Siege der deutschen Waffen hatten das Selbstgefühl König Wilhelms nur steigern können, um so mehr, als ein vollgerüttelt Maß von Verdienst daran der preußischen Heerführung zukam. Wenn er nach dem Zeugnis dessen, der ihn am besten kannte, überhaupt nicht frei war von der Neigung, „den anderen Dynastien die Überlegenheit der eigenen unter die Augen zu rücken“[1]), so lag danach jedenfalls weniger denn je für ihn ein Anlaß vor, zugunsten anderer auf das zu verzichten, was ihm das Gefühl seiner Würde, das Bewußtsein seiner Aufgaben in der Welt verlieh. Zumal er mit dem Werke, das das Kaisertum krönen sollte, ganz und gar nicht zufrieden war: denn entzog sich jetzt nicht ein großer Teil des deutschen Heeres wenigstens im Frieden seinem Oberbefehl? Roon hatte daran bereits Anstoß genommen, obwohl er Bismarck eher als irgendein anderer Militär nachgab, um wieviel mehr der König, dem gleichwohl ein Opfer zugemutet wurde! Schon am 14. September, als ihm Delbrück den Inhalt seiner Denkschrift über die künftige Gestaltung Deutschlands vortrug und dabei des Kaisertitels Erwähnung tat, hatte er abgewinkt. Auch dann, als der Kronprinz mit beredten Worten die Kaiserfrage berührte, „die im Anrücken begriffen sei“, und des Königs Äußerung über den zu Boden liegenden

[1]) Bismarcks Gedanken und Erinnerungen II S. 115.

Imperialismus und die einzig mögliche Verbindung des preußischen Königstitels mit dem des „Herzogs der Deutschen“ mit dem Hinweis darauf zu widerlegen suchte, daß die drei Könige in Deutschland Preußen „die Suprematie durch den Kaiser zu ergreifen“ nötigten, und daß die 1000 jährige Kaiser- und Königskrone nichts mit dem modernen Imperialismus zu tun habe, ward sein Widerspruch zwar schwächer, aber er war doch noch nicht beseitigt.[1]) Wieviel mußte er an Kraft wiedergewinnen, als die Verhandlungen mit Bayern einen Verlauf nahmen, der den König noch mehr denn seinen Minister enttäuschte!

Dennoch ist es bekanntlich zu der Errichtung des Kaisertums gekommen. Den vereinten Bemühungen Bismarcks und des Großherzogs von Baden gelang es schließlich, in München wie in Versailles jeden Widerstand zu brechen und das Sehnen der Nation zu erfüllen. Aber es war, in Versailles, nur möglich vermittelst einer gewissen Überrumpelung, der einer jener gewaltigen und nervenzerreibenden Kämpfe mit dem König folgte, von dem die Erinnerung noch in den Gedanken und Erinnerungen nachzittert. Und es geschah nicht auf dem Umwege über einen Fürstenkongreß, der nach Bismarcks Absicht der ganzen Sache ein feierlicheres Gewand verliehen hätte, sondern durch einen einfachen Brief des Königs von Bayern, zu dem die anderen deutschen Fürsten erst nachträglich ihre Zustimmung gaben!

Bismarck hatte lange gezögert, bis er die Angelegenheit zur amtlichen Behandlung brachte. Durfte er doch nicht früher vorgehen, als bis sich im Süden Zeichen der Bereitschaft zeigten, sich dem Norden zu nähern!

[1]) 30. September. Vgl. den Eintrag zu diesem Tage in des Kronprinzen Tagebuch, wozu der Bericht über diese Unterredung zu vergleichen ist, den er am 15. Oktober seiner Schwester abstattete (bei Lorenz S. 407—408, Brandenburg Heft I Nr. 80, S. 88).

Als diese dann vorlagen, nach den Münchener Besprechungen, scheint Bismarck vor dem König seine Überzeugung von der Notwendigkeit der Übernahme der Kaiserwürde, von ihrer werbenden Kraft im Hinblick auf den Süden entwickelt zu haben.[1]) Mit welchem Erfolg steht allerdings dahin. Doch ist gewiß, daß wenn er am 24. Oktober mit dem Grafen Bray über das Kaisertum sprach, das nicht ohne Autorisation geschah. Auf diesem Wege ging Bismarck weiter, als sich seine Hoffnung, König Ludwig doch noch zum Erscheinen in Versailles zu veranlassen, in ein Nichts auflöste. Wir entsinnen uns, welche Rolle in den Verhandlungen mit Bray die Kaiserfrage spielte: daß Bismarck die bayerischen Wünsche auf militärischem Gebiete unterstützte und das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit dafür in die Wagschale legte, hatte die feste Zusicherung Brays zur Voraussetzung, daß König Ludwig die Initiative in der Kaiserfrage ergreifen werde.[2])

Inzwischen war auch der Großherzog von Baden in München für diese Angelegenheit tätig gewesen. Seitdem der Großherzog in der Denkschrift vom 2. September sich „gern bereit" erklärt hatte, „bei der Wiederherstellung der Kaiserwürde" mitzuwirken, hatte er auf eine Aufforderung dazu gewartet und gewartet. Endlich, nach dem Schreiben des Kronprinzen vom 15. Oktober über Bismarcks Unterredung mit dem König darüber,

[1]) Nach dem Schreiben des Kronprinzen an seine Schwester vom 15. Oktober einige Tage zuvor. Vielleicht bezieht sich darauf der Eintrag in des Kronprinzen Tagebuch vom 10. Oktober: Bismarck faßt die Kaiserfrage ins Auge. Es heißt dort allerdings weiter: (Bismarck) sagt mir, er habe 1866 gefehlt, sie gleichgültig behandelt zu haben, er habe nicht geglaubt, daß das Verlangen im deutschen Volke nach der Kaiserkrone so mächtig sei, als es sich jetzt herausstelle, und besorgt nur Entfaltung großen Hofglanzes, worüber ich ihn beruhige.

[2]) Für diese Zusicherung mag das oben (S. 255, Anm. 2) erwähnte Schreiben des Königs die Unterlage gegeben haben.

brachte er sich durch Jollys Vermittlung von neuem in Erinnerung[1]), nicht ohne Sorge, wie er war, vor extravaganten Forderungen der Bayern im Fall der Friedensnähe und fest entschlossen, auch ohne Unterstützung durch den Bundeskanzler seinerseits die Kaiserfrage „bei seinen Herrn Kollegen" anzuregen. In diesem Augenblick ließ sich Bismarck die Hilfe gern gefallen: konnte es doch in der Tat nur von Nutzen sein, wenn der Bayernkönig erfuhr, daß auch ohne ihn dem Verlangen der Nation ein Genüge geschehen würde. Aber — um nicht mit der Wiedergabe von allzu Bekanntem die Leser zu ermüden, fasse ich das Ergebnis kurz zusammen[2]) — auch diese badische Aktion in München blieb ohne greifbaren Erfolg. Des Großherzogs Vertrauter, der Staatsrat Professor Gelzer, ward weder vom König empfangen — er wolle ihn nicht nach Hohenschwangau hinausbemühen —, noch erhielt er auf die Fragen, deren Erledigung ihm ans Herz gelegt war — nach der Initiative in der Kaiserfrage, nach der Reise des Königs nach Versailles —, von dem Kabinettsrat Eisenhart irgendwelche Auskunft.[3]) Er war in München noch mit einer schriftlichen Darlegung der Kaiserfrage für den König beschäftigt, um wenigstens nicht ganz zwecklos hier gewesen zu sein, als König Ludwig bereits in ganz anderer Weise die Frage zur Entscheidung brachte.

Auf König Ludwigs Entschluß wird mancherlei eingewirkt haben. Die Meldungen Brays[4]) stellten ihn

---

[1]) Schreiben an Jolly vom 24. Oktober.

[2]) Wer sich darüber genauer unterrichten will, sei auf die Darstellung Luise von Kobells, König Ludwig und Fürst Bismarck, S. 32 bis 36 verwiesen.

[3]) Das Schreiben, mit dem der König des Großherzogs Autogramm vom 31. Oktober beantwortete, blieb uns wie dieses unbekannt.

[4]) Über die Bemühungen Brays unterrichtet Friesen III S. 191—192.

vor die Alternative, entweder auf die Ausnahmestellung zu verzichten, die Bismarck bot, und damit auf den Anschluß an Deutschland in diesem besonders günstigen Augenblicke überhaupt, oder sich einer ihm von Bismarck zugedachten weltgeschichtlichen Aufgabe zu unterziehen, die ihm schmeicheln konnte, ihn in seinem innersten Wesen berührte und zugleich den Traditionen des Wittelsbachischen Hauses einen glänzenden Abschluß sicherte. Vom Großherzog von Baden erfuhr er ferner, daß andere zu dem Angebot der Kaiserwürde bereit wären, wenn er sich dazu nicht verstehe.

Aber dazu kam, dünkt mich, noch ein Weiteres. Wir hören, daß 1870 den selbstbewußten König nichts mehr interessierte als die kirchliche Frage, das Vatikanische Konzil und seine Folgen. Schon vor dem Kriege nahm sie seine gespannte Aufmerksamkeit in Anspruch, als Delbrück am 23. September in Schloß Berg bei ihm Audienz hatte, ward er zu seinem großen Erstaunen von nichts anderem unterhalten; mit Döllinger und seinem Kreis brachen die Beziehungen, Beziehungen engster Art, auch dann nicht ab, als seine Gegnerschaft gegen das Vatikanische Konzil immer unverhüllter hervortrat. Denn es ist kein Zweifel, wenn nicht dies, bewiese es das Verhalten König Ludwigs im folgenden Jahre[1]), dem König waren die Ansprüche auf die Regierung der Welt, die sich im Vatikanum theoretisch geltend machten, aufs äußerste zuwider. Alles sträubte sich in ihm dagegen, sein Selbstgefühl, sein künstlerischer Sinn, seine Ansicht von der Stellung von Staat und Kirche, von Religion und Welt, vor allem die nicht unberechtigte Empfindung, daß damit für die Selbständigkeit seiner Krone die größten Gefahren heraufzogen. Denn hatte nicht schon bisher die Partei,

[1]) Von Bayern ging die Anregung zu dem Erlaß des Kanzelparagraphen aus, der den „Kulturkampf" einleitete.

die sich mit Vorliebe der katholischen Interessen annahm, ihm Schwierigkeiten über Schwierigkeiten bereitet, hatte sie nicht eben um der kirchlichen Interessen willen das Volksschulgesetz von 1868 zu Fall gebracht? Auch während des Krieges drohte sie unausgesetzt mit ihrer Macht. Den Befehlen des Königs zu Verhandlungen mit dem Nordbund setzte sie ihr quos ego entgegen, ihr: bis hierher und nicht weiter, und wieder waren es nur kirchliche Interessen, die Abneigung gegen den Ketzerstaat Preußen, die Furcht vor dem protestantischen Kaisertum, die dabei das Wort führten. Royalistischer als ihr König schrieb diese Partei die Wahrung der Selbständigkeit Bayerns mit Flammenschrift auf ihre Fahne, verlangte die Zurückberufung der Truppen aus dem Felde und eine Neutralitätspolitik, die den Anschluß nach dem Osten erleichterte. Noch bis tief in den Dezember hinein, ja noch während der Kammerverhandlungen über die Verträge blieb ganz im ungewissen, ob die Gefolgschaft Jörgs und Rulands nicht schließlich den Sieg in dieser Kammer davontragen werde. Solchem Machtanspruch sollte sich dieser König, dieser Wittelsbacher beugen? Gewiß legte alles Übrige das Opfer schon nahe genug, was ihm das Geschick nun einmal anmutete: denn ein Opfer war's, und niemand dürfte ihm deshalb zürnen, daß er es nicht unaufgefordert brachte. Bei der Herrschsucht dieser Partei aber wurde es geradezu zur Pflicht, gegen das Geschlecht und gegen den Staat. Wenn König Ludwig die Initiative in der Kaiserfrage ergriff, dann sollte man diese Tat nicht so sehr als eine hochherzige feiern[1]), vielmehr als eine Äußerung staats-

[1]) Dazu gab, wie mir scheint, Bismarck den Anlaß, der in dem Schreiben vom 27. November 1870 (Gedanken und Erinnerungen I S. 353, Luise von Kobell, König Ludwig und Bismarck, Anhang) von den „hochherzigen Entschließungen" des Königs spricht. Bismarck hatte sie damals vor allem so zu werten.

männiſchen Denkens. Sie reiht dieſen unglücklichen Wittelsbacher würdig in die Reihe der Könige aus dieſem Hauſe ein, die mit romantiſchem Sinn doch ein volles Verſtändnis für die Regungen der Selbſtändigkeit des Menſchengeiſtes in Kunſt und Literatur verbanden und ſie zu fördern verſuchten.

Den Entſchluß zu beſchleunigen, mochte die Lage der Dinge in Europa gebieten, die Beſorgnis, die wenigſtens einen Bismarck beherrſchte, daß der zum 24. November einberufene norddeutſche Reichstag den Fürſten mit einem Beſchluß ähnlicher Art zuvorkommen könnte[1]), und ſchließlich der rein perſönliche Wunſch, endlich den ſteten Aufforderungen zur Reiſe nach Verſailles ein Ziel zu ſetzen. Am 13. November mußte Eiſenhart Bray melden, daß der König wegen Sehnenverdehnung keinesfalls nach Verſailles kommen könne, worauf dann die angekündigte Abreiſe des Prinzen Adalbert zur feierlichen Überbringung des Einladungsſchreibens unterblieb. Wie danach König Ludwig verfuhr, nachdem er ſich der Zuſtimmung der übrigen Mitglieder ſeines Hauſes zu ſeinem Schritte vergewiſſert hatte, — die Sendung ſeines Oberſtallmeiſters, des Grafen Holnſtein, nach Verſailles, angeblich zu dem Zweck, für die beabſichtigte Reiſe des Königs einen geeigneten Unterkunftsort, das Schloß Trianon, ausfindig zu machen, die Verhandlungen Holnſteins mit Bismarck und ſein Wunſch, Bismarck möchte den Brief, den er von König Ludwig erbat, gleich ſelbſt aufſetzen — „ſonſt gibt es hintennach doch wieder Anſtand“ —, ein Begehren, dem Bismarck am 27. November ſofort ſtattgab, ſchließlich die erſtaunliche Leiſtung der Reiſe Holnſteins hin und zurück von Verſailles nach Hohenſchwangau ohne Unterbrechen in

[1]) Durch Bray ließ er König Ludwig von dieſer Beſorgnis Mitteilung machen (Frieſen III S. 191).

sechs Tagen und die merkwürdige Audienz bei seinem Herrscher, den er ohne Kabinettsrat und infolge von Zahnschmerzen ganz abgeschlossen am 30. November im Bett[1]) traf, — alles das ist zu gut bekannt, um hier ausführlich wiederholt werden zu müssen.[2]) Nur an das Eine sei hier noch erinnert, daß Bismarck, der dem Entwurf zu dem königlichen Handschreiben nach Versailles zwei weitere Briefe an den König mitgegeben hatte, die letzten Bedenken des Königs dadurch in der glücklichsten Weise beseitigte, daß er gerade die freie und wohlerwogene Initiative des Königs von Bayern als des mächtigsten der dem Bunde beitretenden Fürsten als besonders wünschenswert hinstellte, und daß er ferner den deutschen Kaiser als den Landsmann aller deutschen Stämme bezeichnete; als Oberhaupt des Reiches ein König von Preußen, also ein Nachbar, gebe, wie er andeutete, dem Gefühl der Unterordnung unter eine Übermacht ein gewisses Recht. Und wieviel leichter mochte dem König die Absendung des Schreibens überdies werden, da er in dem Privatschreiben Bismarcks von den Beziehungen des Geschlechtes von Bismarck zu den Wittelsbachern las, und von der Versicherung, daß deren Wohlwollen sich auch ferner zu erhalten sein stetes Bemühen sein werde!

König Wilhelm war, als Prinz Luitpold ihm am 3. Dezember das Autogramm seines Neffen vom 30. November überreichte[3]), vollkommen überrascht, obwohl

[1]) Nach den Gedanken und Erinnerungen II, S. 118, nach Lorenz (Großherzog von Baden), S. 424, auf der Chaiselongue.

[2]) Am lebendigsten unterrichten darüber die Aufzeichnungen Luise von Kobells (König Ludwig und Fürst Bismarck, S. 38—41) und Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, Bd. II, S. 117—119. Einige neue Details brachten die Erinnerungen Friesens (Bd. III, S. 191—192 und 206—208 — ein Bericht Friesens darüber an seinen König vom 3. Dezember 1870).

[3]) Übrigens ist es nicht sicher, ob wir das Autogramm des Königs

Abeken zwei Tage zuvor unvorsichtig eine kurze Andeutung über das, was im Werk war, hatte fallen lassen, die der Großherzog von Baden dann bestätigte.[1]) Denn nach seiner wie auch des Kronprinzen Meinung stand das Erscheinen Holnsteins am 26. November nur mit der beabsichtigten Reise König Ludwigs im Zusammenhang. Und zudem hatte er nach den Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit den Bayern ein Anerbieten der Kaiserwürde von dieser Seite am wenigsten erwartet! Aber gerade danach hatte er keine Wahl! Denn mit kluger Berechnung auf seinen Herrscher hatte Bismarck in dem Schreiben König Ludwigs den Entschluß zum Angebot der Kaiserwürde damit begründet, daß „Bayern die Konzessionen, die noch nicht ratifiziert waren, nur dem Deutschen Kaiser, aber nicht dem Könige von Preußen machen könne".[2]) Und ebensowenig durfte er zögern, trotzdem die Lage der Dinge im Reichstage, wo der bayerische Vertrag aufs heftigste bekämpft wurde, und die auf dem Kriegsschauplatz wohl dazu verlocken mochte: denn konnte man danach nicht hoffen, die Bayern zu noch weitergehenden Konzessionen zu veranlassen? Aber

---

kennen. Das Schreiben, das Delbrück am 5. Dezember im Reichstag vorlas, war eine Abschrift von Bismarcks Konzept (vgl. Friesen III, S. 220 ff.). Nach Brays Mitteilung an Friesen (dessen Erinnerungen III, S. 207) hatten aber die bayerischen Minister, die Holnstein auf seiner Rückreise nach Hohenschwangau trafen, „die Abänderung einiger Stellen in der Motivierung" vorgeschlagen; wir wissen nicht, ob der König diesem Antrag stattgab.

[1]) Abeken, S. 458—459 und 463—464.

[2]) Gedanken und Erinnerungen II, S. 119. In dem Schreiben, das am 5. Dezember in Berlin verlesen wurde, heißt es: „Ich habe Mich zu der Vereinigung (aller Rechte) in einer Hand . . . bereit erklärt . . . in dem Vertrauen, daß die dem Bundespräsidium nach der Verfassung zustehenden Rechte durch Wiederherstellung eines Deutschen Reiches und der Deutschen Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden, welche Eure Majestät im Namen des gesamten Deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausüben."

mit jeder Verzögerung wäre gerade das heraufbeschworen worden, was auch König Wilhelm nicht wünschte, das Angebot der Kaiserwürde durch den Reichstag, die Erinnerung an die Revolution von 1848. So geschah es also keineswegs in begeisterter Stimmung, daß König Wilhelm den Antrag König Ludwigs annahm, „unter der Voraussetzung, daß er von allen Fürsten gemeinschaftlich gestellt werde", — erst sobald das geschehen sein werde, werde er die definitive Zusage geben. Und ebensowenig war dabei von einer gewissen Feierlichkeit die Rede. Der Großherzog von Baden, der am Morgen des 3. Dezember die Rückkehr des Grafen von Holnstein erfuhr, wollte zwar auf Anregung Bismarcks sofort von allen Fürsten die Zustimmung sammeln; man dachte wohl daran, die in Versailles anwesenden Fürsten zu dem Akte der Übergabe des Schreibens heranzuziehen. Aber selbst das gelang nicht, vielmehr erfolgte die Übergabe, soweit wir sehen, ohne daß außer den beiden Beteiligten ein Zeuge zugegen war[1]), — eine Tatsache, die übrigens ihre innere Berechtigung hatte, da das Angebot nur mit spezifisch bayerischen Anliegen begründet war.

War damit auch König Wilhelm gewonnen, so waren doch noch nicht alle Schwierigkeiten beseitigt.

Zunächst herrschte lange Tage die Besorgnis, daß die Zustimmung der übrigen Fürsten zu dem Angebot König Ludwigs erst nach einer Abordnung des Reichstags in Versailles eintreffen werde, die der Reichstag, von dem Angebot der Kaiserkrone am 5. Dezember unterrichtet[2]), am 10. Dezember beschlossen

[1]) So Lorenz, S. 424—425, nach dem Berichte des Großherzogs von Baden. Was der Kronprinz zu diesem Tage in sein Tagebuch eintrug, muß sich auf einen späteren Zeitpunkt an diesem Tage beziehen.

[2]) Auch dies geschah wieder in der nüchternsten Weise, indem Delbrück auf bestellte Anregung Friedenthals ohne jedes begleitende

hatte.[1]) Wußte man auch, daß der Reichstag im großen und ganzen die Initiative der Fürsten billige, so wußte man doch gleichfalls, daß eine große Zahl von Abgeordneten die Kaiserkrone als ein Geschenk des Volkes betrachtet sehen wollte; sogar Lasker wünschte ihr damals den Tropfen demokratischen Öles beizugeben, indem er in den süddeutschen Kammern ebenfalls eine Adresse an König Wilhelm anregte.[2]) Bismarck aber wie König Wilhelm hätten in dem Erstangebot des Reichstags eine Verfälschung der ganzen Situation gesehen. In der Tat kam es dahin, daß die Reichstagsdeputation mit ihrer Adresse früher erschien, obwohl die bayerischen Aufforderungsschreiben bereits am 30. November oder 1. Dezember in München abgegangen waren[3]) und der Großherzog von Baden nach dem 3. Dezember alles getan hatte, um die Zustimmung der Fürsten zu beschleunigen; man darf es als die Strafe des Schicksals dafür betrachten, daß das Angebot der Kaiserwürde nicht aus rein nationalen Motiven heraus erfolgt war. Vergeblich hatte der König auf die Kunde von dem Reichstagsbeschluß bei Bismarck die sofortige Absendung eines Chiffretelegramms gefordert, das die Deputation ver-

---

Wort, nach einigem Suchen unter seinen Papieren, das Konzept Bismarcks zu dem Kaiserbrief vorlas, „als ob er, nach dem Ausdrucke des Kronprinzen, die Kaiserkrone in altes Zeitungspapier gewickelt, aus der Hosentasche gezogen habe". Vgl. dazu die Aufzeichnungen Friesens III S. 219—222.

[1]) Der Gang der Dinge war der, daß der Bundesrat dem Reichstage, nachdem dieser am 9. Dezember die Verträge in 3. Lesung angenommen hatte, eine Vorlage unterbreitete, in der Verfassung statt des Wortes Präsidium usw. den Titel Deutscher Kaiser zu setzen, worüber der Reichstag dann am 10. Dezember beriet.

[2]) Vgl. die Schreiben Laskers an Marquardsen vom 12., an Hölder vom 15. und Elben vom 17. Dezember und Rapp, S. 453.

[3]) Vgl. Lorenz, S. 426, Kobell, König Ludwig usw., S. 40, Völderndorff, Plaudereien usw. N. F. S. 172—173.

hindern sollte.[1]) So mußte denn Bismarck zu Ausflüchten greifen — ein Beinleiden, das ihm nicht ermögliche, den König zu sprechen —, um die Deputierten auf einen vermutlich längeren Aufenthalt in Versailles vorzubereiten. Zum Glück traf einen Tag darauf, am 17. Dezember, die Meldung aus München ein, daß nunmehr von allen Bundesstaaten die Zustimmung vorliege, so daß der König am 18., einem Sonntag, im Anschluß an den Gottesdienst und eine vorbereitende Predigt des Hofpredigers Rogge, inmitten einer zahlreichen, wie zufällig herbeigeströmten Versammlung die Deputation, 30 Abgeordnete mit dem Präsidenten Simson an der Spitze, empfangen konnte. Alle Sorge des Königs erwies sich dabei als überflüssig; denn der Reichstag machte nicht den Anspruch, wie 1849 das Frankfurter Parlament, die Kaiserkrone von sich aus darzubringen, vielmehr hieß es in der Adresse, die Simson übergab, daß er „vereint mit den Fürsten Deutschlands" die Bitte um ihre Annahme dem Könige aussprechе. Der Reichstag stellte sich also neben die Fürsten. Mit dem Tropfen demokratischen Öls, der nach dem bekannten Ausspruch Uhlands dem Oberhaupte Deutschlands nicht fehlen durfte, war also auch König Wilhelm zum Kaiser gesalbt. Aber den Fürsten gebührte auch nach diesem Akte der historische Vorrang. Im Vergleich mit 1849 und dem Frühjahr 1870 hatten sich beide Teile auf einer mittleren Linie gefunden.

Eine weitere Schwierigkeit ergab sich bei den Fragen, wie der Titel lauten und wann die feierliche Proklamation stattfinden sollte. Unzweifelhaft folgte auch die

[1]) Dem König mochte vor allem der Gedanke unangenehm sein, daß Präsident Simson, der Führer der Deputation von 1849, auch diesmal der Führer sein sollte. Über den Zusammenstoß zwischen König Wilhelm und Bismarck am 9. Dezember vgl. Abeken, S. 467, Lorenz, S. 426 und Busch, Kämpfe, S. 136, Anm. 1.

Differenz, die hier zwischen König und Kanzler hervortrat, aus der Gesamtstimmung des Königs. Aber daneben wurde sie im besonderen noch durch die Verhandlungen in den einzelnen Volksvertretungen bestimmt, die im Dezember und Januar stattfanden, durch ihren Gang wie durch ihren Inhalt. Denn sie waren ganz dazu angetan, die Bedenken des Königs zu verstärken. Es wird sich daher empfehlen, die Betrachtung an diesem Punkte zu unterbrechen und die Aufmerksamkeit jenen Verhandlungen, der Stellungnahme der Parteien zu der Einigung zuzuwenden.

Um mit dem Norden zu beginnen, wo die Verhandlungen vor allen anderen einsetzten, so entsprach es dem gesamten Verlauf der Einigungsbewegung, daß die Verträge mit dem Süden nicht den Landtagen der einzelnen Nordbundstaaten, sondern dem Norddeutschen Reichstage vorgelegt wurden. Es war vergeblich, daß dagegen einzelne Abgeordnete anzukämpfen suchten, wie Ludwig Windthorst, dessen deutsche Ideale mit der Wiederherstellung des Königreichs Hannover und der Schwächung Preußens aufs engste verbunden waren; er fand Unterstützung dabei nicht einmal bei den Sachsen; denn nach dem Verhalten Preußens bei den Einigungsverhandlungen waren sie im großen und ganzen für die deutsche Politik Preußens gewonnen und spürten wenig Neigung, um einer Politik der Verärgerung willen auf wichtige Vorteile für ihre Heimat zu verzichten.

Im Norddeutschen Reichstage hing das Schicksal der Verträge so gut wie ausschließlich von der nationalliberalen Partei ab. Von seiten der wenigen Sozialdemokraten und der Fortschrittspartei war Ablehnung, wenn nicht aller Verträge, so doch des Vertrages mit Bayern mit Sicherheit zu erwarten. Den Konservativen war die Einigung auf diesem Wege die liebste von allen, und darum waren sie bereit, für die Verträge zu stimmen

und ihre Bedenken zurückzustellen — vor allem, daß Preußens Macht nicht genug zur Geltung käme[1]), dann, daß das direkte Wahlrecht und die Diätenlosigkeit der Abgeordneten bei dieser Gelegenheit nicht abgeschafft und daß kein Oberhaus vorgesehen war. Bei den Freikonservativen wogen die Bedenken schon schwerer; zumal ehe sie gehört hatten, daß der Bayernkönig den Antrag in bezug auf die Kaiserwürde gestellt hatte, scheinen sie zu der Ablehnung des Vertrages mit Bayern entschlossen gewesen zu sein.[2]) Indessen ließ es sich Bismarck, durch Friedenthal und den Grafen Fred Frankenberg, angelegen sein, ihnen seine Gesichtspunkte klarzulegen. Von dem Grafen Bethusy-Huc, ihrem Redner im Reichstage, stammt das geflügelte Wort, das er bei dieser Gelegenheit nach dem Geständnis prägte, die Zustimmung zu den Verträgen betrachte er als das schwerste Opfer seines politischen Lebens: „Wir müssen den Strom der Geschichte an der Stirnlocke fassen."

So lag also die Entscheidung bei den Nationalliberalen, für deren Geschichte damit der Höhepunkt gekommen war. Denn dringender als je war die Frage, was in ihrem Programm voranstand, die nationale Einigung oder die Freiheit, und niemals lastete auf ihnen ein größeres Maß von Verantwortung. Auch bei ihnen begegnete der bayerische Vertrag allgemeinem Erschrecken. Denn hatten ihre Abgesandten auch seinerzeit Bayern Zugeständnisse gemacht in einem Umfang, daß Bismarck ihnen deswegen Vorwürfe machen konnte, so hatten sie doch nie an eine Beschränkung Preußens in der auswärtigen Politik gedacht, wie sie im diplo-

[1]) Hierin stimmte ihnen Windthorst zu, der in der Erhaltung des Großstaats Preußen die einzige Rettung gegen die allmähliche Zerreibung aller kleinen Staaten erblickte.

[2]) Vgl. Hohenlohe II, S. 31 zum 3. Dezember (Fraktionssitzung der Freikonservativen).

matiſchen Ausſchuß vorgeſehen zu ſein ſchien[1]), und nie dem Könige von Preußen als oberſtem Bundesfeldherrn das Recht beſchneiden wollen, das hier offenbar beſchnitten war, von ſich aus überall die Mobilmachung anzuordnen: denn mit der Machtſtellung Preußens rechneten ſie wie nur irgendein Konſervativer. Sie wollten es weiterhin nicht dulden, daß ſich Bayern ein geſondertes Militärbudget erhielt und ſich nicht wie alle anderen Staaten der neuen norddeutſchen Sozialgeſetzgebung in bezug auf Heimats- und Niederlaſſungsverhältniſſe fügte, und ſie meinten es nicht ertragen zu können, daß nach dem Artikel 78 in der endgültigen Faſſung ſtatt der $^1/_3$ Stimmen des Bundesrats nur 14 Stimmen, alſo etwa die der drei Königreiche genügen ſollten, Anträge auf Änderung der Verfaſſung zu Fall zu bringen: denn war damit nicht jeder Fortentwicklung des Bundes in der ihnen genehmen Richtung vorgebaut?

[1]) Damals waren dem diplomatiſchen Ausſchuß, dem nach dem bayeriſchen Vertrage nur die Bevollmächtigten der drei Königreiche angehören ſollten, noch zwei weitere, „vom Bundesrat alljährlich zu wählende Bevollmächtigte“ auf Antrag Badens beigegeben worden, — übrigens eine Abänderung des in Verſailles Beſtimmten, die Bismarcks Wünſchen entſchieden widerſprach — denn er hatte Frieſen (deſſen Erinnerungen III, S. 184) geradezu als Bedingung ſeines Einverſtändniſſes mit dem diplomatiſchen Ausſchuß bezeichnet, daß zu ihm Wahlen durch den Bundesrat nicht erfolgen dürften, da nicht jede Perſönlichkeit (ihrer Stellung und Qualität nach) ſo viel Vertrauen verdiene, als dazu Vorausſetzung ſei. Da Bismarck überhaupt nur auf Andrängen Bayerns ſich zu der „vertrags- und verfaſſungsmäßigen Einrichtung“ dieſes Ausſchuſſes verſtanden hatte — er ſelbſt hätte Konferenzen mit den Miniſtern der Königreiche vorgezogen (vgl. Mittnacht, Erinnerungen, S. 33) —, ſo verlor er danach an ihm wohl jedes Intereſſe. Nach Frieſen III, S. 183, ſcheint übrigens der von Bismarck ja bereits am 1. November zugeſtandene Ausſchuß nach dem 9. November nochmals Gegenſtand der Erörterung geweſen zu ſein.

Männer wie Lasker und Miquel dachten darum auch zunächst daran, dem bayerischen Vertrage ein anderes Aussehen zu geben, und stellten entsprechende Anträge auf Amendierung.

Fragt man nach den Gründen, die die Nationalliberalen des linken Flügels schließlich dennoch zum Einlenken bewogen, so hat man außer den verschiedensten Einwirkungen von Versailles her[1]) vor allem der Einwirkung der bayerischen Liberalen zu gedenken, der Marquard Barth, v. Schauß und Stenglein, die in Berlin erschienen[2]), um mit Rücksicht auf die bayerischen Parteiverhältnisse vor der Verwerfung des Vertrages dringlichst zu warnen. Erfolge die Annahme nicht, dann werde ein Chaos nicht nur in Bayern eintreten, für das niemand die Verantwortung übernehmen könne. Und in der Tat: mußte Bayern nicht, wie Kiefer aus Mannheim schrieb, wenn es draußen blieb, das Asyl für alle Gegner Preußens und Deutschlands werden, der Sumpf, den man nur mit äußerster Gefahr zuschütten konnte, und der, falls das nicht geschah, alle angrenzenden Lande in ihrem gesunden Dasein bedrohte? Und war es nicht gewiß, daß in solchem Falle die deutsche Frage noch immer länger und wider alle Vernunft praktischer Politik die Geister beschäftigen mußte? Ja, schließlich hatte ein Zustand, wie ihn die Regierungen geschaffen hatten, sogar etwas Gutes. Wenigstens einen Mann wie Lasker bestimmte schließlich auch der Gedanke zum Nachgeben, daß es „für die Zukunft unzweifelhaft besser sei, daß die Schattenseiten der Verfassung allgemein wahrgenommen werden, damit die Reformbewegung sofort an das

[1]) Durch Ludwig Bamberger (sein Schreiben vom 28. November) und durch den Kronprinzen (dessen Schreiben an Eduard Simson vom 5. Dezember).

[2]) Sie trafen in Berlin bereits am 24. November ein, also an dem Tage der Reichstagseröffnung (Deutsche Revue, XVII 3, S. 284).

fertige Werk sich anschließen könne".[1]) Für ihn standen ja nach wie vor die Fragen der inneren Politik im Vordergrunde des Interesses; kein Gedanke gehörte der auswärtigen Politik, den Ansprüchen, die sie nach der einen oder der anderen Richtung an die Lebenden stellte, in seinem ausgedehnten Briefwechsel begegnen wir nicht einmal ihrer Erwähnung; die Fragen der Verfassung, des Verhältnisses von Krone und Parlament sollten nicht aus der Diskussion verschwinden, im Gegenteil hoffte er sie gerade nach solchem Einigungswerk erst recht und mit ganz anderem Nachdruck behandeln zu können.

So siegte also wiederum der Opportunismus, die Überzeugung, daß auch mit der Annahme eines solchen Vertrages viel gewonnen und doch nichts verloren sei. Als Bennigsen, nachdem die Amendements sämtlich gefallen waren, am 9. Dezember als Redner der Partei ihr Ja zu den Verträgen begründete, hob er hervor, daß man nicht den Vorwurf auf sich habe laden wollen, das deutsche Volk sei nach solchem Kriege unfähig, sich in einem freien, entwicklungsfähigen Staate zu einigen, daß man den günstigen Moment dazu nicht ungenutzt habe vorübergehen lassen wollen. Ihm selbst halfen allerdings, wie aus dem Schreiben an seine Frau vom 7. Dezember hervorgeht[2]), noch ganz andere Gesichtspunkte über alle Bedenken hinfort — und kein Zweifel, daß das auch sonst noch der Fall war —, vor allem „die Notwendigkeit, bei den Friedensverhandlungen gegenüber den eifersüchtigen, neutralen Mächten als eine verfassungsmäßig geeinigte deutsche Macht dazustehen". Was aber an Bedenken noch übrig bleibt, so heißt es in dem Schreiben weiter, das „tritt zurück

[1]) So Lasker an Hölder, 15. Dezember 1870.

[2]) Oncken, Bennigsen II, S. 202.

gegen die Proklamierung des hohenzollernschen evangelischen deutschen Kaisertums". Denn „der Name Kaiser ist mehr als ein bloßes Wort"; mit dieser Monarchie wird Deutschland das kraftvollste Element erhalten, an das die Entwicklung des Bundes anknüpfen, und mit dem in Verbindung auch der Unitarismus zu seiner Zeit gelangen wird.

In dem Norddeutschen Reichstage gab die Rücksicht auf die Machtstellung Preußens bei Freund und Gegner des bayerischen Vertrages und bei diesem vielleicht noch mehr als bei jenem das Motiv zur Stellungnahme gegenüber dem Vertrag ab. In den süddeutschen Kammern war davon ebenfalls die Rede: ein Mann wie Moritz Mohl, der zeitlebens gegen die Hegemonie Preußens in Deutschland angekämpft hatte, ließ auch jetzt noch seiner Antipathie die Zügel schießen: und auch aus den Reihen der bayerischen Ultramontanen erklangen wiederholt Kassandrarufe. Aber im großen und ganzen entschieden hier über die Abstimmungen andere Gesichtspunkte.

Auch hier im Süden herrschte, abgesehen vielleicht von Baden, die Stimmung der Resignation vor. Gedachte man jetzt des Kampfzieles der letzten Jahre, dann mußte man sich wohl gestehen, daß alles Mühen umsonst gewesen war. Nicht der Süden hatte in der deutschen Frage gesiegt, im Gegenteil hatte er, da er mit seinem Kampf gegen den Norden den Feind im Westen ermutigte, gerade das heraufgeführt, was er hatte vermeiden wollen, vor allem den Militarismus in der preußischen Gestalt; von der Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes, an der er nicht teilgenommen hatte, mußte er sich ferner den größten Teil von jetzt ab gefallen lassen. Weiter hatte sich weder Preußen aufgelöst, wohin so vieler Wunsch gegangen war, noch der Norddeutsche Bund; kein deutsches Parlament beschloß

die Verfassung des neuen Deutschland, ja, sogar die Verträge kamen nur vor die Landtage der einzelnen Staaten, so daß jeder für sich allein die Verfassung ganz Deutschlands von seinem eigenen Standpunkt aus zu beurteilen hatte. Nicht einmal die deutsche Partei in Württemberg war vollkommen befriedigt, obwohl die Regierung auf sie weitgehende Rücksicht genommen hatte: denn auch sie war doch soweit liberal oder demokratisch, daß sie an der Selbständigkeit des württembergischen Heeres Anstoß nahm, so gering sie war, und an der Heraushebung des Offizierstandes aus der übrigen Bevölkerung, die mit der Einführung der norddeutschen Besoldungssätze gegeben schien[1]); das Mißtrauensvotum, das die Regierung mit ihrem Antrag auf Zuweisung des Presse- und Vereinswesens an den Bund den heimatlichen Parteien ausgestellt hatte, berührte sie dagegen weniger als die Volkspartei, die Demokraten.

In Württemberg hatte die Regierung seinerzeit die Kammer, die sie um neuer Kredite für die Fortsetzung des Krieges willen einberufen mußte[2]), kurzweg aufgelöst (22. Oktober), als die Demokraten und Großdeutschen ihre Bewilligung mit der Bemerkung motivierten, sie wollten damit „eine Politik nicht gutheißen, die die Zukunft der Nation dem Geiste unterordne, der den Nordbund beherrscht". Damit hatte sie sich dieser Gegner entledigt; denn es gehörte dazu, daß sie danach mit aller Energie die deutsche Partei unterstützte, und den vereinten Bemühungen konnten die Gegner nicht widerstehen; als am 5. Dezember die Neuwahlen erfolgten, brachten sie der Regierung die überwältigende Mehrheit.[3]) Gleichwohl wäre der Gang der Beratungen in den beiden württembergischen Kammern kein so

[1]) Vgl. das Schreiben Hölders an Lasker vom 3. Dezember.
[2]) Der im Juli bewilligte Kredit galt nur bis zum 1. November.
[3]) Von 150 000 90 000 Stimmen.

rascher gewesen — die Kommission, die am 19. Dezember zur Beratung der Verträge eingesetzt ward, brauchte ihren Bericht nicht gedruckt, sondern nur schriftlich vorzulegen, und die Kammer begnügte sich mit einer Beratung von nur zwei Tagen (22.—23. Dezember) —, und die Verträge hätten nicht die Mehrheit von 74 : 14 Stimmen erhalten[1]), wenn sich nicht der deutschen Partei auch die Großdeutschen angeschlossen hätten.

Denn wie Graf Bray in Versailles, so hatten sich auch die Großdeutschen in den Kammern mit der Neugestaltung Deutschlands abgefunden. Hatte doch Graf Beust, noch ehe General v. Schweinitz in Wien von der neuen Einigung Gesamtdeutschlands offizielle Mitteilung machen konnte, mit Genehmigung seines Herrschers in einem alsbald veröffentlichten Schreiben an den österreichischen Gesandten in Berlin unterm 5. Dezember die Versicherung des Wunsches und der Hoffnung nach einem aufrichtigen und dauernden Freundschaftsverhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn aufs bündigste erwidert und verkündet, daß man in Wien nicht beabsichtige, „der Logik der mächtigen Ereignisse das Recht des Prager Friedensvertrages entgegenzustellen". Auch danach waren vereinzelte Großdeutsche noch in Sorge um ihre Ideale; den papiernen Versicherungen wollte dieser und jener namentlich in Bayern nicht trauen und glaubte, daß sich Preußen-Deutschland alsbald mit Rußland zur Vernichtung der Habsburgermonarchie verbinden werde[2]); aber für die große Mehrheit zerstreute dieser Meinungsaustausch alle Bedenken.

Auch in Bayern war danach ein großer Teil der alten Opposition gegen Preußen für die Neugestaltung

[1]) Der Kaisertitel sogar die von 81 : 7.

[2]) Nachdem Jörg in der Begründung seines Referats am 11. Januar das Schreckgespenst eines solchen Krieges an die Wand gemalt hatte, sprach am 14. Greil davon.

Deutschlands gewonnen. Aber trotzdem herrschte hier noch bis zu dem Augenblick der Abstimmung in der Kammer, die am 21. Januar 1871 erfolgte, über das Schicksal der Verträge völlige Ungewißheit. Denn zu ihrer Annahme bedurfte es einer Zweidrittelmehrheit, d. h. mindestens 103 Stimmen, sofern alle Abgeordneten anwesend waren, und noch stand die ultramontane Partei in ungebrochener Größe da; selbst wenn die Regierung, wie es in Württemberg geschehen war, die Kammer aufgelöst hätte — wozu sich jedoch kein Anlaß fand —, so wäre sie mindestens das erstemal wohl kaum merkbar geschwächt zurückgekehrt.

Der Gang der Dinge hatte es so mit sich gebracht, daß den ultramontanen Gegnern Preußens alle Waffen genommen waren außer der religiösen; nur noch das stand in Frage, ob sich mit den Interessen der Katholiken der Eintritt in das Hohenzollernreich vereinigen lasse oder nicht. So berührten sich hier, im Moment unserer Einigung, die großen Gegensätze, die unser Volk zertrennen, nicht in ihrer dogmatischen Ausprägung — denn das war nach den Jahrhunderten zuvor und zumal nach dem Vatikanischen Konzil unnötig —, wohl aber in ihrer kirchlichen; kein Wunder, daß die Beratungen deshalb hier nicht so schnell vorangingen wie in Baden, Hessen und Württemberg, und daß der Termin des 1. Januar 1871 nicht eingehalten wurde, mit dem das neue Deutsche Reich sein Dasein beginnen sollte.

In den übrigen deutschen Staaten hatten die Katholiken, auch soweit sie zu einer Partei zusammengeschlossen waren, *für* die Verträge votiert. Denn ohnmächtig in den Staaten, in denen sie lebten, setzten sie ihre Hoffnung gerade auf die Vereinigung in einem Reich, zumal sie sich seit dem Vatikanischen Konzil als eine festgeschlossene Masse fühlen konnten und ihre Gegner sich zerfleischten, anstatt sie zu bekämpfen. Ge-

rade darum ging ihr Bestreben auch darauf hinaus, die bayerischen Ultramontanen in das neue Reich hineinzuziehen und mit ihnen ihre Reihen zu verstärken: wenn wir hören, daß diese von Norddeutschland, vielleicht auch von anderer Seite aus in jenem Sinne beeinflußt wurden[1]), dann dürfen wir also wohl annehmen, daß das eben zu diesem Zwecke geschah. Aber auch andere Gründe sprachen bei den bayerischen Klerikalen für den Eintritt in den Bund. Denn daran ließ sich nicht zweifeln, daß im Falle der Verwerfung der Verträge der König wie die Minister die Kammer auflösen und mit allen Kräften ein liberales Regiment in Bayern begründen würden, das den Kampf gegen sie auf allen Gebieten eröffnete: waren sie aber dem Königtum im Bunde mit dem Liberalismus gewachsen? Nicht alle bejahten diese Frage. Schon um den 14. Dezember herum ließ sich daher das Organ der Bucher, Lukas, Greil und Pfahler, die Donauzeitung, dahin vernehmen[2]), daß für sie „wie die Sachen jetzt einmal liegen, die vielbetonte Selbständigkeit weder einen politischen noch einen sozialen noch einen religiösen Wert mehr" habe; jetzt heiße es nicht mehr royalistischer sein als der König; „wir sind nicht mehr die Bremser des nationalen Gedankens, wir werden ihn eher fördern". Und ihr stimmte das Organ Huttlers, die Augsburger Postzeitung zu, da sie bemerkte, daß sie „mit Gewalt in den deutschen Neubau hineingedrängt und dort, beladen mit dem Odium aller Parteien, schwer genug tun" würden, ihren Interessen „Recht und Geltung zu verschaffen". Diese Männer sahen, was für Schaden die Ablehnung der Verträge in wirtschaftlicher und anderer Beziehung

[1]) Vgl. Deutsche Revue, XVII, 4, S. 71 und S. 190.

[2]) Vgl. Allgemeine Zeitung S. 5573. In demselben Sinne schrieb sie noch am 5. Januar 1871 (Allg. Zeitung 1871, S. 97 — ebendort auch das Zitat aus der Augsburger Postzeitung).

zur Folge haben werde, und fürchteten danach ihren Einfluß auf die Massen, namentlich auf die Bauern, zu verlieren; darum gaben sie ihr Votum, um ihn sich zu erhalten, für die Verträge ab.

Diese Spaltung der Partei hatte die Annahme der Verträge zur Folge.[1]) Nachdem sich in der zehntägigen Redeschlacht vom 11.—21. Januar Männer aller Richtungen hatten aussprechen können, sah Edmund Jörg, der Landshuter Archivar, der Referent des Ausschusses, mit 102 : 48 Stimmen seinen Antrag verworfen, obwohl sich im Ausschuß von 15 Stimmen 12 auf ihn vereinigt hatten, den Antrag, die Versailler Verträge abzulehnen und erneute Verhandlungen mit dem Nordbund auf der Grundlage des Septemberprogramms der patriotischen Partei (weiterer Bund mit dem engeren des künftigen Deutschen Reiches) einzuleiten; denn wie der Schwabe Huttler im Namen der Patrioten erklärte, die gegen Jörg votierten, sie wollten die Verantwortung für eine Zukunft Bayerns außerhalb Deutschlands nicht tragen. Liberale, Großdeutsche und Ultramontane hatten sich damit also auf derselben Seite zusammengefunden; nur diesem unnatürlichen Bündnis hatte Deutschland den Beitritt Bayerns zum Reich in diesem Zeitpunkt zu danken. Es war eine Konstellation, die, da sie den Keim der Auflösung in sich trug, sich alsbald wieder auflösen mußte, nicht ohne dabei die weitesten Kreise außerhalb Bayerns in Mitleidenschaft zu ziehen; eben der Kampf der Parteien in Bayern ward der Anlaß für den Kulturkampf in Deutschland. —

Das Deutsche Reich hatte mit dem 1. Januar 1871 ins Leben treten sollen; des Königs Wunsch war, noch

[1]) Übrigens befehdeten sich, soweit ich sehe, die beiden Gruppen nicht. Ja es ist sogar möglich, daß zu den Opportunisten auch andersgerichtete Abgeordnete abkommandiert wurden, um die Annahme der Verträge zu erreichen.

vorher, womöglich in den Weihnachtstagen, durch eine feierliche Kaiserproklamation die Geburt desselben würdig zu begehen, und er befreundete sich mit dem vom Großherzog von Baden ihm angetragenen Gedanken, daß bei dieser Proklamation der König von Bayern wenn nicht in Person, dann doch durch die Überreichung einer feierlichen Urkunde seine Anteilnahme an diesem Ereignis beweise.[1]) Überall in Deutschland hatte man sich darum bemüht, bis zu diesem Termin das Vertragswerk auch zum rechtlichen Abschluß zu bringen. Nur die bayerischen Ultramontanen beeilten sich nicht, ja sie legten es geradezu darauf an, die Entscheidung hinauszuschieben; ihretwegen mußte der Tag der Kaiserproklamation verschoben, ihretwegen von jenem Gedanken des Großherzogs von Baden Abstand genommen werden. So drängte eine einzige Partei ihren Willen dem gesamten übrigen Deutschland auf, die Partei, in der Preußen seinen erbittertsten Gegner zu sehen hatte. Am 1. Januar trat tatsächlich das neue Reich in die Erscheinung, wenigstens an der Tafel des Königs vom Großherzog von Baden im Namen aller anwesenden Fürsten mit kurzen an König Wilhelm als das Oberhaupt des deutschen Kaiserreichs gerichteten Worten begrüßt[2]); aber erst seit dem 1. Februar, dem Tage, da Bayern sich zu ihm rechnete, hatte es die Gestalt angenommen, die ihm seit dem November zugedacht war.

Auch ein anderer, Bayern geneigterer Mann hätte sich unter solchen Umständen wohl noch einmal die Frage vorgelegt, welchen Wert der Anschluß eines solchen Staates eigentlich besitze. Bei König Wilhelm, der, wie wir wissen, dem Vertrage mit Bayern nur ungern seine Zustimmung gegeben hatte, der die Kaiserkrone

[1]) Vgl. darüber Lorenz, S. 440—441, 448—449.

[2]) Eine Aufzeichnung des Großherzogs von Baden darüber bei Lorenz, S. 450—452.

mit einer Mischung von Furcht und Abscheu betrachtete, mußten sie noch einmal das preußische Selbstgefühl wachrufen. Den Kaisertitel hatte er anzunehmen sich willens erklärt; um so mehr bestand er auf Einzelheiten, die ihm eine weitere Bedeutung zu geben vermochten, als von bayerischer Seite beabsichtigt war. Wir verfolgen das Verhalten des Königs nur nach zwei Richtungen, in denen es deutlich hervortrat.

König Wilhelm hatte, wie wir hörten, zunächst an das Weihnachtsfest für die Proklamation des Kaisers gedacht. Zweifelsohne hätte dieses Fest als das Friedensfest auch am besten dazu gepaßt, da der Kaiser, wie in der Kaiserproklamation vom 18. Januar zu lesen war, gelobte, „allezeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, (aber) nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung". Da sich dieser Plan als unausführbar erwies, so wählte der König zu dem Zwecke, wohl schon im Beginn des neuen Jahres[1]), den 18. Januar, den Tag, da sich Friedrich I. aus eigener Machtvollkommenheit die Krone auf sein Haupt gesetzt hatte. Wir besitzen darüber naturgemäß keine authentische Kunde, aber der Verdacht liegt nahe, daß der König bei der Wahl dieses Tages auch an seine und seines Staates Gegner in Bayern dachte; das ist jedenfalls gewiß, daß er seit dieser Zeit entschlossen war, auch ohne daß die bayerische zweite Kammer ihre Beratungen abgeschlossen hatte, den feierlichen Akt vollziehen zu lassen. Eine Usurpation von der Bedeutung der Tat des 18. Januar 1701 war gleichwohl damit nicht angedeutet; denn die übrigen Fürsten und freien

[1]) Schon von dem 5. Januar ist der Befehl an Bismarck datiert, „nunmehr nicht zu zögern und baldigst Vorschläge zu machen über alles, was die Einsetzung und Ausstattung des deutschen Kaiserreichs betreffe" (Lorenz, S. 452). Vgl. auch König Wilhelms Schreiben vom 18. Januar.

Städte wünschten, daß der Akt nicht mehr länger unterbliebe, und der Katholizismus beherrschte nicht mehr die deutsche Welt. Aber halb wider den Willen dessen, der ihn wählte, ward dieser Tag doch ein Merkzeichen des Geistes, der das neue Kaisertum beseelte, eines Geistes, der gerade den Ultramontanen ein hohes Ärgernis war.

An der Wahl des 18. Januar konnte niemand Anstoß nehmen. Aber wohl war das der Fall bei der Entscheidung, die der König in bezug auf seinen künftigen Titel traf, insofern der Titel, den er wählte, „Kaiser von Deutschland", den Anspruch auf Beherrschung von Territorien, von Ländern barg, die ihm nicht gehörten.

Über die Verhandlungen in betreff der Kaiserfrage mit den bayerischen Ministern, auf die sich Bismarck zur Bekämpfung dieses Titels berief, sind wir nicht unterrichtet; wir wissen also nicht, wie energisch die Bayern den Titel abgelehnt hatten, den sie in einem früheren Stadium mit dem anderen: Deutscher Kaiser zur Wahl gestellt hatten.[1]) Aber mit dem Hinweis darauf hatte Bismarck recht, daß in König Ludwigs Kaiserbrief nur von dem „Deutschen Kaiser" die Rede war. In der Tat widersprach die Idee, die dem Ausdruck: Kaiser von Deutschland zugrunde lag, alledem, was Bismarck mit der Errichtung des Kaisertums beabsichtigt hatte: auch er hatte damit gewiß eine Klammer dem neuen Gebäude einfügen wollen, die fester hielt als alle Verträge, aber ihre Kraft war die Idee der Einheit, die sie repräsentierte, nicht die Macht, alles zu befehlen oder zu verbieten. Was der König wollte, mußte zudem den Widerspruch des Königs von Bayern finden; hatte dieser auch alles verfehlt, was ihm die Sympathie namentlich des Königs verschaffen konnte, so durfte

[1]) Vgl. oben S. 206, Anm. 1.

das doch kein Grund sein, gegen seinen Willen zu verstoßen; ja, galt es nicht vielmehr ihn zu schonen, um seine Stellung gegenüber der Opposition in der Kammer zu stärken? Bismarck kämpfte also nicht nur um sein Werk und um die Erhaltung des Vertrauens, das er geschenkt und verlangt hatte, sondern er kämpfte auch um die Zukunft ganz im allgemeinen, um die Wahrung der Autorität der Krone, wenn er des Königs Absicht bekämpfte.

Aber der König hielt fest und verschloß sich jedem Widerspruch. Bismarck rang mehrmals mit ihm, aber er vermochte ihn nicht zu überwinden, obwohl auch der Kronprinz auf seiner Seite stand. Ja, schließlich gab sich sogar König Ludwig, für den er stritt, selbst in des Königs Gewalt. Denn kam es nicht einer Aufsage des Kaiserbriefes wie des Vertrages vom 23. November gleich, wenn er am 10. Januar durch den Prinzen Luitpold das Gesuch an den König richtete, die bayerischen Truppen des Fahneneides zu entbinden, den sie dem Kaiser als obersten Feldherrn leisten sollten?[1]) Ein Schritt der Verzweiflung gewiß — denn König Ludwig fürchtete anders seine Kammermajorität sich nicht gefügig machen zu können; aber verriet er nicht einen Mangel an Blick für das, was der Gegenseite wesentlich war, der diese von jeder Rücksichtnahme befreite? Dem Gesuch wurde nicht entsprochen, weil ihm nicht entsprochen werden konnte. Aber auch danach hörte Bismarck nicht auf, für seine Sache zu streiten. — So kam es noch am Tage vor der Kaiserproklamation zu jenem Zusammenstoß zwischen König und Kanzler, über den man vor allem die Erinnerungen Bismarcks nachlesen muß. Wo Bismarck alles zusammentrug, was seine Überzeugung begründen konnte, wo er den imperator

[1]) Vgl. M. Busch, Tagebuchblätter II, S. 47.

romanus, den russischen Kaiser, den rex Borussorum auf den Münzen Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms II. als Beweise dafür beibrachte, daß der Titel Deutscher Kaiser einem alten Gebrauch entspreche, und wo er schließlich auf die Schwierigkeiten hinwies, die bei der Annahme des neuen Titels zu erwarten wären, da der Titel Deutscher Kaiser auf Antrag des Bundesrats bereits in die Verfassung aufgenommen sei. Und wo der König sodann, in seiner Abneigung gegen den „Charakter-Major" durch den Hausminister v. Schleinitz bestärkt, und gereizt durch die Zustimmung des Kronprinzen zu Bismarcks Äußerungen, schließlich alle Diskussion mit den Worten abbrach: und wenn es so gewesen wäre, so befehle ich jetzt, wie es sein soll, damit aufstand, an das Fenster trat und den um den Tisch Sitzenden den Rücken zuwandte. Als der Tag heraufzog, an dem die Proklamation erfolgen sollte, war über den Titel noch nichts entschieden.

So mußte Bismarck, wenn anders der Tag der höchsten Weihe des Einigungswerkes nicht den Beginn unendlichen Haders bezeichnen sollte, die Hilfe des Fürsten anrufen, der, wie zu erwarten stand, das erste Hoch auf den neuen Kaiser ausbringen würde, die des Großherzogs von Baden. Er überredete ihn kurz vor der Feier, unter Hinweis auf die Sanktion des Titels Deutscher Kaiser durch den Reichstag, den Befehl des Königs, in der Ansprache den Ausdruck Kaiser von Deutschland zu gebrauchen, nicht als strikten aufzufassen und noch einmal einen Versuch der Umstimmung zu machen. Und jetzt im letzten Augenblick glückte er, zumal der Großherzog sich verbindlich machte, die Streitfrage weder in dem einen noch in dem anderen Sinne zu entscheiden: „Du kannst das machen wie du willst, ich werde mich später doch nur so nennen wie ich es will, nicht wie Bismarck es bestimmen will." Mit dem Auswege aber,

den der Großherzog fand, indem er das Hoch nicht an den Deutschen Kaiser, sondern an Kaiser Wilhelm richtete, wahrte er einmal den Anspruch, den der König für sein Haus erhob — denn er war ein rein persönlicher; nur die Persönlichkeit konnte ihm, wenn überhaupt etwas in diesem Bundesstaate, zur inneren Berechtigung verhelfen. Und zugleich verstieß er damit nicht gegen die Verfassung, die so blieb, wie sie beschlossen war, und der gemäß der König einige Tage später auch den Titel des Deutschen Kaisers seinem preußischen Königstitel hinzufügte[1]).

Wie über dem Abschluß der Verträge mit Baden und Hessen, wie über dem Tage der Übergabe des Kaiserbriefs, so lag also wenigstens für den Baumeister des neuen Reiches auch über dieser Feier der Kaiserproklamation eine Stimmung der Unzufriedenheit, der Zerrissenheit. Wir wissen von anderer Seite von dem gewaltigen und erhebenden Eindruck, den die Inszenierung des Aktes durch den Kronprinzen hervorrief: nichts konnte besser dem Tage und dem Ernst der Feier entsprechen. Aber Bismarck „verlas in tonloser, ja geschäftlicher Art die Ansprache an das deutsche Volk“[2]); als nach dem Hoch auf den Kaiser Wilhelm dieser von der Estrade heruntertrat, um die Glückwünsche zu empfangen und den Dank für alle Hilfe abzustatten, deren er sich bewußt war, meinte er zu bemerken, daß der Kaiser an ihm achtlos vorüberging. Ganz gleich, ob sich dieser Vorgang so

[1]) Vgl. zu alledem Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, II, S. 121—122 und Lorenz, S. 462—464, ferner Bismarcks Schreiben vom 21. Januar an seine Gemahlin: diese Kaisergeburt war eine schwere, Könige haben in solchen Zeiten ihre wunderlichen Gelüste, wie Frauen, bevor sie der Welt hergeben, was sie doch nicht behalten können. Ich hatte als Accoucheur mehrmals das dringende Bedürfnis, eine Bombe zu sein und zu platzen, daß der ganze Bau in Trümmer gegangen wäre.

[2]) Tagebuch des Kronprinzen.

abspielte, wie er in Bismarcks Erinnerungen lebte, — dieser Mann, der mit seinem Wesen ganz Deutschland angehörte, da er die militärische Kraft und Zucht des Nordens mit der geistigen Beweglichkeit des Südens verband, ward sich noch einmal all des Jammers der Zerrissenheit, der Zwiespältigkeit bewußt, den die Jahre zuvor geschaut hatten. Dem Genius schlägt selten eine glückliche Stunde, eine glückliche im Sinne der anderen wohl nie. Das Werk, dem er an diesem Tage die Weihe geben half, er hatte es geschaffen, kein Zweifel, er und kein anderer; aber noch in der letzten Stunde vor seiner Vollendung bewies es dem Meister, wie unvollkommen es war, wie voller Risse und Spalten. Würde das immer so bleiben, oder würde sich auch einmal die innere Einheit finden, die noch fehlte? In dem Ausblick auf die Zukunft, in die sich an diesem Tage unwillkürlich des Meisters Blicke lenkten, und die gerade danach trübe genug sich vor ihm auftat, in der peinvollen Erwartung, mit der er auf das erste Hoch auf den neuen Kaiser lauschte, und der Abspannung, die auch seine Nerven fühlten, wird es verständlich, daß kein Jubelgefühl seine Brust schwellte. Bis zuletzt blieb es wahr, was dieser erste große deutsche Staatsmann immer wieder in seinem Leben und an ihm empfinden mußte, daß es ein staatsentwöhntes Volk war, für das er sein Dasein hingab. Nur die Zukunft — und nicht die Gegenwart — konnte ihn eines Besseren belehren.

Nachtrag.

Zu Kapitel I, über den Kaiserplan Bismarcks

brachten uns jüngst die Memoiren des englischen Diplomaten Sir Robert Morier noch weitere Aufklärungen — Memoirs and letters of the right hon. Sir Robert Morier, G. C. B., from 1826 to 1876. By his daughter Mrs. Rosslyn Wemyss. Vol. II. London 1911 (p. 150 bis 153).

Morier, 1870 englischer Geschäftsträger in Darmstadt, hatte für das, was er darüber erfuhr, recht gute Gewährsmänner, einmal den Kronprinzen von Preußen, der ihm in Karlsbad im April und Mai 1870 mehrfach Gesellschaft leistete, da er, gichtleidend, selbst unbeweglich war, und sodann den Großherzog von Baden, insofern wenigstens Graf Usedom (der ehemalige Gesandte Preußens am Hofe zu Florenz), der im Mai direkt von Karlsruhe nach Karlsbad kam, ihm genau das erzählte, was er soeben von diesem über seinen letzten Aufenthalt in Berlin gehört hatte. Morier hielt die Mitteilungen, die ihm wurden, für wichtig genug, sie sofort nach London weiterzugeben.

Diese Berichte Moriers, vom 25.—27. April und vom Mai 1870, bestätigen uns nun, was wir aus anderen Gründen bereits vermuteten, daß Bismarck den Kaiserplan seit dem Dezember 1869 verfolgte; wenigstens äußerte er zu dem Kronprinzen gelegentlich einer königlichen Jagd um Weihnachten dieses Jahres, die Dinge

gerieten jetzt in eine Richtung, aus der sie nur eine zielbewußte Aktion (a decisive line of action) wieder herausbringen könne, es wäre Zeit, die Kaiseridee aufzunehmen. Ferner begegnet uns auch hier wieder die Nachricht, daß um die Mitte April herum vertrauliche Besprechungen darüber mit Bayern gepflogen wurden, und daß Bismarck seinen Plan mit den Führern der Nationalliberalen erörterte; nur zerschlugen sich nach Morier diese Verhandlungen resp. Unterredungen nicht an der Forderung eines verantwortlichen Ministeriums, wie Bluntschli angab, sondern an der des Eintritts von Baden und Hessen in den Bund; die Nationalliberalen bezeichneten das als conditio sine qua non der Kaisererklärung. Im übrigen ersehen wir aus dem Maibericht deutlicher als zuvor, daß es sich auch bei den Plänen im April und Mai noch um ein „deutsches" Kaisertum handelte, nur with the territorial limits of the present North German Confederation.

Ganz abweichend von allen sonstigen Mitteilungen über Bismarcks Plan ist das, was Morier als Motiv zu der Aktion angibt. Denn hörten wir anderswoher, daß die auswärtige Politik oder die deutsche Politik Bismarck den Gedanken an ein Kaisertum nahelegten, so bestimmte ihn nach Moriers Berichten dazu ausschließlich die Sorge vor dem 1871 mit dem Norddeutschen Reichstage drohenden Konflikt in der Militärfrage. Nur bis zum 31. Dezember 1871 hatten sich die Nationalliberalen an die Bewilligung von 1% der Bevölkerung und 225 Tlr. pro Mann gebunden; es war zweifelsohne, daß sie danach der antimilitaristischen Strömung in ganz Deutschland ihren Tribut zahlen würden; da König Wilhelm ebenso fest auf dem bestand, was ihm einmal bewilligt war, so erschien also wieder das Schreckgespenst eines Konfliktes. Nun wird sich ja, wenn wir uns einer kritischen Erörterung dieser Angabe

unterziehen, nicht bestreiten lassen, daß der Hinblick auf diese Gefahr und die Sorge vor dem ruhigen Fortbestand seines Werkes Bismarck ebenfalls bestimmt haben können. Wenn wir aber hier lesen, daß diese Gesichtspunkte für ihn die einzigen waren, so dürfte hier doch wohl eine Verwechslung liberal-konstitutioneller Gedankengänge, wie sie die beiden deutschen Fürsten gern verfolgten, mit den Gedankengängen eines Bismarck vorliegen. Jedenfalls haben wir keinen Anlaß, danach unser Bild von dem Gange der Dinge zu verändern. —

Im übrigen sei, um die Verbindungslinie zwischen diesem Kaiserplan und den Erörterungen über ein deutsches Kaisertum als Folge des Krieges im August deutlich zu zeigen, ein von mir bisher übersehenes Schreiben von Gustav Freytag an Herzog Ernst von Sachsen vom 1. Juli 1870 erwähnt (bei Lorenz, S. 400), wonach man in Berlin neuerdings viel davon gesprochen habe, daß die Herstellung des Kaisertums wünschenswert gewesen wäre. Wir erkennen daraus, daß der Gedanke schon damals seine Wurzeln bis in die Tiefe gesenkt hatte.

Regiſter.

Abeken, Heinrich, Geheimer Legationsrat 40, 91, 274.
Adalbert, Prinz von Preußen 232, 272.
Albert, Kronprinz von Sachſen 104—107, 113, 163.
Albrecht, Erzherzog 71, 73, 240.
Alexander II., Kaiſer von Rußland, Neffe König Wilhelms 53, 54—55, 62, 73, 109, 111, 224, 227, 243—244, 260.
Alexander (III.) Alexandrowitſch, ruſſiſcher Thronfolger 245.
Andraſſy, Graf Julius, k. ungariſcher Miniſterpräſident 6, 25, 26, 27, 29, 240, 247.
Annenkow, Michael Nikolajew, ruſſiſcher General 245.
Apponyi, Graf Rudolf, k. k. Botſchafter in London 224.
Auguſta, Königin von Preußen 110.

Bamberger, Ludwig, nationalliberaler Abgeordneter im Norddeutſchen Reichstag 249, 281.
Barth, Karl, Mitglied der Patriotenpartei 37.
— Marquard, Mitglied der liberalen Partei in Bayern 37, 131, 153, 181, 281.
Bazaine, de, franzöſiſcher Marſchall 222, 223.
Bebel, Auguſt, ſozialdemokratiſcher Abgeordneter im Norddeutſchen Reichstage 9.
Benedetti, Graf, franzöſiſcher Botſchafter in Berlin 47, 50, 51, 74, 75.
Bennigſen, Rudolf v., Führer der Nationalliberalen im Norddeutſchen Reichstag 10, 52, 65, 66, 173, 178, 185, 282—283.
Berchem, Max Graf v., bayeriſcher Miniſterialſekretär, Hauptmann und Adjutant des Prinzen Luitpold 121, 122, 183.
Bernſtorff, Albrecht Graf v., Botſchafter des Norddeutſchen Bundes in London 50, 59, 61.

Bethusy-Huc, Eduard Georg Graf v., freikonservativer Abgeordneter im Norddeutschen Reichstage 279.
Beust, Friedrich Ferd. Graf v., k. k. Reichskanzler, bis 1866 k. sächsischer Minister 20—22, 25, 26, 27, 28, 29, 36, 72, 73, 108, 109, 111, 137, 225—226, 234, 237, 239, 240, 285.
Biegeleben, Ludwig Maximilian Freiherr v., Wirklicher Geheimer Rat in Wien 8.
Bismarck — passim.
Blankenburg, Moritz v., konservativer Abgeordneter im Norddeutschen Reichstage 66, 172, 185.
Bluntschli, Johann Kaspar, Professor für Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg, Vertreter der Universität in der badischen 1. Kammer, Mitglied des Zollparlaments 52, 53, 54, 63, 129, 131—132, 297.
Bock, Dr. 81.
Brandenburg, Erich, Professor für Geschichte an der Universität Leipzig 118, 197, 218, 232, 249.
Bray-Steinburg, Graf Otto v., bayerischer Ministerpräsident, Minister des königlichen Hauses und des Äußeren 128—129, 134, 137—138, 213, 234, 236—239; 39—40, 77, 112, 113, 117, 119, 121, 122, 123, 127, 132, 133, 136, 147, 150, 151, 153, 156, 157, 163—164, 166, 167, 168, 175, 181, 182, 184, 186, 188, 194, 195, 197, 198, 199, 200, 201—204, 204—209, 211, 212, 214, 215, 216, 225, 226, 228, 232, 233, 235, 241, 247—248, 250—251, 252, 257, 265, 268, 269, 272, 274, 285.
Bray, Graf v., Sohn des Ministers 128.
Brück, Freiherr v. 40.
Brunnow, Philipp Baron v., russischer Botschafter in London 242.
Buchanan, Sir Andrew, großbritannischer Botschafter in St. Petersburg 224, 227.
Bucher, Lothar, Geheimer Legationsrat 73, 185.
— Mitglied der Patriotenpartei 287.
Busch, Moritz, Publizist 40, 61, 69, 174, 239.
— Wilhelm, Professor für Geschichte an der Universität Tübingen 118, 134, 249, 264.

Camphausen, Otto, preußischer Finanzminister 65.
Chaudordy, Damaze Graf, Verwalter des französischen Ministeriums des Auswärtigen 170.
Chotek, Graf Bohuslav v., k. k. Botschafter in St. Petersburg 225, 243.

Clarendon, George William Frederick Villiers Earl of, großbritannischer Staatssekretär des Auswärtigen 33, 50, 57, 59, 60, 61. † 27. Juni 1870.

Czartoryski, Wladislaw Fürst v., polnischer Politiker 29.

Dahlmann, Friedrich Christoph, deutscher Historiker, Professor in Bonn 82.

Dalwigk, Karl Friedrich Reinhard Freiherr v., großh. hessischer Staatsminister 188, 194, 210, 211, 234.

Daru, Napoleon Graf, französischer Minister des Auswärtigen (bis März 1870) 32, 33, 50.

Daxenberger, bayerischer Staatsrat, Vertreter Brays 225.

Delbrück, Rudolph, Präsident des Bundeskanzleramtes 161; 100, 101, 108, 112, 132, 146, 147—149, 150, 154, 155, 156, 157, 158, 162, 166, 167, 175, 176—177, 183, 184, 188, 189, 190, 191, 193, 195, 196, 198, 200, 201, 202, 208, 209, 217, 218, 219, 232, 234, 257, 259, 260, 266, 270, 274, 275—276.

Dillenius, v., Präsident der württembergischen Verkehrsanstalten 259, 261.

Döberl, Michael, Professor für bayerische Landesgeschichte an der Universität München 129.

Döllinger, Ignaz, Professor für Kirchengeschichte an der Universität München 36, 270.

Eckardt, Julius, baltischer Politiker 93—94.

Edel, Dr., Professor in Würzburg, Mitglied der Patriotenpartei 36, 37.

Egloffstein, August Freiherr v., württembergischer Geheimer Rat, Vorstand des königlichen Kabinetts 227, 260.

Eigenbrodt, August 264.

Eisenhart, August v., bayerischer Ministerialrat im Justizministerium, Kabinettsrat des Königs, Gemahl von Luise v. Kobell 133, 195, 250, 269, 272, 273.

Elben, Dr. Otto, Redakteur des Schwäbischen Merkur, Mitglied der „deutschen Partei" 139.

Ernst, Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha 52, 83, 90, 123, 192, 263, 298.

Eulenburg, Graf zu, preußischer Minister des Innern 99, 100.

Fadčjew, Rostislav Andreewitsch, russischer General und Publizist 28.

Fischlof, Adolph, österreichischer Politiker 5.

Flemming, Graf v., Gesandter des Norddeutschen Bundes in Karlsruhe 177.

Fleury, Emile Felix, französischer Botschafter in St. Petersburg 25, 27, 30, 57, 72.
Forckenbeck, Max v., nationalliberaler Abgeordneter im Norddeutschen Reichstag 65, 173, 178.
Frankenberg, Fred Graf v., freikonservativer Abgeordneter im Norddeutschen Reichstag 258, 279.
Franz Joseph, Kaiser von Österreich, König von Ungarn 241, 243, 285.
Freydorf, Rudolf v., badischer Minister des Großherzoglichen Hauses und des Auswärtigen 83—84, 143, 188.
Freytag, Gustav, deutscher Politiker 90, 298.
Friedenthal, Rudolf, freikonservativer Abgeordneter im Norddeutschen Reichstag 185, 275, 279.
Friedjung, Heinrich, österreichischer Historiker 8.
Friedrich, Großherzog von Baden, 81—85; 49, 53, 59, 75, 86, 87, 89, 91—92, 95—96, 101, 102—103, 128, 132, 134, 163, 171, 178, 192, 219, 220, 250—251, 253, 254, 256, 264, 265, 267, 268 bis 269, 270, 274, 275, 276, 289, 293—294, 296, 298.
Friedrich, Prinz von Hohenzollern 71.
Friedrich I., König in Preußen 290.
Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin 49.
Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Preußen, 81—82, 255 bis 256, 266—267; 73, 77, 86, 87—91, 95—96, 101, 113, 134, 146, 192, 264, 268, 274, 281, 292, 293, 294, 296, 298.
Friesen, Richard Freiherr v., 55—56, 58, 60, 61, 63, 112, 113, 159, 160, 164—165, 185, 188, 189, 192—193, 197, 198, 199, 206, 209, 210, 211, 215, 217, 218, 233, 234, 241, 280.
Froebel, Julius, deutscher Politiker 5, 51—53, 131.

Gabriac, François de Cadoine, Marquis de, französischer Geschäftsträger in St. Petersburg 227.
Gasser, Rudolf Freiherr v., bayerischer Gesandter in Stuttgart 40, 144, 226—227.
Gelzer, Heinrich, Professor der Geschichte in Basel, badischer Staatsrat 269.
Gladstone, großbritannischer Premierminister 23, 242.
Gombart, bayerischer Ministerialassessor 151.
Goriainow, Serge, russischer Staatsarchivar 245.
Gortschakow, Alex. Michailowitsch Fürst, Vizekanzler des russischen Reiches 29, 73, 109, 111, 224, 243, 244, 245, 246, 247.
Gramont, Herzog von, französischer Minister des Auswärtigen 48, 72, 78.

Granville, Graf, großbritannischer Staatssekretär des Auswärtigen 108, 109, 225, 227, 242.
Gregorovius, Ferdinand, deutscher Historiker 115, 116.
Greil, Mitglied der Patriotenpartei 285, 287.

Hasner, Leopold, k. k. Ministerpräsident 27, 28.
Häusser, Ludwig, deutscher Historiker 82.
Hatzfeld, Graf Paul, Geheimer Legationsrat 161.
Helfert, Alexander Freiherr v., österreichischer Politiker 29.
Helfferich, Dr. Professor 81.
Hessen, Großherzog von — s. Ludwig III.
Heydt, August v. d., preußischer Finanzminister 65.
Hölder, Julius, württembergischer Abgeordneter, Mitglied der „deutschen Partei" 96, 153.
Hörmann von Hörbach, Winfried, bayerischer Minister des Innern 40.
Hofmann, Karl, hessischer Legationsrat und Gesandter in Berlin 188, 210.
Hohenlohe, Chlodwig Fürst zu, 15, 17, 19, 20, 22, 27, 34, 35, 37, 39, 40, 42, 43, 51, 52, 53—55, 57, 59, 61, 62, 83, 84, 101, 102, 116, 123, 130, 131, 132, 134, 139, 143, 238.
Hohenwart, Karl Sigmund Graf, Statthalter von Oberösterreich 240.
Hohenzollern — s. Karl Anton, Leopold und Friedrich.
Holnstein, Graf von, Oberstallmeister König Ludwigs II., 272 bis 273, 274, 275.
Howard, Sir H., großbritannischer Gesandter in München 121, 129, 225.
Huttler, Mitglied der Patriotenpartei 5, 6, 39, 166, 287, 288.

Ignatiew, Nikolaus Pawlowitsch, russischer Botschafter in Konstantinopel 24.
Isabella, bis 1868 Königin von Spanien 70.
Jansen, Günther, Oldenburgischer Regierungsrat und Vorstand der Hofkanzlei 59, 128, 192.
Jörg, Edmund, Archivar in Landshut, Herausgeber der Historisch-politischen Blätter, Führer der Patrioten 5, 34, 40, 42, 78, 167, 271, 285, 288.
Johann, König von Sachsen 56, 62, 105, 106, 107, 108, 185, 190.
Jolly, Julius, Dr., Badischer Ministerpräsident und Minister des Innern 216; 18, 95, 102, 103, 188, 214, 215, 217—218, 220, 231.

Karl I., König von Württemberg 45, 49, 54, 62, 111, 138, 141, 142, 168, 169, 176, 180, 190, 258, 259, 260, 261, 265.

Karl Alexander, Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach 49, 83.
Karl Anton, Fürst von Hohenzollern 50, 70, 71.
Katkow, Michael Nikiphorowitsch, Redakteur der Moskauer Zeitung 29.
Keudell, Robert v., Geheimer Legationsrat 26, 52, 57, 61, 183.
Keyserling, Graf, Botschafter des Norddeutschen Bundes in Konstantinopel 243.
Kiefer, Friedrich, Oberstaatsanwalt in Mannheim, badischer Abgeordneter 96, 139, 281.
Klaczko, Julian, polnischer Politiker 29.
Kobell, Luise von, Gemahlin Eisenharts 126, 133.
Koenneritz, Graf v., Kgl. Sächsischer Legationsrat und Gesandter in München 56, 112, 113, 147, 150.
Kolb, Georg Friedrich, Mitglied des bayerischen Abgeordnetenhauses, Führer der Demokraten, Mitglied des Zollparlaments 38, 40, 43.
Konstantin, Großfürstin 127.
Küntzel, Georg, Professor der Geschichte in Frankfurt a. M. 47, 48, 118, 128, 232, 233, 249.
Kurz, Dr., Mitglied der Patriotenpartei 39.
Lasker, Eduard, nationalliberaler Abgeordneter im Norddeutschen Reichstag 172; 19, 49, 132, 138, 150, 156, 162, 173, 178, 182, 183, 193, 195, 249, 276, 281—282.
Leboeuf, Edmond, französischer Marschall und Kriegsminister 23, 24.
Lebrun, Barthelemy Louis-Josephe, französischer General 73.
Leopold, Erbprinz von Hohenzollern 70, 71, 73.
Lerchenfeld, Freiherr v., Präsident in Bayreuth 40.
Lobkowitz, Freiherr v. 40.
Loeher, Franz v., Direktor der bayerischen Archive 125.
Lorenz, Ottokar, deutscher Historiker 92, 118, 134, 265.
Ludwig II., König von Bayern 123—127, 269—273; 20, 39, 45, 49, 51, 54, 55, 62, 77, 90, 116, 119, 121—122, 128, 130, 131—132, 133, 136, 137, 151, 158, 166, 167, 175, 176, 181, 182, 184, 190, 194, 200, 208, 215, 216, 232, 233, 235, 240, 250, 251, 252, 255, 261, 264, 265, 267, 268, 273, 274, 275, 287, 289, 291, 292.
Ludwig III., Großherzog von Hessen und bei Rhein 51, 54, 55, 265.
Ludwig XIV., König von Frankreich 124, 170.
Luitpold, Prinz von Bayern 121, 122, 123, 128, 182, 240, 241, 273, 292.

Lukas, Pfarrer, Mitglied der Patriotenpartei 287.
Lutz, Johann v., bayerischer Justizminister, früher Kabinettsrat des Königs 40, 125, 127, 131, 181, 182, 184, 188, 195, 196, 199, 209, 210, 211, 253, 257.
Lyons, Richard Bickerton Pemell, Earl of, großbritannischer Botschafter in Paris 108, 224.

Manteuffel, Otto Freiherr v., früherer preußischer Ministerpräsident 99—100, 102.
Marquardsen, Heinrich v., Professor des deutschen Staatsrechts in Erlangen, liberaler bayerischer Abgeordneter 102, 156, 157, 183.
Mathy, Karl, verstorbener badischer Minister 16.
Mecklenburg-Schwerin — siehe Friedrich Franz II.
Mercier, französischer Botschafter in Madrid 74.
Miller, Moritz v., württembergischer Kriegsminister 4.
Miquel, Johannes, nationalliberaler Abgeordneter im Norddeutschen Reichstag 281.
Mittnacht, Hermann, württembergischer Justizminister und Ministerpräsident 140—141, 228—230; 6, 94, 138, 144, 156, 157, 162, 166, 180, 182, 183, 186, 187, 188, 190, 199, 202, 205, 208, 209, 215, 216, 218, 221, 222, 226, 258, 259, 260, 261, 265.
Mohl, Moritz, großdeutscher Abgeordneter in Württemberg 283.
— Robert v., badischer Gesandter in München 128, 134, 181, 182.
Moltke, Helmut v., Chef des preußischen Generalstabs 116.
Morier, Sir Robert, großbritannischer Geschäftsträger in Darmstadt 264, 296—298.
Mühler, Heinrich v., preußischer Kultusminister 15.
Müller, Karl Alexander v., Dr., in München 129.
Münster, Georg Herbert Graf zu, deutscher Politiker 52, 66.

Napoleon III., Kaiser der Franzosen 14, 22, 23, 24, 25, 26, 28, 68, 69, 72, 74, 75, 113, 114, 170, 243, 244.
Neubronn, v., Generaladjutant des Großherzogs von Baden 220.
Niel, Adolphe, französischer Kriegsminister 22, 23, 24.
Nikolaus I., Kaiser von Rußland 44.

Olga, Königin von Württemberg 44, 55, 138, 143, 168, 227, 260.
Ollivier, Emile, französischer Ministerpräsident 24, 25, 32, 33, 36, 48, 49—51, 57, 68, 72, 73.
Olózaga, Don Salustiano de, spanischer Gesandter in Paris 74.
Oncken, Hermann, Professor für Geschichte an der Universität Heidelberg 172, 174.
Otto, Prinz von Bayern 261.

Palmerston, Henry John Temple, Viscount, großbritannischer Premierminister 23, 242.
Perglas, Pergler Baron von, bayerischer Gesandter in Berlin 79, 119—121.
Peter, Großherzog von Oldenburg 49, 59, 83, 128, 192, 263.
Pfahler, Mitglied der Patriotenpartei 287.
Pfordten, Ludw. Karl Heinr. von der, bayerischer Ministerpräsident 130.
Pfretzschner, Adolf Freiherr v., bayerischer Finanzminister 127.
Plener, Ernst Freiherr v., Attaché an der k. k. Botschaft in London 8, 108.
Podbielski, Theophil von, Generalquartiermeister der preußischen Armee 220.
Potocki, Alfred Graf, österreichischer Ministerpräsident 29.
Prandh, Sigmund Freiherr v., bayerischer Kriegsminister 252 bis 253; 78, 122, 127, 151, 162, 182, 184, 188, 195, 207, 211, 212, 250, 257.

Ranke, Leopold, deutscher Historiker 170.
Reichensperger, Peter, katholischer Abgeordneter im Norddeutschen Reichstag 172.
Renner, Andreas von, württembergischer Finanzminister 258, 259, 261.
Reuß, Heinrich VII. Prinz, Gesandter des Norddeutschen Bundes in St. Petersburg 243, 245.
Riecke, Karl Viktor von, württembergischer Oberfinanzrat 259.
Riedel, Emil, bayerischer Oberregierungsrat 151.
Rößler, Konstantin, Redakteur des Preußischen Staatsanzeigers 51, 131.
Rogge, Bernhard, Hofprediger in Potsdam 277.
Roggenbach, Franz Freiherr v., deutscher Politiker 4, 9, 16, 54, 65, 74, 89, 90, 95.
Roon, Albrecht v., preußischer Kriegsminister 254—255; 66, 172, 188, 212, 219, 220, 221, 230, 231, 257, 266.
Rothan, Gustave, französischer Gesandter bei den Hansastädten 47—49, 57, 58, 62.
Rouher, Eugène, französischer Minister 233.
Rümelin, Gustav, Kanzler der Universität Tübingen 12.
Ruland, Anton, Mitglied der Patriotenpartei 271.
Russell, Odo Lord, großbritannischer Staatsmann 246.
Ruville, Alexander v., Professor an der Universität Halle 47, 233.

Schäffle, Albert E., Professor der Nationalökonomie an der Universität Wien, bis 1868 Mitglied des Zollparlaments 5, 13, 16, 140, 240.
Schauß, v., liberaler bayerischer Abgeordneter 281.
Scheurlen, Karl, württembergischer Minister des Inneren 45.
Schleich, Mitglied der Patriotenpartei 60.
Schleinitz, Alexander v., Minister des königlichen Hauses in Berlin 293.
Schlör, v., bayerischer Handelsminister 127, 182.
Schlosser, Friedrich Christoph, deutscher Historiker 82.
Schneider, Louis, Hofrat in Berlin 81, 110.
Schrenck, Karl Freiherr v., bayerischer Staatsrat 137; 40, 136.
Schweinitz, Hans Lothar v., preußischer General, Botschafter des Norddeutschen Bundes in Wien 129, 240, 285.
Schweitzer, Johann Baptist v., Führer der norddeutschen Sozialdemokratie 9.
Sepp, Johann Nepomuk, Professor, Mitglied der Patriotenpartei 6, 32, 37, 38, 59.
Simson, Eduard, Präsident des Norddeutschen Reichstages 277.
Soden, Oskar Freiherr v., Württembergischer Gesandter in München 132, 144, 226.
Sonnemann, Leopold, in Frankfurt a. M. 9.
Sophie, Königin von Holland 111.
Steinheil, Major, Adjutant des württembergischen Kriegsministers 261.
Stenglein, Melchior, liberaler bayerischer Abgeordneter 281.
Sterckow, in Berlin 81, 162.
Suckow, Albert v., württembergischer Kriegsminister 45, 168; 6, 139, 140, 142, 144, 157, 169, 176, 179, 180, 186, 187, 188, 205, 209, 216, 219, 220, 221, 222, 258, 259, 261.

Taaffe, Eduard Graf, 1879 österreichischer Ministerpräsident 7.
Tann, Ludw. Samson, Freiherr von und zu der, bayerischer General 223, 236.
Taube, Adolf Graf von, württembergischer Staatsrat 143, 227, 260.
Taufkirchen, Karl Theod. Ludw. Max Graf v., 175.
Thiers, Adolphe, französischer Historiker und Diplomat 170, 211, 215, 216, 232, 245.
Thile, Karl Hermann v., preußischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt 51, 79, 112.
Treitschke, Heinrich v., Professor für Geschichte an der Universität Heidelberg 82.

Uhland, Ludwig 277.
Usedom, Karl Georg Graf, ehemals preußischer Gesandter in Florenz 296.

Varnbüler, Karl Freiherr v., württembergischer Ministerpräsident 43, 138—139; 44, 55, 64, 77, 111, 140, 141, 143, 144.
Versen, Maximilian v., preußischer Major 73.
Völderndorff, Otto Freiherr v., bayerischer Ministerialrat 101, 125, 131, 132, 151.

Wagner, Richard 124.
— Rudolf Freiherr v., württembergischer Kriegsminister 45.
Waldeck, Benedikt, Führer der norddeutschen Demokratie 9.
Walther, v., bayerischer General 40.
Weimar, Großherzog von — siehe Karl Alexander.
Weis, Dr. Ludwig, bayerischer Ministerialrat und zweiter Präsident der Abgeordnetenkammer 40, 167.
Werther, Karl Freiherr v., Botschafter des Norddeutschen Bundes in Paris 50.
Werthern, Georg Freiherr v., preußischer Gesandter in München 133.
Westermayer, Anton, Stadtpfarrer an St. Peter in München, Mitglied der Patriotenpartei 5.
Wilhelm, König von Preußen 48, 49, 52, 53, 54, 55, 57, 64, 73, 75, 79, 87, 94, 99, 100, 105, 109, 110, 123, 125, 139, 142, 148, 149, 168, 175, 185, 215, 227, 244, 245, 254, 255, 257, 264, 265, 266 bis 267, 268, 273—275, 276, 277, 278, 288—289, 290—294, 297.
Wilhelm, Prinz von Württemberg 143.
Windthorst, Ludwig, katholischer Abgeordneter im Norddeutschen Reichstage 66, 278, 279.

Verlag von R. Oldenbourg in München NW. 2 und Berlin W. 10.

Die Begründung des Deutschen Reiches

durch Wilhelm I.

Von **Heinrich von Sybel**

VOLKSAUSGABE, 2. AUFLAGE

7 Bände in Leinwand gebunden mit dem Bildnis des Verfassers und ausführlichem Sachregister. Preis M. 25.—

Weltbürgertum und Nationalstaat

Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates

von

Friedrich Meinecke

o. ö. Professor an der Universität Freiburg i. B.

Zweite veränderte Auflage.

VIII und 515 Seiten 8°. Preis geheftet M. 11.—, in Halbpergament gebunden M. 12.80.

Ich halte die Konzeption dieses Buches schon an sich für ein außerordentliches Verdienst; die Art der Durchführung dieser Idee aber hält diesem Verdienst durchaus die Wage; sie war, so wie sie geschehen, wohl nur diesem einen deutschen Historiker möglich. . . . Das ist überhaupt das Eigentümliche dieses Buches und der stärkste Beweis seines eminenten wissenschaftlichen Wertes, daß seine unausgesetzten eigenen und neuen Fragestellungen in jedem Falle etwas Zeugungskräftiges und Erleuchtendes haben. **HERMANN ONCKEN.**

. . . Vielleicht geben vorliegende Zeilen dem Leser das richtige Gefühl, daß hier ein Buch von ganz außerordentlicher Bedeutung vorliegt, das mehrmals aufmerksam gelesen werden sollte, um die Fülle von Kenntnissen und Geist, die es beherbergt, ruhig würdigen zu können. **Prof. Dr. O. WEBER** (Neue Freie Presse).

. . Es ist das große Verdienst Meineckes, daß er uns diese Dinge in einer bis jetzt nicht vorhandenen Klarheit zeigt, soweit es sich um die Geschichte der Allgemeinheit handelt. Wer politisch denkt, muß dort weiterarbeiten, wo seine geschichtliche Darstellung aufhört, am Problem der deutsch-preußischen Doppelregierung. **FRIEDR. NAUMANN** (Die Hilfe).

Verlag von R. Oldenbourg in München NW. 2 und Berlin W. 10.

Briefe von und an Friedrich von Gentz

auf Veranlassung
und mit Unterstützung der Wedekind-Stiftung zu Göttingen
herausgegeben von

Friedrich Karl Wittichen

Die vorliegende Publikation bildet eine kritische Ausgabe der zum größten Teil noch nicht veröffentlichten Korrespondenz Friedrich von Gentz' mit verschiedenen hervorragenden Persönlichkeiten und bietet so einen willkommenen Beitrag zur Lebensgeschichte des großen Publizisten und Staatsmannes, des Rufers im Kampfe gegen Revolution und napoleonische Universalmonarchie und des langjährigen Mitarbeiters Metternichs. Die Sammlung sämtlicher Briefe Friedrich von Gentz' konnte nicht in Frage kommen; es galt vielmehr, vor allem ungedruckte Korrespondenzen zu sammeln und zu veröffentlichen. Daneben aber empfahl es sich, solche Briefe aufzunehmen, die in ungenügender Weise, in vergriffenen Ausgaben oder an entlegenen Stellen und zerstreut gedruckt sind. Das Werk ist auf vier Bände berechnet, die einzeln käuflich sind.

Erster Band:

Briefe an Elisabeth Graun, Christian Garve, Karl August Böttiger und andere.

X u. 365 Seiten gr. 8°. Elegant gebunden Preis M. 10.—.

Die Briefe an Elisabeth Graun, die Jugendfreundin von Gentz, sind die wertvollste Quelle für Gentz' Jugendleben. Die anderen Briefe haben einen vorwiegend literarischen Charakter; daneben aber tritt in immer steigendem Maße der Anteil an der inneren und äußeren Politik, die Stellung zur und bald gegen die Revolution, der Kampf gegen Napoleon in den Vordergrund. So bildet dieser Band eine wertvolle Quelle, sowohl für die Literatur und Geistesgeschichte, als auch für die politische Geschichte der Zeit, und dürfte dadurch nicht nur in der gelehrten Welt sondern auch in weiteren Kreisen auf eine wohlwollende Aufnahme rechnen.

Zweiter Band:

Briefe an und von Carl Gustav von Brinckmann und Adam Müller.

X u. 456 Seiten gr. 8°. Elegant gebunden Preis M 12.—.

Im II. Band ist zum erstenmal der Briefwechsel mit dem schwedischen Diplomaten und Dichter Karl Gustav von Brinckmann, der während seines langen Aufenthaltes in Deutschland auch zu den Größen der literarischen Welt nahe Beziehungen gewonnen hatte und mit Gentz durch innige Freundschaft verbunden war, veröffentlicht. Außerdem enthält dieser Band eine Reihe von bisher noch nicht veröffentlichten Briefen an und von Adam Müller.

Der III. Band wird die Briefe an Lucchesini, Stein, den Grafen Götzen, den Prinzen Louis Ferdinand von Preußen und den englischen Diplomaten Sir Arthur Paget enthalten. Der IV. Band bringt den Briefwechsel mit dem Fürsten Metternich.

Verlag von R. Oldenbourg, München NW. 2 und Berlin W. 10.

Kleine Historische Schriften

von

Max Lenz

o. ö. Professor an der Universität Berlin

608 Seiten 8°. Preis brosch. M. 9.—, elegant gebunden M. 11.—

Inhalts-Übersicht:

Leopold Ranke — Zum Gedächtnistage Johann Gutenbergs — Janssens Geschichte des deutschen Volkes — Humanismus und Reformation — Die Geschichtsschreibung im Elsaß zur Zeit der Reformation — Dem Andenken Ulrichs von Hutten — Martin Luther — Luthers Lehre von der Obrigkeit — Der Bauernkrieg — Florian Geyer — Philipp Melanchthon — Die geschichtliche Stellung der Deutschen in Böhmen — Gustav Adolf dem Befreier zum Gedächtnis — Nationalität und Religion — Wie entstehen Revolutionen? — Die französische Revolution und die Kirche — Die Bedeutung der Seebeherrschung für die Politik Napoleons — Napoleon und Preußen — 1848 — Bismarcks Religion — Bismarck und Ranke — Otto von Bismarck und Freiherr Karl von Stein — Bismarck in Gastein — Heinrich von Treitschke — Konstantin Rößler — Wilhelm I. — Die Tragik in Kaiser Friedrichs Leben — Das russische Problem — Jahrhundertsende vor hundert Jahren und jetzt — Ein Blick in das zwanzigste Jahrhundert Die Stellung der historischen Wissenschaften in der Gegenwart. —

Die Deutschen im Amerikanischen Bürgerkriege

(Sezessionskrieg 1861—1865)

von

Wilhelm Kaufmann

XIII u. 588 Seiten 8° mit 36 Karten und Plänen
elegant in Leinwand geb. M. 8.—

Ein höchst bedeutsames Buch, und für die Geschichte der Deutschen so notwendig und wichtig, daß man nicht begreift, daß dieses Buch nicht schon lange geschrieben ist.

Vossische Zeitung.

. . . . Es hat daher der Verfasser sich unzweifelhaft ein nicht hoch genug zu bewertendes Verdienst um das deutsche Volkstum erworben, indem er sich der ebenso schwierigen und mühevollen, als glänzend gelosten Aufgabe unterzogen.

Oberst Frey (Frankfurter Zeitung).

. . . Das sehr gut geschriebene und vortrefflich ausgestattete Buch dürfte mit bestem Fug zu den bemerkenswerteren Geschichtswerken in unserer Zeit gerechnet werden.

J. Kürten (Berliner Tagblatt).

Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte

Herausgegeben von

G. v. Below und **F. Meinecke**

Professoren an der Universität Freiburg i. Br.

Bis jetzt sind folgende Bände erschienen:

Das häusliche Leben der europäischen Kulturvölker vom Mittelalter bis zur zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Von Dr. **Alwin Schultz,** Professor an der deutschen Universität zu Prag. VIII u. 432 S. gr. 8°, reich illustriert. Preis brosch. M. 9.—, in Ganzleinen geb. M. 10.50.

Geschichte des späteren Mittelalters von 1197—1492. Von Dr. **Johann Loserth,** Professor an der Universität Graz. XV und 727 S. Preis brosch. M. 16.50, elegant geb. M. 18.—.

Historische Geographie. Von Dr. **Konrad Kretschmer,** Lehrer an der Kriegsakademie und Professor an der Universität Berlin. VII und 650 S. Preis brosch. M. 15.—, elegant geb. M. 16.50.

Allgemeine Münzkunde und Geldgeschichte des Mittelalters und der neueren Zeit. Von Dr. **A. Luschin v. Ebengreuth,** Univ.-Prof. in Graz. XVI u. 286 S. Mit 107 Abb. Preis brosch. M. 9.—, in Ganzl. geb. M. 10.50.

Geschichte des europäischen Staatensystems von 1660 bis 1789. Von Dr. **Max Immich,** weiland Privatdozent an der Universität Königsberg i. Pr. XIII u. 462 S. Preis brosch. M. 12.—, geb. M. 13.50.

Handelsgeschichte der romanischen Völker des Mittelmeergebiets bis zum Ende der Kreuzzüge. Von Professor **Adolf Schaube,** Kgl. Gymnasial Oberlehrer in Brieg. XX und 816 Seiten. Preis brosch. M. 18.—, geb. M 20.—.

Urkundenlehre. Erster Teil: **Die Kaiser- und Königsurkunden in Deutschland, Frankreich und Italien** von **Wilhelm Erben** mit einer Einleitung von **Oswald Redlich.** X u. 369 S. Preis brosch M. 10.—, geb. M. 11.50. — Dritter Teil: **Die Privaturkunden des Mittelalters.** Von **Oswald Redlich.** VIII und 233 Seiten. Preis brosch. M. 7.50, geb. M. 9.—.

Allgemeine Geschichte der germanischen Völker bis zur Mitte des sechsten Jahrhunderts. Von Prof. Dr. **Ludwig Schmidt,** Bibliothekar an der Kgl. öffentlichen Bibliothek in Dresden. XIV u. 244 Seiten. Preis brosch. M. 7.50, geb. M. 9.—.

Französische Verfassungsgeschichte von der Mitte des neunten Jahrhunderts bis zur Revolution. Von Dr. **Robert Holtzmann,** Professor an der Universität Straßburg i. E. XI und 543 Seiten gr. 8°. Preis brosch. M. 12.50, geb. M. 14.—.

Geschichte der neueren Historiographie. Von Dr. **E. Fueter,** Privatdozent an der Universität Zürich. XX und 626 Seiten. Preis brosch. M. 16.—, geb. M. 17.50.

Geschichte des europäischen Staatensystems im Zeitalter der Französischen Revolution u. der Befreiungskriege (1789—1815). Von Dr. **Adalbert Wahl,** o. ö. Professor an der Universität Tübingen. XI und 266 Seiten. Preis brosch. M. 9.—, geb. M. 10.50.

455806

HG
S8768g

Stolze, Wilhelm
Die Gründung des Deutschen Reiches im Jahre
1870.

NAME OF BORROWER.

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
LOWE-MARTIN CO. LIMITED